

**60/KOMM XXIII. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 23. Sitzung, 01.03.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

#### PROTOKOLL

#### Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

#### 23. Sitzung / öffentlicher Teil

Donnerstag, 01.03.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:06 Uhr – 22:17 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

**Jochen Pack**

Schriftführer

**Dr. Peter Pilz**

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

betreffend

## Beschaffung von Kampfflugzeugen



### **PROTOKOLL**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

#### **23. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Donnerstag, 1. März 2007**

Gesamtdauer der 23. Sitzung:

9.06 Uhr – 22.17 Uhr

**Lokal VI**

## Beginn der Sitzung: 9.06 Uhr

**Obmann Dr. Peter Pilz** eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger** in den Sitzungssaal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dr. Steger** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

\*\*\*\*\*

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Gerhard Steger** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger (Bundesministerium für Finanzen):** Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger; geboren am 14. Oktober 1957; wohnhaft in 1100 Wien, Beruf: Beamter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Dr. Steger, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Wir werden, wie Ihnen bereits geschildert, so verfahren: Sollte einer der Gründe bei einer konkreten Frage schlagend werden, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich, und wir besprechen dann die weitere Vorgangsweise.

Sie haben auch diesmal vor Eingang in die Befragung das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

**Dr. Gerhard Steger:** Diesmal würde ich das gerne tun, Herr Vorsitzender.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann bitte ich um Ihre persönliche Erklärung, Herr Dr. Steger.

**Dr. Gerhard Steger:** Ich möchte mich in einem Satz bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie die zeitliche Flexibilität aufgebracht haben, meine für letzte Woche angesetzte Aussage auf heute zu verschieben, was mir ermöglicht hat, die Budgetverhandlungen zur Gänze zu begleiten. Ich bedanke mich für dieses zeitliche Entgegenkommen.

In der Sache selbst, zu Beweisthema 3, möchte ich von vornherein sehr klar kommunizieren, dass ich diese Verhandlungen mit Eurofighter **nicht** geleitet habe, auch nicht mein zuständiger Abteilungsleiter Hillingrathner, sondern eine Person außerhalb der Budgetsektion, nämlich Herr Ministerialrat Dr. Traumüller, der heute dem Ausschuss noch Rede und Antwort stehen wird. Er war damals nicht mehr Kabinettschef des früheren Finanzministers Grassler, sondern Abteilungsleiter für Personal in der Präsidialsektion des Finanzministeriums.

Das ist deswegen ein wesentlicher Punkt, weil das dazu geführt hat, dass ich selbst in diesen ganzen Verhandlungsprozess kaum involviert war. Ich war – erinnerlich – in zwei Detailfragen befasst; ich habe ein paar Akten gesehen, die an mir vorbeigelaufen sind. Ich war im Übrigen nicht eingebunden, habe das auch – was aktenkundig ist und dem Ausschuss vorliegt – entsprechend festgehalten, und ich fürchte daher, dass ich bei vielen Fragen zu Beweisthema 3 – aber nicht deswegen, weil ich nicht guten Willens wäre, mit dem Ausschuss zu kooperieren, sondern weil ich einfach nicht involviert war – passen muss. Ich bitte schon jetzt, mir das nicht als mangelnde Kooperation mit dem Ausschuss auszulegen. – Das wollte ich vorweg sagen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich werde bei Ihrer Befragung so vorgehen: Wenn sich Fragen häufen, die an und für sich andere Auskunftspersonen beantworten können und nicht Sie, Herr Dr. Steger, dann werde ich darauf hinweisen. Ich glaube, dass wir diese Befragung relativ kurz halten können und heute eher relativ viel Zeit für Herrn Dr. Traumüller und Herrn Ministerialrat Wall brauchen werden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Dr. Steger, im Sommer 2002 – ich muss Sie nach Ihrer soeben abgegebenen Erklärung um Ihre Wahrnehmungen fragen, die sich aber trotzdem durchaus haben ergeben können –, im Sommer 2002, im Zusammenhang mit dem Hochwasser, ging es um die Stückzahl-Reduktion. Aus vergaberechtlichen Gründen liegt die Fragestellung nahe, wie sich nach den kalkulatorischen Angeboten die Stückpreise verändern würden, weil nur bei Stückpreisgleichhaltung beziehungsweise -senkung vergaberechtlich kein Problem entstehen würde; so auch die Finanzprokuratur und die Gutachten von Aicher und Holoubek. – Haben Sie an diese Diskussionen eine Erinnerung?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, nicht spezifisch. Ich glaube nur, dass sich der Rechnungshof das auch angesehen hat und zu bestimmten Schlussfolgerungen gekommen ist, aber ich habe keine spezifische Erinnerung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Finanzprokuratur hat zwei Mal – das erste Mal im Übrigen am 1. Juli, einen Tag vor Typenentscheidung – ein Gutachten an Hillingrathner geliefert. Waren Sie mit der hausinternen Beauftragung befasst? Oder haben Sie bemerkt, dass die Finanzprokuratur an Hillingrathner – jedenfalls bis heute ist nicht geklärt, was die angetrieben hat – ein Gutachten über Mengengerüst-Reduktionen schon am 1. Juli abgeliefert hat? – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, habe ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Begrifflichkeiten „Vertrag 1“ und „Vertrag 2“ sind Ihnen aber doch vertraut gewesen? (*Dr. Steger: Jawohl!*) Einer der Hintergründe – auch für die anderen Kollegen – bei V 1 und V 2 war auch der, dass V 1 sozusagen die Kosten für die 18 „nackten“ Flugzeuge repräsentieren sollte, und die mussten dann unbedingt eine bestimmte Mindestlatte unterschreiten, damit es eben nicht diese vergaberechtliche Problematik gibt.

Es ist mehrmals der Begriff gefallen, dass diese Vertragsaufsplittung **kosmetischer Natur** ist. – Haben Sie das auch so wahrgenommen in einer Diskussion?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, habe ich nicht, weil ich, wie gesagt, in diese Vertragsgeschichten, bis auf punktuelle Dinge, nicht involviert war. – Und das war kein Punkt, wo ich involviert gewesen bin.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Darüber hinaus hat es eine Diskussion beziehungsweise Bemühungen zwischen BMLV und Bundesministerium für Finanzen gegeben, Kosten auch aus – wenn man so will – V 2, Vertrag 2 hinauszubringen, damit

ein Preis von **unter** 2 Milliarden € jedenfalls erzielbar ist – formuliere ich jetzt einmal neutral. – Haben Sie dazu etwas registriert?

**Dr. Gerhard Steger:** Dazu habe ich auch nichts registriert.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ministerialrat Hillingrathner hat sinngemäß, wenn nicht sogar wortwörtlich zum Ausdruck gebracht, dass in Besprechungen des Hauses, also des BMF, Kosten, die sich nicht in V 1 oder V 2 widerspiegeln würden, für das Finanzministerium als **nicht existent** darzustellen seien. – Haben Sie diese eigenwillige Formulierung in Erinnerung, dass die jemand gebraucht hätte?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, ich habe nur in den Medien gelesen, dass er das gesagt hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, jetzt schmunzeln Sie – fürs Protokoll angemerkt.

Sie haben gesagt, Herr Dr. Hillingrathner war auch nicht primär befasst. – Doch so viel noch, was die Vertrag 1-, Vertrag 2-Konstellation betrifft: Herr Hillingrathner macht – ich lasse jetzt die Zahlenkonfigurationen weg ... – Aber zu diesen Zahlen eine Anmerkung: Dem Ausschuss liegt ein Berechnungsdokument seitens Ihres Ministeriums, Abteilung II/14, vor, Überschrift: Nettopreise Eurofighter in Millionen auf Basis 18 Halbjahresraten. Und da gibt es eine spezielle Anmerkung, wo sich Hillingrathner darauf beruft, dass der Preis genau **unter** jene 2 Milliarden zu drücken sei, dass allerdings diese Anregung – wenn ich so sagen darf – vom Bundesministerium **für Landesverteidigung** kommen soll.

Sie haben schon geantwortet, dass Sie zu diesen 2 Milliarden keine Wahrnehmung haben. Aber Ihrer Beobachtung nach, nachdem sie auch in den Arbeitsgruppen nicht repräsentiert waren, die es dann schon wieder gegeben hat, speziell im Frühjahr: Haben Sie aus der Kollegenschaft des Verteidigungsministeriums gehört oder registriert, dass bestimmte Kostenkategorien quasi optisch erzeugt werden sollen?

**Dr. Gerhard Steger:** Nur um kein Missverständnis zu produzieren: Ich behaupte nicht, dass Ministerialrat Hillingrathner nicht befasst gewesen wäre mit diesen Verträgen. Er war natürlich befasst, er hat nur die Verhandlungen nicht geleitet. Ich habe mit den Kollegen aus dem Landesverteidigungsministerium diesbezüglich eigentlich überhaupt keinen Kontakt gehabt – und daher auch nicht in dieser Sache.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich glaube, dann erübrigt sich auch der Vorhalt dieser Hillingrathnerschen Berechnungen und Anmerkungen.

Zum Kabinett des Ministers. – Herr Dr. Traumüller, der ja heute zur Verfügung stehen wird, schreibt im Frühjahr 2003, es ist auch so terminisiert, eine Mitteilung an den Bundesminister, überschrieben mit „Lieber Chef“. Ursprünglich ging es dabei natürlich um die Kosten, aber in einem Absatz bringt Traumüller ganz deutlich zum Ausdruck, dass bei der Lieferung der Eurofighter 2006 ein Lieferverzug auf 2007 zu gewärtigen sei. – Ursache neutral. Traumüller schreibt in einem Klammerausdruck: aus produktionstechnischen Gründen.

Haben Sie mit Mitgliedern des Kabinetts einmal drüber diskutiert? Oder haben Sie davon gehört, dass aus produktionstechnischen Gründen nunmehr nicht Anfang 2006 – das war zwischenzeitig schon die Etappe –, sondern erst 2007 geliefert werden kann?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe mich aus diesem Thema selbst herausgehalten, da ich eben nicht mit der Verhandlungsführung betraut war, und ich habe auch dazu keine spezielle Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ein letzter Bereich, auch auf Ihre Erfahrung rekurrend: Die Finanzierungsstruktur, die gewählt wurde, ein indirektes Dreiecksverhältnis, ist Ihnen, glaube ich, geläufig.

Ist Ihrer Erinnerung nach bei einem anderen Beschaffungsvorgang der Republik eine ähnliche oder vergleichbare Finanzierungsstruktur gewählt worden?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich könnte mich jetzt an keine vergleichbare Konstruktion erinnern.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie eine Erklärung dafür, warum mindestens eine Auskunftsperson hier im Ausschuss gesagt hat, bei der Draken-Finanzierung hätte man es auch so gemacht?

**Dr. Gerhard Steger:** Das kann sein. – Das war vor meiner Zeit; das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich bitte jetzt um eine fachliche Einschätzung, wo wir schon die Chance haben, Sie hier zu hören: Vorausgesetzt, das würde die gleiche Einschätzung dieser Finanzierungsstruktur haben, läuft es letztlich nicht darauf hinaus, dass es im Ergebnis funktioniert wie ein Kredit, den die Republik selbst aufgenommen hätte, weil ja in der Vermittlung für den Rüstungserzeuger Konditionen einem Triple A vergleichbar hergestellt werden sollten.

**Dr. Gerhard Steger:** Das war ja ganz offensichtlich der Grund, dass man diese Finanzierungsstruktur gewählt hat: dass sie einfach günstigere Finanzierungen dieses Geschäftes ermöglicht hat, als das der Fall gewesen wäre, wenn statt der Bonität der Republik die Bonität der Firma dagewesen wäre. Das war ja der Grund, warum man es gemacht hat. Ich komme da zu durchaus ähnlichen Schlussfolgerungen wie Sie.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dazu war es wohl notwendig, etwa den Einredeverzicht umfassend zu formulieren – bis zu dem Punkt, dass selbst gesetzliche Vertragsänderungs-, -Auflösungsgründe die Zahlungen zunächst einmal nicht verhindern, die die Republik zu leisten hat.

Zwei Fragen schließen sich da für mich an: Wäre es vom Ökonomischen her nicht vernünftiger gewesen, nämlich für die Typenbewertung, man hätte bei der Auswahl der Zahlungsvarianten von vornherein entweder auf eine Konfiguration Zahlung bei Lieferung oder auf irgendeine Art von neutralisierter Kostendarstellung zurückgegriffen, wenn es am Ende ohnehin so ist, dass die Republik de facto die Kreditfinanzierungen herbeiverhandelt?

**Dr. Gerhard Steger:** Helfen Sie mir ein bisschen, Herr Abgeordneter, ich habe den Punkt nicht genau verstanden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Typenentscheidung hat drei Zahlungsvarianten zugrunde gelegt bekommen; bei Lieferung fünfjährlich und neunjährlich. Erstens wissen wir vom Ergebnis her, dass der Eurofighter in der Kosten-/Nutzwertanalyse überhaupt nur bei der neunjährigen Variante knapp vorne lag; umgekehrt bei Lieferung und fünf Jahren lag der Gripen vorne. Wenn es aber nun so war – jedenfalls ex post –, dass die Zahlungsabwicklung einem Staatskredit, den er selber gleich genommen hätte, gleichkommt, wozu macht man dann eine Finanzierungsvariante – in der Bewertung nämlich – von neun Jahren?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich danke vielmals für diese Hilfestellung. – Ich denke, es ist auf jeden Fall eine Belastung, die den Staat trifft. Der Staat bezieht Leistungen von der Firma, und die Firma schaltet in diesem Falle die Banken entsprechend dazwischen, sodass die Bonität der **Republik Österreich** zum Tragen kommt. – Also zahlen tut es auf jeden Fall der Bund, wie immer man es auch macht!

Der Vorteil dieser Konstruktion war natürlich, dass die Zinsbelastung, die letztendlich wieder die Republik getroffen hat, eine geringere war, weil dem Ganzen die Bonität der **Republik** zugrunde gelegt worden ist. Daher sehe ich eigentlich keinen Unterschied, dass das eine den Staat getroffen und das andere den Staat nicht getroffen hätte. Durch diese Konstruktion ist es gelungen, den Zinsaufwand zu reduzieren. – Das war der ökonomische Schaden der Geschichte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist unbestritten. Ich ziehe nur tatsächlich den Schluss daraus, dass bei der Bewertung der Zahlungsvarianten innerhalb der Typenentscheidung mindestens so zulässig, wenn nicht überhaupt einzig zulässig gewesen wäre, eine cash-neutrale Zahlungsvariante heranzuziehen, weil ja im Anschluss ohnehin die Kreditkonditionen erstens von der Republik mit herbeiverhandelt wurden – also was hat das im Angebot verloren? – und zweitens eine Variante gewählt wurde, die vom ökonomisch reduzierten Kern einer Staatsfinanzierung vollkommen gleichzuhalten ist. Deshalb war das, glaube ich, eine unzulässige Verzerrung.

Jedenfalls – und das war der zweite Teil der Frage – war auch immer ein Kriterium, dass man gesagt hat, man will **keine Finanzschuld** eingehen. Auf diesem Gebiet sind Sie ja nun tatsächlich ausgewiesener Experte: Können Sie kurz sagen, was im innerösterreichischen Darstellungsraum der Unterschied zwischen **Verwaltungs-** und **Finanzschuld** ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Die **Finanzschuld** ist definiert in § 65 BHG. Man geht davon aus, dass es entweder dann der Fall ist, wenn der Dritte einen Bund Finanzierungslasten abnimmt, die das Ganze entsprechend über den Jahresultimo bringen, beziehungsweise außerordentliche Finanzierungserleichterungen gewährt werden, die über zehn Jahre hinausgehen. In diesem Fall wird nach § 65 BHG im Unterschied eben zu den Verwaltungsschulden eine **Finanzschuld** schlagend. – Das wollten wir jedenfalls verhindern; das ist vollkommen richtig.

Es hat dazu verschiedene Varianten gegeben, wie Sie gesagt haben, die allesamt darauf aufgebaut haben: fünf Jahre, neun Jahre, innerhalb dieses Zehn-Jahres-Zeitraumes zu bleiben. Der Grund, wenn ich Sie richtig verstanden habe – bitte, mich zu korrigieren, wenn ich Ihren Punkt nicht genau treffe –, der Punkt, warum man letztendlich nicht auf eine Barzahlungsvariante – ich glaube, darauf haben Sie letztendlich abgezielt – eingestiegen ist, war wohl, dass man gesagt hat, dann trifft das Ganze das jeweilige Budget mit voller Wucht. – So teilt man das Ganze entsprechend auf. Das dürfte wohl dahinter gestanden sein.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt ist es aber so, dass diese Konstruktion nicht Maastricht-neutral ist. Die Maastricht-Schuld fällt ja trotzdem an.

**Dr. Gerhard Steger:** Das ist vollkommen richtig, da haben Sie Recht, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist aber oft genug anders dargestellt worden.

**Dr. Gerhard Steger:** Die Maastricht-Schuld fällt immer dann an, wenn der Flieger geliefert wird, also in dem Jahr, in dem der Flieger geliefert wird.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gibt es jetzt einen Vorteil der gewählten Variante gegenüber der Staatsfinanzierung an sich? Wie gesagt, das Ding startet entsprechend mit Triple A. Worin liegt jetzt der Vorteil gegenüber der normalen Staatsfinanzierung? Dass es nachher besser war als dann, wenn nur die Rüstungsfirma den Kredit nimmt, ist klar. Aber gegenüber einer Staatsfinanzierung, die ebenfalls über neun Jahre abgebaut wird – ist das nicht völlig identisch?

**Dr. Gerhard Steger:** Es ist ja de facto eine solche – oder? Also wenn man es ökonomisch betrachtet, ist die Zinsbelastung, die entsteht, jene, die letztendlich der Bonität der **Republik** entspricht, und ist daher niedriger als jene, die der Bonität der **Firma** entsprochen hätte, und kommt damit – wenn ich richtig verstehe, was Sie jetzt unter Staatsfinanzierung meinen – eigentlich aufs Gleiche hinaus.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Sektionschef, wie finden sich denn die 18 Halbjahresraten im Budget? Mit welchem Budget beginnend, wie schaut das aus? Denn diese Budgetierung müssen ja wir im Budgetgesetz beschließen. Also wie finde ich das?

**Dr. Gerhard Steger:** Es geht heuer los, Frau Abgeordnete, im Jahr 2007, mit zwei Raten zu insgesamt über 400 Millionen €, und das reduziert sich dann in den Folgejahren auf über 200 Millionen € und wird sozusagen „abgestottert“, wenn ich das so salopp formulieren darf.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt aber, damit finden sich genau 18 Halbjahresraten in den kommenden Budgets?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja, selbstverständlich.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich Ihrer Einsichtsbemerkung, dass Sie den Einvernehmensakt nicht unterschreiben wollen: Sie haben dort nur angeführt, weil Sie nicht eingebunden waren, Sie haben keinerlei weitere Gründe angeführt. Sie haben eben nur diesen Aktenvermerk angelegt, Sie wollen nicht unterschreiben, weil Sie eben in die Vertragsverhandlung nicht eingebunden waren. – Können Sie uns dazu etwas erläutern?

**Dr. Gerhard Steger:** Selbstverständlich, Frau Abgeordnete. Die Geschichte ist sehr einfach: Wenn – was dem Minister immer zusteht – er jemanden anderen mit der Verhandlungsführung beauftragt – und es ist schon ziemlich ungewöhnlich, dass jemand mit der Verhandlungsführung in einer Sache beauftragt wird, die eigentlich in die Kompetenz der **Budgetsektion** fällt, der **nicht** der Budgetsektion angehört –, dann hat das natürlich zur Folge, dass diese Person, die diese Verhandlungen im Auftrag des Ministers führt, auch die **Verantwortung** dafür übernehmen muss.

Wenn ich unterschreibe, signalisiere ich ja damit, dass ich diesen Inhalt, den der Vertrag entsprechend darstellt, für okay halte, denn wenn ich ihn nicht für okay halte, muss ich das ja entsprechend kundtun. Nun konnte ich das überhaupt nicht beurteilen, weil ich eben nicht eingebunden war, und daher habe ich mich auf folgende Geschichte nicht eingelassen – ganz bewusst nicht eingelassen –, da nämlich sozusagen meinen Stempel draufzugeben, so nach dem Motto: Der Steger hat es unterschrieben, also wird er es für okay halten!, obwohl ich es **nicht beurteilen** konnte, weil ich es **nicht verhandelt** habe. Daher war es mir wichtig, deutlich zu machen, dass ich für den Inhalt dieses Vertrages keine Verantwortung übernehme.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bei der Typenentscheidung haben Sie das aber unterschrieben, obwohl Sie das ja auch nicht selbst verhandelt haben. – Worin lag dann der Unterschied, dass Sie damals sozusagen den Akt unterschrieben haben?

Sie haben dann einen Vermerk gemacht, aus budgetären Gründen wäre überhaupt ein Verzicht auf die Anschaffung vorzuziehen; wenn nicht möglich, dann die kostengünstige Variante F16 MLU. Warum waren Sie damals bereit, den Akt zu unterschreiben? Was war der rechtliche Unterschied?

**Dr. Gerhard Steger:** Der rechtliche Unterschied war, dass es damals keine Verhandlungen gegeben hat in dem Sinne, dass man einen Vertrag abschließt,



sondern dass es um die Frage gegangen ist: Was ist für die Republik die günstigste Variante? Und da war ich der Auffassung – und das war ja zum Greifen, da brauchte man nur auf dieses Querformat im Akt zu schauen, wo die unterschiedlichen Preise je Type aufgelistet waren –, wenn zwischen dem F16-MLU-Angebot damaligen Zuschnitts – da war noch die Steuer drinnen, 18 Halbjahresraten; also so, wie damals die Information war – und Eurofighter 1,6 Milliarden € Preisdifferenz ist – 1,6 Milliarden € Steuergeld! –, da braucht man nur einen Blick darauf zu werfen, um sagen zu können, da muss man aus budgetärer Sicht, wenn schon Abfangjäger beschafft werden sollen, für **F16 MLU** und nicht für Eurofighter sein.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War Ihnen zum damaligen Zeitpunkt bekannt, dass F16 ausgeschieden wurde?

**Dr. Gerhard Steger:** Mir ist erinnerlich nicht bekannt gewesen, dass F16 zum damaligen Zeitpunkt ausgeschieden wurde.

Und ganz offen gestanden, ich sehe auch nicht ein, dass sich das Finanzministerium mit einer solchen Entscheidung einfach zufrieden geben würde, denn wenn es um 1,6 Milliarden € Steuergeld als Preisdifferenz geht, dann soll man sich Wege überlegen, den Steuerzahlern die 1,6 Milliarden € zu ersparen. Es hat ja auch Kollege Hillingrathner in den entsprechenden Vorbesprechungen vor der Typenentscheidung darauf hingewiesen, dass es möglich gewesen wäre, die Ausschreibung aufzuheben und neu zu beginnen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Genau das, nämlich alles aufzuheben und neu zu beginnen, war aber im Verteidigungsressort penibelst und mehrmals hinterfragt vermieden worden, denn das hätte man ja schon machen müssen, als Gripen ausgeschieden wurde. Da hätte man ja auch unter Umständen neu beginnen müssen. Oder als alle keine Zwischenlösung anbieten konnten, hätte man auch neu beginnen müssen. Also dieser Neubeginn ist keine gute Erklärung.

**Dr. Gerhard Steger:** Na, wenn es um 1,6 Milliarden € Steuergeld geht, Frau Abgeordnete, halte ich das für eine sehr gute Erklärung.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Aber die F16-Variante ist ja dezidiert zwar vom Herrn Finanzminister immer gefordert worden, aber von den **Militärs** striktest abgelehnt worden. – Hat sich da das Finanzressort gegenüber dem Verteidigungsressort nicht durchgesetzt?

**Dr. Gerhard Steger:** Also es ist ja irgendwie eine witzige Situation gewesen: Der Finanzminister tritt für die F16 ein, der Verteidigungsminister tritt für den Gripen ein – und am Schluss kommt etwas Drittes heraus.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ja, weil die **Bewertungskommission** genau dieses Ergebnis herausgebracht hat.

**Dr. Gerhard Steger:** Dann muss man das diejenigen fragen, die diese Entscheidung getroffen haben. Ich kann nur sagen: Aus budgetärer Sicht war Eurofighter klar die **nicht** günstige Variante.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Waren Ihnen die Schreiben bekannt, die nach der Typenentscheidung plötzlich von den Mitbewerbern hereingekommen sind, wo sie plötzlich ganz andere Preise genannt haben, beispielsweise das bezüglich Gripen, wo SAAB sagt, man könnte um den Eurofighter-Preis locker 24 Gripen haben?

**Dr. Gerhard Steger:** Meiner Erinnerung nach habe ich so ein Schreiben nicht gesehen. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es in einem Akt gelegen wäre, den ich abgezeichnet hätte. Es hilft aber nichts: Wenn die Geschichte sozusagen

entschieden ist, ist sie entschieden. Wenn Gripen sich da vergaloppiert haben sollte, indem es vorher entsprechend hoch angeboten hat, so ist das das Pech von Gripen. – Ich kann mich nicht erinnern, solche Schreiben gesehen zu haben.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wie haben Sie eigentlich die Fristenverschiebereien – weil das ja doch budgetmäßig relevant ist – aus Ihrer Wahrnehmung mitbekommen?

**Dr. Gerhard Steger:** Darf ich Sie fragen, was Sie jetzt mit „Fristenverschiebereien“ meinen?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Dass ja ursprünglich durch das Anbot die Lieferung 2005 vorgesehen war, dann hat es die ersten Verhandlungen bis in den September gegeben, dann ist die Regierung geplatzt, dann Neuwahlen, dann hat man im März wieder Verhandlungen aufgenommen, und dabei wurden die Lieferfristen auf das Jahr **2007** verschoben.

**Dr. Gerhard Steger:** Da habe ich keine Wahrnehmung. Das fällt unter die Sache von vorhin, dass ich da nicht involviert war.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** In diese Vertragsgestaltung mit den Fristen waren Sie nicht involviert?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich war in dem ganzen Prozess der Vertragsverhandlungen nicht federführend tätig. Ich war in zwei, drei Fragen einbezogen; da war die Fristen-Sache nicht dabei.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es ist bei Hillingrathner mehrmals im Akt nachlesbar, dass das Finanzressort eigentlich ein Paket mit dem Verteidigungsressort schnüren wollte, nämlich auch im Hinblick auf Einsparungspotential et cetera. (*Dr. Steger: Stimmt!*) – Hat man dieses Paket auch geschnürt, und welches Einsparungspotential hat sich ergeben?

**Dr. Gerhard Steger:** Das hat man nicht geschnürt, weil das Verteidigungsministerium es abgelehnt hat, auf dieses Paket einzusteigen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Aber das wäre von euch gewünscht gewesen?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja, ja, absolut.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und in welchem Bereich haben Sie Einsparungspotenzial geortet?

**Univ.-Prof. Dr. Gerhard Steger:** Wir orten insbesondere im Verwaltungsbereich immer Einsparungspotenzial, bei jedem Ministerium, so auch bei der Verteidigung. (*Abg. Muraue: Auch im Finanzministerium?*) Selbstverständlich, Herr Abgeordneter! Niemand ist frei von Verbesserungspotenzial, wir auch nicht. Das ist so.

Darüber hinaus ist es meiner Erinnerung nach um die Frage gegangen, eine entsprechende **Priorisierung** im Bereich Rüstungsbeschaffungen vorzunehmen. Es gab ja damals mannigfache Wünsche von Heereschef Pleiner, wenn ich mich richtig erinnere, der alle möglichen Vorhaben gehabt hat, wo wir der Auffassung waren, dass eine entsprechende Priorisierung notwendig ist.

Vor allem haben wir das **top down** betrachtet: Wir haben immer gesagt – Sie kennen ja diesen euphemistischen Ausdruck der Kuchenstücke bei Budgetverhandlungen –, wir haben für jedes Ressort ein bestimmtes Kuchenstück und mit dem müssen sie auskommen. Meiner Erinnerung nach hat der Finanzminister dem Herrn Verteidigungsminister ein Schreiben geschickt, in dem er ihm das „Kuchenstück“ für

das Jahr 2003 mitgeteilt und ihn gebeten hat, er möge doch bestätigen, dass er mit diesem „Kuchenstück“ durchkommt. Nur leider hat sich der Verteidigungsminister – meiner Erinnerung nach – dazu **nicht** bereit erklärt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es ist ja dann im Ministerrat jene – sage ich jetzt einmal – Empfehlung gekommen, die Betriebskosten durch Zusagen für das Zusatzbudgets zu bewerkstelligen. Ist das geschehen? – Das trifft jetzt dann heuer zu, wenn der erste Flieger landet.

**Dr. Gerhard Steger:** Es gibt einen gewissen **Zahlenwiderspruch**: Ich glaube, im Ministerrat – korrigieren Sie mich bitte – steht **50 Millionen €** an Betriebskosten. Ich rede jetzt von dem dem Ministerrat, bei dem dann letztendlich gesagt worden ist, wir berichten über den Vertragsabschluss. Da gab es einen Ministerrat, da ist, glaube ich, von 50 Millionen € an Betriebskosten die Rede gewesen, das Finanzministerium hat immer nur **32 Millionen €** an zusätzlichen Betriebskosten zugestanden. – Das ist auch in den entsprechenden Akten so drinnen. Das heißt, das Finanzministerium hat gesagt, 32 Millionen € zusätzliche Betriebskosten für die Eurofighter tragen wir, und das haben wir selbstverständlich auch bei Budgetverhandlungen entsprechend berücksichtigt, ohne dass ich da jetzt hoffentlich irgendein Geheimnis ausplaudere.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Nachdem die jetzige Lösung auch Betriebskosten verursacht, das heißt, bereits budgetierte Betriebskosten vorhanden sind, geht es bei diesen 32 Millionen um zusätzliche Betriebskosten?

**Dr. Gerhard Steger:** So sehe ich das, ja, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Systemerrichtungskosten, jene 233 Millionen €, die auch der Rechnungshof angeführt hat, wo es um die Infrastrukturerrichtungen geht, beispielsweise Umbau Flughafen, Hangarbau et cetera, sind die dann zusätzlich zu budgetieren? Ist das schon erfolgt? Wie weit sind wir in der Abarbeitung dieser Systemkosten?

**Dr. Gerhard Steger:** Also zunächst einmal ist es so, dass sich das Finanzministerium meiner Erinnerung nach immer auf den Standpunkt gestellt hat, dass die 233 Millionen € vom Ressort umzuschichten und aufzubringen sind und dass wir die nicht drauflegen – im Unterschied zu den Kosten für V 1 und V 2, plus 32 Millionen Betriebskosten. Wir gehen bei der Budgetierung so wie gegenüber jedem anderen Ressort vor. Wir geben bestimmte **Budgetvorgaben**, die sich nach bestimmten allgemeinen Grundsätzen ergeben, und ersuchen das jeweilige Ressort – das gilt wiederum für alle – innerhalb dieses sogenannten Kuchenstückes seine Prioritäten so zu setzen, dass die gesetzlichen Verpflichtungen und die vertraglichen Verpflichtungen eingehalten werden können. Das ist dann Aufgabe des jeweiligen Ressorts; in diesem Fall des Verteidigungsministeriums.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie sind ja derzeit intensiv in die Budgetverhandlungen involviert. Wir werden dann nach Ostern das Budget hier im Hohen Haus hoffentlich beraten. – Sind Sie zuversichtlich, dass wir da dann ein Budget haben? (*Dr. Steger: Sehr zuversichtlich!*)

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Zur letzten Frage hätte mich nur interessiert, welches Beweisthema das umfasst (*Abg. Dr. Fekter: Aber es war interessant!*), aber das sei dahingestellt.

Ich möchte sehr respektieren, dass Herr Dr. Steger zu diesem Vertragsunterzeichnungs- und Verhandlungsvorgängen nichts sagen kann, auch wenn er natürlich Wahrnehmungen auch im Nachhinein aus der Presse hat, aber natürlich liegt jedes Wort auf der Goldwaage. Das ist soweit klar, und ich werde versuchen, dem auszuweichen.

Aber zurück zu dem Mysterium, dass eben Grasser überhaupt keine Flugzeuge wollte, dann die billigen F16, Scheibner den Gripen – und auf einmal ist es dann der Eurofighter, und der Finanzminister nimmt zusätzliche Kosten in Kauf, ebenso die Problematik von Umschichtungen, denn Umschichtungen sind natürlich immer etwas Kompliziertes, und wenn man sich das sozusagen vom Leib halten kann, ist es wahrscheinlich sinnvoll.

Darum ist so interessant, was sich im Vorfeld abgespielt hat, und da ist natürlich jede Begegnung und jeder Schriftverkehr mit EADS Jagdflugzeuge GmbH, was auch immer, so interessant. Darum, Herr Dr. Steger, muss ich noch einmal zurückkommen auf das ja schon berühmte Schreiben von Herrn Dr. Bischoff vom 27. Juli 2001 und den in Verlust geratenen Brief im Ministerium. Vielleicht können Sie mir da ein bisschen weiterhelfen. Also es geht um den Brief vom 13. Juni, wo es eben heißt von Seiten des Herrn Bischoff: indem wir einen Vorschlag für eine Paketlösung zum Vorhaben Abfangjäger ankündigen. – Also im Finanzministerium verlustig.

Bei der ersten Befragung hier hat Herr Rauen gesagt: Herr Kräuter, dieser Brief ist bei der EADS. Aus meiner Erinnerung heraus meine ich, zu wissen, so Rauen, dass es nur ein Ankündigungsbrief war; ich versuche, ihn zu bekommen, definitiv und so weiter.

Vorgestern hat es vollkommen anders ausgeschaut. Dieser Brief vom 13. Juni sei gar nicht abgeschickt worden, sagte Rauen – das war die neue Variante –, und die Sekretärin sei inzwischen pensioniert.

Ich versuche jetzt, konkret dazu zu fragen. Wenn so ein bedeutender Brief von EADS und von Dr. Bischoff an den Minister geht und im ersten Absatz wird auf einen anderen Brief verwiesen, würde da nicht sofort auffallen: Diesen Brief haben wir gar nicht beim Akt. Fragen wir zurück, rufen wir an, schicken wir ein Mail. Es wird hier schon in der zweiten Zeile auf einen Brief verwiesen, den wir gar nicht haben. – Wie muss man sich das vorstellen in der Bürokratie?

**Dr. Gerhard Steger:** Herr Abgeordneter, ich kann dazu nichts anderes sagen, als ich schon dem Ausschuss mitgeteilt habe. Hillingrathner hat den Brief bekommen, hat ihn wieder zurückgegeben, er ist verlustig gegangen. Hillingrathner hat dann auch festgehalten, wie die ganze Geschichte abgelaufen ist. Ich enthalte mich hier einer Bewertung. Ich sage nur: Das war das Faktum.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Da bin ich schon sehr dankbar, denn mir war einfach die nochmalige Bestätigung so sehr wichtig, dass dieser Brief nämlich existiert, zugegangen ist, und wir werden dann bei der Bewertung der Aussagen von Herrn Rauen das zu werten wissen, dass eben jetzt Herr Rauen von einem Brief spricht, der an Herrn Hillingrathner ergangen ist, von ihm registriert wurde, jetzt auf einmal auftischt – ich glaube, das kann man an dieser Stelle so nennen –, dass dieser Brief gar nicht abgeschickt worden wäre. Und ich denke mir, dass gerade dann im Vorfeld (*Abg. Dr. Fekter: Haben Sie einen Beweis dafür? Hillingrathner hat alles registriert und veraktet! Wenn er ihn hätte, hätte er das festgehalten! Sogar bei sich zu Hause!*), wenn es um so wichtige Dinge wie Schriftverkehr geht zwischen EADS und dem Ministerium und klar ist, dass dieser Brief im Ministerium eingelangt ist, und Herr Rauen zwei verschiedene Varianten auftischt und in einer weiteren heißt es, überhaupt **nicht abgeschickt**, dann spricht das wirklich für sich. (*Rufe und Gegenufe zwischen den Abgeordneten Dr. Fekter und Mag. Stadler.*) – Darf ich den Herrn Vorsitzenden bitten, dass er mir die Zeit anrechnet, die dieser Disput in Anspruch nimmt. (*Obmann Dr. Pilz: Bitte!*)

Ich würde gerne fortsetzen, allerdings hat sich ein Disput entwickelt. Es geht um die bedeutende Frage, um das eben Nicht-abgeschickt-Sein eines Briefes und um die Tatsache, dass uns Herr Rauen hier gestern die glatte Unwahrheit aufgetischt hat, und

da hat sich ein Disput entwickelt zwischen der Kollegin Fekter und dem Kollegen Stadler, wobei natürlich Kollege Stadler meine Sympathien hat.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da dieser Disput jetzt vorbei ist und es jeden Tag diesen Disput gibt (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim*) – Kollege Jarolim, bitte! –, besteht jetzt die Chance, dass damit das Disput-Potential Stadler – Fekter für heute ausgeschöpft ist und wir ganz normal mit Fragen und Antworten fortsetzen können. Ich drücke jedenfalls diese Hoffnung aus. – Kollege Kräuter, bitte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Dr. Steger, ganz ein anderer Themenkomplex: Gegengeschäfte – schon von Anbeginn auch in Ihren chronologischen Aufzeichnungen als entscheidend bezeichnet. Also die Frage Gegengeschäfte war offenbar im Finanzministerium von Anbeginn eine ganz wichtige Frage. Jetzt geht aus einer Anfrageantwortung von Herrn Minister Bartenstein hervor: Festzuhalten ist – diese Antwort ist vom Dezember 2006 –, dass das Bewertungsergebnis der Gegengeschäfte keinen Einfluss auf die Typenentscheidung nahm. – Wie würden Sie das kommentieren?

**Dr. Gerhard Steger:** Da ich bei der Typenentscheidung nicht dabei war – die ist ja auf politischer Ebene getroffen worden –, kann ich auch zu den Motiven, die da eine Rolle gespielt haben oder nicht, nichts sagen. Dazu habe ich keine eigene Wahrnehmung.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Vielleicht sind zu den Gegengeschäften zwei andere Umstände zu Ihrer Kenntnis gelangt oder vielleicht haben Sie auch damit zu tun gehabt. Es wurde immer behauptet, 15 Jahre wäre die Frist der Erfüllung der Gegengeschäfte. Später im Zuge des Untersuchungsausschusses hat es sich herausgestellt, dass einseitig vom Wirtschaftsministerium diese Frist verlängert werden kann, also gewissermaßen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. – War das von Anbeginn klar, oder ist das erst später irgendwie dazugekommen?

**Dr. Gerhard Steger:** Es tut mir sehr leid, Herr Abgeordneter, das weiß ich einfach nicht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Noch ein Versuch zu den Gegengeschäften. Behauptet worden ist öffentlich immer wieder, dass ein ursächlicher Zusammenhang zum Grundgeschäft gegeben sein muss. Da hat sich aber dann durch den Rechnungshof herausgestellt, dass das mitnichten der Fall sein muss. War von Anbeginn für alle Beteiligten klar – das ist ja eigentlich logisch, man kann nicht irgendwelche Modegeschäfte oder irgend so etwas dann hineinimplantieren –, dass dieser ursächliche Zusammenhang zum Grundgeschäft bei Gegengeschäften eigentlich eine klare Sache ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Es klingt sehr logisch, was Sie sagen, Herr Abgeordneter, ich habe nur dazu keine eigene Wahrnehmung, weil die **Gegengeschäfte**, wie Sie richtig sagen, im **Wirtschaftsministerium** zu bearbeiten sind. Die Wahrnehmung, die ich mit Gegengeschäften habe, ist – und diese habe ich dem Ausschuss schon kundgetan –, dass dieser Aspekt dem früheren Finanzminister sehr wichtig war und er das von Anfang an betont hat. Aber zu den Technicalities – wenn ich das so salopp sagen darf – der Gegengeschäfte bin ich **nicht** der kompetente Auskunftspartner; da sind die Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium sicher näher dran.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Vorläufig noch eine dritte Ebene, wo ich Sie etwas fragen möchte, anschließend an Kollegen Kogler. Bei der kompletten Finanzierung haben Sie gesagt, Sie kennen keine vergleichbare Konstruktion.

Meine Frage: Wie viele andere Vorgänge können Sie da in Relation setzen? Wie muss man sich das vorstellen: Ist das ein Dutzend, weniger oder mehr?

**Dr. Gerhard Steger:** Es sind sehr viele. Es ist viel mehr als ein Dutzend. Ich habe aber schon gesagt, dass ich in diesem Punkt grundsätzlich Verständnis habe für diese Konstruktion, weil sie in der Tat der Republik Finanzierungskosten erspart und wir die Möglichkeit haben, uns durch die Haftung der Muttergesellschaften schadlos zu halten, wenn wirklich was passieren sollte. Ich habe daher gegen diese Grundkonstruktion dem Grunde nach nichts einzuwenden, mir fällt aber keine vergleichbare ein, auch bei dem großen Spektrum nicht, das ich überblicke.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht in diesem Zusammenhang, dass **mündlich** verhandelt wurde, dass Unterlagen eigentlich nicht vorliegen. Jetzt mag es so sein, dass so etwas bei Bankgeschäften von privaten Banken durchaus möglich ist, auch in solchen Größenordnungen, aber bei uns war irgendwo letztendlich die Hochbürokratie mit dabei, eben mit der Bundesfinanzierungsagentur. Ist das plausibel und begründet, dass man **mündlich** eine Art – unter Anführungszeichen – „Ausschreibung“ durchgeführt hat?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann Ihnen nur dem Grunde nach sagen, wie ich das einschätze. Ich war lange Aufsichtsratsvorsitzender der Bundesfinanzierungsagentur und kenne die handelnden Personen gut, und ich muss sagen, dass ich gerade auch vom Kollegen Kocher, der diese Geschichten gehandelt hat, einen ausgesprochen professionellen Eindruck hatte. Ich kann das sagen, ich war, glaube ich, acht Jahre lang Aufsichtsratsvorsitzender der ÖBFA und habe ihn als ausgesprochen professionellen Kollegen kennengelernt. Ich bin sicher, dass Kollege Kocher das Optimale aus seiner Sicht für die Konditionengestaltung herausgeholt hat.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich möchte ein bisschen konkreter fragen. Ist es üblich, dass da keine **schriftlichen Aufzeichnungen** geführt werden?

**Dr. Gerhard Steger:** Da müssen Sie den Kollegen Kocher fragen, wie er das üblicherweise hält. Das ist eine Frage des operativen Geschäftes.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ein Letztes dazu: Wie muss man sich das vorstellen: Gibt es da Kreditvermittler wie bei sonstigen Bankgeschäften, Provisionen und dergleichen? Oder können Sie das ausschließen?

**Dr. Gerhard Steger:** In welchem Zusammenhang?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Im Zusammenhang mit der Finanzierung. Wie muss man sich das vorstellen?

**Dr. Gerhard Steger:** Auch dazu kann ich Ihnen speziell nichts sagen. Da würde ich Sie bitten, den Kollegen Kocher zu fragen, wie da die Branchen-Usancen sind.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Guten Morgen, Herr Sektionschef! Sie haben in Ihrem Eingangsstatement festgehalten, dass Sie mit den Vertragsverhandlungen selbst eigentlich überhaupt nicht befasst waren, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner damit befasst, aber auch nicht direkt involviert war. Das heißt, in der ersten Fragerunde hat sich schon herausgestellt, dass wir eher Herrn Dr. Traumüller dazu befragen werden müssen.

Jetzt tue ich mir schon etwas schwer mit den Fragestellungen. Ich möchte aber sehr wohl eines noch fragen, nämlich im Hinblick auf Herrn Ministerialrat Hillingrathner: Ist Ihnen bekannt, dass er nach der Pensionierung einen Werkvertrag bekommen hat?

**Dr. Gerhard Steger:** Darf ich nur noch – wiederum zur Vermeidung von Missverständnissen – sagen, Herr Abgeordneter, natürlich war Kollege Hillingrathner involviert, aber er hat die Verhandlungen **nicht geleitet**. – Es war mir bekannt, dass er einen Werkvertrag bekommen hat, jawohl.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Hängt das damit zusammen, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner auch nach seiner Pensionierung weiterhin damit befasst war, eben mit diesem Punkt, dass er speziell in diese Richtung mitarbeitet? (Dr. Steger: Genau!)

Habe ich das vorhin richtig verstanden: Sie als Experte des Finanzministeriums schätzten die Sachlage so ein, dass diese Finanzierungsvariante, die in diesem Zusammenhang gewählt wurde, eben für die Republik einen günstigeren Kauf ermöglicht hat, da die Republik eben mit ihrer besseren Bonität als Eurofighter GmbH aufgetreten ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Das schätze ich so ein, vor allem deswegen, weil das in Kombination mit der Haftung der Muttergesellschaften zu sehen ist, dass man für den Fall, dass irgendetwas passiert, auf die Muttergesellschaften zurückgreifen kann, um damit Schaden von der Republik abzuwenden. Die Finanzierungs konstruktion alleine wäre es noch nicht gewesen: Die Kombination mit der Haftung der Muttergesellschaften ist es, wo ich sage, das erscheint mir in Summe eine plausible Vorgangsweise.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Können Sie das dem Ausschuss noch detaillierter erklären, diese Haftungsvariante mit den Muttergesellschaften?

**Dr. Gerhard Steger:** Die Muttergesellschaften haften ja dafür, wenn irgendetwas mit der Vertragserfüllung nicht okay sein sollte. Und da gibt es auch, wenn ich das richtig sehe, im Vertrag einen entsprechenden Annex, wo das festgehalten ist seitens der vier Muttergesellschaften von Eurofighter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Sektionschef, ich möchte Ihnen zunächst einen Aktenvermerk vom 15. Mai 2003 vorhalten, den Sie festgehalten haben. – Sie nicken, das heißt, Sie kennen den Inhalt und erwarten wahrscheinlich schon, dass Sie danach gefragt werden.

Aus diesem Aktenvermerk – ich halte das für das Protokoll und für den Ausschuss fest – geht hervor, dass erstens bei Ihnen Herr Ministerialrat Mag. Pichler angerufen und Ihnen mitgeteilt hat, dass Herr Dr. Traumüller ihm gesagt habe, man solle Ihnen sagen, Sie sollen den Beschaffungsakt unterschreiben.

Aus dem zweiten Teil dieses Aktenvermerkes geht hervor, dass Sie dann Dr. Traumüller angerufen und ihm mitgeteilt haben, dass Sie diesen Akt **nicht** unterschreiben werden und **warum** Sie ihn nicht unterschreiben werden.

Im dritten Teil dieses Aktenvermerkes heißt es, dass Sie mit Ministerialrat Hillingrathner telefonisch Kontakt aufgenommen haben, wo er Ihnen mitgeteilt hat, dass der Akt heute noch unterschrieben werden muss.

Und im vierten Teil dieses Aktenvermerkes wird mitgeteilt, dass Ihnen Dr. Traumüller sagt – am Telefon wiederum –, dass Bundesminister Grasser, mit dem er Kontakt aufgenommen hat, darauf besteht, dass Sie selbst diesen Akt unterschreiben.

Nun frage ich Sie: Können Sie mir sagen, warum es so wichtig war, dass ausgerechnet **Sie** diesen Akt unterschreiben?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich denke mir meinen Teil dazu, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber mich würde es interessieren, was Sie sich denken?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung in dem Sinn, dass mir der Minister gesagt hat: Ich will, dass du den unterschreibst aus dem und dem Grund! Das ist nicht passiert.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber mich würde das jetzt wirklich interessieren, ich glaube, den Ausschuss auch, denn das ist **kein alltäglicher Vorgang**. Ich habe so etwas noch nie gelesen, dass ein Sektionschef sagt, ich habe mit dem Beschaffungsvorgang nichts zu tun – was evident ist –, und dann nimmt er mit dem Kabinettsleiter, mit dem zuständigen Kabinettsmitglied Kontakt auf, und der sagt: Nein, der Minister besteht darauf, Sie müssen unterschreiben! Und Sie sagen dann, ja, ich unterschreibe, aber ich werde das vermerken, dass ich quasi nichts damit zu tun hatte.

Jemand, der gar nichts damit zu tun hat, muss auf einmal einen Akt unterschreiben? Bitte können Sie mir erklären, worin die Motivenlage für so einen Vorgang bestanden haben könnte. Es geht ohnehin aus dem Protokoll hervor, dass das Ihre Deutung ist.

**Dr. Gerhard Steger:** Ich glaube, wir denken uns beide dasselbe, was die Motivenlage ist, nur: Ich habe dazu keine Wahrnehmung und kann es daher nicht behaupten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann muss ich die Motivlage formulieren und Sie sagen dann einfach, ob ich falsch liege oder nicht – wenn Sie schon sagen, wir denken uns dasselbe –: Ist es möglich, dass es dem Herrn Bundesminister besonders wichtig war, die Unterschrift des kritischsten Sektionschef zu diesem Beschaffungsvorgang unbedingt auf dem Aktendeckel zu haben?

**Dr. Gerhard Steger (lächelnd):** Sonderbar, wie Sie auf diese Variante kommen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Fürs Protokoll: Heiterkeit bei der Auskunftsperson.

Die Einsichtsbemerkung, die Sie dann formuliert haben – die man mir jetzt gerade aushebt –: Erinnern Sie sich noch – denn ich habe es jetzt gerade nicht zur Hand –, was Sie dort festgehalten haben, um Ihre Unterschrift zu relativieren?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich darf es Ihnen vorlesen (*die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen*), wenn Sie gestatten. (*Abg. Dr. Stadler: Bitte!*)

Ich habe hier geschrieben: HBMF hat im heurigen Jahr Dr. Traumüller mit den Vertragsverhandlungen beauftragt. Die Kommunikation betreffend diese Verhandlungen erfolgte mit der im fünften Einlageblatt genannten Ausnahme – das war diese Konstruktion mit der Finanzierung – direkt zwischen der Abteilung II/14 und Dr. Traumüller. Die gefertigte Sektionsleitung war daher in diese Verhandlungen nicht eingebunden – wiederum – (Ausnahme fünftes Einlageblatt) und liegt daher die Verantwortung bei Dr. Traumüller. Kopie der Einsichtsbemerkung wurde angefertigt. Steger.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich werde noch versuchen, Dr. Traumüller zu befragen, wieso das so wichtig war, dass **Sie** unterschreiben, denn vielleicht hat der Minister Herrn Dr. Traumüller eine Motivation erläutert, die dann zu einer Wahrnehmung geführt hat. – Ich weiß nicht, ob wir Sie noch einmal im Ausschuss haben werden, aber vielleicht werde ich dann noch einmal darauf zurückkommen, Herr Sektionschef.

Ich möchte zu einem anderen Thema überleiten. Sie erinnern sich an diesen Vorgang mit dem so genannten Business-Code oder **Code of Business Conduct**. Das wurde in Ihrer Abteilung erarbeitet, und zwar ausgelagert bei Herrn Rechtsanwalt **Dr. Lessiak**, der diesen Text gemeinsam mit Univ.-Prof. **Aicher** erarbeitet hat.

**Dr. Gerhard Steger:** Das ist korrekt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dieser Code of Business Conduct wurde dann vom Finanzministerium an das Verteidigungsministerium weitergeleitet. – Ist das



korrekt? (*Dr. Steger: Ja!*) – Die Initiative, um so etwas zu erarbeiten, ging vom Bundesminister für Finanzen aus?

**Dr. Gerhard Steger:** Auch das entspricht meiner Erinnerung, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe diesen **Code of Business Conduct** durchstudiert und kann sagen: Er ist in der Textierung, wie er von Rechtsanwalt Lessiak und vom genannten Universitätsprofessor erarbeitet wurde, absolut schlüssig. Er formuliert auch in der Präambel, dass, falls diese Textierung nicht ordnungsgemäß unterfertigt werde, dies ein Grund wäre, dieses Angebot auszuscheiden.

Ich brauche von Ihnen eine Einschätzung: Ist das richtig, dass das so gedacht war?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja, das entspricht auch meiner Erinnerung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich komme jetzt nämlich auf den zentralen Punkt. Was ist unter „ordnungsgemäßer Unterfertigung“ zu verstehen: inhaltlich und formell?

**Dr. Gerhard Steger:** Da würde ich Sie bitten, einen Rechtsanwalt zu fragen. Ich gehe davon aus, dass das die Unterschrift eines befugten Firmenvertreters mit Stampiglie und Unterschrift ist, aber ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das wäre die formelle ordnungsgemäße Unterfertigung. – Wäre es ordnungsgemäß unterfertigt, wenn man Teile dieses Code of Business Conduct, dieses Textes, herausgestrichen hätte?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich bin nicht sicher, ob alle Juristen meine Meinung teilen würden, ich selbst bin keiner, aber ich vermute, dass das nicht okay wäre, wenn es so wäre.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wäre es ordnungsgemäß, wenn man eigenmächtig Ergänzungen vornimmt und Teile des Textes relativiert?

**Dr. Gerhard Steger:** Auch da kann ich mir nicht vorstellen, dass das ordnungsgemäß wäre.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie wissen, dass ein Anbieter eine eigenmächtige Ergänzung des Textes vorgenommen und den Punkt 3 dieses Textes relativiert hat?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe das den Medien entnommen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben darüber vorher keine Kenntnis erlangt? (*Dr. Steger: Nein!*) – Dann noch zu einem letzten Punkt, Herr Sektionschef. Das betrifft einen anderen Vorgang, und zwar die Haupturkunde.

Ist Ihnen die Vertragsurkunde hinsichtlich der Finanzierungsstruktur und der Finanzierungsmodalitäten einmal vorgelegt worden?

**Dr. Gerhard Steger:** Selbstverständlich, als ich sie unterschrieben habe, beim Durchtragen des Aktes durch Ministerialrat Hillingrathner. Das ist diese Geschichte vom 14. Mai, wo der Akt sozusagen tel quel bei mir vorbei gelaufen ist, ich ihn mir aber natürlich nicht angesehen habe, weil sonst wäre er nicht rechtzeitig weitergegangen, und ich eben festgehalten habe, ich lehne die Verantwortung dafür ab.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun komme ich zunächst zu dieser Konstruktion mit der unbedingten Garantie der Kaufpreiszahlung in Kombination mit dem **weitreichendsten Einredevorzicht**, den ich jemals gesehen habe.

Kennen Sie diese Vertragsbestimmung unter dem Kapitel **Finanzierungsstruktur**?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich könnte sie jetzt nachlesen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie ähnliche Verträge in Ihrer Dienstzeit in Erinnerung, wo ein dermaßen weitreichender Einredeverzicht in Kombination mit einer unbedingten Garantie der Kaufpreiszahlung geleistet wurde? (*Dr. Steger: Nein!*) – Daraus schließe ich, dass das ein absolut singulärer Vorgang ist.

**Dr. Gerhard Steger:** In meiner Wahrnehmung: ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es wurde auch geregelt, es wurde ausdrücklich festgehalten, dass **kein Zessionsverbot** besteht, gemeint jetzt für die Firma Eurofighter, und dass diese Zession der Republik nur **anzuzeigen** ist. – Haben Sie darüber noch etwas in Erinnerung?

**Dr. Gerhard Steger:** Nichts Spezielles, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wissen Sie, dass die Zession der Kaufpreisforderung durch den Vertragspartner Eurofighter sehr bald nach dem Unterfertigen dieses Vertrages erfolgt ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Es kann sein, dass das in einem Akt gestanden ist, den ich gesehen habe; das weiß ich aber jetzt nicht mehr genau.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es wird in einer anderen Klausel dieses Vertrages unter den Zahlungsbestimmungen geregelt, dass nach der Unterfertigung bis zur entsprechenden Fälligkeit von Halbjahresraten rechtsgültig unterfertigte **Bankgarantien** vorgelegt werden müssen.

Haben Sie eine Erinnerung, ob die **Republik** Bankgarantien gelegt hat?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, habe ich nicht in Erinnerung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wer wäre da der kompetente zu Befragende, der das sagen könnte?

**Dr. Gerhard Steger:** Dr. Traumüller, würde ich meinen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Noch eine letzte Frage. Wir haben vor zwei Tagen einen Vertreter der BAWAG P.S.K. hier gehabt, dem ich ein Besprechungsprotokoll vorgehalten habe. Ich habe es jetzt in der Eile noch nicht in diesem Wust an Akten gefunden. Da ich leider in zwei Ausschüssen tätig bin, bin ich mir nie ganz sicher, wo ich welche Akten in meinen Bearbeitungsakten eingelegt habe, aber ich finde es schon noch. (*Abg. Dr. Fekter: Leicht überfordert, oder wie?*) – Da redet die Richtige! Ich sitze hier herinnen in einem zweiten Ausschuss bis in die Nachtstunden – nicht wie die ÖVP, die sich überall drückt.

Aus diesem Vorgang wird ersichtlich, dass es eine Besprechung mit Herrn Dr. Maresch gegeben hat. – Erinnern Sie sich an diese Besprechung?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, weil ich nicht dabei war, aber ich glaube, dass ich diese Unterlage beim Studium der Akten gelesen habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe nämlich irgendwo Ihre Paraphe darauf entdeckt. Das ist der Grund, warum ich Sie danach frage. Meiner Erinnerung nach an diese Unterlage war es eine Besprechung, an der auf jeden Fall auch Dr. Hillingrathner teilgenommen hat, und dort wurde seitens der Vertreter des Finanzministeriums größter Wert darauf gelegt, dass **keinerlei** Darlehensbeziehung oder direkte Vertragsbeziehung zwischen der Republik Österreich und der BAWAG P.S.K. aufscheinen dürfe. – Erinnern Sie sich an den Vorgang? (*Dr. Steger: Nein!*) – Das wurde damit begründet, es sei dies Maastricht-relevant. Ich habe den Bankenvertreter gefragt, wieso man diese komplizierte Variante gewählt hat, eine

Forderung zedieren zu lassen, um dann die Leistungen an die Bank zu leisten. Und er hat uns erklärt, dass das wirtschaftlich nichts anderes sei als ein Forderungskauf durch die Bank, und dann geht eine Darlehensgewährung an die Republik. Daraufhin habe ich gefragt, warum er nicht gleich ein Darlehen aufgenommen hat, um dann einen derart weitreichenden Einredeverzicht an den Geschäftspartner Eurofighter abgeben zu müssen.

Haben Sie dafür eine Erklärung, wieso man so eine Vertragskonstruktion, die in Wahrheit die **Republik** gegenüber der Eurofighter GmbH **schlechter** stellt, wählt, wenn man ein gewöhnliches Darlehen bei der BAWAG auch hätte aufnehmen können?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe dafür keine Erklärung, weil die Maastricht-Wirksamkeit der ganzen Sache ja darin besteht, dass uns das ganze Maastricht-mäßig in dem Moment trifft, wo die jeweiligen Flieger geliefert werden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, ich halte das nur fest: Unabhängig von dieser Konstruktion wäre das auf jeden Fall wirtschaftlich zu betrachten – nicht nach der Rechtskonstruktion, sondern wirtschaftlich zu betrachten –, die Budgetwirksamkeit zu betrachten und dann die Maastricht-Relevanz zu beurteilen. – Ist das richtig?

**Dr. Gerhard Steger:** Die Maastricht-Relevanz ist danach zu beurteilen, wann die Flieger konkret geliefert werden. Das heißt, wenn in einem Jahr – ich weiß nicht –, heuer, vier Flieger geliefert werden, „treffen“ uns heuer Maastricht-mäßig vier Flieger, und wenn nächstes Jahr mehr geliefert werden, „treffen“ uns nächstes Jahr mehr Flieger. Das hängt von der Lieferung der konkreten Flieger ab. (*Abg. Dr. Jarolim: Ist das unstrittig oder ist das nur Ihre Meinung?*)

**Dr. Gerhard Steger:** Gestatten Sie mir den Ausdruck aus der juristischen Diskussion: Das ist **herrschende Lehre**.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herrschende Lehre. (*Abg. Dr. Jarolim: Das erste Mal, dass wir das hören!*) – Ja, vom kompetentesten Mann überhaupt. – Und wird auch so vom Finanzministerium gehandhabt?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann nur von dem reden, was mein Wissensstand ist. Mein Wissensstand ist, dass für uns klar war, wir haben das durchgecheckt – die Akten gibt es ja auch, ich finde sie sogar, wenn ich jetzt zwei Minuten suche in meinem Ordner –, es ist unstrittig für uns, dass die Maastricht-Belastung des österreichischen Budgets dann entsteht, wenn die konkreten Flieger geliefert werden. Das heißt, es gibt einen Unterschied zwischen der Zeitschiene der Maastricht-Belastung und der administrativen Cash-Belastung. Die sind **nicht** deckungsgleich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das bedeutet, dass die Maastricht-Relevanz nur in Bezug auf den Liefertermin von Bedeutung ist, aber ... (*Abg. Dr. Fekter: Darum ist ja verschoben worden!*) – Herr Sektionschef, wenn Sie es notwendig haben, von Frau Kollegin Fekter ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Entschuldigung, die Verteidigung ist jetzt nicht am Wort! Kollege Stadler stellt jetzt die Fragen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist nicht einmal eine Verteidigung, da **bevormundet** Kollegin Fekter sogar die Auskunftsperson.

Die Maastricht-Relevanz ist daher nur in Bezug auf den Lieferzeitpunkt von Bedeutung, nicht aber auf diese gewählte Finanzierungsmodalität?

**Dr. Gerhard Steger:** Die Finanzierungsmodalität kann deswegen eine Rolle spielen, Herr Abgeordneter, weil es ja auch um Zinskosten geht. Wenn wir jetzt weniger Zinsen

zahlen, weil eine bessere Bonität unterlegt ist, wirkt sich das natürlich auch Maastrichtmäßig aus.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist völlig klar, das sehe ich ein. Aber eine Bonität ist danach zu beurteilen, welche Bonität der Vertragspartner Republik Österreich hat. Die Bonität ist nach wie vor eine hohe – eine Triple A-Einschätzung würde ich einmal sagen. (*Dr. Steger: Jawohl!*) – Das heißt also, wir hätten sowohl bei Kreditinstituten – jetzt will ich gar keine konkrete Bank nennen – als auch sozusagen, wenn man einen Wettbewerb hergestellt hätte, mit der Bonität der Republik Österreich eine entsprechend günstige Kreditkondition erwirken können, und wir hätten auch entsprechende Fixzinsen erwirken können. – Ist meine Einschätzung richtig?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich teile diese Einschätzung, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt also, es gab keine Notwendigkeit, diese umständliche Form der Finanzierung zu wählen, die jedenfalls mit einer Schlechterstellung der Rechtsposition der Republik Österreich gegenüber Eurofighter verbunden ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Dazu müsste ich jetzt den ganzen Vertragsprozess kennen, um das wirklich abschließend beurteilen zu können. Ich versage mir das. Ich sage nur noch einmal sehr klar: Die gewählte Finanzierungs konstruktion war jedenfalls günstiger als im Vergleich dazu eine Konstruktion, die die Bonität von EADS oder von Eurofighter GmbH unterlegt hätte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist völlig klar. Aber, Herr Sektionschef, die war aber auch nie Thema, sondern es ging nur um die Frage, ob wir, ob die Republik Österreich zur Bezahlung der Kaufpreisraten an Eurofighter/EADS ein gewöhnliches Darlehen aufnehmen können und günstige Kondition dafür bekommen.

**Dr. Gerhard Steger:** Na, selbstverständlich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Selbstverständlich. Das ist wichtig, ja. (*Abg. Prähauser: Das ist ja unglaublich! – Abg. Mag. Kogler: Schiebung, die Dritte!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich werde jetzt selbst noch ein paar Fragen stellen. Vorher nur eine Klarstellung. Ich zitiere von Eurostat. Eurostat hat beschlossen, dass bei langfristigen Verträgen über komplexe Systeme die Ausgaben des Staates generell nicht zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung verbucht werden sollten, sondern zum Zeitpunkt der Lieferung der einzelnen einsatzfähigen Ausrüstungsteile, aus denen sich das System zusammensetzt.

Das ist die Grundsatzentscheidung Verbuchung von Ausgaben für militärische Ausrüstung, weil es in diesem Bereich jahrelang große Unsicherheiten gegeben hat – also das, was Herr Steger uns geschildert hat. Die Finanzschuld wird dann wirksam, wenn es zur Lieferung kommt und nicht zu Zeitpunkten, wo Zahlungen vereinbart werden. Das steht damit außer Streit. Das ist eine Eurostat-Entscheidung, wo es überhaupt keine Möglichkeit von Seiten der Republik Österreich gibt, eine andere Position zu vertreten.

Bevor wir zu dem zurückkommen, zu etwas anderem, nämlich zu dieser Schmiergeldklausel.

Ich möchte, dass Sie uns wirklich einmal chronologisch schildern, wie es zu dieser Schmiergeldklausel, also der Ziffer 4 der Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit, also dem, was zuerst **Code of Business Conduct** geheißen hat, gekommen ist.

Können Sie mir sagen, wer Herrn Universitätsprofessor Aicher und Herrn Rechtsanwalt Lessiak wann beauftragt hat, etwas in dieser Art zu erarbeiten?

**Dr. Gerhard Steger:** Meiner Erinnerung nach, Herr Vorsitzender, habe ich Dr. Lessiak angerufen. Ich müsste jetzt nachschauen, wann dieser Aktenlauf genau war. Dr. Lessiak arbeitet in der Regel sehr rasch – wird wenige Tage vor dem jeweiligen Einlangen des Schriftstückes bei uns gewesen sein, nehme ich jetzt einmal an. Also sehr kurzfristig vorher habe ich Dr. Lessiak angerufen – erinnerlich – und habe ihn gebeten, ob er so etwas entwerfen kann. Das hat er dann getan, und so ist diese ganze Sache ins Rollen gekommen. Ich kann mich daran erinnern, dass der Minister mich gebeten hat, diese Sache sozusagen einzuleiten.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wie kommt Professor Aicher dann dazu?

**Dr. Gerhard Steger:** Professor Aicher ist meines Wissens als Vergaberechtspezialist eine besondere Koryphäe auf diesem Gebiet; sehr oft in Kooperation mit Dr. Lessiak; die arbeiten sehr viel zusammen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dr. Lessiak hat also Professor Aicher eingeladen?

**Dr. Gerhard Steger:** Das ist meine Erinnerung, ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann haben diese beiden ein Papier vorgelegt? (*Dr. Steger: Ja!*) – Wem haben sie dieses Papier vorgelegt?

**Dr. Gerhard Steger:** Meines Wissens haben sie es mir geschickt. Ich habe es dann hausintern noch einmal checken lassen von meiner Abteilung, soweit ich mich erinnere. Das war damals, glaube ich, noch Hillingrathner oder schon Schwarzenborfer; also einer von den beiden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ist das auch dem Minister vorgelegt worden?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja. Wir haben das dann, erinnerlich, auch dem Minister vorgelegt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und der Minister war auch einverstanden?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann mich an nichts Gegenteiliges erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ist das auch mit den Beamten der Landesverteidigung besprochen worden?

**Dr. Gerhard Steger:** Da bin ich mir jetzt nicht sicher. Ich glaube ganz einfach, wir haben das Schriftstück dann im Wege der Fachabteilung der Landesverteidigung hinüberschickt – mit der Bitte, sie mögen das entsprechend berücksichtigen. Also, ich habe jedenfalls mit niemandem von der Landesverteidigung konkret darüber geredet. Es kann sein, dass es da noch einen Kontakt von der II/14, also von der Fachabteilung gegeben hat; das müsste man aber den Hillingrathner oder die Kollegin Schwarzenborfer fragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und dann ist es offensichtlich zu einer Intervention von Eurofighter gekommen. – Wissen Sie etwas über diese Intervention?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, weiß ich nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wissen Sie irgendetwas über die Folgen dieser Intervention?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, auch nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wissen Sie, dass es zu dieser Ziffer 4 gekommen ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Welche Ziffer 4?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich lese es Ihnen vor – und lege es Ihnen auch gerne vor. (*Obmann Dr. Pilz legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.*) Diese Verhaltensregeln betreffend Geschäftstätigkeit bestehen an und für sich aus drei Punkten. Diese drei Punkte sind von Aicher und Lessiak erarbeitet worden. Der vierte Punkt stammt **nicht** von Aicher und Lessiak. – Kennen Sie diesen vierten Punkt?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann mich nicht erinnern, ihn jemals gesehen zu haben, Herr Vorsitzender.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wenn Sie diesen vierten Punkt lesen, welche Bedeutung hat er für die Wirksamkeit der vorigen drei Punkte?

**Dr. Gerhard Steger:** Dass, wenn etwas über Dritte läuft, das nicht mehr relevant ist – das ist meine kurzfristige Interpretation.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt: Wenn die Firma Eurofighter irgendwo auch nur eine Person oder eine Firma zwischenschaltet, ist der ganze Code of Business Conduct wirkungslos. – Ist das richtig?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich lese das jetzt innerhalb einer Minute; das ist mein erster Eindruck.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Das muss man sich natürlich genauer anschauen. Und Sie sind sicherlich auch nicht die Person, die letzten Endes sagen muss, in welcher Form das gilt. Jedenfalls ist in dieser Art und Weise dann auch der Vertrag verfasst worden. Sie wissen dann nichts Weiteres? – Ich frage das nur der Sicherheit halber, weil uns Dr. Traumüller da wesentlich mehr erklären kann, was dann mit diesem, um die Ziffer 4 ergänzten Schriftstück geschehen ist.

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, ich habe dazu keine weiteren Wahrnehmungen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist in dieser Form nicht mehr zu Ihnen gekommen?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann mich nicht daran erinnern, und ich glaube, daran würde ich mich erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist nämlich ein nicht unwichtiger Punkt. Also: Die Sektion wird befasst mit der Version Aicher/Lessiak. Dann gibt es offensichtlich jenseits Ihrer Wahrnehmung eine erfolgreiche Intervention der Eurofighter GmbH, und dann kommt es offensichtlich nicht mehr zu Ihnen zurück, sondern es wird anderen Orts entschieden, dass diese durch Intervention in der Substanz veränderten Vereinbarung dann Vertragsbestandteil wird. Das halte ich nur einmal fest, weil wir an diesem Punkt dann weiterfragen müssen.

Das Zweite ist: Wissen Sie, wie der Einredeverzicht zustande gekommen ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht genau.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Der vertraglich vereinbarte Einredeverzicht?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja, ich weiß, dass es den gibt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wissen Sie, auf wessen Vorschlag der Vertragsbestandteil geworden ist?

**Dr. Gerhard Steger:** Könnte ich jetzt nicht sagen, nein.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie jemals etwas damit zu tun gehabt?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja. Bei dieser einen Besprechung, wo ich dabei war am 30. April 2003 – das war die Sache, die ich auch in meinem Aktenvermerk als **fünftes Einlageblatt** erwähnt habe –, bin ich kurzfristig mit der Frage befasst worden, ob es mir sinnvoll erscheint, dass wir uns Zinsen sparen, wenn wir statt der Bonität der

Eurofighter GmbH oder der EADS die Bonität der **Republik** unterlegen und wir dafür den Einredeverzicht Leistung gleichzeitig die Haftung gegenüber den Muttergesellschaften haben. Da habe ich gesagt, dass mir das dem Grunde nach sinnvoll erscheint.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das haben Sie dem Ausschuss ohnehin erklärt; das wollte ich an und für sich nicht wiederholen.

Vorletzte Frage. Wenn es das Motiv gewesen ist – was ja nach wie vor aus den Akten nicht so klar hervorgeht –, dass die Verschiebung der Lieferung auf 2007 aus Maastricht-Gründen erfolgt ist, nämlich, um bis zur Nationalratswahl 2006 keine zusätzliche Finanzschuld ausweisen zu müssen, war es zu diesem Zeitpunkt auch im Finanzministerium klar, dass der Preis dafür eine an und für sich nicht geplante Zwischenlösung sein würde?

**Dr. Gerhard Steger:** Das betrifft jetzt wieder die Vertragsverhandlungen, wo ich passen muss.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht zur Frage der Lieferfähigkeit der Firma Eurofighter (*Dr. Steger: Auch nicht!*), weil das ist in ein paar Bereichen des Finanzministeriums in der Phase Vertragsverhandlungen durchaus interessant diskutiert worden?

**Dr. Gerhard Steger:** Habe ich auch nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann habe ich keine weiteren Fragen. Gibt es noch Fragen von ÖVP-Seite? – Das ist nicht der Fall. Von Seiten der SPÖ? – Kollege Jarolim, bitte.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** War das Thema Maastricht-Konformität eigentlich eine breitere Diskussion – oder war das für Sie kein wahrnehmbares Thema?

**Dr. Gerhard Steger:** Bei Ausgaben dieser Größenordnung ist immer eine Maastricht-Diskussion mit im Schwange.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das ist ja **herrschende Lehre**, haben wir heute gehört – und damit war das allen eigentlich sonnenklar?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja. Wir haben uns noch einmal versichert, dass dem so ist. Das ist auch in Akten des Finanzministeriums, die dem Ausschuss vorliegen, festgehalten; und damit war das für uns klar.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich sage das nur deshalb, weil hier mehrfach, mehr oder weniger verkrampft, der Eindruck erweckt werden sollte, die gesamte Struktur, die ja nichts anderes als ein Nachteilbeschaffungsprogramm für die Republik war, würde begründet sein in dem Versuch, das Maastricht-konform außerbudgetär zu gestalten. Damit hat natürlich – und das ist schon ein relativ dramatischer Ansatz – die gesamte Struktur eigentlich keinen anderen Inhalt mehr – außer Nachteile.

Die Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit sind ja vorhin angesprochen worden, und zwar zweifach: einmal vom Kollegen Pilz und einmal vom Kollegen Stadler. Das Hineingeben des Punktes 4, ist das aus Ihrer Sicht ein erheblicher Nachteil für die Republik Österreich, oder ist das eher eine Lässlichkeit, oder ist das eher wurscht? Sie kennen diesen Punkt?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe das jetzt vom Herrn Verfahrensanwalt vorgelegt bekommen und habe einen kurzen Blick darauf geworfen. In dieser ersten Beurteilung halte ich diesen Punkt für schädlich.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wissen Sie – das sind Sie, glaube ich, gefragt worden –, wie das letztlich zustande gekommen ist? Wissen Sie, welche Personen das dort hineinverhandelt haben?

**Dr. Gerhard Steger:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wir hören immer wieder über den günstigen Zinssatz, der mit dieser tollen Konstruktion erreicht habe werden können, wo die Republik Österreich auf jedweden Anspruch verzichtet und damit mehr oder weniger eine Finanzierung zusammengestellt wird, deren Günstigkeit allerdings in **Republik-Bonität** besteht. Die Begründung war immer **Maastricht-schonend**, und daher außerbudgetär anzusetzen; das ist ja jetzt weggefallen. Wenn die Republik Österreich ... (*Abg. Dr. Fekter: Der Zinssatz war die Begründung!*) – Lassen Sie mich bitte fragen! (*Abg. Dr. Fekter: Wenn Sie etwas Falsches unterstellen!*)

Wenn sich die Republik Österreich selbst am Kapitalmarkt eindeckt, sind Sie in der Lage, jetzt zu beurteilen, was die gegenständlichen Volumina mit einer gefixten Rate sind, zu welchen Konditionen Sie das bekommen hätten? – 4,8 Prozent ist der enorme Zinsvorteil gewesen, der da dargestellt worden ist.

**Dr. Gerhard Steger:** Da würde ich Sie bitten, Herrn Mag. Kocher zu fragen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das können Sie von sich aus nicht sagen?

**Dr. Gerhard Steger:** Wir machen das laufend, wir als Bund machen das laufend, dass wir uns am Kapitalmarkt refinanzieren. Dafür haben wir ja die ÖBFA als Instrument, und der Vorstand dort ist in der Lage, das im konkreten ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das kann man wahrscheinlich auch durch **Reuters-Schirm** möglicherweise irgendwie nachträglich zu den damaligen Konditionen nachvollziehen.

**Dr. Gerhard Steger:** Das ist schon eine sehr technische Frage, da würde ich bitten, Herrn Mag. Kocher zu fragen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wir sind damit befasst, dass wir jetzt eigentlich eine Finanzierungsstruktur präsentiert bekommen, die aus Sicht, dass das ohnedies alles Maastricht-anrechenbar ist, nicht notwendig gewesen wäre. Inhaltlich ist es allerdings so, dass das Ganze ohnedies eine Kreditbeschaffung der Republik Österreich war, weil in diesem Drei-Personen-Verhältnis das jetzt so übrig bleibt.

Gab es oder gibt es irgendwo eine Berechnung, die versucht, die beiden unterschiedlichen Finanzierungen auf einen Barwert oder auf eine Vergleichbarkeit hin darzustellen, wo man dann sieht, was die Gesamtbelastung der Republik Österreich in einem Fall ist, und was die Gesamtbelastung der Republik Österreich im anderen Fall ist – auch unter den jeweiligen Teilkostenbelastungen aus der Kreditgewährung? Gibt es so etwas? – Wenn **Sie** es nicht wissen, wer könnte das wissen?

**Dr. Gerhard Steger:** Mag. Kocher – und Dr. Traumüller.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** So, wie die Republik Österreich üblicherweise agiert, müsste es so etwas geben, oder kann es auch sein, dass es so etwas nicht gibt? Wie würden Sie da den Sorgfaltsmaßstab anlegen?

**Dr. Gerhard Steger:** Schauen Sie, man muss immer bei entsprechenden Vorgangsweisen schauen, was ist die **wirtschaftlichste Lösung** – und dazu braucht man sicher Vergleichsrechnungen, um das beurteilen zu können. – Ob solche Vergleichsrechnungen im gegenständlichen Fall angestellt wurden, wie sie aussehen, kann ich nicht beurteilen.



**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn Sie den Auftrag bekämen, eine derartige Kalkulation oder Refinanzierung, die letztlich ja ohnedies wieder zur Gänze von der Republik zu zahlen ist, durchzuführen, würden Sie so eine Berechnung anstellen oder nicht?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich würde trachten, sicherzustellen, dass ich beweisen kann, dass das, was ich tue, die **wirtschaftlichste Vorgangsweise** ist.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Kann das stattfinden, wenn eine derartige Berechnung **nicht** durchgeführt wird?

**Dr. Gerhard Steger:** Wenn man die ÖBFA direkt beauftragt, die Finanzierung der ganzen Angelegenheit vorzunehmen, würde ich keine Vergleichsrechnung anstellen, weil die ÖBFA aus unserer Erfahrung extrem gute Konditionen hat und wir das auch vergleichen können. – Nachdem wir unsere Sätze kennen, nachdem wir den Sekundärmarkt kennen, nachdem wir wissen, wie sich andere Staaten refinanzieren, können wir das im Benchmark sehr gut vergleichen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn ich die Struktur, so wie wir sie letztlich präsentiert bekommen und wie sie abgeschlossen wurde, betrachte, so ist die Gesamtfinanzierung eigentlich gegenüber dem „ausgeschriebenen“ Modus massiv geändert. – Würden Sie das bestätigen?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann zu den konkreten Verhandlungsergebnissen nichts sagen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie kennen aber die ursprünglichen Konditionen, zu denen die Republik beschaffen wollte?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann zu der ganzen Frage ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Jarolim, das sind alles unglaublich spannende Fragen an Herrn **Dr. Traumüller**, der ohnehin schon draußen wartet. Es wiederholt sich bereits länger, dass Dr. Steger zu Recht sagt, da war er nicht dabei, das kann er nicht beantworten. Wir befinden uns bereits in dem System, wo sich die Katze in den Schwanz beißt – und das tut fürchterlich weh.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich frage trotzdem noch eine Frage. Es geht um den Sorgfaltsmaßstab, weil wir jetzt mit einem untreueähnlichen Verhalten konfrontiert sind, das aus meiner Sicht – in dem Fall wäre es ein Amtsmissbrauch – den ersten wirklich erkennbaren Ausstiegsgrund darstellt, weil ganz offensichtlich ist, dass Vertreter der Republik Österreich gemeinsam mit Eurofighter eine extrem nachteilige Lösung für uns herbeigeführt haben. Das ist genau das, was uns zum Ausstieg berechtigt, und daher frage ich jetzt so akribisch. Das hat es bis jetzt in diesem gesamten Ausschuss noch nicht gegeben.

Aus Ihrer Sicht der Dinge, so wie Sie sie kennen, wäre das bei einem vergaberechtlichen Vorgang, der stattgefunden hat, ein Anfechtungsgrund – sofern Sie das beurteilen können, auch rechtlich – für Gripen, für SAAB da wieder einzusteigen?

**Dr. Gerhard Steger:** Das können Sie viel besser beurteilen, Herr Abgeordneter, als ich.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich habe es befürchtet.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das werden wir auch müssen (*Dr. Steger: Ich glaube, das ist eindeutig einer!*) – und dafür bekommen wir auch Geld bezahlt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wenn wir als Bund einen Kredit aufgenommen hätten, wie hätte sich dann das im Hinblick auf die Zinshöhe und die Maastricht-Geschichte ausgewirkt?

**Dr. Gerhard Steger:** Bitte um Verständnis, Frau Abgeordnete, wir sind in derselben Situation wie vorhin bei der Frage von Herrn Dr. Jarolim. Ich bin nicht in der Lage, das zu beantworten, da ich die Vertragsverhandlungen nicht geführt habe.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hier verweise ich auf meinen Einwurf gerade Abg. Jarolim gegenüber.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Aber Ihnen ist schon bekannt, dass die Zinsdifferenz die Hälfte war zwischen der Konstruktion, die gewählt wurde, und jener, wenn der Bund einfach einen Kredit aufgenommen hätte?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe ja gesagt, dass ich mit der Frage, konfrontiert, ob ich es für klug halte, dass die Bonität der Republik darunter liegt, statt der Bonität von EADS oder Eurofighter, gesagt habe: Jawohl, das halte ich für klug, wenn wir durch entsprechende Haftungsbestimmungen abgesichert sind, die wir von den Muttergesellschaften bekommen. Das habe ich ja dem Ausschuss schon dargestellt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War Ihnen bekannt, dass diese Konstruktion von der Bundesfinanzierungsagentur gekommen ist?

**Dr. Gerhard Steger:** War mir nicht bekannt, kann mich daran nicht erinnern. Ich bin ganz kurzfristig gebeten worden, mich dazu zu äußern, möglicherweise sogar am selben Tag, wo man mich gebeten hat, setzen wir uns schnell zusammen, damals am 30. April. Das war eine sehr kurzfristige Aktion, wo ich nur sehr punktuell involviert war.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Halten Sie es für denkbar, oder können Sie sich überhaupt für den in Frage kommenden Zeitraum daran erinnern, dass man in der Größenordnung, gesichert für 18 Halbjahresraten, einen Fixzins von 2,4 Prozent *irgendwo* hätte auftreiben können?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung, Frau Abgeordnete.

**Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ):** Herr Dr. Steger, Sie haben hier mehrmals angemerkt, dass Sie bei verschiedenen Vorgängen nicht mit einbezogen, nicht befasst waren. Mag es darin begründet sein oder darin liegen, wie uns Herr Finanzminister a.D. Grasser mitgeteilt hat, dass Sie *nicht* zu seinem Vertrauenskreis gehört haben?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich kann dazu nicht spekulieren; es bleibt jedem unbenommen, sein eigenes Vertrauensverhältnis zu definieren. Es bleibt jedem unbenommen – und mir auch.

**Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ):** 2005 hätte uns EADS schon die Flieger liefern können, und wir hätten uns diese Zwischenlösung ersparen können.

Glauben Sie, dass die Republik wünschte, die Flieger *nicht vor 2007*, und zwar aus verschiedensten Gründen, kommen, dass da Maastricht-Problem eine Rolle gespielt hätte?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist alles wirklich ausführlich gefragt und beantwortet worden. (*Abg. Prähauser: Aber von ihm nicht!*) O ja, das habe ich selbst gefragt. Ich bitte, Fragen nicht zu wiederholen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Sektionschef, ich möchte Sie mit einem Brief des Herrn Mag. Martin Sailer, glaube ich, aus der Budgetsektion konfrontieren. Er ist ein Mitarbeiter von Ihnen? (*Dr. Steger: Ja, korrekt!*) – Herr Mag. Sailer hat am 4. Juni 2003 an Herrn Ministerialrat Hillingrathner das folgende

Schreiben gerichtet, das ich ausschnittsweise zitieren werde, um Sie dann zu fragen, ob Sie das kennen.

Sailer schreibt an Ministerialrat Hillingrathner: „Zu der von Ihnen übermittelten Formulierung des Einredeverzichts gegenüber EADS nehme ich wie folgt Stellung:“ – dann kommt der erste Teil, wo er das erläutert.

Der zweite Absatz: „Allerdings möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass der Einredeverzicht bewirkt, dass die Rep. Österreich die Kaufpreiszahlungen an EADS jedenfalls termingerecht lt. Kaufvertrag zu leisten hätte, auch wenn die Leistungserbringung des Verkäufers mangelhaft oder verspätet ist oder überhaupt ausbleibt bzw. sogar wenn der Vertrag aus welchen Gründen immer nichtig wäre und der Lieferant insolvent wird.“

Und dann heißt es im letzten Absatz – das ist der interessanteste Teil –: „Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken geht die nunmehr vorliegende Formulierung juristisch erheblich über jene Fassung hinaus, die mit der Finanzprokuratur erarbeitet wurde. Daher wird die weitere Einbindung der Finanzprokuratur dringend angeraten.“

mit freundlichen Grüßen

Martin Sailer“

Kennen Sie dieses Schreiben?

**Dr. Gerhard Steger:** Ja, ich kenne es. Ich habe es bei den Unterlagen in Vorbereitung auf die Befragung gelesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist die Kenntnis dieses Schreibens Teil der Motivation von Ihnen gewesen, sich ursprünglich zu weigern, den Akt zu unterschreiben?

**Dr. Gerhard Steger:** Nein, das war eine für mich ganz grundsätzliche Motivation. Ich sage das jetzt einmal salopp: Wenn ich umgangen werde, übernehme ich auch die Verantwortung dafür nicht, was dann am Ende herauskommt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, Sie wurden umgangen in der ganzen Sache ...

**Dr. Gerhard Steger:** Das war mein Empfinden. Ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie irgendeine Vorstellung oder eine Wahrnehmung gehabt, was der Grund war, warum man ausgerechnet Sie als den für das Budget in diesem Land hauptverantwortlichen Beamten umgangen hat?

**Dr. Gerhard Steger:** Darüber könnte man jetzt wieder spekulieren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie wollen heute nicht drüber spekulieren?

**Dr. Gerhard Steger:** Ich versuche, nicht zu spekulieren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun frage ich Sie: Diese von der Finanzprokuratur erarbeitete Variante hat ja ursprünglich, glaube ich, eine Patronanzklärung vorgesehen gehabt. Haben Sie noch ...

**Dr. Gerhard Steger:** Ich bitte um Verständnis, diese Details kenne ich nicht. – Ich habe es vielleicht gelesen beim Vorbereiten auf die Befragung, aber ich war damals nicht involviert in diesen Details.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Na gut, dann muss ich die Finanzprokuratur dazu befragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es noch weitere Fragewünsche? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Befragung von Herrn Dr. Steger abgeschlossen.

Ich danke für die Beantwortung und auch für das Kommen – diesmal war es ein bisschen kürzer. Danke schön.

*(Die Auskunftsperson Dr. Steger verlässt den Sitzungssaal. – Der Obmann unterbricht die Sitzung.)*

10.33

\*\*\*\*\*

*(Die Sitzung wird um 10.34 Uhr unterbrochen und um 10.59 Uhr wieder aufgenommen.)*

\*\*\*\*\*

10.59

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 10.59 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Heinrich Traumüller** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson Dr. Traumüller wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

\*\*\*\*\*

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Traumüller** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht Bekanntgabe seiner Personalien.

**Dr. Heinrich Traumüller (Finanzmarktaufsicht):** Mein Name: Heinrich Traumüller; geboren 26. Dezember 1957 in Zeltweg, Steiermark; wohnhaft 1230 Wien; Vorstandsdirektor der österreichischen Finanzmarktaufsicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz** weist Dr. Traumüller als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe und dass seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei.

Der Obmann erinnert Dr. Traumüller an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Im Fall, dass irgendeiner dieser Gründe auf eine konkrete Frage hin für ihn schlagend werden sollte, werde Dr. Traumüller den Verfahrensanwalt oder den Obmann kontaktieren, und man werde dann die Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Dr. Traumüller auf sein nach der Verfahrensordnung bestehendes Recht hin, eine persönliche **Erklärung zum Beweisthema** abzugeben, und fragt, ob er von diesem Recht Gebrauch machen wolle.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Lassen Sie mich vor Eintritt in die Befragung einige wenige, aber doch wichtige Klarstellungen und Abgrenzungen treffen.

Ich war in der Zeit von Februar 2000 bis Juli 2002 Kabinettschef des damaligen Bundesministers für Finanzen Mag. Karl-Heinz Grasser. Die Zuständigkeit für das heutige Beweisthema 1, „Vorbereitung der Nachfolgebeschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen“, sowie das heutige Beweisthema 2, „Typenentscheidung“, lag innerhalb des Kabinetts ausschließlich bei Herrn Universitätsdozenten Dr. Josef Christl, der dabei meines Wissens von zwei weiteren Kabinettsangehörigen unterstützt wurde. Abstimmungen inhaltlicher Natur mit mir als Kabinettschef hat es wegen der erwähnten umfassenden Projektverantwortung von Dr. Christl nicht gegeben.

Meine Wahrnehmungen zu diesen beiden Beweisthemen sind mit einigen punktuellen Ausnahmen daher allgemeiner und genereller Natur. – Anders verhält es sich mit dem Beweisthema 3, „Vertragsverhandlungen und Budgetbeschluss“.

Herr Bundesminister Grasser hat mich im Frühjahr 2003 ersucht, als – unter Anführungszeichen – „Sonderbeauftragter“ die im Herbst 2002 unterbrochenen Vertragsverhandlungen mit der Firma Eurofighter GesmbH wieder einzutakten und in Wahrung der Interessen des BMF zu einem budgetverträglichen Abschluss zu führen. In dieser Phase habe nahezu ausschließlich ich selbst anstelle des Kabinetts des Herrn Bundesministers agiert.

Ich habe den erwähnten Auftrag des Ministers im Zeitraum April bis Juni, Juli 2003 nach besten Kräften erfüllt und in den Verhandlungen Einsparungen beziehungsweise Preisnachlässe von zirka 300 Millionen € in heutiger Währung, also zirka 4 Milliarden Schilling, erzielt, im Vergleich zum Zwischenstand der Verhandlungen des BMLV vom Herbst 2002.

Dieser Verhandlungserfolg hat es ermöglicht, die direkte Budgetbelastung aus den beiden Verträgen mit der Eurofighter GesmbH – Vertrag 1: Flugzeuge, Vertrag 2: Ausbildung und Logistik bis 2014 – **unter** 2 Milliarden € zu drücken.

Die entscheidenden drei Punkte waren: erstens, ein substantieller, die Einsatzfähigkeit des Systems aber nicht gefährdender Eingriff in das Bestellmengengerüst; zweitens, eine Senkung des Stückpreises; und drittens, eine deutlich bessere Finanzierungsform als von Eurofighter selbst angeboten.

Allein durch die letztlich gewählte Finanzarchitektur, das zeitlich nahezu optimale Zinsfixing und die geringe Marge der finanzierenden Bank wurden dabei beziehungsweise werden dabei Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich realisiert. Ich werde Ihnen die notwendigen Details, soweit ich sie noch in Erinnerung habe beziehungsweise meinen Unterlagen entnehmen kann, gerne in Beantwortung Ihrer Fragen näherbringen.

Ich füge hinzu, dass ich entsprechend dem Wunsch des Ausschusses auch meine Kalender aus der damaligen Zeit mitgebracht habe, und zwar die Kalender der Jahre 2002 und 2003; über 2001 verfüge ich leider nicht mehr. Das heißt, ich könnte anhand konkreter Termine auch zu konkreten Treffen Auskunft geben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Danke auch. Es beginnt die ÖVP; ich nehme an, Kollegin Fekter. – Bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Dr. Traumüller, es hat ja Verschiebungen bezüglich der Liefertermine und der Zahlungsfristen gegeben. Das ist so im Rahmen der politischen Geschehnisse und der Vertragsverhandlungen geschehen. – Ging die Verschiebung des Liefertermins vom Finanzministerium aus?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich hatte die klare Vorgabe, dass keine Belastung des Jahres 2006, also der alten Legislaturperiode erfolgen durfte. Das heißt, ich habe danach getrachtet, eine entsprechende Finanzarchitektur aufzusetzen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und die Verschiebung der Zahlungsfristen war dann natürlich damit ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Finanzierungsform, die gewählt wurde: mit einer günstigen Fixzinsregelung, gleichzeitig mit einem Einredeverzicht, der die Bonität verbessert hat, und mit einer umfassenden Haftungserklärung der Betreiberländer, die dann das Risiko für Österreich wieder minimiert hat. – Können Sie uns das erläutern im Hinblick darauf, worin dieser Vorteil lag?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wenn Sie erlauben, dass ich (*die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen*) kurz in den Unterlagen nachsehe. Der Finanzierungsvorteil war beträchtlich. Nach meiner Erinnerung hat das entsprechende Angebot der Eurofighter GesmbH damals eben einen Zinssatz von 7,48 Prozent ausgewiesen, und als ich das im Zuge der Verhandlungen gemerkt habe, bereits bei meinem ersten Zusammentreffen mit den Vertretern von Eurofighter GesmbH, habe ich das natürlich thematisiert, weil mir als Bundesbeamter bewusst war, dass im Hintergrund die Republik bessere Finanzierungsbedingungen hat, als es ein privater Anbieter offensichtlich erreichen kann.

Ich habe das zum Anlass genommen, entsprechend meinem Auftrag, der ja auf budgetverträgliche Lösung gelaute hat, dem Minister den Vorschlag zu unterbreiten, dass wir darüber in nähere Gespräche mit der Bundesfinanzierungsagentur eintreten und versuchen, am Ende des Tages eine Finanzarchitektur zu bekommen, die es ermöglicht, dass die ausgezeichnete Bonität der Republik Österreich, nämlich das Triple-A-Rating, dieser Finanzarchitektur zugrunde gelegt wird.

Ich habe Unterlagen – die kann ich Ihnen auch gerne noch vorlegen – bewahrt, die mich bereits am ersten Kontakttag in diese Richtung geführt haben. Ich habe damals – ich kann es Ihnen gerne auch persönlich geben – ein mögliches Einsparungspotential in der Größenordnung von 146 Millionen € geortet. Da war ich etwas zu optimistisch, weil ich angenommen habe, dass wir eben im Prinzip **Euribor plus** ganz wenige Basispunkte erreichen müssten. Am Ende ist es nicht ganz so günstig geworden.

Meines Wissens ist aber der Finanzierungsvorteil insgesamt, der aus dieser Konstruktion entsteht, eben im dreistelligen Millionenbereich.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Also über 100 Millionen € haben wir uns erspart?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Über 100 Millionen € haben wir uns erspart, wobei man hinzufügen muss, dass wir die Ersparnis selbst im Nachhinein nicht einer genauen Attributionsanalyse zugeführt haben. Das heißt, ich gebe zu, auch an dieser Stelle – wie es der Rechnungshof ja auch festgestellt hat –, der Vorteil ist nicht nur aus dem Verhandlungsgeschick der Bundesfinanzierungsagentur und aus meiner Idee erwachsen, der Vorteil ist etwa zur Hälfte auch dadurch zustande gekommen, dass wir uns in einer Phase **fallender Zinsen** bewegt haben und natürlich tagtäglich diese im Auge hatten, in Abstimmung mit den Experten der Bundesfinanzierungsagentur.

Es ist am Ende zu einem nahezu optimalen Zinsfixing gekommen. Wenn Sie sich die Mühe machen, die Entwicklung der Zinskurve im Zeitraum April bis Juli 2003 zu verfolgen, dann werden Sie merken, dass wir nahezu am untersten Ende dieser

Zinskurvenentwicklung das Zinsfixing, also die Fixpreisfinanzierung, gemacht haben. Wie gesagt, auch der Rechnungshof sieht das so, dass zirka die Hälfte des Verhandlungserfolges auf das sinkende Zinsniveau zurückzuführen ist; der Rest ist die geringe Finanzierungsmarge der vorfinanzierenden Bank und natürlich auch das Rechtskonstrukt des Einredeverzichts.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Können Sie uns erläutern, warum wir so eine Konstruktion gewählt haben und nicht die Republik einfach einen Kredit aufgenommen hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich darf vielleicht im Grundsätzlichen beginnen. Klar war, dass der Minister den Auftrag erteilt hat, die budgetverträglichste Lösung zu finden; so war es ja schon im Ministerratsvortrag im Juli 2002 angesprochen. Das hat aus Sicht des Ministers einen klaren Auftrag bedeutet, das Entstehen einer Finanzschuld zu vermeiden. Damit hat sich automatisch eine mögliche Grenze der Finanzierungsform ergeben, weil der Rechnungshof ja nach meinen Informationen nur akzeptiert, dass Finanzierungen bis eben zehn Jahre als Verwaltungsschuld gerechnet werden; Finanzschulden treten eben dann ein. Daher war es naheliegend, die längstmögliche Finanzierungsform zu wählen. – Zweite Vorgabe war natürlich, Budgetspitzen zu vermeiden. Das heißt gleichbleibende Ratenzahlungen für das Darlehen, das heißt im Prinzip dann 18 Halbjahresraten, die in gleicher Höhe lauten, eben an der Grenze des haushaltsrechtlich Zulässigen, um eine Finanzschuld zu vermeiden, um Budgetspitzen zu vermeiden.

Eine Aufnahme durch die Republik, das wäre im Prinzip ein Barkauf gewesen, denn dann hätte man sich sicherlich das Geld extern besorgen müssen, dann hätte man genau die Situation gehabt, dass in einem Jahr extreme Budgetspitzen entstehen und eine wohl noch heftigere Diskussion als derzeit. Ich kann mir schwer vorstellen, dass die Republik 2 Milliarden € in die Hand nimmt und das sozusagen mit **einem** Kredit sofort ausfinanziert. Das wäre auch völlig wider die haushaltspolitischen Zielsetzungen des Ministers gewesen, der immer gesagt hat, es geht ihm im Kern um eine Senkung der Abgabenquote bis 2010 und auf dem Weg dorthin sind alle Begehrlichkeiten auf das Minimum zurückzuführen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Einvernehmensherstellung im Hinblick auf den Vertragsabschluss, auf die Vertragsverhandlungen: Es hat ja im Verteidigungsressort Ministerialrat Wall verhandelt und im Finanzressort haben Sie verhandelt. Bundesminister Grassler hat dann gebeten, Sektionschef Steger möge den Akt, der fertig verhandelt war, unterschreiben. Und Steger hat das abgelehnt. – Wie war da die Wahrnehmung aus Ihrer Sicht?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe das nicht mehr in Erinnerung. Es ist richtig, ich habe auf Seiten des BMF verhandelt. Ich verhehle nicht, dass ich in der damaligen Zeit sehr wenige Kontakte in die Beamtschaft hinein gehabt habe. Meine Ansprechpartner in der unmittelbaren Phase der Verhandlungen waren ausschließlich Dr. Hillingrathner, Dr. Tomasch, zu einem gewissen Ausmaß noch Dr. Schwarzendorfer. Dahinter waren jede Menge Kontakte eben auf der Ebene, die Sie angesprochen haben – Wall, Hillingrathner ins Verteidigungsministerium hinein –, sehr viele Kontakte auch in die Finanzprokurator. Ich selbst habe die große Verhandlungslinie, teilweise sogar in Vier-Augen-Gesprächen, dann mit dem Generalbevollmächtigten der Eurofighter GesmbH, Herrn Dipl.-Ing. Faltlhauser, festgelegt, mich aber auf diese Kontakte begrenzt, aber auch – dazu stehe ich – die Kontakte zur Bundesfinanzierungsagentur eingetaktet, wahrgenommen und zu Ende geführt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist es üblich, dass Experten derartige Verhandlungen führen und dann das Verhandlungsergebnis aktenmäßig vom Sektionschef gezeichnet wird?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, selbstverständlich! Das ist ja wohl die Erwartungshaltung jedes Ministers.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Warum war dann Dr. Steger so – jetzt nenne ich das einmal so – zurückhaltend bei der Unterschriftsleistung? Er hat ja dann einen Aktenvermerk angelegt.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Da müssen Sie ihn selbst befragen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es hat ja im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Verteidigungsressort bezüglich der finanziellen Bedeckung dieser Anschaffung vom Finanzministerium den Wunsch gegeben, ein Paket zu schnüren – das heißt, einerseits die Beschaffung zu finanzieren, aber andererseits im Verteidigungsressort ein Sparmaßnahmenpaket zu schnüren.

**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Welche Wahrnehmungen haben Sie da?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe nicht mehr jeden einzelnen Kontakt mit dem Verteidigungsministerium in Erinnerung, aber es wird wohl **Brigadier Bauer** gewesen sein, der dieses Thema mit mir diskutiert hat. Das Heer hat natürlich und völlig legitim die Auffassung vertreten, dass es anlässlich dieses Beschaffungsvorganges weitere ... (*Abg. Dr. Fekter: Wünsche anmeldet!*), ja Wünsche anmeldet. Das ist keine Frage.

Wir haben in diesem Punkt von vornherein eine klare Position eingenommen, und ich denke, ein Finanzministerium kann in der Situation nur eine ganz klare Position einnehmen. Wenn schon dieser Ankauf erforderlich ist im Interesse der Republik, dann soll das nicht sozusagen noch ausgeschmückt werden. Sie werden das im Detail dann übrigens noch sehen: Dort, wo ich ins Bestellmengerüst eingegriffen habe, habe ich gegen die Interessen des Heeres – natürlich auch mit spürbarer atmosphärischer Auswirkung – Reduktionen vorgenommen.

Wenn es also schon notwendig ist, dieses Projekt zu finanzieren und letztlich aus dem allgemeinen Budget zu begleichen, dann war die klare Linie, dass man darüber hinausgehende Wünsche abblockt. Also im Klartext: Es ist natürlich insbesondere nach dem 11. September 2001 allerorten spürbar gewesen, dass jedes Ressort versucht hat – völlig legitim, ich betone das noch einmal –, seine Budgetmittel unter dem Eindruck dieses Anschlages zu optimieren. Ich bin persönlich damals beauftragt worden, mit dem Innenministerium zu verhandeln, habe das mit dem damaligen Kabinett auch in einer Art Sicherheitspaket geführt. Ähnlich ist es hier noch einmal versucht worden.

Wir haben aber klar gesagt: Es gibt Sparpotentiale im Ministerium, es gibt dort laufende Instandhaltungsbudgets, es gibt ein Infrastrukturbudget; es ist Aufgabe des Heeres, dafür zu sorgen, dass ein neues System wie dieses auch betrieben werden kann. Das heißt, man kann uns nicht jeden einzelnen Hangar und jede einzelne Modernisierung einer Zufahrtsstraße – es ist ja uferlos, im Prinzip – sozusagen auch noch in das Projekt hineindreihen. Da war die klare Trennlinie: Allgemeines Budget finanziert die Verträge 1 und 2; alles andere ist Sache des Heeres. Hier gibt es die laufende Möglichkeit, über viele Jahre hinweg die notwendige Infrastruktur zu finanzieren, wenn man sich die entsprechenden Sparpotentiale zunutze macht.



**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** SAAB hat ja nach der Typenentscheidung plötzlich Anstrengungen unternommen und Angebote, also Briefe geschickt, wo sie dann plötzlich um 30, 40 Prozent billiger waren. – Waren Ihnen diese Schreiben bekannt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich sage vorsichtigerweise, ich bin mir da nicht ganz sicher. Ich sage Ihnen ganz offen, auch wenn sie mir bekannt gewesen wären, ich hätte es völlig ignoriert in der damaligen Phase – und ich hätte es ja nur ignorieren **können**, denn das Ausschreibungsverfahren war, Sie wissen, ein zweistufiges:

Es galt zunächst, Angebote zu legen und den Bestbieter zu ermitteln. – Diese Phase war abgeschlossen. Es hat die Entscheidung einer Expertenkommission im BMLV gegeben, dass eben Eurofighter Bestbieter war. Die Bundesregierung hat sich dem angeschlossen und sozusagen Phase 1 durch den Zuschlag beendet.

Phase 2 sind die Vertragsverhandlungen, und in dieser Phase ist mit dem Bestbieter zu verhandeln. Und das habe ich gemacht, bis wir zu einem Ende gekommen sind. Ich halte es für nicht ungewöhnlich, dass in solchen Phasen unterlegene Bieter noch herkommen und x Angebote neuerlich auf den Tisch legen. Nur: Das ist, solange man mit dem Bestbieter verhandelt, auch juristisch zu ignorieren, weil man sonst Gefahr läuft, sich Schadenersatzforderungen der unterlegenen Bieter einzuhandeln.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, die Typenentscheidung, die ja durch die Kosten-Nutzwert-Analyse passiert ist, war abgeschlossen. Damit war im Ausschreibungs... – oder es war ja keine Ausschreibung, es war ja eine Bestbieter-Ermittlung, die aber nicht nur preislich, sondern eben den Nutzen und die Kosten verglichen hat. Da ist Eurofighter herausgekommen. – Das heißt, es hat zu keinem Zeitpunkt eine Diskussion darüber gegeben, ob man nicht doch wieder Gripen ins Boot holt?

**Dr. Heinz Traumüller:** Noch einmal: Ich war in Vertragsverhandlungen mit einer Firma, die als Bestbieter aus einer Ausschreibung der Republik Österreich hervorgegangen ist. Ich hielt es für **culpa in contrahendo**, wenn ich in dieser sensiblen Verhandlungsfrage schon Parallelverhandlungen führe.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich habe ganz kurz ein paar Fragen. Es ist uns bis dato immer so dargestellt worden, als wäre diese Finanzierungsstruktur eigentlich mit dem Hintergrund aufgestellt worden, sie Maastricht-mäßig im Budget überhaupt nicht abgebildet zu haben, und daher müsste man de facto mehr oder weniger ... – Herr Hillingrathner hat darauf hingewiesen, dass nichts gefährlicher wäre, als hier von **Zessionen** zu sprechen, denn der Umstand, dass der Anspruch zediert wird, würde schon mehr oder weniger darlegen, dass es sich in Wirklichkeit um ein Drei-Personen-Verhältnis handelt, und mehr oder weniger die Finanzierung, die gegenüber der Republik de facto nicht gewährt werden dürfte, nicht offenzulegen ist.

Heute hat uns Sektionschef Steger erklärt – glaubwürdig! –, dass es eigentlich immer **herrschende Lehre** war und sohin nie ein Thema innerhalb des Ministeriums, dass dieser Hintergrund, nämlich dass die Transaktion insgesamt nicht, nämlich überhaupt nicht, budgetrelevant sein dürfte, kein Thema war.

Sie erklären uns heute, dass es um Spitzenabdeckungen gegangen ist, dass man keine Spitzen im Budget haben wollte, was de facto jetzt in Aufweichung der bisherigen Argumentation offenbar schon darstellt, dass man davon ausgegangen ist, dass es sehr wohl im Budget angesetzt wird, nämlich die Ausgabe.

Können Sie uns zum Thema Maastricht-Konformität ja/nein und all dem, was hiezu erläutert worden ist – und wer das erläutert hat – kurz einen Überblick geben?

**Dr. Heinz Traumüller:** Ich werde mich bemühen, Herr Abgeordneter. Was Maastricht-Konformität betrifft, habe ich folgende **Wahrnehmung** – das ist wirklich eine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche: vielleicht auch noch zu den Argumenten, die zum damaligen Zeitpunkt innerhalb der Gruppe, die verhandelt hat, vertreten worden ist.

**Dr. Heinz Traumüller:** Gerne. Wie gesagt: Im Grundsätzlichen habe ich folgende **Wahrnehmung**, was die Maastricht-konforme Darstellung betrifft – ich bitte um Verständnis, wenn ich jetzt von einem anderen Punkt herkomme, aber Sie werden gleich merken, worauf ich hinaus will –:

Wir haben im Zuge der Kontakte mit der Bundesfinanzierungsagentur – das war ausschließlich Mag. Kocher, der ein ausgewiesener Fachmann und hervorragender Treasurer ist – verschiedene Finanzierungsformen diskutiert, weil natürlich die Bundesfinanzierungsagentur sozusagen als Teil der Familie des Finanzministeriums und als Verwalter der Schulden der Republik extreme Erfahrung hat.

In den Raum gestellt wurde darunter auch eine Variante, die sozusagen Maastricht-Möglichkeiten, sage ich jetzt ganz offen, der Verschleierung gehabt hätte. Es hat Hinweise darauf gegeben, dass ausländische Regierungen beabsichtigen, ähnliche Anschaffungen über eine sogenannte **Swap-Konstruktion** durchzuführen. Das war wirklich der Punkt, wo man sozusagen Farbe bekennen müsste, ob man eine absolut saubere haushaltsrechtliche Darstellung will oder nicht.

Zarter Hinweis – ich unterstelle nicht, dass ihn Mag. Kocher gehabt hätte –, wir hatten jedenfalls die Information, dass, glaube ich, die griechische Regierung derartige Finanzierungen erwägt. Es hat sich dann in einer Kalkulation herausgestellt, dass diese Swap-Variante, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ganze sieben oder neun Basispunkte teurer gekommen wäre als die letztlich gewählte Variante. Und da galt es dann abzuwägen, ob man sozusagen diese geringen Mehrkosten in Kauf nimmt, um Maastricht-mäßig ein bisschen mehr Spielraum zu haben. – Ich will es jetzt vorsichtig bringen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn Sie uns sagen könnten, was „Maastricht-mäßig Spielraum haben“ heißt?

**Dr. Heinz Traumüller:** Wie es im Detail gewesen wäre, weiß ich auch nicht. Ich kann mich nur an den Hinweis erinnern, dass es, wie gesagt, diese geringen Mehrkosten gegeben hätte, die in Wirklichkeit niemandem aufgefallen wären – ich glaube, nicht einmal dem Rechnungshof. *(Abg. Dr. Jarolim: Das ist nämlich sehr maßgeblich für uns! Also, wenn Sie sich der Bedeutung bewusst sind!)*

Ich sage es Ihnen ganz offen: Sieben, neun Basispunkte können Sie schwer nachkalkulieren. Maastricht-mäßig hätte es da gewisse Möglichkeiten gegeben.

Ich sage Ihnen aber jetzt an der Stelle: Das war der Punkt, wo wir die Diskussion beendet haben. Das war der Punkt, wo wir gesagt haben – und auch der Minister ganz klar gesagt hat –, er will das nicht, diese Variante ist vom Tisch. Punktum! Wir haben das gar nicht weiterverfolgt. *(Abg. Dr. Jarolim: Warum?)* – Weil Bundesminister Grasser Wert darauf gelegt hat, dass das korrekt abgebildet wird im Budget.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Meine Frage war: War man sich vom Beginn an im Klaren darüber, dass sich der gesamte Finanzierungsvorgang im Budget abbilden muss, oder war man der Meinung .... – Die gegenständliche Struktur wurde nach meinem Verständnis – ich weiß nicht, wie das die Kollegen gesehen haben – von Herrn Hillingrathner so dargestellt, dass deren Vorteil darin besteht, dass wir hier **nicht**

im Budget abbilden müssen, und daher müsste mehr oder weniger eine Struktur gefunden werden, die de facto das Gleiche darstellt, und daher würde mehr oder weniger die BAWAG eine Forderung bekommen müssen, die so ist, als wäre sie eine Darlehensforderung. Und das ist nur dann erreichbar, wenn auf sämtliche Ansprüche, die man normalerweise aus einem Kaufvertrag hat, ausdrücklich verzichtet wird. Daher kommt es auch zu diesem international – ich habe es noch nie gesehen – völlig absurden **Verzicht** auf alle etwaigen Einwendungen, sogar aus einer Nichtigkeit des Vertrages, nur damit man mehr oder weniger die Forderung, die die BAWAG aus der Finanzierung erhält, so stellt, als wäre sie eine Kreditforderung gegenüber der Republik Österreich.

Herr Hillingrathner hat auch gesagt, den Zessionsvertrag soll man **hier** nicht einmal ansprechen, weil es die ganze Struktur gefährden würde. Und der Hintergrund wäre immer: Es wird im Budget nicht abgebildet. – Damit haben wir uns damals zufriedengegeben. – Heute hören wir, das war überhaupt kein Thema, es ist jedenfalls im Budget abzubilden.

Daher darf ich Sie noch einmal ersuchen, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen und zu erklären: Was war damals innerhalb der Diskussion Gegenstand?

**Dr. Heinz Traumüller:** Herr Abgeordneter, Sie vermengen jetzt mehrere Dinge.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn Sie es auflösen, dann wäre ich Ihnen dankbar. Das ist ja Ihre Funktion hier.

**Dr. Heinz Traumüller:** Zum einen war eben die Vorgabe, dass die abgelaufene Legislaturperiode nicht belastet werden durfte. (*Abg. Dr. Jarolim: Warum?*) – Das heißt noch nicht, dass der dann weiter einsetzende Zahlungsstrom ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Können Sie gleich sagen, warum jeweils, damit wir es wissen?!

**Dr. Heinz Traumüller:** Das heißt natürlich, dass der dann einsetzende Zahlungsstrom ab 2007 selbstverständlich haushaltsrechtlich korrekt abzubilden ist. Im Vorfeld spielt sich ja etwas ganz anderes ab: eine Vorfinanzierung einer Bank gegenüber Eurofighter.

Die Republik hat es übernommen, ab, weiß ich nicht, Jänner oder jedenfalls ab 2007 die entsprechenden Halbjahresraten zu begleichen. Damit ist die Vorgabe erfüllt worden, dass die vorhergehende Legislaturperiode budgetär nicht belastet werden durfte – diese Vorgabe habe ich erhalten, diese Vorgabe habe ich umgesetzt.

Haushaltsrechtlich ist dann natürlich dafür Sorge getragen worden, dass die entsprechenden Zahlungen ab 2007 korrekt im Budget abgebildet sind.

Zweiter Punkt, wo Sie meines Erachtens irren: Sie sagen, es ist eine international **absolut unübliche** Konstruktion. – Nach meinen Informationen ist das **nicht richtig**. Wenn ich mich richtig entsinne, wurden wir auf das Beispiel der deutschen Bundesregierung ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nur: Deutschland ist **Miteigentümer!** Das ist ja eine Förderungsmaßnahme gegenüber der eigenen Industrie. Dieses Argument trifft ja bei uns **nicht** zu. – Nur gleich vorweg. (*Abg. Dr. Fekter: Unterbrechen Sie nicht den Zeugen!* – *Abg. Mag. Stadler – in Richtung der Abg. Dr. Fekter –: Unterbrechen Sie die Frage nicht!* – *Abg. Dr. Fekter: Nur, weil Ihnen die Antwort nicht passt!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich danke Frau Kollegin Fekter, dass sie sich selbst wieder aufgeweckt hat! – Bitte, fortzusetzen. (*Abg. Dr. Jarolim – in Richtung Dr. Traumüller –:*

*Ich habe Sie unterbrochen ...!* – Abg. Dr. **Fekter**: Können Sie noch einmal erläutern, dass die Bundesrepublik Deutschland – da hat Sie der Herr Kollege Jarolim unterbrochen ... – Kollegin Fekter, Sie sind jetzt **nicht** die Fragestellerin!

Herr Traumüller, ich bitte Sie, die Fragen des Kollegen Jarolim zu beantworten und andere Fragen eher nicht zur Kenntnis zu nehmen! Frau Kollegin Fekter kommt früher oder später ohnehin dran, und dann werden Sie ihre Fragen beantworten.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ)**: Setzen Sie nur unerschrocken fort!

**Dr. Heinz Traumüller**: Wie gesagt, meine Wahrnehmung ist die, dass es eine ähnliche Finanzierungsform einer Rüstungsanschaffung durch die deutsche Bundesregierung gegeben hat im Bereich eines Militärtransportsystems – ich habe das nicht mehr genau im Kopf, ich glaube, **A400M** war das damals.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ)**: Die Vorgabe des Ministeriums, dass jedenfalls der Anschaffungsvorgang nicht in dieser Budgetperiode ausgewiesen werden soll: Gab es da irgendeinen Grund, dass wir sonst Maastricht-gemäß Strafzahlungen auferlegt bekommen, oder war das eine kosmetische Geschichte, oder was war eigentlich das Thema? Oder war das überhaupt kein Thema, sondern eine allgemeine Feststellung des Ministers, er will innerhalb dieser Legislaturperiode keine Belastungen?

**Dr. Heinz Traumüller**: So sehe ich das, ja. Nicht nur des Ministers, ich glaube, es war eine Entscheidung der Regierung.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ)**: Der folgenden Regierung die gesamte Entscheidung mehr oder weniger konsequent zu überantworten?

**Dr. Heinz Traumüller**: Als Auskunftsperson möchte ich **ihnen** die Interpretation überlassen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ)**: Sagen Sie: Hat irgendjemand innerhalb Ihres Bereiches eine Rechnung angestellt, was, wenn die Republik diese Finanzierung direkt durchgeführt hätte, die dann also die BAWAG gemacht hat, nämlich sich also am Kapitalmarkt eingedeckt, das gekostet hätte? Ich habe es leider Gottes noch nicht da, aber wir haben also eine Auskunft, dass zu identischen Konditionen, zwischen 3,6 und 3,8 Prozent Zinsen, ein Darlehen verfügbar gewesen wäre. Ich würde Sie ersuchen, aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer Praxis zu dem damaligen Zeitpunkt eine Einschätzung abzugeben, was das gekostet hätte.

**Dr. Heinrich Traumüller**: Wenn ich an dieser Stelle ein paar Fakten nachholen darf: Die Finanzierungskosten, die Eurofighter auf den Tisch gelegt haben, wie gesagt: 7,48 Prozent, haben nach meinen Notizen insgesamt 419 Millionen € betragen. Die Finanzierung über die BAWAG hat letztendlich, wenn meine Notiz korrekt ist, Finanzierungskosten in der Höhe von 292 Millionen € ausgemacht. Das heißt, der Vorteil war in Summe 127 Millionen €.

Was den Vergleich mit der Republik betrifft, würde ich Sie bitten, im Detail den Mag. Kocher zu befragen. Er hat ja genau diese Übersicht, weil er ja, wie gesagt, diese – glaube ich – 130 Milliarden € Staatsschulden verwaltet und sehr genau natürlich auch diese Dinge im Auge gehabt hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ)**: Wissen Sie, nur damit Sie verstehen: Es geht uns nicht so sehr darum, was an Finanzierungsverbesserung gegenüber der Eurofighter-Variante möglich war, sondern was insgesamt an Optimierungspotenzial möglich gewesen wäre, und da sind also zwei Prozentpunkte ein Vermögen, das also zusätzlich noch gerierbar gewesen wäre. Deshalb habe ich Sie gefragt.

Darf ich vielleicht zu einem anderen Punkt kommen: Es gibt diese Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit, wo eigentlich von des Ausschreibungsverfahrens an die Republik Österreich, und zwar ausgearbeitet durch einen Rechtsanwalt und einen Universitätsprofessor, sich dahin gehend absichert, dass es zu keinen Schmiergeldzahlungen kommen soll, insbesondere auch im Bereich der Kompensationsgeschäfte, wo ja üblicherweise die größte Anfälligkeit in derartigen Transaktionen ist.

Waren Sie mit den Verhaltensregeln irgendwie befasst, oder war das für Sie überhaupt kein Thema?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Meine Aufgabe bestand darin, wie gesagt, eine **budgetverträgliche Lösung** unter Vermeidung einer Finanzschuld zu finden; alle meine Verhandlungsschritte waren darauf ausgerichtet. Der Vertrag selbst war für mich kein Thema. Wir haben nur dort, wo wir eben durch die Finanzkonstruktion, durch die Finanzarchitektur sozusagen in den Vertrag hineingekommen sind, schon auf den Vertrag Einfluss genommen. Wenn wir jetzt vom Einredeverzicht reden: Da war völlig klar, da ist die Rechtsanwaltschaft des Bundes – also die Finanzprokuratur – mit zu befassen. Das ist im Detail unter Mitarbeit natürlich auch der Budgetsektion mit dem Verteidigungsministerium auszuformulieren.

Gleiches gilt für Haftungsbeschränkungen. Ich sage offen: Wir haben auch über Haftungsbeschränkungen gesprochen. Auch in dem Punkt ist die Prokuratur natürlich beigezogen worden.

Also im Prinzip haben wir nur an drei Stellen – aus meiner Sicht als damaliger Projektleiter ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie meinen Haftungs Ausschluss, wenn Sie „Haftungsbeschränkungen“ sagen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja. Ich habe damals meiner Erinnerung nach in drei Vertragskomponenten eingegriffen: Finanzierung, Haftungs Ausschluss und Einredeverzicht, aber andere Dinge sind mir überhaupt nicht sozusagen auch nur unter das Auge gekommen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Dr. Traumüller, Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement festgehalten, dass Sie von April bis Juli 2003 im Auftrag des Herrn Finanzministers die Preisverhandlungen beziehungsweise die gesamten Verhandlungen mit der Firma Eurofighter geführt haben und einen Preisnachlass von zirka 300 Millionen € erzielen konnten. Ist das so weit korrekt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, ich beziehe mich da auf eine Berechnung der Abteilung II/14 des Bundesministerium für Finanzen vom 9. Juni 2003, in der Dr. Hillingrathner folgende Berechnung aufstellt – ich kann es auch gerne austeilen, falls ich hier zu langschweifig rede; es sind aber nur zirka zehn Ziffern, die ich Ihnen vorlesen müsste.

Das ursprüngliche Eurofighter-Offert hat im Barpreis 1,762 Milliarden € betragen. Das Heer hat, müssen Sie wissen, dann nach Zuschlagserteilung im Juli 2002 oder knapp danach zu verhandeln begonnen und hat ein Verhandlungsergebnis bis September 2002 von 14 Millionen € erzielt. Das heißt, wenn Sie die 14 Millionen € abziehen, kommen Sie zu einem Preis – wohlgemerkt: einem Barpreis – von 1,748 Milliarden € per 12. September 2002. Das deckt sich mit meinen privaten Aufzeichnungen, die ich Ihnen auch gerne zur Verfügung stehen würde, wenn Sie sie brauchen.

Dazu kämen dann, wie gesagt, die 24 Prozent Finanzierungskosten, die sich aus dem erwähnten Anbot der Eurofighter GmbH ergeben haben, in der Größenordnung von 419 Millionen €, lese ich hier. Der Preis, inklusive Finanzierung der 18 Halbjahresraten, hätte demgemäß 2,167 Milliarden € betragen, und am Tisch ist noch eine Forderung von 4,5 Prozent Eskalationskosten gelegen, die das Heer noch nicht verhandelt hatte. Das heißt, wenn die 97 Millionen € dazukommen, ergibt das aus meiner – auch damaligen – Wahrnehmung eine Ausgangsbasis meiner Verhandlungen vom 11. April 2003 ein Gesamtvolumen von 2,264 Milliarden €. Das war die Ausgangsposition.

Am Ende ist es durch verschiedene Dinge, wie Eingriff ins Mengengerüst und dergleichen mehr, gelungen, diesen Preis auf 1,959 Milliarden € zu drücken. Das ist der Stand 1. Juli 2003 für die Verträge 1 und 2. Daraus ergibt sich eben ein Verhandlungsergebnis BMF – so wird es ja offiziell bezeichnet – /Eurofighter GesmbH, EADS-Paket, von 305 Millionen € Sie können es gerne in Kopie haben.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Doktor, können Sie genauer aufschlüsseln, wie sich praktisch diese zirka 300 Millionen € Preisnachlass, den Sie noch herausverhandeln konnten, in den einzelnen Punkten widerspiegelt, zum Beispiel Flugzeuganschaffung, Ausbildungskosten, Logistik?

*(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)*

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich möchte nur klären, ob wir da Geschäftsgeheimnisse berühren.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Die Frage war, ob Sie im Detail aufschlüsseln können, wie sich die 300 Millionen Preisnachlass, die Sie herausverhandeln konnten, auf die Punkte zum Beispiel Flugzeuge, Ausbildung, Logistik aufschlüsseln?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir wird gesagt, dass das **kein** Geschäftsgeheimnis sei. Dementsprechend berufe ich mich auf die Aussage des Herrn Verfahrensanwaltes und gebe Ihnen eine grobe Einschätzung. – Auch hiezu können Sie gerne ein Dokument haben, dass ich auf meinem privaten Computer, sozusagen in der Mitte der Verhandlungen, am 21. April 2003 gemacht habe, aber ich lege ausdrücklich Wert auf die Feststellung, dass natürlich die Beamten vollinhaltlich über das informiert wurden und sich das dementsprechend auch in den Akten des Finanzministeriums finden müsste – vielleicht nicht mit allen Bemerkungen, die ich mir hier noch gemacht habe.

Es gab Einsparungen in der Größenordnung von 90 Millionen € durch Eingriff in den Simulator zum Beispiel. Mir ist beim ersten Kontakt mit dem BMLV bewusst geworden, dass es hier mehrere Typen von Simulatoren gibt, und ich habe mir in der damaligen Verhandlungsphase ohne Rücksprache mit dem Landesverteidigungsministerium erlaubt, hier auf einen einfacheren Typ zurückzugreifen, das heißt, statt eines sogenannten **Full Mission Simulator** den so genannten **Handling Simulator** zu nehmen.

Weiters habe ich mir „erlaubt“ – unter Anführungszeichen –, natürlich einseitig gestaltend, dass die Basen für den Betrieb des Eurofighters von zwei auf eine reduziert werden, weil mir aufgefallen ist, dass in einer Luftlinie von zirka 100, 150 Kilometer zwei Basen geplant waren. Das hat natürlich entsprechende Finanzierungsvorteile gebracht.

Weiters wurden die Optionen vier bis neun gestrichen. Hiezu kann ich leider nicht mehr im Detail sagen, was das war. Ich glaube, es handelte sich zum Teil um Pilotenausrüstungen, die in einer überhöhten Stückzahl hätten angekauft werden sollen und die ich dann auf das notwendige Maß zurückgeführt habe. Das hat in Summe 90 Millionen € ausgemacht.

Weiters ist es gelungen, eine Haftungsreduktion von 30 Millionen €, wie gesagt: per Stand 21.04. 2003 bereits, auszuverhandeln, bei einer Haftsumme von 300 Millionen €.

Weiters ist es damals bereits gelungen, die Eskalationsforderung vom Tisch zu bringen. Das heißt, Eurofighter hat für den Punkt, dass sie später liefern mussten, keine Inflationsabgeltung bekommen, obwohl sie damit rechnen mussten, dass sie mit einem Zinsfixing und eben einem gedeckelten Betrag auskommen müssen.

Die weiteren Vorteile sind, wie gesagt, aus der Finanzierung, aber das habe ich im Detail ohnedies schon angeführt. Allein der Verzicht auf die zweite Basis, entnehme ich noch meiner Unterlage, hat eine Einsparung von 25 Millionen € bewirkt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Doktor, Sie wären so freundlich sein, diese Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe entsprechende Kopien mitgebracht und darf sie hiermit dem Herrn Vorsitzenden geben. Ich habe 20 Stück vorsichtshalber schon anfertigen lassen. Sie finden, wie gesagt, zwei Notizen: Die eine gibt den Verhandlungsstand des BMLV vom 12. 9. 2002 wieder, aber alles, was Sie drunter haben, sind schon die Ziele, die ich daraus abgeleitet habe. Das ist sozusagen meine strategische Richtschnur gewesen, in welche Richtung ich mich bewegen könnte, welches Einsparungspotential ich vermute, und was ich dem Minister der Verhandlungsstrategie entsprechend dann auch empfehlen durfte.

Das zweite Dokument kenne Sie aus meiner letzten Antwort bereits.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Doktor, ich habe noch eine Frage zur so genannten *Finanzarchitektur*, wie Sie das nennen, zu Zinsfixing und der geringe Marge, die Sie angesprochen haben. Können Sie ganz konkret den Zinssatz, den es damals gegeben hat für diese Finanzierung, nennen und aufschlüsseln, inwieweit hier die Grundlage der Refinanzierungszinssatz der Bank war beziehungsweise die Marge, die die Bank aufgeschlagen hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Was Marge betrifft, würde ich meinen, da sind wir jetzt wirklich im Bereich des Geschäftsgeheimnisses und des Bankgeheimnisses. Da bitte ich um Verständnis, das möchte ich nicht machen. Wir haben uns im Bankenausschuss ausdrücklich ... (*Abg. Dr. Fekter: Aber die BAWAG hat gut verdient dabei!*)

Nein, da muss ich ein bisschen widersprechen, Frau Abgeordnete, ganz offen gesagt. Ich muss wirklich sagen, diese Finanzierungsform ist von der Bundesfinanzierungsagentur – im Übrigen völlig unbeeinflusst im Kabinett; das halte ich ausdrücklich fest –, völlig unbeeinflusst vom Kabinett frei eingetaktet worden. Da hat es einen – wenn auch begrenzten – Wettbewerb gegeben. Da hat es ebenfalls einen Bestbieter gegeben, und die Konditionen, die die Banken auf den Tisch gelegt haben, sind im Wettbewerb zustande gekommen.

Also ich halte hier schon fest, dass das auf allen Seiten korrekt abgewickelt wurde. Es ist ein wirklich günstiger Zinssatz – das hat im Übrigen auch der Rechnungshof ausdrücklich in seinen Prüfergebnissen bestätigt –, und über die Marge, wie gesagt, möchte ich keinerlei Auskünfte geben. Am Ende war es ein Effektivzinssatz von 4,48 Prozent – das kann man schon sagen – im Vergleich zu den 7,48 Prozent, die Eurofighter sozusagen angeboten hätte.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Können Sie dem Ausschuss die Dauer der Fixzinsbindung nennen? Ist das über die gesamte Finanzierungszeit gewesen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Doktor, wenn ich fingiere, dass statt Eurofighter der Herr Steininger ein derartiges Finanzierungsangebot eingeholt hätte, hätte er wahrscheinlich einen Zinssatz von 10 Prozent zustande gebracht. Dann wäre Ihr Erfolg noch größer.

Das ist einfach – da gebe ich dem Kollegen Kräuter Recht – keine Ausgangsbasis, was Eurofighter angeboten hat, sondern **die Ausgangsbasis** muss sein, was die Alternativfinanzierungskosten in Österreich gewesen wären, um den effektiven und **realistischen Zinssatz** zu berechnen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Die Frage ist legitim, Herr Abgeordneter. Ich bitte, diese Herrn Mag. Kocher zu stellen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, werden wir tun. Aber ich will nur nicht haben, dass dauernd diese Schönfärberei auftritt, weil dann, sage ich, wäre es noch gescheiter gewesen, den Herrn Steininger um eine Finanzierungsvariante ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler! Herr Traumüller hat bis jetzt Fragen beantwortet, und das war alles. Und diese Frage in der Art und Weise ist noch nicht gestellt worden. Deswegen brauchen wir jetzt noch gar nicht über „Schönfärberei“ befinden. – Bitte, **Fragen** zu stellen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich entnehme nur einem Dokument des Herrn Dr. Traumüller, wo er genau diese Finanzierungsvariante mit dem Zinssatz von 7,48 Prozent laut EADS-Angebot in einer Information an den Herrn Bundesminister so darstellt. Ich sage noch einmal: Das kann man schon darstellen, das ist **Polit-Wording**, hat aber mit dem, was sozusagen ... (Abg. Dr. **Fekter:** Nein, das sind **Fakten** und kein „Polit-Wording“!)

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, das sind wirklich Fakten. Ich war in der Situation, dass mir diese Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Ich war nicht in der Situation, dass mir die von Ihnen genannten Zahlen am Tisch gelegt wären.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich sage nur, es wäre noch schöner und für einen Politiker wahrscheinlich noch schöner darstellbar, und für die Frau Kollegin Fekter wahrscheinlich in einen Jubelanfall mündbar, wenn der Herr Steininger eine Finanzierungsvariante hätte auf den Tisch legen müssen. Der wäre wahrscheinlich bei 11 Prozent Zinsfinanzierung gelandet. Da wäre die Einsparung noch größer.

Ich will jetzt auf ein Dokument zurückkommen, das die Kollegin Fekter nur angeschnitten hat. Ich lese Ihnen das vor. Ich frage Sie zunächst, ob Sie das kennen, weil dann brauche ich es nicht lange vorlesen. – Es ist der Aktenvermerk, den der Herr Sektionschef Dr. Steger erstellt hat über einen Vorgang am 15. Mai 2003, wo er beauftragt wurde, diesen Beschaffungsakt mit zu unterfertigen. Kennen Sie diesen Vorgang? Haben Sie ihn in Erinnerung?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, aber nicht in den Details.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich lese Ihnen am besten die Punkte vor.

Aktenvermerk – wie gesagt: verfasst von Sektionschef Dr. Steger –:

1. Ich wurde am 14. 05. 2003 nach 17 Uhr telefonisch von Ministerialrat Mag. Pichler verständigt, dass der Beschaffungsakt Abfangjäger noch am 14. 05. erledigt werden und ich laut Dr. Traumüller unterschreiben soll.

2. Ich nehme sofort telefonisch mit Traumüller Kontakt auf und teile ihm mit, dass, nachdem Traumüller vom Herrn Bundesminister für Finanzen mit der Verhandlungsführung für die Vertragsverhandlungen betraut wurde und ich daher im Wesentlichen nicht eingebunden war, ich diesen Akt nicht unterschreiben werde.



3. Ich nehme telefonisch Kontakt mit Ministerialrat Dr. Hillingrathner (Leiter der zuständigen Abteilung II/14) auf, der mir erklärt, auch er habe die Information, wonach der Beschaffungsakt noch heute zu erledigen ist. Er sei aber bei ihm noch nicht eingelangt, werde aber wohl in Bälde eintreffen und dann von ihm bearbeitet werden.

4. Traumüller teilt mir in einem weiteren Telefonat mit, dass er mit Herrn Bundesminister für Finanzen Kontakt aufgenommen hat und Herr Bundesminister für Finanzen darauf besteht, dass ich selber unterschreibe. Ich erkläre daraufhin, dass ich unter diesen Umständen aber ausdrücklich vermerken werde, dass ich in den entsprechenden Vertragsverhandlungen nicht eingebunden war. Traumüller nimmt dies zur Kenntnis.

5. Ich unterschreibe den Akt vor Abfertigung mit entsprechender Einsichtsbemerkung am 14. 05. 2003 um 19.20 Uhr. (Kopie der Einsichtsbemerkung liegt diesem Geschäftsstück bei) Hillingrathner trägt ihn umgehend ins Ministerbüro.

Wien, 15. 5. 2003, Dr. Steger. – Ende des Zitats.

Sie erinnern sich an diesen Vorgang? (*Dr. Traumüller: Ja!*) Mich interessiert vor allem der Punkt 4.

Was hat Ihnen der Herr Bundesminister als Motiv angegeben, dass er darauf besteht, dass Dr. Steger das unterschreiben soll?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich glaube, das ist die **natürliche Erwartungshaltung** eines Ministers, dass Vorgänge dieser Art von den höchstverantwortlichen Beamten mitgetragen werden. Ich sage es an der Stelle nochmals deutlich: Ich habe während der Dauer meiner Verhandlungen tatsächlich keinen Kontakt mit Herrn Dr. Steger gehabt. Insofern ist es völlig korrekt, was hier wiedergegeben ist.

Aber da gestatten Sie mir jetzt schon auch eine persönliche Wertung; da bin ich nicht weit vom Minister. Es ist schon klar, dass ich über Hillingrathner und Tomasch und Schwarzenhofer kommuniziert habe, aber ich gehe **selbstverständlich** davon aus, dass korrekte Beamte, und die sind sie allemal, ihren Sektionschef entsprechend und regelmäßig informieren – oder sich der Sektionschef informiert hält. Das ist, glaube ich, eine selbstverständliche Erwartungshaltung. Und vor diesem Hintergrund verstehe ich das Begehren des Herrn Ministers. Das ist korrekt. Er hat dieses Begehren geäußert. Ich habe es in dieser Form kommuniziert. Ich verstehe es bis heute so, dass es so sein sollte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich komme auf die Motivenlage noch einmal zurück, möchte Ihnen aber jetzt der Fairness halber berichten, dass ich auch Herrn Sektionschef Dr. Steger damit konfrontiert habe und er uns dann über weitere Befragung mitgeteilt hat, dass sein Hauptmotiv dafür, dass er nicht unterschrieben hat, war, dass man die Sache an ihm vollkommen „vorbeigezogen“ hat. Sie bestätigen das damit, dass Sie sagen, Sie haben auch nie mit ihm zu tun gehabt in der Sache; also insofern ist das kein Widerspruch zu der Schilderung, die Dr. Steger uns gebracht hat. Dr. Steger hat gesagt, deswegen hat er sich geweigert, zu unterschreiben, weil die Sache komplett an ihm vorbeigezogen worden ist.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Vielleicht kann ich einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion leisten, Herr Abgeordneter. Meine Aussage bezieht sich nur – und kann sich zwangsläufig nur beziehen – auf den Zeitraum April bis Juni 2003. Das stimmt, was der Sektionschef sagt: Von mir hat er da wenig bis keine Informationen erhalten. Was davor war, ist sicherlich anders gewesen. Es ist für mich völlig unvorstellbar, dass in die Vorgänge davor auch aktenmäßig der Sektionschef nicht einbezogen wurde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Er will auch zum Vertrag selber nichts sagen, weil er sagt, bis auf den ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das verstehe ich auch zum Teil. Wenn er in die Details der Gespräche mit der Finanzprokuratur nicht eingebunden war – wohlgemerkt: er hätte auch hingehen können und sich da hineindrängen; keiner hätte ihn daran gehindert –, ist es legitim, wenn er sagt: Ich war nicht dabei, ich hatte den Eindruck, man wünscht mich nicht dabei. – Ich verstehe seine Motivation ebenfalls. Ich kann insgesamt nichts Problematisches erkennen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es haben aber alle gewusst, Dr. Steger war nicht dabei; und Herr Dr. Steger weigert sich, zu unterschreiben. Und jetzt kommt das zweite Mal der Auftrag vom Bundesminister: Er **muss** aber unterschreiben. Jetzt würde mich interessieren, was der Bundesminister gesagt hat, warum Steger unterschreiben muss, obwohl alle wussten, dass er nicht dabei war.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Weil er wollte, dass er am Ende des Tages auch Verantwortung mitträgt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Für etwas, was er gar nicht mit intendieren konnte?

**Dr. Heinrich Traumüller:** In *Teilen* nicht intendieren konnte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** In wesentlichen Teilen!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Er hat völlig korrekt, was die Phase von mir betrifft ... – Er hätte mich anrufen und auch fragen können; ich hätte nicht nein gesagt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber im Rahmen der Weisungshierarchie eines hierarchisch gegliederten Apparates braucht der, der in Wirklichkeit sozusagen die oberste hierarchische Verantwortung trägt, unter dem Minister ja nicht einmahnen, dass die Hierarchie gewahrt wird, wenn sie gezielt nicht gewahrt werden **soll**.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Darf ich an dieser Stelle vielleicht etwas Grundsätzliches sagen, Herr Abgeordneter – ich bin durchaus dankbar, dass Sie das ansprechen –: Ich bin, wie ich eingangs gesagt habe, im Februar 2000 in das Kabinett gekommen, und mir ist von Anfang an etwas aufgefallen, was auch die Beamten des Hauses sehr **positiv** wahrgenommen haben: Der Minister war von Anfang an jemand, der unmittelbar den Kontakt zu den Beamten gesucht hat. Ich sage es Ihnen als jemand, der viele Jahre im Finanzministerium gearbeitet hatte: Der Letzte, der dieses gute Renommee bei den Beamten hatte, war Androsch. Der war auch berühmt dafür, dass er die Leute direkt angerufen und mit ihnen kommuniziert hat.

Das heißt zwangsläufig auf der anderen Seite, dass man Hierarchie nicht immer einhält. Hierarchisch war das – nicht nur in diesem Projekt – nicht immer. Das ist nichts Untypisches für das Verhalten von Bundesminister Grassner.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber dafür müsste man ja dann auch Verständnis haben, wenn ein Beamter sagt: Ich war nicht eingebunden, daher will ich auch nicht unterschreiben! – Da sage ich, wenn ich – ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe auch Verständnis!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Noch einmal: Ich rede jetzt nicht von Ihnen, ich rede vom Minister, und dass der dann sagt: Gut, in Ordnung! Ich habe ihn nicht eingebunden, ich habe das mit den Beamten direkt gemacht; warum soll er dann unterschreiben müssen? – Das sehe ich ein!

Wenn der Beamte dann sagt: Ich unterschreibe aber nur, wenn ich darauf hinweisen kann, dass ich nichts damit zu tun habe – wozu brauche ich dann noch die Unterschrift?

Daher interessiert mich die Motivenlage, dass der erklärt: Ich unterschreibe, aber ich schreibe dazu, ich habe nichts damit zu tun gehabt! – Genauso gut hätten Sie auch noch Frau „Schmauswaberl“ von der Dreier-Stiege fragen können, ob sie noch unterschreibt, und die Pfarrersköchin – verstehen Sie? – Das ist ja unsinnig, einen Beamten, der nichts mit der Sache zu tun hatte, unterschreiben zu lassen auf einem Akt – und noch dazu, darauf zu bestehen!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mit Verlaub, Herr Abgeordneter: „nichts mit der Sache zu tun hatte“ ist ein bisschen grotesk. Wenn Sie vom Sektionschef der Budgetsektion reden, wenn Sie wissen, dass hier der größte Beschaffungsvorgang in der Geschichte der Zweiten Republik läuft, dann werden Sie am Ende nicht sagen können: Und im Übrigen habe ich mit der Sache überhaupt nichts zu tun! – So kann es ja bitte auch nicht sein!

Da ist – noch einmal – auch meine Position, dass ich als Sektionschef verantwortlich bin für das, was da läuft! Es mag sein, dass man mich nicht immer direkt kommuniziert, aber dann man muss sich eben laufend informieren lassen von den Beamten. – So einfach kann man es sich auch wieder nicht machen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Noch einmal: Das war so nicht gewünscht, es hat sich anders ereignet. – Sektionschef Steger ist deswegen nicht in Depressionen verfallen, er hat Arbeit genug gehabt. Er hat sich nur gewundert, dass man von ihm eine Unterschrift verlangt, obwohl er mit der Sache **nicht** befasst war. – Steger war nicht befasst, das haben Sie ja bestätigt.

Mich interessiert jetzt nur, warum dann ein Minister auf einmal nicht die Courage hat, zu sagen: Gut, der braucht nicht zu unterschreiben, in Ordnung, wenn er sich weigert!, und Ihnen dann aber – ich hoffe, ich zitiere Sie jetzt richtig – gesagt hat: Er muss trotzdem unterschreiben!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Vielleicht können wir die Sache abkürzen und uns die Diskussion weiterer Befindlichkeiten gegenseitig ersparen, Herr Abgeordneter. – Ich stehe nicht an, hier und jetzt zu sagen, dass die Punkte, wo der Vertrag gestaltet wurde, durch mich als Sonderbeauftragtem beeinflusst wurden – ich habe keinen Grund, hier den Sektionschef, falls es Ungereimtheiten gibt, in etwas „hineinzureiten“. Dafür stehe ich gerade, für die Punkte, wo ich in den Vertrag eingegriffen habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Doktor, haben Sie ihn unterschrieben? (*Dr. Traumüller: Den Akt?*) – Ja.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das wäre aber interessant: Sie sind der Hauptverantwortliche, haben das alles gemacht – Sie unterschreiben nicht, und Sektionschef Steger ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das ist auch nicht notwendig, Herr Abgeordneter! Ich stehe hier und jetzt vor Ihnen, und ich trage die Verantwortung – ich habe es im Eingangsstatement auch ganz klar gesagt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es ist gut, wenn wir die Usancen aus dem Bankenausschuss, die wir untereinander gepflogen haben, auch hier pflegen könnten, auch wenn Ihnen die Fragen jetzt unangenehmer sind als jene, die ich Ihnen im Bankenausschuss meinewegen gestellt habe.

Noch einmal: Wenn der Sektionschef selbst in Wirklichkeit **übergangen wird** – das hat er wortwörtlich hier herinnen gesagt –, und der aus dem Kabinett, der dafür die Hauptverantwortung trägt, **nicht** unterschreibt, aber der, der nichts mit dem Vorgang da zu tun hatte, der dort ausgespart wurde, unterschreiben soll, dann ist das zumindest eigenartig: Das würde Ihnen als Chef einer Behörde selbst doch auch sauer aufstoßen?!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich verwehre Ihnen keine Wertung, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, mich interessiert auch nicht Ihre Wertung, sondern mich interessiert Ihre **Wahrnehmung**, die Sie hatten, warum der Minister darauf bestanden hat – im Wissen darum, dass es so war?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Noch einmal: Das war ein Projekt, das ja nicht erst 2003 erfunden wurde. Das ist ein Projekt, das eine sehr, sehr lange Vorgeschichte hat, wo es viele, viele Stadien gegeben hat, bevor ich überhaupt erst involviert wurde. Das ist der Schlusspunkt eines langen – im Übrigen sehr mühsamen – Prozesses, und da kann man darüber endlos streiten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Können Sie mir aus Ihrer Erinnerung schildern: Welches Motiv hat der Minister genannt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Über die Motive des Ministers bitte ich den Herrn Minister selbst zu fragen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben keine Erinnerung mehr daran?  
(*Dr. Traumüller: Nein!*)

Wir kommen zu einer anderen Sache, diese betrifft den **Einredeverzicht**. Dieser Einredeverzicht ist dermaßen singulär, dass ich den Herrn Sektionschef gefragt habe, ob ihm ein ähnlich weit reichender Einredeverzicht im Zusammenhang mit einer Finanzierungsvariante – über die wir uns noch später unterhalten werden – schon einmal untergekommen ist. – Er hat gesagt: Noch nie, in seiner ganzen Dienstzeit noch nie!

Haben Sie ähnliche Einredeverzichte in Österreich schon einmal kennen gelernt? – Bitte kommen Sie mir jetzt nicht mit dem deutschen Beispiel. Das wollen wir jetzt ausdrücklich außer Streit stellen, dass es das deutsche Beispiel gibt; aber wir müssen nicht alles, was die Deutschen machen, sozusagen nachäffen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich bin jetzt wirklich ein bisschen sprachlos, Herr Abgeordneter: Wirtschaftlich ist etwas sinnvoll oder nicht, und ob ich es jetzt in Österreich (*Abg. Mag. Stadler: Aber der Summe nach!*) oder in Deutschland abschließe, ist völlig egal.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Doktor, es ist nicht deswegen sinnvoll, weil es die Deutschen machen, sondern wir untersuchen das immer selbst. Daher würde ich einfach ersuchen, dass wir das jetzt selbst untersuchen, und es nicht, nur weil es die Deutschen gemacht haben, deswegen schon sinnvoll sein muss.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Okay, ist in Ordnung, Herr Abgeordneter, nur: Am Ende ist es eine ökonomische Betrachtung, und da spielen Ländergrenzen wirklich keine Rolle. Am Ende galt es, zwei Dinge abzuwägen: Das eine war der Finanzierungsvorteil, über den ich Ihnen ja schon einiges erzählen durfte und der eben nach meiner Erinnerung 127 Millionen € betragen hat, auf der anderen Seite war nicht unbekannt, dass diese Konstruktion unter Umständen kritisiert werden könnte.

Diese Vorteile und Nachteile sind wie immer in derartigen Situationen gegeneinander abgewogen worden, um am Ende hat man sich eben wegen des unglaublichen Vorteils

der Finanzierung für die Republik dafür entschieden. – Sie müssen sich das immer vor dem Hintergrund der Bundesverfassung vorstellen, die allemal noch das Gebot der Sparsamkeit beinhaltet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, völlig korrekt!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie würden mich wohl umgekehrt heute fragen, warum wir **nicht** den Finanzierungsvorteil genutzt haben, den uns die ÖBFA angeboten **hätte!**

Im Übrigen darf ich noch dazufügen, dass ja – auch was Einredeverzicht betrifft – natürlich **österreichisches Recht** gilt. Das heißt, dass das Bundesministerium für Landesverteidigung gegenüber der Eurofighter GmbH **selbstverständlich** alle Rechte behält! Da gibt es ja einen Liefervertrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung mit einer Firma, die dafür einzustehen hat, dass am Ende die Leistung 100-prozentig erfüllt wird. Wenn sich da irgendwelche Mängel ergeben, dann ist es nur ein bisschen umständlicher: Man muss die Rate zahlen und muss sich das dann auf der anderen Seite holen. Natürlich hat man zivilrechtlich alle Möglichkeiten dazu.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir reden ein bisschen aneinander vorbei: Dürfen wir uns – sonst muss ich Ihnen wieder Schönfärberei vorhalten – darauf verständigen, dass wir nicht dauernd mit diesen 127 Millionen € Zinersparnis operieren (*Abg. Dr. Fekter: Nein, da verständigen wir uns nicht!*), wenn es gerade passt, denn diese 127 Millionen Zinersparnis gehen von der Basis des Angebotes von EADS aus. – Ich sage Ihnen, es wären wahrscheinlich 200 Millionen geworden, wenn man Herrn Steininger eine Finanzierungsvariante hätte anbieten lassen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, darf ich an der Stelle bitte wirklich intervenieren?! – Ich habe Ihnen ein Dokument der **Budgetsektion** ausgehändigt!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ändert nichts daran! – Auch die Zahlen ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, das sind **offizielle Zahlen** des Bundesministeriums für Finanzen (*Abg. Mag. Stadler: Ja, schon! Aber auch diese Zahlen ...!*), und Sie zweifeln jetzt auch schon die Korrektheit der Darstellung des Ministeriums an.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Natürlich zweifle ich sie an! Selbstverständlich zweifeln wir sie an, weil wir wissen, dass auch diese Zahlen auf dem Angebot von EADS beruhen! – Widersprechen Sie, wenn das anders ist.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, aber auf welchen (*Abg. Mag. Stadler: Sehen Sie! Gut!*) sonst sollten sie denn beruhen?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe – noch einmal – gesagt, es wäre sinnvoll gewesen, man hätte die damals erzielbaren Zahlungskonditionen in Österreich untersucht und dann als Zinersparnis dargestellt. Das ist zwar für einen Politiker für eine Pressekonferenz wunderbar, dafür habe ich Verständnis – niemand mehr als ich da hier herinnen! –, aber es ist für die Behauptung, warum man diese Zahlungsvariante gewählt hat, ein untaugliches Instrument. Ansonsten muss ich Ihnen vorhalten: Das ist Schönfärberei! Wenn wir das aber nicht wollen, dann lassen wir diese Dinge einfach einmal beiseite.

Ich komme jetzt auf diesen **Einredeverzicht** zu sprechen: Sie haben vollkommen Recht, dass die Republik Österreich natürlich Gewährleistungsansprüche hat. Das bedeutet aber nicht, dass wir ... – Man muss nämlich den Einredeverzicht – das bitte ich Sie, festzuhalten – in Kombination mit der Garantie der unbedingten und vollen Kaufpreiszahlung sehen. Das bedeutet, dass wir keinerlei Rückbehaltungsrechte haben, das bedeutet, dass wir keinerlei Möglichkeiten haben, gegen das

Grundgeschäft aus dem Vertrag heraus selbst vorzugehen. – Widersprechen Sie bitte laut, wenn das nicht so ist, was ich sage.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Darf ich an der Stelle nur etwas Grundsätzliches sagen, Herr Abgeordneter? – Sie können sicherlich den einen oder anderen Punkt anführen, den man kritisch in die Waagschale werfen kann. Das ist nicht nur legitim, ich glaube, da haben Sie auch Recht.

Der Punkt ist nur ein zweifacher: Erstens wurde das von der Finanzprokurator, also den Anwälten der Republik, sicher penibelst und genauest überprüft. Und das Zweite ist eben der Finanzierungsvorteil, den man ohne dieses Konstrukt **nicht** erzielt hätte. **Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das wollen wir später untersuchen. Auf die Finanzprokurator kommen wir noch eigens zu sprechen, weil da gibt es einen interessanten Schriftverkehr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Dr. Traumüller, eine kurze Eingangsbemerkung. Wenn man schon das Gebot der Sparsamkeit strapaziert, dann sollte man sich immer in Erinnerung rufen, dass spätestens der Ausschuss zutage gefördert hat, dass diese Lösung inklusive der Systemkosten und der Betriebsdauer 1,5 Milliarden teurer ist als eine andere, eine nächstbessere oder schlechtere, wie Sie das sehen wollen.

Ich kann auch mit einem großen Rucksack Steine auf den Berg gehen, die dann abwerfen und sagen: Jetzt habe ich „Marsch-Erleichterung“, wie gut habe ich verhandelt! Es ist eben die Startbasis nicht die beste gewesen mit dieser Typenentscheidung, aber da werden wir noch dazu kommen.

Ich frage Sie jetzt etwas ganz anderes als Erstes. Aus dem zitierten Dokument des Herr Kollegen Stadler ist ersichtlich, dass das nicht veraktet ist. Es ist ein Schriftstück von Ihnen: Heinrich Traumüller, Info an den Herrn Bundesminister, Betreff Eurofighter, Frühjahr 2003. Haben Sie das in den eigenen Unterlagen mit, oder wollen Sie das vorgehalten bekommen? Ich möchte da ein paar Punkte mit Ihnen durchgehen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich denke, ich weiß, wovon Sie sprechen. Lassen Sie mich (*die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen*) noch kurz nachschauen. – Frühjahr 2003, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, dann können wir gleich einmal voranschreiten.

Im untersten Absatz schreiben Sie im Klammerausdruck – konzentrieren wir uns gleich auf jenen –:

ursprünglich geplanter erster Lieferungstermin Jänner 2006.

Darf ich da einmal innehalten: Woher ist bei Ihnen die Information angelangt, dass der ursprünglich geplante Liefertermin **Jänner 2006** war?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe das nicht mehr genau in Erinnerung, aber ich glaube, von der Firma Eurofighter selbst natürlich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Darf ich da kurz eine Zwischenfrage stellen: Gibt es da irgendeinen Brief, in dem Sie darüber verständigt worden sind?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, sicherlich kein Schriftdokument.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es irgendwelche Unterlagen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nicht dass ich wüsste.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Können Sie terminisieren, wann Sie verständigt worden sind?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Noch einmal: Dieses Dokument ist vom Frühjahr 2003. Ich habe es im Übrigen versucht anhand des Kalenders zu rekonstruieren. Meines Erachtens habe ich es am Karfreitag, dem 18.4.2003 verfasst.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aus den handschriftlichen Aufzeichnungen des Herrn Dr. Hillingrathner geht hervor, dass er einmal eine Perspektive von ... Es gibt verschiedene Zahlen, aber es hat einmal eine gegeben: 31 Monate ab Vertragsunterzeichnung. Zu dem Zeitpunkt war Vertragsunterzeichnung 1. Juli 2003 bereits geplant. Das wissen wir aus anderen Dokumenten. Die 31 Monate würden exakt zu diesem Jänner 2006 führen, den Sie hier erwähnt haben. Also meines Erachtens ist das alles sehr konsistent.

Ich zitiere weiter, jetzt kommt es nämlich: Aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile bei einer ersten Lieferung im Mai 2007. Ich will das „wir“ jetzt nicht näher interpretieren, aber Sie werden nicht gemeint haben, dass die produktionstechnischen Gründe im Finanzministerium anzusiedeln sind. – Liegen wir da richtig?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Natürlich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Welche produktionstechnischen Gründe waren Ihnen bekannt, dass eine Lieferung erst ab Mai möglich wird?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, Sie können das der Seite 2 meiner Information entnehmen. Hintergrund war, dass im Jänner 2007 die Umstellung der Produktion auf den technologisch höheren Stand der Tranche 2 beginnen muss und dann sich daraus eine weitere Verschiebung auf Mai 2007 ergeben hat. Ich interpretiere das so, dass ursprünglich die Firma eine Lieferung im Jänner 2006 angestrebt hat, dann darauf hingewiesen wurde, dass 2007 erst erforderlich ist und dementsprechend man den Jänner 2007 wohl angestrebt hat. Sonst hätte ich dem Minister nicht erklärt, warum das nicht möglich ist. Die Lieferung hat sich dann aus den genannten Gründen, eben weil die Produktion umgestellt wurde, um weitere 5 Monate verzögert.

Das Ganze steht übrigens im engen zeitlichen Konnex mit einer Forderung der Firma. Sie lesen ja, dass die Preise einen Zuschlag der Firma beinhalten für die Verschiebung der Lieferungen um 16 Monate. Das heißt, die Firma ist hergekommen und hat gesagt, wir wollen eine Abgeltung dafür, wenn wir später liefern müssen, dann wollen wir unsere Inflationskosten abgegolten haben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben jetzt nur bloß drei Dinge erwähnt. Den letzten Punkt klammern wir jetzt einmal völlig aus, dass eine spätere Lieferung zur Forderung von Eurofighter geführt hat, einen gewissen Eskalationsaufschlag zu machen. Das lassen wir jetzt einmal weg. Da wird es ja dann noch besser.

Aber zunächst halten wir bei Jänner 2006. Die Monate, die Sie reklamieren jetzt auf Grund von Produktionsbandabläufen innerhalb der Erzeuger, die sollen ja nur 5 Monate ausgemacht haben. Da muss ja zwischenzeitlich auch etwas passiert sein. Und wenn Sie schon den Absatz III „Lieferplan“ – auf den rekurrieren Sie ja in Ihrer eigenen Unterlage offensichtlich – zitieren, halte ich Ihnen vor, dass der erste Satz damit beginnt: Wie bereits erwähnt – also siehe vorher – ist eine erste Lieferung frühestens im Mai 2007 möglich. Es ist eine erste Lieferung erst möglich.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, statt Jänner 2007, bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie schreiben – da müssen wir wieder auf das zurückkommen –: **Jänner 2006**. Ist Ihnen aufgefallen, dass Ihnen da

ein Jahr abhandengekommen ist? Wo ist die Ursache dafür? Was ist Ihr Kenntnisstand?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sicher nicht in meinen Vertragsverhandlungen. In meinen Vertragsverhandlungen war die Rede davon, dass **2007** geliefert werden sollte. Wie Sie sehen, war auch die Finanzierung darauf ausgerichtet.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn das so war, wie kommen Sie dann dazu, dass Sie in diesem Bericht an Ihren Chef formulieren, dass der ursprüngliche Liefertermin **2006** nicht mehr gehalten werden kann, und zwar aus produktionstechnischen Gründen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie verwechseln da, glaube ich, zwei Dinge, die natürlich im Dokument nicht vollständig enthalten sind. Da gab es zunächst die Grundsatzentscheidung, dass 2007 eine Lieferung erst notwendig ist. Und dann hat sich aus produktionstechnischen Gründen das um weitere Monate verzögert. Ich kann es im Detail jetzt leider nicht mehr verfolgen. Sie müssen das bitte vor dem ganzen Hintergrund sehen, dass es parallel zu meinen Verhandlungen im Bundesministerium für Landesverteidigung eine Arbeitsgruppe gegeben hat. Die hat sich mit einem völlig anderen Thema beschäftigt, nämlich mit der so genannten Zwischenlösung. Da habe ich nicht alle Informationen verfügbar, aber das spielt sicher da oder dort hinein: Bis wann und ab wann brauchen wir eine Zwischenlösung? Wie lang ist der Draken flugfähig? Was kostet das, ihn weiter in Betrieb zu halten? Das hat sich ja nicht täglich, aber doch sehr häufig geändert, und die beiden Dinge mussten am Ende miteinander verzahnt werden. Es war Sache der Militärs dann, sozusagen das vernünftig zu verschränken und dafür zu sorgen, dass der Zulauf neuer Eurofighter eingetaktet mit der Übergangslösung erfolgt.

Daher bitte um Verständnis, alle Details habe ich da nicht. Ich kann nur davon ausgehen, dass die Firma Geld gefordert hat dafür, dass man sie nicht hat liefern lassen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist ein nächster Punkt. Nur: Zunächst ist hier von einem früheren Produktionstermin die Rede, der aus **technischen Gründen** nicht gehalten werden kann. Ich glaube, wir verwechseln hier auf der Abgeordneten-Bank relativ wenig. Ich glaube einfach, es ist folgender Vorgang festzuhalten: dass es zwei völlig unterschiedliche Motive gegeben hat: zum einen das Fehlen der Produktionsfähigkeit in der erforderlichen Zeit, was zu 2007 führt, und zum anderen das Interesse des Ministeriums, jedenfalls des Finanzministeriums, auch erst 2007 geliefert bekommen zu wollen, und zwar aus ganz anderen Gründen, nämlich aus Gründen der Schlagendwertung der tatsächlichen Zahlungen im Budget. In dem Zusammenhang haben Sie gesagt, die hätten liefern wollen, aber durften nicht. Wo ist das hergekommen, dass man seitens der Republik erst 2007 geliefert bekommen haben will?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Noch einmal: Im Detail habe ich da wirklich keine Erinnerung mehr. Nur am Ende hat es geheißen, es gibt eine Übergangslösung. Der Draken fliegt, weiß ich jetzt nicht, bis Ende 2005, und dann gibt es noch eine, glaube ich, F-5-Zwischenlösung, und das ist so eine Taktik, dass am Ende die Eurofighter 2007 benötigt werden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Lassen wir das weg! Das habe ich Sie nicht gefragt. Also dazu können Sie oder wollen Sie keine näheren Angaben machen. Das mit der Zwischenlösung ist derweil noch nicht das Thema.

Sie haben vorhin mit relativer Selbstsicherheit gesagt, Eurofighter war jedenfalls Bestbieter, und jetzt wird auf der Basis von Ihnen weiterverhandelt.



**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was wissen Sie über die Bestbieter-Ermittlung?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Gar nichts, weil das Bundesministerium für Finanzen in diese Frage überhaupt nicht eingebunden war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie erklären Sie sich dann, dass Dr. Christl einen Akt angelegt hat mit Protokollen des Herrn Bundesministers für Finanzen, wo er diesen 25. Juni beschreibt, und der Bundesminister für Finanzen lässt ausdrücklich erstens protokollieren und zweitens verakten, dass Bundesminister Scheibner in die Besprechung gekommen wäre, und zwar mit der Berichtslage, dass die Bewertungskommission den **Gripen** vorne hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wie gesagt, ich habe eingangs schon darauf hingewiesen, Dr. Christl war Projektleiter in der damaligen Phase. Ich habe dazu keine eigene Wahrnehmung. Ich habe nur die Kenntnis aus dem Rechnungshofbericht, dass der Eurofighter zu Recht als Bestbieter ermittelt wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das hat mit diesen Zahlungsvarianten und mit den Preisen zu tun. Ich frage Sie jetzt, ob in diesen Verhandlungsphasen, wo ... – Ich unterstelle jetzt, dass wir da vom Gleichen ausgehen können, V1/V2-Aufspaltung.

Ist es richtig, davon auszugehen, dass die V1-Aufspaltung, ich habe hier auch ein entsprechendes Dokument, im Wesentlichen die nackten Flieger ohne Bewaffnung zu beinhalten hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sind Ihnen die gutachterlichen Erkenntnisse der Finanzprokurator zu diesem Thema bekannt, die Ihr Haus hausintern angefordert hat, zu Mengengerüständerungen nach unten?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir sind zwei Gutachten bekannt, die ich bei meinem Erstkontakt mit Bundesminister Platter in die Hände gedrückt bekommen habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aicher und dann Holoubek.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Genau, Aicher und Holoubek. Zwei Professorengutachten, die genau das beleuchtet haben, nämlich ob es zulässig ist, dass man trotz einer Reduktion der Stückzahl von 24 auf 18 Stück das Ausschreibungsverfahren nicht neu führen muss.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen der Kern dieser Erkenntnisse noch in Erinnerung? Die kommen beide auf etwas Ähnliches.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Der Kern sicherlich. *(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)* – Darf ich nur kurz nachschauen, ich habe auch dazu, glaube ich, noch eine Unterlage. Ich bitte um Verständnis, ich bin mit diesen Dingen jetzt schon ziemlich lange nicht mehr befasst, aber ich habe sicher noch eine Unterlage, die sich damit beschäftigt.

Es ging um die Frage des Bietersturzes, um es abzukürzen. Das war der Kern der Aussage.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Okay. Wissensfragen sind eigentlich ohnehin deplatziert für das, was ich jetzt vorhabe.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Doch, ich habe es jetzt gefunden!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es geht mir darum, ob Sie das mit den Bemühungen in Zusammenhang bringen können, an denen Sie offensichtlich heftig beteiligt waren, nämlich im V1 eine bestimmte niedrige Summe zu erreichen. Es wird Ihnen damals zumindest vertraut gewesen sein, dass der Stückpreis des nackten Fliegers, wenn wir es in der Diktion belassen, auf keinen Fall bei 18 Stück höher sein darf, besser noch niedriger ist, nämlich aus vergaberechtlichen Gründen. (Dr. Traumüller: Nein!) – Was heißt nein?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Da habe ich schon eine andere Erinnerung. Da war ursprünglich sogar die Rede davon, dass man eine gewisse Preiserhöhung ... – Da muss ich aber jetzt darauf bestehen, das im Original vorgelesen zu bekommen.

Ich darf so anfangen: Wirtschaftlicher Sachverhalt ist Folgender: Sie kaufen 24 Autos und bekommen dafür den Preis X. Sie reduzieren die Menge auf 18 und bekommen den Preis Y. Nach jeder wirtschaftlichen Logik ist der Preis höher. Und ich glaube, mich sehr wohl zu erinnern, dass der Hinweis darauf war, dass sogar bestimmte argumentierbare Preiserhöhungen möglich gewesen wären. De facto ist das Gegenteil eingetreten, de facto ist es dann sogar in den Verhandlungen gelungen, den Stückpreis um, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, 5,87 Prozent zu **drücken**, obwohl wir wirtschaftlich eine extrem schwierige Ausgangsposition hatten, nämlich die Mengenvorteile verloren hatten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sehen Sie, genau darum geht es. – Wenn Sie einen Vorhalt wollen, ich habe hier eine Unterlage, approbiert Hillingrathner, an Ministerbüro Christl. Aus der geht hervor, dass bei Basis 18 Halbjahresraten für 24 Stück 96 Millionen Stückpreis anfallen würden und bei 18 Stück 99,6, und das muss natürlich genau begründet werden.

In der Folge hat sich Ihr Ministerium bemüht, das ist richtig, das ist auch nachvollziehbar aus den Akten und aus Ihren Ausführungen letztlich, diese Positionen ständig nach unten zu bringen, das ist richtig, aber nicht, weil wirklich ein günstigerer Preis verhandelt wurde, sondern weil Kostenbestandteile aus V1 in V2 übernommen wurden. – Können Sie dazu Stellung nehmen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Also ich kann diese Einschätzung überhaupt **nicht teilen**, Herr Abgeordneter, bei aller Wertschätzung. V1 hat meines Erachtens den Sinn, wie Sie richtig gesagt haben, das Flugzeug als solches zu präsentieren. Und V2 hat meines Erachtens den Sinn, die dazu notwendige Logistik, IT und Infrastruktur, soweit sie unmittelbar zum Betrieb des Systems notwendig ist, ich glaube, bis 2014 abzubilden. Das heißt, hier haben Sie die klare Trennlinie zwischen Einmalkosten und laufenden Kosten, soweit sie jetzt wirklich mit dem Ankauf direkt im Zusammenhang stehen.

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, ja, ich habe diese Variante mit geboren letztlich aus strategischen Überlegungen. Ich bin davon ausgegangen, dass es am Ende möglich sein könnte, das Bundesministerium für Landesverteidigung auch ein bisschen in die Pflicht zu nehmen, was die Finanzierung der Flugzeuge betrifft. Das heißt, meine wahre Überlegung dabei war, Teile von V2 sozusagen im Verhandlungsweg dem Bundesministerium für Landesverteidigung anzulasten. Ich habe das sogar versucht – ich gebe zu, dabei bin ich gescheitert; da gab es entsprechend klare Vorgaben, die ich dann akzeptieren musste.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Bleibt abschließend aber einmal Folgendes: Sie haben in der Unterlage, wo wir gemeinsam schon Nachschau gehalten haben, auf der ersten Seite wieder – jetzt I „Ankaufsgesetz“ –, erster Absatz, die nackten Flugzeuge Vertrag 1 dargestellt und in Klammern die Positionen 1 bis 7 – und das bezieht sich jetzt auf die Ausschreibung, was später auch in den Vertrag

übernommen wurde wegen der Vergleichbarkeit –, das sind im Wesentlichen die Flieger plus Fliegerergänzungen, und 25 und 26 drinnen.

Das ist der Stand nackter Flieger am Karfreitag des Jahres 2003 gewesen. Im Vertrag waren die Positionen 25 und 26 nicht mehr drinnen, weil sie nämlich hinausreklamiert wurden. Auf diese Art und Weise kann ich den Stückzahlpreis natürlich wieder beeinflussen. Aber das ist nicht der Sinn der Übung gewesen. Und ich sage Ihnen, das war gegen die Vergaberegeln, so vorzugehen, weil das hätte mit dem Konkurrenzprodukt verglichen werden müssen!

Und wenn hier schon dauernd die freihändige Vergabe im Wettbewerb strapaziert worden ist, dann hätten spätestens zu diesem Zeitpunkt wieder die Verhandlungen mit dem anderen Bieter aufgenommen werden müssen – und genau nicht umgekehrt.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich halte das für nicht *nachvollziehbar*, Herr Abgeordneter, und ich darf zitieren aus dem Originalbericht des Rechnungshofes, der ebenfalls beginnt mit dem Gutachten von Aicher und Holoubek.

Der RH hat Folgendes im Original gesagt: „Hinsichtlich der Reduzierung der Stückzahl von 24 auf 18 Stück hielt das Gutachten fest, dass eine solche zulässig sei, wenn sich dabei der Einzelstückpreis nicht erhöht, weil diesfalls nicht davon auszugehen sei, dass der Mitbieter billiger hätte anbieten können, wodurch die Bieterreihung nicht berührt wurde.“

Und der Rechnungshof weiter: „In einem weiteren Gutachten wiederholte der Gutachter diese Auffassung, ergänzte diese jedoch, dass nachträgliche Änderungen des Vertrages inhaltlich vergaberechtlich nur zulässig wären, wenn der Bestbieter als Ergebnis des Bieterwettbewerbs auch für den geänderten Leistungsinhalt seine Vorrangstellung behält.“

Das zweite Gutachten ging ebenfalls von der vergaberechtlichen Zulässigkeit der Stückzahlreduktion aus, sofern der Einzelstückpreis ...“

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber die Gutachten kennen wir ja, Herr Dr. Traumüller!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Der Rechnungshof stellte fest – ich zitiere –, „dass die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH trotz der Reduktion der Stückzahl der Flugzeuge“ – und offensichtlich auch trotz der eingeführten Eingriffe ins Mengengerüst „den Einzelstückpreis nicht erhöhte, sondern diesen durch einen Preisnachlass um rd. 5,87 Prozent verringerte.“

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt – ich zitiere –: „Aus den vorliegenden Gutachten erschien dem RH die Reduzierung der Stückzahl allein vergaberechtlich unbedenklich zu sein. Der RH stellte aber fest, dass neben der Stückzahlreduktion auch Kürzungen des ursprünglichen Leistungsinhaltes vereinbart wurden.“

Dann geht es ein bisschen in die Tiefe. Dann geht der Rechnungshof genau der Frage nach, ob es eben durch die konkreten Eingriffe zu einem Bietersturz gekommen wäre, und er endet in einem Satz, den ich dem Ausschuss nicht vorenthalten möchte:

„Demzufolge wäre das Angebot der Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH nicht nur bei einer Zahlungsvariante mit 18 Halbjahresraten, wie die Bestbieterermittlung ergeben hatte, sondern auch bei der Variante mit zehn Halbjahresraten Bestbieter gewesen. Lediglich bei der Zahlungsvariante ´Zahlung bei Lieferung´ wäre das Produkt der Firma SAAB (Flugzeugtype Gripen) Bestbieter gewesen.“ – Zitatende.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie haben jetzt ausführlich aus dem Rechnungshofbericht zitiert. Das hätten wir ohnehin im Laufe der Bewertung ... (Abg. Dr. Fekter: Das war

*wichtig! Weil ihr fragt immer dieselben Sachen!*) – Frau Kollegin Fekter, das war vielleicht für Sie wichtig! Wir hätten das ohnehin im Zuge der Bewertung getan.

Mir wäre es vom Vorsitz her lieber, wenn Sie mit eigenen Worten dazu Erklärungen abgeben. Wir müssen den Rechnungshofbericht später ohnehin berücksichtigen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es gab einen Brief, der nach dem Besuch von Minister Grasser in Manching von dem Aufsichtsratsvorsitzenden Manfred Bischoff an Grasser ging. Dieser Brief ist Ihnen sicherlich bekannt, er umfasst diese ominöse Pakettlösung mit den MiGs, die dann Hillingrathner in keinster Weise weitergeleitet hat, weil er sie selber nicht für tauglich hielt.

In diesem Brief wird Bezug genommen auf einen weiteren Brief vom 13.6. Bisher hat uns keine einzige Auskunftsperson sagen können, ob dieser Brief im Finanzressort eingegangen ist. Und bisher hat uns niemand auch nur den Inhalt dieses Briefes in irgendeiner Form dartun können.

Jetzt frage ich Sie, Herr Traumüller: Haben Sie Kenntnis, nicht vom Brief der Pakettlösung, sondern von dem Brief, auf den dort Bezug genommen worden ist?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich bitte um Verständnis, ich war damals, wie gesagt, nicht in der Projektverantwortung. Ich habe absolut keine Erinnerung an diese Vorkommnisse.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es schreibt nämlich Kollege Kräuter über die APA, dass die Auskunftsperson Rauen sozusagen eine Falschaussage gemacht habe. – Herr Kollege Kräuter, das ist so eine **ungeheuerliche** Entgleisung, eine Verleumdung par excellence! (*Abg. Mag. Kogler: Behelligen Sie nicht die Auskunftsperson damit!*) Herr Kollege Kräuter, Sie verleumden damit eine Auskunftsperson, unterstellen ihr Falschaussage! Ich ersuche Sie, das **umgehend** zurückzunehmen oder einen Beweis vorzulegen, wie Sie dazu kommen, einer Auskunftsperson über die APA **Falschaussage** auszurichten! Das ist Verleumdung pur! – Herr Kollege Kräuter! Ich erwarte, dass Sie reagieren!

Es ist entsetzlich, wenn sich der Fraktionsführer der SPÖ derart medial geriert einem Zeugen gegenüber, der gar nicht weiß, wie er dazu kommt! Herr Rauen hat nämlich gestern gesagt auf die Frage, was mit diesem Brief passiert: In der Recherche seines Hauses ist die Vermutung aufgetaucht, dass er gar nicht abgeschickt worden ist. – Und Sie unterstellen ihm heute Falschaussage!

Herr Haimbuchner, unterlassen Sie das! (*Abg. Mag. Kogler: Was macht der denn? – Gegenruf des Abg. Murauer: Das ist sehr begrenzt witzig!*) Das ist begrenzt witzig, wenn ich am Wort bin, aber wirklich! (*Abg. Murauer: Das fällt unter „Buama“-Schmäh!*) Also wirklich, kindisch ist das, das Mikrophon abzdrehen! (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) Herr Kollege Stadler, wenn Ausschussmitglieder Zeugen verleumden, ist das nicht zum Lachen, sondern das ist ungeheuerlich!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** So, Frau Kollegin Fekter! Es ist auch nicht zum Lachen, wenn Sie einem Ausschussmitglied eine strafbare Handlung unterstellen. Ich weise das in aller Entschiedenheit zurück! Normalerweise ist das ein klarer Anlassfall für einen Ordnungsruf. Ich werde jetzt auf Grund Ihrer sichtbaren Erregung davon absehen, ersuche Sie aber, ähnlich strafrechtlich relevante Beschuldigungen in diesem Ausschuss zu unterlassen.

Jetzt ersuche ich Sie, in aller Ruhe fortzusetzen und sich nicht mit dem Herrn Stadler, sondern zum Beispiel mit der Draken-Nachfolgebeschaffung zu beschäftigen. (*Abg. Mag. Stadler: Da geht es um Haimbuchner! Ich habe damit nichts zu tun!*)

Und ich ersuche den Kollegen Stadler, der Kollegin Fekter auch nicht ständig Anlässe zu liefern. Ich werde Ihnen beiden irgendwann draußen einen Kasten geben, der eine hat dann einen Apfel drauf, der andere eine Birne, und wir werden dann draußen Spielsachen hinräumen, und dann können Sie Ihrem Hobby, sich miteinander zu beschäftigen, frönen – aber bitte nicht hier im Budgetsaal und in laufender Sitzung! Ich weiß Ihre tiefe innere „Verbundenheit“ zu schätzen, aber wir müssen uns trotzdem mit dem Beweisthema beschäftigen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wenn das Ausschussmitglied Kräuter der Auskunftsperson Rauen **Falschaussage** unterstellt – und das entnehme ich der APA, die heute um 11.30 Uhr hinausgegangen ist – und dafür keinerlei Beweise vorlegt, so ist das eine Verleumdung! (*Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haimbuchner: Das ist so etwas von geschäftsordnungswidrig, dass es ein Wahnsinn ist!*) Daher fordere ich Kollegen Kräuter auf, Beweise vorzulegen, wie er zu dieser Unterstellung der Falschaussage kommt, denn wenn er keine Beweise vorlegen kann, dann **verleumdet** er! Und ich halte es für ungerechtfertigt, wenn Ausschussmitglieder Zeugen verleumden!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** So, jetzt reicht's! Für den Ausdruck „Verleumdung“ erteile ich Frau Abgeordneter Fekter einen **Ordnungsruf**.

Sollte sich das wiederholen, wird die Sitzung unterbrochen. – Bitte fortzusetzen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das ist absolut ungerechtfertigt – und wenn man keine Beweise für solche Unterstellungen vorlegen kann, dann ist es eine **Verleumdung!**

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich ersuche die FraktionsführerInnen zu mir zu kommen. Die Sitzung ist **unterbrochen**.

12.25

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 12.25 Uhr **unterbrochen** und um 12.42 Uhr **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

12.42

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 12.42 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht Abg. Fekter darum, mit der Befragung fortzusetzen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Dr. Traumüller, es war ja eine Vorgabe aus dem Finanzministerium, diese 18,5 Jahresraten in der Finanzierungsform zu wählen.

Kann man mit dem jetzigen Finanzierungsmodell sagen, dass diese Vorgabe eingehalten wurde? Zahlt die Republik 18,5 Jahresraten?

**Dr. Heinrich Traumüller:** So ist es. – Ich würde aber – Entschuldigung – diesen Punkt schon ein bisschen präzisieren. Es war nicht von vornherein die Vorgabe: 18 Raten und sonst nichts. Wir haben uns auch die Fünf-Jahres-Variante angeschaut, aber am Ende – noch einmal: wegen Budgetverträglichkeit – natürlich die längstmögliche gewählt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, die 18,5-Jahre-Variante ist als Finanzierungsmodell ursprünglich präferiert, dann in der Ausschreibung auch so angeboten und schließlich bei der Umsetzung gewählt worden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Was die Ausschreibung betrifft, möchte ich keine Aussage machen. (Abg. Dr. **Fekter:** Danke!)

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wir könnten uns, glaube ich, so manche Aufregungen, Unterbrechungen und Ordnungsrufe ersparen, wenn ein bisschen besser zugehört werden würde bei den Auskünften, die erteilt werden: Herr Steger hat klipp und klar gesagt, dass dieser ominöse Brief vom 13. Juni dem Herrn Hillingrathner zugegangen ist und später in Verlust geraten ist. Das ist etwas ganz anderes. (Abg. Dr. **Fekter:** Stimmt ja nicht! Hillingrathner hat gesagt, er hat ihn nie gesehen und weiß gar nicht, was drinsteht!)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bitte ersparen wir uns jetzt die Diskussionen; das werden wir jetzt nicht klären.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, das ist etwas ganz anderes.

Was ich Sie – vielleicht mit drei kurzen Komplexen – fragen möchte, Herr Traumüller, ist Folgendes. Die Ausgangslage war also klar: Der Finanzminister hat gesagt, wir brauchen gar nichts, dann die billigen F18 (Dr. **Traumüller:** F16!), ja; der Verteidigungsminister war für Gripen; und dann ist es der Eurofighter geworden, mit Mehrkosten und mit einer Umschuldungs-Problematik dort und da. Der Herr Finanzminister hat sich ja – so sagt er – sehr dafür engagiert, dass es nicht dazu kommt. Er ist sogar extra mit MAGNA nach Manching gefahren, nur um zu sagen: Wir wollen keine Abfangjäger.

Nachher ist Folgendes passiert – ich möchte mich jetzt ein bisschen hinein in die Psychologie der Ereignisse bewegen –: Es wird die Stückzahl von 24 auf 18 reduziert, und Lieferfristen werden verschoben. Hat dann der Finanzminister nie gesagt: Das ist jetzt **die** Chance, jetzt kann ich sparen, und das bespreche ich jetzt mit meinem Kabinett, mit allen Beteiligten, weil das eine maßgebliche Änderung ist, jetzt besteht die Riesen-Chance!?

Vorher hat er sich irrsinnig dafür engagiert, dass gespart wird, dass sogar nichts gekauft wird. Und jetzt auf einmal tut sich diese Perspektive auf. Was ist Ihnen da erinnerlich?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich verweise noch einmal auf das Eingangs-Statement: dass ich eben zu den Beweisthemen 1 und 2 nur punktuelle Wahrnehmungen habe. Das ist in dem Zusammenhang wichtig. Es war wirklich eine klare Projektverantwortung bei Dr. Christl.

Ich habe punktuelle Wahrnehmungen, die ich dem Ausschuss gerne berichte. Meine erste Erinnerung in dem Zusammenhang war, dass mir eines Abends im Laufe des Jahres 2001 – leider habe ich den Kalender nicht mehr dabei – ein Bote der russischen Botschaft ein Angebot betreffend die MiG-29 übermittelt hat. Er hat sich vom Sicherheitsdienst nicht abwimmeln lassen und wollte unbedingt mit den Unterlagen ins Kabinett kommen.

Ich habe diese Unterlagen übernommen, und – es ist vielleicht auch für den Ausschuss ganz interessant, das zu wissen – es hat, wohl in zeitlichem Zusammenhang mit diesem Brief, sehr wohl ein Treffen stattgefunden, an dem ich teilgenommen habe. Das ist einer der wenigen Punkte, über die ich Ihnen aus eigener Wahrnehmung berichten kann: Es hat ein Treffen mit Vertretern der russischen Regierung stattgefunden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Nein, jetzt sind wir auf einer ganz anderen ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich möchte Ihnen das nur sagen: Der Minister hat in der damaligen Phase mit **allen**, die mit ihm reden wollten, Kontakt aufgenommen.

Ein zweiter Punkt, über den ich Ihnen aus eigener Wahrnehmung berichten könnte, war das Antrittsgespräch mit dem amerikanischen Botschafter Lyons Brown, ungefähr im Februar 2002.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Nein, entschuldigen Sie, bitte! Ich wollte überhaupt nichts vor der Typenentscheidung hinterfragen, sondern nur noch einmal kurz das vom Finanzminister dargestellte Verhalten beschreiben. Ich möchte jetzt in das Zeitfenster danach kommen.

Es gibt einen Brief von SAAB Gripen im Februar 2003 an Herrn Brigadier Wall und auch ein Schreiben an Bundesminister Platter, und es geht letztendlich um einen Unterschied von 1,5 Milliarden. – Ist das völlig spurlos vorübergegangen? Hat sich der Finanzminister überhaupt nie im Kabinett geäußert?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Der Bundesminister für Finanzen hat sich – also im großen Kabinett, diese Dinge wurden natürlich in der Arbeitsgruppe besprochen – bei den wahrnehmbaren Äußerungen intern nicht anders verhalten, als er es in der Öffentlichkeit getan hat. Sie wissen alle, dass der Minister eines der wenigen Mitglieder der früheren Regierung war, die nach außen hin sichtbar und wahrnehmbar gegen die Anschaffung von Flugzeugen jedweder Art eingetreten sind. – Ich hole nur ein bisschen weiter aus, Herr Abgeordneter, um schon auf Ihren Punkt umfassend einzugehen.

Die Frage ist natürlich: Warum kam es dann überhaupt zu einer Ausschreibung? – Ich wollte Ihnen gerade schildern, dass es in verschiedenen Situationen Berührungspunkte gegeben hat, wobei man, wie gesagt, mit allen, die einen Kontakt wollten, auch einen Kontakt gemacht hat, einfach, um informiert zu werden.

Sie müssen das bitte vor dem Hintergrund der Rivalitäten verstehen, die es im damaligen Zeitraum zwischen dem Verteidigungsministerium und den Finanzen gegeben hat – oder, um es vielleicht einzugrenzen, zwischen dem Verteidigungsminister und dem Finanzminister, die sicherlich, auch für mich spürbar, unterschiedliche Positionen vertreten haben. Diese spürbaren Differenzen haben ihre Ursache darin, dass der Minister ursprünglich der Meinung war: Er kann die Beschaffung überhaupt verhindern.

Die Stunde der Wahrheit, wenn Sie so wollen, war eben aus meiner Einschätzung der 11. September 2001. Das kann ich Ihnen auch aus eigener Wahrnehmung berichten. Ich war damals dabei, ich war mit dem Minister beim Bundeskanzler, als dieses Attentat passierte. Und ich kann Ihnen aus eigener Wahrnehmung berichten, dass daraufhin Sicherheitsthemen eine **völlig** andere Rolle als davor gespielt haben.

Dann ist die Ausschreibung erfolgt. Das heißt, die grundsätzliche Frage, ob man nachbeschafft oder nicht, ist bereits entschieden gewesen!

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Traumüller, Sie beantworten jetzt das zweite Mal etwas ganz anderes als das, was ich eigentlich wollte. Wir reden jetzt von der Zeit **nach** der Typenentscheidung, und ich wollte Sie fragen, ob dann, als klar war, dass die ganze Bestellung völlig anders ausschaut, dass beispielsweise eine ganz andere Stückzahl vorgesehen war, dass man immer mehr mitbekommen hat, dass die Kosten explodieren, der Finanzminister sich da nie engagiert hat, um irgendetwas zu sparen und auch nach Alternativen zu suchen. (*Dr. Traumüller: Ja, selbstverständlich ...!*)

Am Beginn hat Minister Grasser gesagt: gar nichts; dann hat er gesagt: amerikanische Flugzeuge, billig, billig! – Aber später war das alles immer ganz klar? Gab es dann von ihm nie mehr irgendeinen Hinweis, dass er doch noch versucht hätte, im Interesse der Sparsamkeit, die ihm vorher so wichtig war, zu intervenieren?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Absolut, Herr Abgeordneter! Er hat es an vielfachen Stellen versucht. Ich kann Ihnen die Hintergründe nicht genau wiedergeben, und ich weiß wirklich nicht, wie es zu dieser Stückzahlreduktion von 24 auf 18 Stück gekommen ist. Ich nehme einmal an, dass er da auch eine Rolle gespielt hat.

Bundesminister Grasser hat ganz klar – auch mir – in den Vertragsverhandlungen den Auftrag gegeben, die budgetoptimale Lösung zu finden. Und er hat mich mehrfach zurück ins Gefecht geschickt! Sie können ja gerade aus den Unterlagen, die ich Ihnen gegeben habe, ersehen, dass er mit dem Verhandlungsergebnis, auf das ich schon relativ stolz war, bei weitem nicht zufrieden war. Er hat gesagt: Noch einmal hinein, mir ist es völlig Wurst, was das Heer ausverhandelt hat! Er hat mich da sozusagen mehrfach ins Feuer geschickt, um die Optimierungen zu erzielen, über die ich Ihnen ja schon berichten durfte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Hat er nie gesagt: Jetzt überprüfen wir einmal eine komplette Alternative?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Was wäre für Sie eine „komplette Alternative“ gewesen?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das ist ja beispielsweise von einem Mitbieter angesichts der Reduktion angeboten worden. Hat sich der Finanzminister nicht einmal dafür interessiert, ob außer dem Eurofighter vielleicht ein anderes Flugzeug zum Zug kommen könnte.?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich bitte nur nochmals, zu berücksichtigen, Herr Abgeordneter, dass zum damaligen Zeitpunkt eben die Typenentscheidung in der Bundesregierung bereits **gefallen** war und dass ich persönlich erst dann hineingekommen bin, als wir **verhandelten**. In einer Verhandlungsphase halte ich das rechtlich für schwer bedenklich.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Aber es ist ja so, dass sich die Ausgangslage fundamental verändert hat. Daher war das meine Frage: Hat der Finanzminister nie am Eurofighter zu zweifeln begonnen? Oder überlegt, ob man das noch wegbekommen könnte, für etwas Billigeres, im Sinne der Sparsamkeit?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Aber wie sollen Sie das tun, Herr Abgeordneter, wenn eben ein Ausschreibungsverfahren mit einem Zuschlag geendet hat und sie mit dem Bieter verhandeln müssen? Was wäre die Alternative gewesen? Abbrechen und neu verhandeln?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, zum Beispiel! Zum Beispiel so, wie es Herr Prinzhorn empfohlen hat.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Noch einmal: Meine Wahrnehmung beginnt am Beginn der Verhandlung und am Ende. Ich habe es zu Ende geführt, und in dieser Phase wäre es sehr gefährlich gewesen, auch unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzrechtes, andere Varianten ins Auge zu fassen. Denn unterlegene Bieter kommen immer daher und legen ihnen eben irgendwelche Papierln auf den Tisch – Entschuldigung, wenn ich es jetzt etwas salopp formuliere. Dann sprengen Sie jedes Ausschreibungsverfahren, dann kommen Sie **nie** zu einem Ende!

Sie müssen es auch ein bisschen vor dem Hintergrund sehen, dass natürlich das Draken-System – ich gebe zu, es war ein billiges System und durchaus auch ein gutes System – damals nicht nur in die Jahre gekommen war, sondern man wusste auch, dass dieses System vor seinem **Ende** stand. Man hatte täglich gezittert, ob die Materialerhaltung noch funktioniert und ob das Ding den Österreichern nicht irgendwann einmal auf den Kopf fällt. Man konnte auch, glaube ich, aus der Verantwortlichkeit für das Land da nicht ewig ...



**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Nein, Herr Traumüller, lassen wir damit nicht zu viel Zeit vergehen. Ich wollte nur eine Antwort auf die Frage herausarbeiten, ob der Finanzminister dann noch jemals irgendwelche günstigen Alternativen ins Auge gefasst hat. – Offensichtlich nicht.

Ich möchte auf eine Aussage von Ihnen von vorhin zurückkommen. Sie haben gesagt: Geringe Margen der Bank, und Sie ersuchen um Verständnis, wenn Sie die nicht nennen wollen. (*Dr. Traumüller: Ja!*) Das Verfahren wurde ja vom Rechnungshof einigermaßen kritisiert – das nur nebenbei gesagt –: mündlich, und fehlende Unterlagen.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang zur Kreditvermittlung befragen. Was können Sie da sagen? Gibt es da irgendwelche ...?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie meinen jetzt: Wie ist es konkret dazu gekommen, dass die BAWAG die Finanzierung bekommen hat?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja. Es gibt also Margen, wie eben üblich. Und es gibt, wahrscheinlich auch wie üblich, Vermittlungspersonen und Provisionen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Über Provisionen ist mir absolut nichts bekannt. Das war, wie gesagt, auf allen Seiten ein sehr transparenter und korrekter Vorgang. Ich betone das noch einmal.

Die Bundesfinanzierungsagentur ist für uns ein Teil der Familie des Finanzministeriums; sie ist ja aus einer früheren Abteilung der Kreditsektion hervorgegangen. Wir haben **vollständiges** Vertrauen – und ich habe es nach wie vor – in die Führungsebene, auch wenn Mag. Kocher mittlerweile ja in der Bankwirtschaft Karriere gemacht hat. Mag. Kocher war hervorragend, er hat das autonom eingetaktet, er hat inländische und ausländische Banken in einem unbürokratischen Verfahren um Angebote ersucht. Er hat diese Angebote uns vorgelegt, und wir haben gesagt, das beste ist zu nehmen. Das war eben jenes mit der geringsten Marge.

Warum ich die Marge so betone? – Es war sozusagen eine vorgegebene Finanzarchitektur bereits zum damaligen Zeitpunkt diejenige, über die ich Ihnen berichten durfte: 18 gleichbleibende Raten, keine Up Front Fees und dergleichen mehr. Das heißt, Sie können auf dieser Basis wirklich fair und neutral bewerten. Der Ausgangspunkt war EURIBOR; im Klartext: die Bank, die den geringsten Aufschlag über EURIBOR geboten hat.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Winzige allerletzte Frage: Sie können also ausschließen, dass es Kreditvermittlung gegeben hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir ist darüber absolut nichts bekannt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie es ausschließen? Oder ist Ihnen nichts bekannt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir ist darüber nichts bekannt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Aber auszuschließen ist es nicht vollkommen, dass es bei so großen Bankgeschäften einen Zwischenvermittler gibt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir ist darüber nichts bekannt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Doktor, Sie haben gesagt, Sie haben in der Zeit, als Sie mit dieser Vertragssache befasst waren, mit Herrn Dr. Steger in dieser Sache keinerlei oder kaum Kontakt gehabt. – Wer hat Ihnen aufgetragen, dass Sie mit Dr. Steger keinen Kontakt halten sollen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich hatte kein Verbot der Kontaktnahme mit Dr. Steger.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, schon. Aber normalerweise sehen Sie auf Grund des Amtskalenders und auf Grund der Einteilung der Hierarchie, dass Dr. Steger als Sektionsleiter Ihr unmittelbarer Ansprechpartner aus dem Kabinett ist. Verstehen Sie, ich finde es bemerkenswert, dass Sie wissen, den müssen Sie **nicht** kontaktieren, obwohl er zuständig ist, sondern Sie gehen sozusagen direkt zu Hillingrathner, Tomasch und so weiter

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich weiß wirklich nicht, was ich Ihnen darauf antworten soll, Herr Abgeordneter. Es **waren** meine Ansprechpartner Hillingrathner und Tomasch. Das sind äußerst korrekte, vorbildliche Beamte (*Abg. Mag. Stadler: Das habe ich nie in Zweifel gezogen!*), die mich vorbildlich unterstützt haben. Daher nehme ich an, dass sie ebenso vorbildlich ihren Sektionschef informiert haben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Darum geht es mir jetzt nicht; das ist eine andere Geschichte, die ich mit Dr. Tomasch und mit Dr. Hillingrathner klären würde. Ich frage jetzt Dr. Traumüller, warum er Dr. Steger übergangen und wer ihm das aufgetragen hat.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe da keine Wahrnehmung, Herr Abgeordneter. (*Abg. Mag. Stadler: Aber ...!*) Entschuldigung! Sie haben mich vorhin nach einem Motiv für den Minister gefragt. Ich kann Ihnen kein Motiv für den Minister ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich rede jetzt nicht vom Minister! Ich rede jetzt von Ihnen: warum Sie in dem Wissen, dass Dr. Steger der Vorgesetzte dieser genannten Herren ist, diesen übergangen haben.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Gut, dann zwingen Sie mich jetzt leider dazu, Folgendes zu sagen. Ich finde es wirklich unangenehm, dass hier über Personen gesprochen wird und Urteile über Personen gefällt werden.

Mein Verhältnis zu Dr. Steger war nicht zu allen Zeiten das beste. Ich war damals Personalchef, da hat es Differenzen gegeben. Aber das ist mittlerweile bereinigt; wir haben mittlerweile wieder ein gutes Verhältnis.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und das war der Grund, warum Sie sich nicht an Dr. Steger gewandt haben?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das wäre für mich, auch aus heutiger Sicht, sicher ein Motiv gewesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist **ein** Motiv gewesen. Gab es andere Motive? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Dann kehren wir zu einem anderen Thema zurück, das ich Ihnen gegenüber bereits angesprochen habe. Es betrifft diese Klausel des Einredeverzichts im Vertrag. Sie haben völlig richtig berichtet, dass er auf einen Entwurf der Finanzprokurator, des Anwaltes des Bundes, zurückgeht. Wissen Sie noch, wer dort der Sachbearbeiter für diese Sache war?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein. Wie ich schon einmal festhalten durfte, habe ich, glaube ich, nur den grundsätzliche Kontakt zur Prokurator hergestellt. (*Abg. Mag. Stadler: War das Frau Doktor ...?*) Meines Erachtens war es Herr **Dr. Sawerthal**, der damals Präsident der Prokurator war. Alles andere ist auf einer, wenn Sie wollen, Referentenebene ... – Es hat sich dahinter abgespielt, für mich nicht sichtbar, nicht wahrnehmbar, auch nicht interessant.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Könnte es sein, dass es Frau **Dr. Duffek-Stanka** war?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich persönlich hatte mit der Dame, jedenfalls meiner Erinnerung nach, nicht irgendwelche Kontakte. Es ist aber richtig, dass diese Dame in der Finanzprokuratur arbeitet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jedenfalls halte ich Ihnen jetzt folgenden Schriftverkehr vor, den Herr Mag. Martin Sailer an Herrn Ministerialrat Hillingrathner geschrieben hat. Datum: 4. Juni 2003. Ich zitiere es Ihnen auszugsweise; Sie können dann, wenn Sie wollen, auch das volle E-Mail einsehen:

„Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Zu der von Ihnen übermittelten Formulierung des Einredeverzichts gegenüber EADS nehme ich wie folgt Stellung:“

Dann stellt er allgemeine rechtliche Erwägungen an, und danach sagt er:

„Allerdings möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass der Einredeverzicht bewirkt, dass die Rep. Österreich die Kaufpreiszahlungen an EADS jedenfalls termingerecht lt. Kaufvertrag zu leisten hätte, auch wenn die Leistungserbringung des Verkäufers mangelhaft oder verspätet ist oder überhaupt ausbleibt bzw. sogar wenn der Vertrag aus welchen Gründen immer nichtig wäre oder der Lieferant insolvent wird. Die Rep.“ Österreich „könnte erst im Nachhinein den Verkäufer belangen. Insofern ist der Einredeverzicht in rechtlicher Hinsicht für die Rep. Österreich eklatant nachteilig.“ – **Eklatant** nachteilig!

Ich zitiere weiter: „Inwieweit dies die dadurch erzielte günstigere Finanzierungsvariante (angebl. bis zu 100 Mio. €)“ – er sagt jetzt schon nur mehr: bis zu 100 Millionen € – „aufwiegt, kann ich nicht beurteilen; ich gehe jedoch davon aus, dass Ihrerseits das Ministerbüro entsprechend informiert wurde.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken geht die nunmehr vorliegende Formulierung juristisch erheblich über jene Fassung hinaus, die mit der Finanzprokuratur erarbeitet wurde. Daher wird die weitere Einbindung der Finanzprokuratur dringend angeraten.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Sailer“

Gehen wir der Reihe nach vor. – Mag. Sailer sagt hier, dass diese Klausel **erheblich** zum Nachteil der Republik ist und dass über diesen Umstand Herr Ministerialrat Hillingrathner das Ministerbüro informiert habe.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich halte die Einschätzung nur für völlig falsch.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wollen wir die Einschätzung jetzt einmal dahingestellt lassen. Ich komme auf die Frage, wenn wir das später bei der Bewertung dann selbst einschätzen müssen, sicher noch eingehender zurück, aber ich möchte jetzt mit Ihnen nur klären: Ist das Ministerbüro über diese Einschätzung und über diese Klausel und über die Problematik dieser Klausel informiert worden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Davon gehe ich sicherlich aus. Derart gravierende Dinge dürfen dem Ministerbüro nicht vorenthalten werden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sind Sie damit konfrontiert worden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das ist anzunehmen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Die Formulierung, die hier in Rede steht, sagt Herr Mag. Sailer, gehe erheblich über die Fassung hinaus, die die Finanzprokuratur erarbeitet habe. – Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nicht im Detail. Ich kann Ihnen nur berichten, was der Rechnungshof in dem Zusammenhang auch festgestellt hat.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das kann ich selbst nachlesen, sondern mir geht es jetzt darum, dass ursprünglich eine ganz andere Überlegung dahintergestanden ist, bis hin zu einer Patronanzklärung. Nun hat man aber eine Formulierung gefunden, die jedenfalls diesen Mitarbeiter in der Budgetsektion sauer aufgestoßen ist – wollen wir jetzt dahingestellt lassen, ob zu Recht oder zu Unrecht –, die aber jedenfalls erheblich über die Fassung der Finanzprokurator hinausgeht.

Jetzt hat der Anwalt des Bundes eine Fassung erarbeitet, um einem politischen Wunsch Rechnung zu tragen, die offensichtlich von EADS nicht goutiert wurde. – Wieso erarbeitet dann auf einmal Herr Ministerialrat Hillingrathner eine Fassung, die über die Fassung der Finanzprokurator hinausgeht? Oder wer hat sie sonst erarbeitet?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das weiß ich im Detail nicht mehr, Herr Abgeordneter. – Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, sprechen Sie von einem Schreiben vom 4. Juni 2003. (*Abg. Mag. Stadler: Ja! Sailer an Hillingrathner!*) Ja, nur der Vertrag selbst ist nach meiner Erinnerung am 1. Juli paraphiert worden. – Das heißt, was sich auf dem weiteren Weg in die endgültige Fassung abgespielt hat, ist natürlich auch noch zu untersuchen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Mag sein, aber das ist jetzt eine ganz entscheidende Sache gewesen, die am Ministerbüro unmöglich vorbeigezogen werden kann; wenn sie auch an Sektionschef Steger vorbeigezogen wurde – am Ministerbüro mit Sicherheit nicht!

Wissen Sie, was mir hier aufstößt? – Finanzprokurator erarbeitet einen Einredeverzicht. Dieser Einredeverzicht ist auf einmal nicht mehr aktuell, sondern es wird Herrn Sailer ein neuer Einredeverzicht vorgelegt, der erheblich – ich zitiere wörtlich – über das, was die Finanzprokurator erarbeitet hat, hinausgeht. – Daher muss es ja jemanden gegeben haben, der gesagt hat: Das will ich, und etwas anderes will ich nicht! Haben Sie noch Wahrnehmungen darüber?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein! Ich bitte, dazu Herrn Dr. Hillingrathner zu befragen, er wird Ihnen das sicher verlässlich darstellen.

Für mich ist wichtig, was am Ende des Tages im Vertrag steht, und da habe ich nach wie vor – entschuldigen Sie die Wertung –: dass eben der Bund am Ende überhaupt nicht in seinen Rechten geschmälert wird, weil jeder Nachteil, der dem Bund aus irgendeiner mangelhaften Lieferung erwächst, vom BMLV als Vertragspartner von Eurofighter geltend gemacht werden kann, dass diese Schritte, diese Einreden, bis zum Vertragsrücktritt reichen und die Eurofighter GmbH alle Kosten – bis hin zu Ersatzteil-Bestellungen bei anderen Unternehmen – zu ersetzen hat. – So entnehme ich es einer Unterlage der damaligen Zeit.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich komme auf diese Sache noch einmal zurück, weil mir mein Mitarbeiter ein weiteres Dokument vorgelegt hat, das ich aber erst im Detail studieren möchte, bevor ich es Ihnen vorhalte.

Die Überlegungen, die Sie jetzt ausgeführt haben, sind nicht die Antwort auf meine Frage, sondern allgemeine Überlegungen über die Nützlichkeit von Vertragsverhandlungen. – Für mich ist nicht nur entscheidend, was am Schluss unterschrieben wurde, sondern für uns und für diesen Ausschuss ist auch Untersuchungsgegenstand, wie es dahin kam. Verstehen Sie mich? (*Dr. Traumüller: Verstehe ich, ja!*)

Hier hat jedenfalls der Anwalt des Bundes eine Variante eines Einredeverzichts auf den Tisch gelegt gehabt, die jemandem anderen nicht gepasst hast, sondern eine andere Variante verlangt hat, die erheblich über die Variante hinausging, die die Finanzprokurator erarbeitet hat.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, ich möchte mich nicht an Verschwörungstheorien beteiligen. Sie wissen genau, wenn Sie fünf Juristen fragen, können Sie fünf verschiedene Meinungen hören. (*Abg. Mag. Stadler: Auch das ist eine Plattitüde!*)

Ich darf hier wirklich ganz offen sagen – weil ich mich da auch persönlich angesprochen fühle –: Ich habe Ihnen eingangs gesagt, dass ich die Vertragsverhandlungen nach bestem Wissen und Gewissen und ohne jede derartige Hinterabsicht geführt habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich wehre mich nur dagegen, dass man dieses Schreiben von Herrn Mag. Sailer als „Verschwörungstheorie“ darlegt. Er formuliert hier: erheblich über die Fassung der Finanzprokurator hinausgehende neue Fassung, und er sagt, grundsätzlich ist das ein Problem, weil die Republik **eklatant schlechtergestellt wird**. – Beides ich nachvollziehbar, da brauche ich keine Verschwörungstheorie.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Die Frage ist: Was ist daraus geworden? Deckt sich jetzt Ihre Fassung mit der Schlussfassung? – Ich habe ja, wie gesagt, am Ende nicht einmal den Vertrag gesehen; ich muss darauf vertrauen, dass die Finanzprokurator das zu Ende diskutiert. Wenn sie so massive Einwände hat, dann wird sie das argumentiert haben. Wir haben nie eine Weisung in die Richtung erteilt – können es ja auch nicht. Wie können Sie einer juristischen Institution eine Weisung oder was weiß ich erteilen?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich werde jetzt selbst ein paar relativ kurze Fragen stellen.

Sie haben gesagt, Sie waren Sonderbeauftragter des Finanzministers in den Verhandlungen, die dann zum Vertragsabschluss geführt haben. – Sagen Sie: Wenn der Finanzminister keinen Sonderbeauftragten nominiert hätte, wer hätte dann für das Finanzministerium die Vertragsverhandlungen geführt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wahrscheinlich jemand aus dem Kabinett; Dr. Christl, nehme ich an.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Im Bundesministerium für Landesverteidigung war es niemand aus dem Kabinett, sondern einer der sachkundigen Beamten. – Können Sie ausschließen, dass der Sektionschef oder der zuständige Abteilungsleiter die Vertragsverhandlungen geführt hätten?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ausschließen kann ich gar nichts.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kommen wir zu einem Faktum: Sie haben geschildert, Sie haben bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie Sonderbeauftragter geworden sind, eigentlich relativ wenig mit der Draken-Nachfolgebeschaffung zu tun gehabt. Waren Sie zum Zeitpunkt – das ist jetzt eine Pro-forma-Frage; Sie merken sowieso, da geht es eher darum, dass das bei Protokoll ist –, waren Sie zum Zeitpunkt, als Sie zum Sonderbeauftragten bestellt wurden, ein Experte in der Frage Draken-Nachfolgebeschaffung? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Hat es zu diesem Zeitpunkt Experten in der Frage Draken-Nachfolgebeschaffung im Finanzministerium gegeben? (*Dr. Traumüller: Sicherlich!*) – Nimmt man für solche Sachen – Sie haben Berufserfahrung –, wenn es Leute gibt, die sich in der Materie sehr gut auskennen, für sehr knifflige Vertragsverhandlungen – Sie sagen ja für die größte Einzel-Ausgabe der Zweiten Republik – im Regelfall sachkundige Personen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Im Regelfall – und da haben Sie richtig angedeutet, dass es Ausnahmen gibt; es hat aber **nicht nur** diese Ausnahme gegeben, ich betone das an der Stelle ausdrücklich. Ich durfte ähnliche Projekt-Verantwortungen auch auf völlig anderen Gebieten übernehmen – mit Finanzierungsvolumina, die über die des Eurofighter noch hinausgegangen sind.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Jetzt eine etwas persönliche Frage: Haben Sie sich eigentlich gefragt: Da gibt es den Hillingrathner, der kennt sich aus, da gibt es den Steger, der kennt sich auch relativ gut aus, da gibt es den Christl, der kennt sich im Kabinett aus – warum nimmt der Minister niemanden aus dem Kreis dieser sachkundigen Personen? – Haben Sie sich das eigentlich persönlich gefragt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, das habe ich mich gefragt. Ich nehme an, dass meine korrekte Einstellung, die im Ministerium bekannt ist, ein wesentlicher Teil der Motivation des Ministers war. Ich habe, wie erwähnt, andere Projekte ebenfalls abgewickelt, etwa die Privatisierung der Bundes-Wohnungen mit einem Transaktionsvolumen von 2,7 Milliarden €, wenn ich mich richtig erinnere.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, Ihre dem Minister bekannte persönliche Eigenschaft, also Ihre Korrektheit war Ihrer Meinung nach für Sie ausschlaggebend?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich erkläre mir das vor dem Hintergrund: Der Minister wollte sich ja nicht nachträglich dem Vorwurf aussetzen, er hätte jemanden gewählt, von dem im Haus nicht bekannt ist, dass er korrekt ist.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, der Minister hatte Grund zur Annahme, dass bei den Herren Hillingrathner, Steger und Christl die Korrektheit nicht in diesem Maße gegeben ist?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das ist eine Unterstellung und falsch!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Warum? Wenn man lauter korrekte Beamte hat, können Sie mir erklären, warum man dann denjenigen nimmt, der sich am wenigsten auskennt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nicht den, der sich am wenigsten auskennt – den **man** kennt, weil man mit ihm zweieinhalb Jahre zusammengearbeitet hat, der das Haus kennt – ich bin Beamter des Finanzministeriums –, und der, wie gesagt, ähnlich ... Ich habe auch bei der Restitution verhandelt, ohne dass die Beamten dabei waren, ich habe die erwähnten Sicherheitspakete mit dem Innenministerium verhandelt, ohne dass die Beamten dabei waren. – Also ich habe Erfahrungen auf einer Reihe von Gebieten, wie man Verhandlungen führt, und zwar, wie Sie gesehen haben, erfolgreich zu Ende führt – am Ende stehe ich ja für diesen Erfolg gerade, aber auch für die Korrektheit natürlich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das mit dem Erfolg wird eine Bewertungsfrage sein, die uns später noch beschäftigen wird, dem möchte ich jetzt nicht vorgreifen.

Hat es ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen dem Minister und Ihnen gegeben?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, selbstverständlich!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hat es ein Vertrauensverhältnis gegeben, das über das Vertrauensverhältnis gegenüber den bereits genannten Personen hinausgegangen ist?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das kann ich nicht beurteilen, ich kann nicht aus Sicht des Ministers sprechen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir sind jetzt an dem Punkt: Jemand, der das besondere Vertrauen des Ministers genießt, in der Sache weit weniger an Vorkenntnissen

mitbringt als andere Personen, dem aber ein besonders hohes Maß – nach eigenen Angaben – an Korrektheit zugetraut wird und der nach eigenen Angaben über ein besonderes Maß an fachlichen Voraussetzungen für die Verhandlungsführung mitbringt, wird als Sonderbeauftragter eingesetzt ... (*Dr. Traumüller: Einspruch!*) Bitte nicht „Euer Ehren“ sagen, ansonsten ist das okay. – Bitte.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich war in der damaligen Zeit Stellvertretender Präsidialchef des BMF. – Ich bin Beamter, und Sie können mir auch nicht unterstellen, dass ich **kein geeigneter Beamter** gewesen wäre!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein. – Ich habe ja alles wiederholt: Erfahrungen in der Verhandlungsführung, bekannte besondere Korrektheit, und, und, und. Ich habe sogar versucht, es möglichst mit Ihren eigenen Worten zu wiederholen. Dass andere in der Sache bessere Voraussetzungen mitgebracht hätten, ist auch unbestritten – aber wir sind noch weit von jeder Bewertung entfernt. Es geht nur darum: Warum wird ein Sonderbeauftragter eingesetzt, wenn gleichzeitig ein Beamter für das Bundesministerium für Landesverteidigung, nämlich der Leiter der Einkaufsabteilung, die Verhandlungen führt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Aber er wurde ja nicht ausgeschlossen. Er war nahezu bei allen Terminen, auch bei mir, dabei. Ich gebe zu, es hat zwei oder drei gegeben ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich rede nur von der Parallelität zweier Vorgänge, die in der funktionellen Besetzung zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. Wir sind jetzt noch im Bereich von Feststellungen, und ich komme jetzt zu sich daraus ergebenden Fragen.

Auf Seiten Eurofighter GmbH haben Sie mit welchen Herren zu tun gehabt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich darf kurz in meiner Unterlage nachschauen (*die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen*), ich habe eine Kopie der entsprechenden Visitenkarten mitgebracht, weil ich diese Frage natürlich erwartet habe.

Mein Hauptansprechpartner, wie ich schon erwähnen durfte, war Herr Dipl.-Ing. Faltlhauser, Eurofighter-Generalbevollmächtigter für Österreich, dann waren da Dkfm. Ludwig Löbber, Senior Manager, Sales and Project Finances, EADS, detto Herr Peter Maute, der aber nur am Rande für mich in Erscheinung getreten ist, er wird eher mit Sepp Christl Kontakt gehabt haben, denn es war nicht so, dass das Kabinett vollkommen ausgeschaltet war; Sepp Christl hat die Frage der Gegengeschäfte meines Wissens parallel noch weiter betreut.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich nehme an, Herr Christl wird auch mit Herrn Bergner zu tun gehabt haben. – Haben Sie mit Herrn Klaus-Dieter Bergner von der Firma EBD, European Business Development GmbH, zu tun gehabt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das sagt mir absolut nichts.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Welcher Firma ordnen Sie Herrn Maute zu?

**Dr. Heinrich Traumüller:** EADS, Vice President, Commercial Marketing and Sales, Military Aircraft.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, Sie haben mit einem Eurofighter-Manager und zwei EADS-Managern zu tun gehabt.

Sie steigen als Sonderbeauftragter erst zu dem Zeitpunkt der Bildung einer neuen Bundesregierung nach den Nationalratswahlen 2002, also im Frühjahr 2003, ein, und da gibt es ein paar Hauptthemen.

Das eine Thema – das ist heute schon kurz angesprochen worden; ich habe in meinen Aufzeichnungen nachgesehen, wir haben das noch nicht so klar und eindeutig im Protokoll, deswegen gibt es da eine kleine Wiederholung –, das eine Hauptthema aus Sicht des Finanzministeriums war offensichtlich: Wie verschiebe ich die Lieferung so, dass vor der nächsten Nationalratswahl keine Finanzschuld entsteht? – Ist das richtig?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das ist eine Wertung, aber korrekt ist, dass die Finanzierung so gemacht wurde, dass sie budgetär erst ab 2007 zum Tragen kommt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da geht es nicht um die Finanzierung, sondern nach Eurostat um die Lieferung. Das ist schon ein Unterschied.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, aber nach der Motivation müssen Sie bitte den Herrn Bundesminister fragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe nicht nach einer Motivation gefragt, sondern ich habe nach **Fakten** gefragt. Machen wir es noch einfacher: War Ihnen zum damaligen Zeitpunkt bekannt, dass Eurostat der Meinung war, für die Abwicklung militärischer Kaufverträge ist in Bezug auf eine Finanzschuld der Lieferzeitpunkt entscheidend?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das habe ich nicht mehr konkret in Erinnerung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage Ihnen, das ist so, und da gibt es auch sehr konkrete und für uns bindende Unterlagen von Eurostat. Das geht auch aus den Akten hervor, dass das damals relevant war.

Wenn wir davon ausgehen, der Zeitpunkt der Lieferung war entscheidend: Wer im Finanzministerium hat gesagt ... Sie haben gesagt, da hat es einen Regierungsauftrag gegeben – aber Sie haben ja nicht von der Regierung einen Auftrag bekommen, sondern Sie müssen Ihre Aufträge anders bekommen!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Die Aufträge habe ich direkt vom Herrn Bundesminister bekommen, der seinerseits den Auftrag meiner Erinnerung nach vom Herrn Bundeskanzler erhalten hat.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich möchte es nur der Ordnung halber so halten; zum damaligen Herrn Bundeskanzler werden wir noch kommen. Über Sie kommen wir aus eigener Wahrnehmung maximal bis zum Finanzminister, deswegen werden wir uns auch darauf beschränken.

Wie hat Ihnen der Finanzminister erklärt, was Sie zu tun haben, um das Ganze ins Jahr 2007 zu bringen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich darf vielleicht ein bisschen zurückblenden an den Punkt, als es begonnen hat, als der Minister mich im Frühjahr 2003 – natürlich nicht zu meiner Begeisterung damals – gerufen und gesagt hat, die Verhandlungen seien wieder aufzunehmen, ich möge diese interministerielle Struktur aufbauen, die das dann zu Ende verhandelt. Der Minister hat mir damals sehr wenige Vorgaben gegeben. Er hat wirklich nur gesagt, es gehe darum, das Ganze fürs Budget verträglich zu gestalten, und ich habe eine Finanzschuld zu vermeiden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Für welche Zeit zu vermeiden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Generell – Finanzschulden dürften nie entstehen. (*Obmann Dr. Pilz: Irgendwann entsteht eine!*) Nein, in dieser Finanzierungsstruktur nicht. (*Obmann Dr. Pilz: Aber Maastricht-relevant wird es zu einem bestimmten Zeitpunkt!*) Ja, aber das war damals, jedenfalls im Erstkontakt mit dem Minister, überhaupt kein Thema. Ich will das deswegen auch so pointiert sagen, weil es für mich auffällig war, dass der Minister entgegen sonstigen Usancen – und ich kenne ihn sehr gut –, nur in der Lage war, mir so wenige Vorgaben zu geben.



Das hängt damit zusammen, dass er offenbar seinerseits sehr schlecht informiert wurde über die Vertragsverhandlung, die das Bundesministerium für Landesverteidigung geführt hat. Ich hatte den Eindruck, dass der Minister hier völlig ohne Basisinformation dasteht. Ich hatte selbst die Aufgabe, ich habe es schon erwähnt, Minister Platter zu fragen: Was ist jetzt Stand? Verschaffen Sie mir einen Termin mit Ihren Spitzenbeamten! – Das ist dann geschehen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich komme darauf zurück. – Meine Fragezeit ist vorbei.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich möchte Ihnen jetzt eine Unterlage vorlegen, aus der ersichtlich wird, dass Sie über diese maßgeblichen Konsequenzen dieses Einredeverzichts sehr wohl informiert waren – ich lege es Ihnen einmal vor –, die haben Sie nämlich an Herrn Dr. Hillingrathner weitergeleitet. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Sie haben diese Unterlage an Herrn Ministerialrat Hillingrathner weitergeleitet – das ergibt sich zumindest aus dem ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das leugne ich auch nicht. Das habe ich ja wohl tun müssen. Was hätten Sie getan, wenn ich es nicht weitergeleitet hätte? – Dann hätten Sie mich wirklich mit Fug und Recht attackieren können. (*Abg. Mag. Stadler: Haben wir schon geklärt, dass das immer an Steger vorbeigegangen ist!*) – In die Budgetsektion hineingegangen ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Von wem wurde diese Unterlage, die hier angeschlossen ist, erarbeitet? – Dieses englische Modell, das hier dargestellt wird, auch die Finanzierungsvariante; die Unterlage trägt leider kein Datum.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich erinnere mich, ganz ehrlich gesagt, nicht an diese Unterlage. Es ist auch nicht so, dass ich sie persönlich weitergeleitet hätte. Das datiert vom 16. Dezember 2003 und wurde in meinem Auftrag von wem auch immer, einer Sekretärin offenbar, weitergeleitet; von Frau Sattler (*phonetisch!*), wenn ich das richtig entziffere. Das ist nach Vertragsabschluss. (*Abg. Mag. Stadler: Sie können diese Unterlage nicht mehr zuordnen?*) Wahrscheinlich habe ich gesagt: Leiten Sie das weiter an die zuständige Sektion! – Ich kann mich nicht einmal mehr an die Unterlagen erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist aus dem Umstand heraus, dass das alles in Englisch gehalten wurde und sich ansonsten auch weitgehend mit anderen Unterlagen der Firma EADS deckt, anzunehmen, dass sie von EADS oder von Eurofighter gekommen ist?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Also ich habe den Eindruck, dass ich dieses Dokument überhaupt noch nie gesehen habe. Wie gesagt, es ist sicher weitergeleitet worden, aber zum damaligen Zeitpunkt war ich eben wieder Bereichsleiter Personal, wie Sie hier sehen können. Mich hat das Thema einfach nicht mehr interessiert, ich habe keine Beziehung zur militärischen Landesverteidigung ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann hat es keinen Sinn, wenn ich Sie dazu weiter befrage.

Ich möchte Sie zu einem anderen Vorgang befragen, den Ihnen vielleicht Herr Bundesminister Grasser mitgeteilt hat, weil Sie ja damals der Hauptverantwortliche waren; wobei ich erstaunt darüber bin, dass Sie als damals für dieses Finanzierungsprojekt Hauptverantwortlicher bei dieser Besprechung nicht dabei waren.

Es gab am 18. Juni 2003 eine Besprechung, an der der damalige Bundeskanzler Dr. Schüssel, Verteidigungsminister Platter, Finanzminister Grasser, Herr Christl – eigenartigerweise – und nicht Sie, und Herr Mag. Kulnik aus dem BMLV teilgenommen haben. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang, an dieses Gespräch?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, aber Sie sehen gerade daraus, dass Christl eben die umfassende Projektzuständigkeit hatte, und ich mich wirklich schon aus Gründen meiner Arbeitskapazität darauf begrenzt habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe jetzt aus Ihrer Aussage eher geschlossen, dass Christl sozusagen den Bereich Ausschreibung Typenentscheidung ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Während der Phase, als ich verhandelt habe, hat sich Sepp Christl nie eingemengt. Genauso wie ich dem Sektionschef fair gesagt habe, er hat sich da zu Recht ein bisschen zurückgezogen, sage ich, Sepp Christl hat in der Phase mit mir ... (*Abg. Mag. Stadler: Das ist aber jetzt Vertragsphase, das ist nicht mehr Typenentscheidungsphase! Das ist jetzt bereits Vertragsphase!*) – Sie sprechen von wann? 18. Juni 2003? (*Abg. Mag. Stadler: 18. Juni 2003!*) – Da waren die wesentlichen Fragen wohl schon geklärt und die Details, wie gesagt, dann nur mehr auf Beamtenebene abzuklären. Da habe ich mich schon zurückgezogen. (*Abg. Mag. Stadler: Warum war auf einmal der Christl wieder dabei und nicht Sie?*)

Wenn der Minister eine Projektverantwortung vergibt, dann ist der Betreffende dabei bis zum Schluss. Ich darf Ihnen sagen, dass mich das Projekt „Privatisierung der Bundes-Wohnungen“ über mehrere Jahre beschäftigt hat, und ich auch aus meiner jetzigen Sicht noch gezwungen bin, Stellungnahmen gegenüber dem Rechnungshof abzugeben. Das ist in Ordnung – eine umfassende Projektverantwortung endet nicht. Wenn punktuell jemand zu Hilfe gerufen wird, ist das okay. Für mich war wahrscheinlich damals schon die Sache abgehakt, und ich habe mich meinen eigentlichen Aufgaben ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, Sie wurden dann über diese Besprechung auch nicht mehr informiert? (*Dr. Traumüller: Wenn Sie so nett sind und mir den Inhalt sagen, dann kann ich mich vielleicht erinnern!*)

Herr Dr. Christl trägt die beiden Finanzierungsmodelle vor, die man dann abgekürzt mit FME-Modell und FMS-Modell dargestellt hat. – FME-Modell nach deutschem Beispiel, und FMS-Modell nach griechischem Beispiel.

Hat man Sie darüber informiert?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Meiner Erinnerung nach nicht, aber offensichtlich sind Sie jetzt genau bei jenem Beispiel, das ich in Erinnerung habe. Den Hinweis auf Griechenland kenne ich, zu Eurocopter-Anschaffung, glaube ich, kenne ich die Unterlage nicht und offensichtlich nicht einmal das Ergebnis des Gespräches.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann bringt es auch nichts, wenn ich Sie dazu weiter befrage.

Ein vorletztes Thema, das ich mit Ihnen gerne klären möchte, ist: Ich habe hier eine Besprechungsnotiz, Frau Dr. Duffek-Stanka über eine Besprechung abgefasst hat, an der Hillingrathner, Sailer, Kocher, Meidlinger, Maresch, Machat, Duffek-Stanka teilgenommen haben, und hier wird Folgendes zitiert:

Eingangs wird von den Vertretern der BAWAG P.S.K. Dr. Maresch und Mag. Machat die Problematik im Hinblick auf die Finanzschuld und Maastricht-Kriterien dargetan. Es wird erläutert, dass zwischen der Bank und der Republik Österreich keinerlei Rechtsbeziehung entstehen darf. – Zitatende.

Das ist mittlerweile klar, dass das nicht stimmt! – Wieso wurde hier immer noch behauptet, dass man deswegen diese komplizierte Variante wählen müsse, weil es keine unmittelbare Darlehensbeziehung zwischen der Republik Österreich und der BAWAG P.S.K. geben dürfe?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wie Sie richtig gesagt haben, war ich bei dieser Besprechung nicht dabei, und ich kann daher keine endgültige Wertung vornehmen. Aber aus meiner Sicht gibt es eben auch keinen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der BAWAG. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist richtig!*) Es gibt ja nur einen Vertrag zwischen der BAWAG und der Eurofighter GmbH.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn das, was hier steht, wahr wäre, dann wäre diese Finanzierungsvariante ja logisch. Aber mittlerweile haben wir längst herausbekommen, dass die Kausalität nicht gegeben ist. Es gibt keine Kausalität zwischen der Finanzierung beziehungsweise einer allfälligen Vertragsbeziehung zwischen Republik Österreich und einem Bankinstitut und der Maastricht-Relevanz. Herr Sektionschef Dr. Steger hat uns ganz klar gesagt, die Maastricht-Relevanz hat nur mit dem Liefertermin zu tun, und nicht mit der Frage, ob wir dort als Kreditnehmer Bankkunde sind oder dorthin leisten müssen, weil jemand anderer eine Forderung zediert hat.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nochmals grundsätzlich, Sie sehen es an den vielen Protokollen, die Sie jetzt zitieren: Ich habe mich nicht auf diese Detailebene begeben, ich muss darauf vertrauen, dass die Beamtenebene unter Zuhilfenahme der exzellenten Finanzprokurator am Ende ein völlig korrektes Ergebnis erzielt, und ich glaube auch, dass das erfolgt ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist nur leider sehr zum Nachteil – und da teile ich die Einschätzung von Herrn Mag. Sailer – der Republik Österreich ausgegangen.

Ein letztes Thema, mit dem ich Sie konfrontieren möchte, ist: Hatten Sie in irgendeiner Phase mit der Erarbeitung beziehungsweise mit dem Inhalt dieses **Code of Business Conduct** zu tun? (*Dr. Traumüller: Nein!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ein paar ergänzende Fragen noch; ich versuche noch einmal, mit einer ähnlichen Frage einzusteigen.

Aus der Landesverteidigung hören wir Folgendes: Eurofighter wäre ohne weiteres 2004, spätestens 2005 lieferfähig gewesen, wir hätten jederzeit Flugzeuge haben können – nur das Bundesministerium für Finanzen wollte das nicht. Die wollten aus Gründen, die im eigenen Ressort gelegen sind und die mit dem Nulldefizit zu tun haben, eine Lieferung erst 2007. – Ist das richtig?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Im ersten Anschein ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Können Sie diesen Anschein durch eigene Wahrnehmungen verdichten?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe bereits darauf aufmerksam gemacht, dass eben diese Eskalationskosten am Beginn der Verhandlungen, also beim ersten Kontakt mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung, angesprochen wurden.

Ich darf Ihnen das anhand einer Tabelle berichten: Ich war erstmals involviert am 10. April 2003, wie ich glaube. Damals gab es ein Kontaktgespräch BMF/BMLV über Eckpunkte und Ablaufplan – teilgenommen hat Herr Dr. Hillingrathner auch bei diesem Termin, für das BMLV waren Spinka, Wall und Knoll dabei –, und spätestens zu diesem Termin wurde mir eben gesagt, dass aus den Vertragsverhandlungen noch der Punkt „Eskalation“ offen ist. „Eskalation“ ist meinem Verständnis nach eine Abgeltung für eine Inflation – eine Inflation, die zu berücksichtigen ist, wenn ein ursprünglich geplanter Liefertermin **nicht** eingehalten werden kann.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Versuchen wir, uns Folgendes vorzustellen: Da sitzen die Militärs und wissen – wenn das wirklich stimmt; sollte Eurofighter wirklich lieferfähig

gewesen sein –: Wir könnten, wenn der Draken ausläuft, eigentlich sofort einen Eurofighter haben! Eurofighter behauptet, das wäre möglich gewesen, die Militärs behaupten, das wäre möglich gewesen. – War es dann wirklich so, dass das Finanzministerium gesagt hat: Es ist schon möglich, es ist an und für sich auch vertraglich so vereinbart, das steht im Angebot drin, auf dieser Basis wurde auch die Typenentscheidung gefällt, aber wir wollen das nicht!? Schauen wir, dass sie zwei Jahre später liefern, und für diese Zeit müsst ihr euch eine Zwischenlösung suchen!? – War es wirklich so?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, jetzt verstehe ich die Logik wirklich nicht mehr! Auf der einen Seite wird argumentiert – und ich verstehe das –, warum man nicht bei jeder Position sozusagen kritisch hinterfragt hat: Da sieht das BMF, dass man spart, dass man die Stückzahl reduziert – warum gilt das nicht für die Verlängerung in die Zukunft auch noch? Jeder Finanzminister hat das natürliche Interesse, seine laufenden Budgets möglichst gering zu belasten. Also ich kann da keinerlei Auffälligkeiten erkennen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich spreche nicht vom Interesse des Finanzministers, ich spreche von den Interessen der Militärs, von den konkreten **militärischen Plänen**, von der Gesamtplanung, die vollkommen eindeutig war, wo immer klar war: 2005 wird der Draken vom Eurofighter abgelöst! – Dann muss konkret etwas passiert sein – und das ist offensichtlich, das ist zumindest nach Aussage der Militärs nicht im Bundesministerium für Landesverteidigung passiert! Also möchte ich genau wissen, was so Überzeugendes vom Finanzministerium vorgetragen worden ist, dass sogar die Militärs gesagt haben: Okay, dann schlucken wir sogar eine Zwischenlösung, finanzieren sie aus eigener Tasche – was ja überraschend genug ist –, um dem Finanzministerium einen Gefallen zu tun!

Weshalb, aus welchem Grund genau – ich möchte das wirklich einmal präzise haben – wollte das Finanzministerium, dass die Lieferung auf 2007 verschoben wird?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe das wirklich nicht hinterfragt, und aus heutiger Sicht – ich gehe natürlich von anderen Punkten aus; man sieht meinen begrenzten Wissensstand –: Warum sollte für mich etwas auffällig daran gewesen sein, wenn man sich eine möglichst späte Lieferung wünscht? Jeder Finanzminister muss danach trachten, wie gesagt, möglichst spät Budgetbelastungen entstehen zu lassen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ist es richtig, dass Sie bei den Vertragsverhandlungen vom Angebot der Firma Eurofighter ausgehen mussten?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, aber wie gesagt, wir haben Mengengerüste, Konditionen und Finanzierung diskutiert. – Das war kein großes Thema für mich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe Sie nicht gefragt, wie groß das Thema war, ich versuche in einem Thema, das für Sie möglicherweise klein ist, für den Ausschuss erlaubterweise eine Spur größer, ein paar Fragen zu stellen. Basis der Vertragsverhandlungen war doch das Angebot der Firma Eurofighter. – Das ist richtig? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Ist Ihnen dieses Angebot zur Verfügung gestanden? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Haben Sie gewusst, das ursprünglich angeboten war, Lieferung der Flugzeuge ab 2005?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich könnte es gewusst haben, aber ich habe da keine konkrete Erinnerung mehr.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Die Militärs haben mit Sicherheit nicht verlangt, um in den Genuss einer Zwischenlösung zu kommen, dass die Flugzeuge erst 2007 geliefert werden. Also es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Firma Eurofighter ist nicht instande, zu liefern – das ist eine Möglichkeit –, oder das Finanzministerium zwingt mit

Unterstützung des Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel die Landesverteidigung, einer Lieferung zwei Jahre später, nämlich 2007, zuzustimmen?

Was von dem war es: Lieferunfähigkeit? Oder wurde mit Hilfe des Bundeskanzlers die Landesverteidigung dazu gebracht, einer späteren Lieferung zuzustimmen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, auch wenn Sie mich jetzt berechtigterweise noch oft fragen, ich werde endgültig diese Frage nicht klären können, weil ich mehrfach schon gesagt habe, dass parallel zu meinen begrenzten Diskussionen auch das Projekt Zwischenlösung völlig losgelöst im BMLV diskutiert wurde.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das, Herr Traumüller, stimmt in dieser Form mit Sicherheit nicht, weil das Projekt **Zwischenlösung** erst eine Folge des Liefertermins **2007** war. Es muss eine Vereinbarung über einen Liefertermin 2007 gegeben haben, damit es überhaupt zu einem Projekt Zwischenlösung gekommen ist. Das ist doch logisch. Wir bleiben jetzt im Bereich der einfachen uns verbindenden Logik. Ich rede jetzt nicht von der Zwischenlösung. Ich frage Sie nicht zur Frage Zwischenlösung.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich bin kein Militärfachmann und kann das daher endgültig nicht beurteilen, was die Militärs zu welchem Zeitpunkt beurteilt haben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das wissen wir schon.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich muss mich darauf verlassen, dass die das korrekt beurteilt haben. Eine Wahrnehmung habe ich, die will ich Ihnen nicht vorenthalten. Da war auch in Diskussion die Frage, ob man Eurofighter selbst als Zwischenlösung haben könnte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das hat es gegeben, richtig.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich kann mich erinnern, dass das im Heer wahrscheinlich schon beim Erstkontakt angesprochen wurde. Ich kann mich erinnern, dass sogar der Generalmajor Wolf an der ersten Sitzung im BMLV, bei der ich dabei war, ebenfalls teilgenommen hat, und dass, glaube ich, Generalmajor Wolf damals gesagt hat, es ist auch eine mögliche Variante, dass es eine Zwischenlösung über Eurofighter gibt und dass er da Gespräche führen wird mit den Chefs verschiedener Luftwaffen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da steht auch einiges in den Akten, das würde die Geschichte jetzt zusätzlich komplizieren, weil vom deutschen Verteidigungsministerium aus völlig anderen Gründen als von der Eurofighter GmbH abschlägige Antworten gekommen sind. Die interessieren uns aber in einem anderen Zusammenhang.

Für uns ist nur eines – und ich bleibe bei dieser Frage, weil sie sehr wesentlich ist für das Beweisthema 3 –: Wenn, wovon wir ausgehen müssen, es für alle außer Streit stand, dass der Verzicht auf die Zwischenlösung im Frühjahr 2002 bedeutet hat, egal, für welches Flugzeug entschieden wird, es muss 2005 geliefert werden können, und die Militärs nicht bereit waren, dieses Interesse aufzugeben, dann muss es ein übergeordnetes Interesse oder eine technische Notwendigkeit außerhalb des Militärs gegeben haben. Mir fällt nichts Drittes ein. Entweder die Firma Eurofighter war nicht lieferfähig 2005, oder es gab ein übergeordnetes Interesse. Und da weisen die Militärs immer aufs Finanzministerium hin.

Sie haben ja selbst ganz am Anfang gesagt, es gab ein Übereinkommen in der Regierung, vor 2007 soll es zu keiner Belastung des Budgets kommen. – Ist das richtig? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Hat diese Vereinbarung in der Regierung, dass es vor 2007 zu keiner Belastung des Budgets kommen soll, etwas zu tun mit der Verschiebung des Lieferzeitpunktes auf 2007?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wer könnte dazu eine Wahrnehmung haben?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wohl der Herr Faltlhauser.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hat es jemals eine Rolle gespielt vor dem Jahr 2007, möglichst keine Maastricht-relevante zusätzliche Schuld einzugehen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das ist sicherlich mit bedacht worden, denn sonst wäre das Ganze ja sinnlos.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** War das ein zentrales Motiv für die Verschiebung der Zahlung auf 2007?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie sind wieder bei Motiven, und ich bin in der unangenehmen Situation, das immer nur sozusagen aus einer Teil-Perspektive beurteilen zu können. Sie haben mittlerweile mehr Informationen als ich, wie sich das im Gesamtzusammenhang darstellt. (*Obmann Dr. Pilz: Das hoffe ich!*) – Davon gehe ich aus.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber mich interessiert Ihre Wahrnehmung. Schauen Sie, wozu verschiebt man? Wozu schaut man, dass Termine verschoben werden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, ich bin wirklich bemüht, zur Wahrheitsfindung beizutragen, und ich will daher nur Aussagen machen, die ich wirklich bestätigen und vertreten kann. Sie sind jetzt in einem Geflecht an Spekulationen, wo ich keine **Wahrnehmung**, die Ihnen dienlich ist, beisteuern kann.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es gibt für Handlungen sachliche Gründe. Es wäre ja äußerst bedauerlich, wenn Beamte der Republik die sachlichen Gründe für ihre Handlungen nicht anführen könnten. Deswegen gehe ich davon aus – und da passt der Begriff „Motive“ nicht so richtig –, dass es auch für die Verschiebung der Zahlungen auf 2007 sachliche Gründe gegeben hat. – Welche sachlichen Gründe waren das? (*Dr. Traumüller: Budgetentlastung!*) – Sie hätten ja auch vereinbaren können: Liebe Firma Eurofighter, wir zahlen erst 2007. Wir können ein Kreditinstitut zwischenschalten – wie es ja dann geschehen ist –, ihr kriegt früher ein Geld, und wir zahlen erst 2007. Das möchten wir wegen des Budgets, Nulldefizit, Nationalratswahlkampf und, und, und. – Aber dazu muss man nicht die Lieferung verschieben.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nochmals: Die Maastricht-mäßige Schuld – das haben Sie, glaube ich, zu Recht gesagt – entsteht mit der Lieferung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Richtig. Und das ist jetzt der Punkt. Hat jemals Ihnen gegenüber der Finanzminister gesagt, dass die Lieferung auf 2007 verschoben werden soll, damit die Maastricht-relevante Schuld erst 2007 ansteigt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** In dieser Detailliertheit ist das sicher nie diskutiert worden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ist es undetaillierter diskutiert worden?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, in der allgemeinen Form: Lieferung 2007, Entlastung Budget 2006.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** War das ein politischer Wunsch des Finanzministers?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Er hat mir gesagt, das sei Regierungslinie.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hat er Ihnen gesagt, das sollen Sie so machen? Weil der Kanzler hat Ihnen nichts angeschafft, das tut der Finanzminister. Hat er Ihnen – jetzt

sind wir in der einfacheren Sprache – angeschafft, dass Sie das so gestalten, dass eine Maastricht-relevante Schuld erst ab 2007 in diesem Zusammenhang auftritt?

**Dr. Heinrich Traumüller:** An das Wort „Maastricht“ kann ich mich überhaupt nicht erinnern im Zuge unserer Diskussionen, aber ich habe das umgesetzt, was mir der Minister in dem Zusammenhang gesagt hat. So ist es.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie haben das nicht aus eigenem getan? Sie haben sich nicht gedacht: Jessasmaria!, heute in der Früh fällt mir ein, mir würde es gut gefallen, wenn da keine Maastricht-relevante Schuld entsteht; ich verschiebe das! – Sie haben das nicht aus eigenem bedacht?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, sicher nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Meine 10 Minuten sind schon vorbei. Gibt es noch Fragen? – Bitte.

**Christian Faul (SPÖ):** Herr Dr. Traumüller, Sie haben heute vor ungefähr einer Stunde gesagt, dass Sie die Finanzierungsverhandlungen erst nach der Typenentscheidung begonnen haben. – Stimmt das? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Herr Dr. Traumüller, wie erklären Sie uns aber jetzt, dass der teurere Eurofighter nur durch eine vom Finanzministerium dargestellte Finanzierungsvariante plötzlich zum Bestbieter geworden ist in der Ratenzahlung von 18,5 Halbjahresraten, wenn Sie vorher nicht verhandelt haben? Erklären Sie uns das bitte!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, Sie vermengen jetzt die Beweisthemen 1 und 3.

**Christian Faul (SPÖ):** Das hängt zusammen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein. – Meine Position ist sehr einfach. Es gibt eine Ausschreibung, die wird vom Bundesministerium für Landesverteidigung eingetaktet, ohne dass das Ministerium da groß informiert wird – wie genau weiß ich nicht –, jedenfalls ohne dass wir das im Detail gesehen hätten. Ich sicher auch nicht. Dann gibt es eine Kommission, die das bewertet und die auf Basis der festgestellten Kriterien einen Bestbieter ermittelt. Dann gibt es eine Regierung, die sagt: Ja, Bestbieter. Das war die damalige Situation im Jahr 2002. Auf dieser Basis ist der Zuschlag erfolgt. Ich komme dann ab Frühjahr 2003 ins Spiel, finde die Situation vor und verhandle das mit der Firma zu Ende.

Erlauben Sie mir, dass ich etwas grundsätzlich noch sage, weil immer wieder gesagt wird, warum **kein** Flugzeug und dergleichen mehr. Ich habe versucht, es an mehreren Punkten festzumachen. Die MiG 29, wo ich dabei war, ist meines Erachtens wirklich ein klarer Beweis dafür, dass der Minister geneigt war, immer die billigsten Lösungen zu machen, weil es nicht ohne Charme gewesen wäre, auf das Angebot der Russen einzusteigen. Sobald ich dieses Paket, von dem ich erzählen durfte, weitergeleitet habe, habe ich natürlich auch den Minister darauf angesprochen, und gesagt, das hätte eigentlich Charme, da die Russen mehr oder weniger angeboten haben: Da habt ihr die MiG 29, wir haben bei euch Schulden, alsdann, Ausgleich und kostet nichts. Herrlich! Für einen Finanzbeamten das Schönste, was er sich vorstellen kann. Auf zum Minister!

Kurze Zeit danach eine russische Delegation in Österreich. Wir hören uns das eineinhalb Stunden an. Das wäre die Ideallösung gewesen. Ich glaube, der Minister hat sich persönlich der Sache angenommen, am Ende hat sich halt herausgestellt, das geht nicht, die russischen Schulden sind von der Kontrollbank vorfinanziert, und dieser einfache Strom geht nicht. Da ist auch ein Zahlungsfluss vonnöten, nämlich an die Russen. Aus unserer Sicht hätte es die MiG 29 getan, ganz offen gesagt, weil ich

immer für die billigste Variante sein muss. Dafür werde ich als Beamter des Finanzministeriums ja bezahlt.

Zweiter Punkt: Eurofighter. Antrittsgespräch Lyons Brown, ich glaube, im Februar 2002, da war ich dabei. Der Minister hat, wie üblich, die Begrüßung gemacht, und der Großteil des Gesprächs war dann zwangsläufig über die F16 MLU. Der Minister hat sich das mit großem Interesse angehört. Kurze Zeit danach – das ist beweisbar –, bekomme ich eine Einladung von der amerikanischen Botschaft, nehme an einer Veranstaltung mit amerikanischen Generälen teil. Das ist eine tolle Sache gewesen. Ich bin damals voller Begeisterung zum Minister gegangen und habe gesagt: Kostet die Hälfte, hat aber auch nur die halbe Lebensdauer. Also sollte fürs Haus interessant sein. Hillingrathner war, glaube ich, auch auf dieser Veranstaltung, und daraufhin war das lange Zeit die Linie auch des BMF.

Nur, diese Variante – und das muss ich wirklich sagen, denn das ist, um die Mythen zu entkräften, so wichtig – hat ja nicht das Finanzministerium beseitigt. Wir schießen uns doch nicht ins eigene Knie; das wird ja hier im Raum niemand ernsthaft annehmen. Diese Variante ist, wie alles andere auch, im Zuge eines Auswahlverfahrens im Heer verschwunden. Ich verstehe bis heute nicht – das sage ich wirklich –, ich lese im Rechnungshofbericht, dass diese Variante **zu Recht** ausgeschlossen worden sei. – Da ist mir nicht nachvollziehbar. Das wäre die ideale Variante gewesen.

Am Ende sind dann zwei neue Typen gestanden. Aus Sicht des BMF eine katastrophale Situation. Da hat man sich halt zwischen zwei entscheiden müssen. Genommen wurde die, die laut Kommission Bestbieter war. Das ist eine einfache Sache aus meiner Sicht.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Doktor, ich verstehe diesen Ausflug in die vom Landesverteidigungsministerium gezogenen Schlüsse, wie man zu einer Type kommt, aber ich frage Sie als Finanzfachmann, der, wie Sie selbst gesagt haben, Milliarden bewegt hat in der Immobilienumgestaltung. Gerade die Immobilien sind vielleicht eine Frage, die ich direkt an Sie stellen kann. Haben Sie schon einmal erlebt, dass ein Immobilienpaket 1, das wesentlich günstiger ist, und ein Immobilienpaket, das weitaus teurer ist, in einer langfristigen Finanzierung dann billiger wird? (*Abg. Dr. Fekter: Es ist aber auch die Kosten-Nutzwert-Analyse anzustellen!*) – Frau Fekter, lassen Sie Ihre komischen Bemerkungen, die sind wirklich nicht passend. (*Abg. Muraue: Kosten-Nutzwert-Analyse steht auch im Rechnungshofbericht!*) Ich rede nur von Finanzierung, Herr Muraue, nur vom Geld! (*Abg. Muraue: Ich habe nur erläutert, warum sie Kosten-Nutzwert-Analyse gesagt hat!*)

Haben Sie das schon einmal erlebt, dass ein Paket, das wesentlich teurer war, durch eine Finanzierungs konstruktion, wie immer auch, dann am Ende billiger wird? Das würde mich interessieren.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich weiß nicht, ob das Paket teurer war, Herr Abgeordneter. Ich habe den Eindruck ...

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Im Barkaufpreis, habe ich gesagt. Ganz genau definiert, Herr Dr. Traumüller.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, aber ich musste doch davon ausgehen, dass jemand, der als Bestbieter in einem so komplizierten Verfahren Erster geworden ist mit einer nicht so tollen Finanzierung, dann halt erst recht besser wird, wenn wir das noch optimieren.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Dr. Traumüller, so kann man das auch beantworten. Ich habe das noch nicht gesehen. Aber die Frage ist: Haben Sie nicht an eine andere Finanzierungsform gedacht, Sie, als einer, der aus dem Finanzministerium



mit einer Sonderbeauftragung herausgekommen ist und der uns erklären will, wie viel Sie eingespart haben durch diese Finanzierungsvariante? Haben Sie nie an eine andere Variante gedacht, an eine Euribor-, Wibor-, SMR-Finanzierung oder sogar an eine ausländische Finanzierung?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Also eine ausländische Finanzierung sicher nicht.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Nein, ausländische lassen wir einmal weg, im Sinne des österreichischen Staates. Reden wir nur von SMR.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich glaube, die Republik sollte da mit gutem Beispiel vorangehen (*Abg. Faul: Okay! Passt!*), denn wenn Sie ausländische Kredite nehmen, wird das missverstanden. Bitte, nein! Da gibt es genügend Spekulanten in dem Land. Die Republik beteiligt sich nicht an Spekulationen (*Abg. Faul: Gut! Okay!*)

Die Swap-Variante – das durfte ich schon erwähnen – wurde sehr wohl diskutiert, hätte den erwähnten Charme gehabt, dass man gerade da Maastricht-mäßig ein bisschen was hätte darstellen können. In dem Moment haben wir abgeblockt und eben die nach wie vor, glaube ich, korrekte Variante des Einredeverzichts gewählt.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Doktor, sind Sie der Meinung, dass der Staat Österreich die besten Konditionen bekommen hat in jeder Kreditvergabe? Triple A plus niedrigste Rate? (*Dr. Traumüller: Zweifelsohne!*) – Gut. – Dann halte ich Ihnen vor, Herr Doktor, weil Frau Fekter mir das nie glaubt: Im Jahr 2002, zum Zeitpunkt Ihres Abschlusses, war die Sekundärmarktrendite bei 2,9 Prozent; sie ist jetzt erst durch den Zinsanstieg bei 4 Prozent, sie war im Jahr 2003 bei 3,2 Prozent, im Jahr 2004 bei 3,3 Prozent, und jetzt hätten wir noch plus 0,1 für SMR aufgelegt, dann wären wir bei 3 Prozent gewesen. Und Sie haben das Herz, kommen da rein, verteidigen die 4,48 Prozent und sagen uns noch, was Sie uns erspart haben. Wissen Sie was, Herr Doktor: Diese 2 Prozent Delta machen 40 Millionen € im Jahr aus! (*Abg. Dr. Fekter: Für Fixzinsen auf neun Jahre können Sie doch nicht eine SMR hernehmen!*) Herr Doktor, das sind ja eklatante Unterschiede!

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie haben ja im Grunde Recht. Man kann verschiedene Varianten diskutieren, die Frage ist jetzt natürlich auch: Was will man politisch? So ist es.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Doktor, haben Sie gewusst, dass ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nur, eines bitte ich schon zu bedenken: Wenn die Republik sozusagen den Kredit aufnimmt, dann ist die Staatsschuld mit einem Moment in der Höhe.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Doktor, aber letztlich haben Sie ja heute bestätigt, dass die Staatsschulden Maastricht-relevant auch dann anfallen, wenn geliefert wird und wenn zu zahlen ist. Das wäre anderwärtig auch gewesen. (*Dr. Traumüller: Nur zu einem späteren Zeitpunkt eben!*) Haben Sie nicht voraussehen können in Ihrer besonderen Funktion als Spezialist oder Projektleiter, dass Sie letztlich einen ganz, ganz schlechten Vertrag abschließen, den Sie zwar von der Republik wegnehmen, vermeintlich wegnehmen, der aber durch die Folgewirkungen des Vertragsgegenstandes 4 letztlich zu einer vollen Verpflichtung der Republik wird?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das müssen Sie mir noch einmal erklären. Was wird zu einer **vollen Verpflichtung der Republik**?

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** In Wirklichkeit hat die Republik mit EADS einen Vertrag abgeschlossen, und in Wirklichkeit hat EADS ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, nicht mit EADS, sondern mit der Eurofighter GmbH.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Mit der Eurofighter GmbH richtigerweise. Entschuldigung, das habe ich gemeint. Mit der Eurofighter GmbH. Eurofighter hat die Verpflichtungen verpfändet oder zediert, und letztlich sind wir durch diesen Vertrag – durch diesen begünstigenden Vertrag, durch den Einredeverzicht und durch den Vertrag – verpflichtet, Herr Doktor – und das können Sie nicht wegdiskutieren – in **jedem** Falle – im Fall eines Konkurses, einer Nichtrückzahlung der Raten, also wir überweisen zu Eurofighter, Eurofighter zahlt der BAWAG nichts zurück – verpflichtet. Haben Sie das alles nicht mitbedacht in Ihren Spezialüberlegungen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Sie übersehen einen wesentlichen Umstand, Herr Abgeordneter: Hinter der Eurofighter GmbH steht der EADS-Konzern, und hinter diesem Konzern stehen nicht zuletzt die Regierungen von vier westeuropäischen Ländern, ganz konkret Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien. Das heißt, Sie sind durch die Patronatserklärung, die meines Wissens nach wie vor existiert, natürlich abgesichert für solche Fälle.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Herr Doktor, wir haben nicht erst gestern oder heute wieder gehört von den Finanzierungsproblemen von EADS. Haben Sie nicht als einer, der der Republik verpflichtet ist, einmal nachgedacht, dass es dort auch krachen könnte?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Noch einmal: Dahinter stehen vier Regierungen westeuropäischer Staaten. Ich glaube nicht, dass Deutschland ... Meine Idee war es – ich sage es Ihnen gerne hier –, dass nicht der Fall eintreten wird, dass Deutschland gleichzeitig mit Spanien, England und Italien in Konkurs geht.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Eine kurze Nachfrage: Können Sie bestätigen, was Frau Dr. Fekter hier gesagt hat, dass die Staaten die Garantie übernommen haben, also die Finanzierungsgarantie oder die Liefergarantie, oder die Firma EADS? Das ist ja ein bisschen was anderes. Sie können nicht den Staat Deutschland zitieren.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Wie gesagt, ich habe nie den Vertrag in Gänze gesehen. Daher kann ich es Ihnen nur in dieser allgemeinen Form beantworten.

**Abgeordneter Christian Faul (SPÖ):** Sie haben gesagt, die Staaten haben unterfertigt. (*Abg. Dr. Fekter: Nicht die Staaten, die Firmen! Direkt die Firmen, indirekt die Staaten!*)

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Doktor, nur eine ganz kurze Frage. Ich habe es schon mehrfach versucht, nachdem diese Frage mit dem Zinssatz ja schon des Öfteren gekommen ist vom Kollegen Faul und anscheinend die Fixzinsbindung nie berücksichtigt wird in seiner Frage: Die Fixzinsbindung hat bei dieser Finanzierung einen Zeitraum von 18 Halbjahresraten, also neun Jahren, umfasst. Dadurch wird der Zinssatz höher.

Wäre ein günstigerer Zinssatz zu erzielen gewesen, wenn man eine Fixzinsbindung für ein Jahr abgeschlossen hätte? Zumindest für dieses eine, erste Jahr? Dann wird Kollege Faul vielleicht zufrieden sein.

**Dr. Heinz Traumüller:** Der Herr Abgeordnete hat 2,9 Prozent gesagt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. – Wie gesagt, wenn Sie das seriös vergleichen wollen, müssen Sie immer Finanzierungsstrukturen über den gleichen Zeitraum legen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Aber es ist ja grundsätzlich so, wenn immer dieser Vergleich herangezogen wird: Die Finanzierung oder der Zinssatz ist ja unwahrscheinlich teuer. Wir wissen ja jetzt leider die Marge nicht, weil das jetzt noch Bankgeheimnis ist. Aber bei den Finanzierungen ist es einfach grundsätzlich so, dass

bei einer Fixzinsbindung für, sagen wir, sechs Monate oder für ein Jahr dieser Zinssatz effektiv niedriger sein wird, als wenn man das über zehn Jahre oder eine lange Laufzeit macht.

**Dr. Heinz Traumüller:** Na klar, weil Sie mit der Dauer der Laufzeit sozusagen eine Prognose in die Zukunft starten und sich diese Prognose dementsprechend niederschlägt im Durchschnittzinssatz.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Von der FPÖ gibt es mangels FPÖ keine Fragewünsche. Aber das wird sich wieder ändern.

Ich habe jetzt wirklich nur wenige ergänzende Fragen. Die Sache mit Maastricht und so weiter haben wir jetzt ausführlich besprochen. Eine Frage habe ich noch: Ist auch Ihnen das Ziel bekannt gewesen im Frühjahr 2003, die Zahl, die im Antrag zum Budgetbegleitgesetz kommen wird, auf jeden Fall unter zwei Milliarden zu drücken? Ist auch Ihnen dieser Auftrag gegeben worden?

**Dr. Heinz Traumüller:** Wie gesagt, am Beginn der Verhandlungen habe ich kaum konkrete Aufträge gehabt. Das hat sich dann konkretisiert, nicht zuletzt auf Basis meines Strategiepapiers. Der Minister hat dann klar gesagt, Abschluss jedenfalls nur unter zwei Milliarden €, und so ist es ja dann, glaube ich, auch ins Ankaufsgesetz übertragen worden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Na ja, es ist zumindest so ins Budgetbegleitgesetz gekommen. – Wissen Sie, was mit den sonstigen Systemkosten passiert ist?

**Dr. Heinz Traumüller:** „Passiert“ ist gut. Systemkosten gibt es oder gibt es nicht. Das war, wie gesagt, Thema durchaus erbitterter Auseinandersetzungen zwischen mir und den Vertretern des Bundesministeriums für Landesverteidigung, die die Chance genützt haben, völlig legitim, Forderungen auf den Tisch zu legen. Ich habe das abgeblockt und, wie gesagt, darauf verwiesen, dass aus dem allgemeinen Budget nur jene Teile finanziert werden können, die jetzt wirklich in einem unmittelbaren, direkten Zusammenhang mit der Anschaffung stehen; schon deswegen, weil es ja uferlos ist, derartige Zusammenhänge herzustellen.

Daher wurde seitens des Finanzministeriums immer die klare Auffassung vertreten, unter 2 Milliarden € Beitrag des allgemeinen Bundesbudgets. Der Rest sind Kosten, die man im Übrigen nicht nachprüfen kann, den es gibt keine Kostenrechnung – jedenfalls damals nicht – im Heer. Es gibt meines Wissens nicht einmal heute noch eine solche. Also wir konnten uns mit dem Thema nicht ernsthaft auseinandersetzen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Mit der Vorbereitung des Budgetbegleitgesetzes hatten Sie ja nichts zu tun – zumindest gehe ich davon aus –, oder hatten Sie in diesem Zusammenhang etwas damit zu tun?

**Dr. Heinz Traumüller:** Ich wurde sicher auf dem Laufenden gehalten, aber ohne dass ich mich da jetzt wirklich an Details erinnern kann.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Im Ergebnisprotokoll der Besprechung vom 11. April 2003 steht unter Punkt 3 „Rahmenvertrag“. – Was kann man sich unter einem **Rahmenvertrag** vorstellen?

**Dr. Heinz Traumüller:** Sie beziehen sich jetzt auf mein Ergebnisprotokoll?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist das Ergebnisprotokoll der Besprechung vom 11. April 2003. Es waren immer diese Besprechungen zwischen Landesverteidigung und Finanzministerium.

**Dr. Heinz Traumüller:** War ich da dabei?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich müsste jetzt schauen in der Teilnehmerliste.

**Dr. Heinz Traumüller:** Ich kann es aber auch checken, ich habe da eine Liste.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich werde es gleich haben. Da hat es eine ganze Reihe von so genannten **Fortschrittsgesprächen** gegeben.

**Dr. Heinz Traumüller:** Sekunde! (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*) – Ich checke das gerade an Hand meiner Liste, ob ich dabei gewesen bin.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es ist nämlich durchaus möglich, dass Sie ...

**Dr. Heinz Traumüller:** Ja, da war ich sogar dabei.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Beim Ergebnisprotokoll vom 11. April? Und da wird erklärt: Rahmenvertrag. Teile der Leistungen werden aus dem Liefervertrag herausgenommen und in einen Rahmenvertrag übergeführt.

Können Sie mir erklären: Was ist der **Liefervertrag** und was ist der **Rahmenvertrag**?

**Dr. Heinz Traumüller:** Das ist eine Terminologie des Heeres. Sprechen Sie jetzt vom Heeresprotokoll?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist das Heeresprotokoll, denn es gibt im Finanzministerium kein Protokoll.

**Dr. Heinz Traumüller:** Teile des Vertrages ... – Lesen Sie mir das noch einmal vor.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Teile der Leistungen werden aus dem Liefervertrag herausgenommen und in einen Rahmenvertrag überführt.

**Dr. Heinz Traumüller:** Nein. Also das kann ich in der Form kaum kommentieren. Für mich war klar, Leistungen sind eben solche, die die Firma Eurofighter GmbH gegenüber der Republik aus dem Vertrag selbst erbringt, und der Rest sind die von Ihnen erwähnten Systemkosten, die unabhängig davon im Heer entstehen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Schauen Sie, da gibt es eine Sitzung, an der Sie teilgenommen haben, da waren auch Hillingrathner, Tomasch und die üblichen Herren Spinka, Wolf, Katter, Wall und so weiter vom Bundesministerium für Landesverteidigung. – Haben Sie dieses Protokoll aus der Landesverteidigung?

**Dr. Heinz Traumüller:** Nein, wurde mir nie zugemittelt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann lege ich es Ihnen lieber vor, dann können Sie das selbst auch lesen. Ich lese nur kurz vor:

Drittens: Rahmenvertrag BMLV. Teile der Leistungen werden aus dem Liefervertrag herausgenommen und in einen Rahmenvertrag übergeführt. Das betrifft einerseits die Optionen, mit Ausnahme der Integrationsvorsorgen für das Helmvisier, und andererseits einzelne Vertragspositionen aus dem Logistikpaket. – Und dann kommt eine Aufzählung der Positionen. Die zwei Verträge werden zur selben Zeit unterschrieben.

Mir ist nämlich nicht klar aus dem Ganzen heraus: Ist das die Geschichte mit Vertrag 1 und Vertrag 2?

**Dr. Heinz Traumüller:** Ich kann es, wie gesagt, nicht endgültig interpretieren, weil mir diese Terminologie fremd ist. Für mich war immer klar: Wir machen zwei Verträge, beide haben mit Leistungen der Eurofighter GmbH zu tun, und der Rest sind Systemkosten, die haben damit nichts zu tun.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und wann ist entschieden worden, die Verträge zu teilen? Wissen Sie das noch?

**Dr. Heinz Traumüller:** Nein, aber ich glaube, das war ziemlich schnell eine Idee. Noch einmal: Es war Teil meiner Strategie, die ja nicht zuletzt dazu gedacht war, das BMLV in die Zahlerrolle, jedenfalls was V 2 betrifft, zu drängen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Am 17. April informiert Ministerialrat Wall, dass der Vertrag im Wesentlichen so bleiben soll, wie er bereits ausverhandelt ist. Und dann kommt die Neuigkeit – nämlich am 17. April –: Politische Vorgabe ist jedoch, diesen Vertrag in zwei Kaufverträge zu teilen. – Das kommt zu diesem Zeitpunkt. (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Eine Woche vorher wird erklärt: Teile der Leistungen werden aus dem Liefervertrag herausgenommen und in einen Rahmenvertrag übergeführt.

Jetzt kann das ein und derselbe Vorgang sein, es kann aber auch ein anderer, von Hillingrathner geschilderter Vorgang sein, dass man Teile der Leistungen im Logistikbereich so herausnimmt, dass sie weder in V 1 noch in V 2 vorkommen – und das ist ein nicht unerheblicher Punkt.

**Dr. Heinz Traumüller:** Ich habe darüber wirklich keine Wahrnehmung. Ich kenne auch das Protokoll vom 17.4. nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das kann ich Ihnen gerne vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück überreicht.*) Das ist gleich da der Punkt 3.

**Dr. Heinz Traumüller:** Aha, das ist vertraulich, daher habe ich es wahrscheinlich auch nie gesehen. Also ich hätte sicher nicht geduldet, wie gesagt, dass Teile aus dem Liefervertrag herausgenommen werden. Was ist **Rahmenvertrag**? Das verstehe ich auch nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da tue ich mir noch schwerer als Sie, das zu beurteilen.

**Dr. Heinz Traumüller:** Aber Fakt ist: Es gibt zwei Vertragsteile, eben V 1 ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist uns bekannt. Die Frage habe ich Ihnen schon geschildert. Die können Sie nicht beantworten; da werden wir andere Herren fragen müssen.

Ein Letztes noch dazu, was mir aufgefallen ist. Wir sind ja heute schon auf Protokolle gekommen, wo Sie sagen, okay, da bin ich von der Firma Eurofighter informiert worden. Fas waren diese Protokolle, zu denen Sie der Kollege Kogler befragt hat in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Firma Eurofighter und so weiter. Sie können sich daran erinnern. Das war dieses Protokoll vom 11. April. Ich erspare mir jetzt die ganzen Wiederholungen der Zitierungen.

Meine Frage ist: Wir finden kein einziges Schriftstück, keinen einzigen Brief der Firma Eurofighter, in dem die Firma Eurofighter auf diese Probleme hinweist. Wir finden einfach nichts.

Verfügen Sie noch über irgendwelche schriftlichen Mitteilungen der Firma Eurofighter? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – War es üblich, dass die Firma Eurofighter solche wichtigen Umstände nur **mündlich** mitgeteilt hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, wie soll ich das beurteilen? Ich habe da, wie gesagt, eine zeitlich begrenzte Wahrnehmung und ich habe in der Zeit nie – ich will da keine Falschaussage machen –, aber ich kann mich in der Zeit nicht erinnern, ein einziges Schriftstück ausgetauscht zu haben. Auf der Aktenebene habe ich mich sowieso nicht bewegt. Es ist Sache der Beamten, Akten zu führen und zu dokumentieren.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber da wird selbst von Ihnen berichtet: Ursprünglich geplanter erster Liefertermin – ich wiederhole es jetzt doch – war Jänner.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ja, aber das habe ich sicherlich einer Information der Beamtenschaft entnommen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das muss aber aus dem Verteidigungsministerium gewesen sein.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Das könnte auch aus dem Finanzministerium gekommen sein; ich kann das endgültig nicht mehr beurteilen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber auch diese Information finden wir nicht in den Akten, wir finden in den Akten keine klaren Informationen, dass die Firma Eurofighter auf produktionstechnische Probleme hingewiesen hätte.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Auch ich kenne keinen solchen Akt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie schließen aus, dass die Firma Eurofighter Sie direkt darauf hingewiesen hat?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Nein, in einem Punkt wurde mir sicher gesagt, eine Lieferung im Jänner 2007 (*Abg. Mag. Kogler:2006!*) ist nicht möglich, weil man damals eben die Produktionsumstellung auf Tranche 2 hatte. Das habe ich sicher gehört.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Die Geschichte mit dem Modellwechsel. Das verstehe ich schon so weit.

Abschließende Frage dazu: Gibt es noch irgendwelche Aufzeichnungen, Unterlagen in Bezug auf diesen ganzen Komplex, über die Sie verfügen, die dem Ausschuss nicht zur Verfügung stehen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Na, ich habe schon erwähnt, dass ich die beiden kompletten Kalender der Jahre 2002 und 2003 ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ihre persönlichen Kalender ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich möchte diese nicht gerne weiterleiten, denn die sind 99,99 Prozent auch mit persönlichem Inhalt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das hat, glaube ich, keinen Sinn, das brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht – zumindest ich brauche das nicht.

Bei Ihren sonstigen Unterlagen, gibt es da Unterlagen, die möglicherweise dem Ausschuss noch **nicht** zur Verfügung stehen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Also, die letzten, die ich eruieren konnte, sind die, wie gesagt, Zwischendokumente meiner Verhandlungserfolge, die ich Ihnen heute übermittelt habe.

Darüber hinaus habe ich nach bestem Wissen und Gewissen nur Kopien von Akten des BMF, weil ich ja nicht mehr im BMF bin, also ich musste bestimmte Aktenkopien mitnehmen, aber die liegen sicherlich dem Ausschuss vor.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Dr. Traumüller, wir waren vorher dabei stehengeblieben, ob die Preise vergleichbar sind und haben die Verschiebung von V1 zu V2 besprochen. Aus den Aufzeichnungen, die auch veraktet sind, bei diesen Besprechungen der interministeriellen Arbeitsgruppe, aber auch mit EADS-Verhandlungen geht hervor, dass am 11. 4. – und ich beziehe mich immer auf die Vertragspositionen, die gleichzeitig die Nummerierung nach die Angebotspositionen in der Angebotseinholung waren –, als es begonnen hat, acht von diesen Vertragspositionen in V2 waren, am 15. 4. waren schon 28 in V2, am 17. 4. waren 29 dieser Positionen in V2, und am 24. 4. waren 37 Positionen in V2.

Sie haben mir vorher erklärt, das sind vergleichbare Stückpreise gewesen, als es darum ging, das ursprüngliche Angebot, wo die Typenentscheidung passiert ist, damit zu vergleichen, was nachher herausverhandelt wurde, also die große Erfolgsstory, die Sie hier nachgezeichnet haben, die damals im Budgetausschuss vorgerechnet wurde. Und unsere These ist, dass es diese Verschiebungen gegeben hat. Ich frage Sie jetzt, was Sie dazu sagen, dass die ursprüngliche Aufteilung von V1 in V2 ständig auch dadurch dominiert war, dass von Vertragspunkt zu Vertragsentwurfzeitpunkt Positionen – Ihren Dokumenten nach – verschoben wurden.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Herr Abgeordneter, Sie beziehen sich offensichtlich auf Dokumente des BMLV. Wenn Sie den 11. April 2003 nennen, haben Sie offenbar dasselbe Dokument im Auge, das der Herr Vorsitzende soeben erwähnt hat; ich habe die nicht. Ich weiß daher nicht, in welcher Detailliertheit das dann gespielt wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber ich frage Sie nur noch einmal zu Ihren Wahrnehmungen dazu.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe dazu, wie gesagt, keine Wahrnehmungen, weil das Heer letztendlich die Verträge gemacht hat. Mir war es wichtig, dass am Ende das Flugzeug selbst im V1 steht und natürlich alles, was aus dem allgemeinen Budget zu bezahlen ist, insgesamt dann eben im Teil 2 steht – eben die Trennung, die ich erwähnt habe, zwischen Einmalkosten und länger laufenden Aufwänden, wie Ausbildung.

Im Übrigen ist jetzt interessant, einen Stückzahlvergleich zu machen, weil Sie sagen, das ist nicht möglich auf der Basis der Finanzierungskosten, die Sie anzweifeln. Ich glaube, es wäre ein seriöser Vergleich, wenn wir einmal vom Barpreis ausgehen. (*Abg. Mag. Kogler: Ganz genau!*)

Da ich jetzt zufällig auf die Ministerratsunterlage vom 2. Juli 2002 gestoßen bin und dort einen Preis von 1,791 Milliarden € finde, der sich nach meinen Informationen eben auf einen Nettostückpreis bezogen hat: Das heißt, wir reden damals von 24 Stück netto – ohne Finanzierungskosten, ohne Abgaben, ohne Ausbildungs- und Logistikkosten –, das heißt, das, was V1 im Ende auch geworden ist. – Sind wir uns da einig auf der Basis?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, wir sind uns deshalb **nicht einig**, weil das eben die Angebots- wie Vertragspositionen 1 bis 33 beinhaltet hat und ich Ihnen jetzt vorgerechnet habe, dass am Schluss ... (*Dr. Traumüller: Aha, verstehe!*) – Um das ging es ja. Aber ich kann Sie ja sowieso nur nach Ihren Wahrnehmungen fragen.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe da keine Wahrnehmungen dazu, weil es, wie gesagt, im BMLV „gehandelt“ wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, dann darf ich jedenfalls noch am Schluss festhalten, auch fürs Protokoll, dass die Vergleichsposition 1 in dem letzten Angebot, das Eurofighter für 24 Einsitzer gelegt hat, 1.468 und so weiter Milliarden € betragen hat, und im Vertrag dieselbe Position 1, also die wirklich „nackten“ Flieger – da ist sonst nichts mehr dabei gewesen – 1.290 Milliarden. Das ergibt eine Erhöhung von 61 Millionen pro Stück auf 72 Millionen pro Stück. Glauben Sie uns das!

Ich frage Sie jetzt nur mehr abschließend, weil Sie das auch wieder ins Spiel bringen: Waren Sie an der Herstellung dieses Ministerratsvortrags beteiligt, weil Sie auf diese 1,79 Milliarden rekurren, die dort drinnen gestanden sind?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Bitte, das jetzt präzise: Den Ministerratsvortrag vom Juli?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** 2. Juli. Genau.

**Dr. Heinrich Traumüller:** 2002. Natürlich nicht. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ja!*) – Nein, überhaupt nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben gerade den Preis erwähnt. Ist Ihnen bekannt, dass der Preis ...

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe eine Kopie des Ministerratsvortrages.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen bekannt, dass der Preis für das, was eigentlich hätte dort stehen müssen, wesentlich zu gering ausgewiesen war?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Mir ist das nicht bekannt. (*Abg. Mag. Kogler: Nicht bekannt?*) – Nein. Wie gesagt, ich habe ja damals überhaupt noch keine Rolle im Projekt gehabt, ich habe in keinsten Weise an der Formulierung des Ministerratsvortrages ... – Und ich betone auch hier, dass ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Passt, dann machen wir hier an der Stelle Schluss. (*Obmann Dr. Pilz: Das ersparen wir uns!*)

Ich halte Ihnen nur mehr vor, dass Sie aus dem Rechnungshof-Rohbericht zitiert haben, als Sie vorher gesagt haben, dass Eurofighter zu Recht ermittelt wurde. Woher haben Sie eigentlich den Rohbericht? Haben Sie Einschau?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich bin, wie gesagt, zwischendurch weg vom BMF (*Abg. Mag. Kogler: Das hat mich noch nebenbei interessiert!*), ich weiß nicht, wann der Rechnungshofbericht wirklich gekommen ist. Meiner Unterlage nach ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie beantworten, ob Sie Einschau in den Rohbericht haben oder hatten? Das kann ja ein ganz normaler Vorgang sein.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Was meinen Sie jetzt: Einschau? Dass ich in den Rechnungshof gegangen bin und mich dort ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wenn das ein Auszug aus dem Rechnungshof-Rohbericht ist, dann müssen Sie ja Zugang zum Rechnungshof-Rohbericht gehabt haben?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich habe eine Mappe vom Bundesministerium für Finanzen erhalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Okay, gut. – Danke.

**Dr. Heinrich Traumüller:** Ich muss mich darauf verlassen, was mir da reingelegt wird.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gut, dann schau ich in die Runde, niemand meldet sich. Damit ist die Befragung von Herrn Dr. Traumüller geschlossen.

Kollegin Fekter, spät, aber doch! – Bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Stückzahlkosten sind ja – weil im Anbot waren ja noch 24 angegeben – rückgerechnet worden. Diesbezüglich hat der Rohbericht dezidiert festgestellt, dass sich der Einzelstückpreis nicht erhöht hat, sondern dass es einen Preisnachlass um rund 5,87 Prozent gab. – War Ihnen das bekannt? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Und dass durch die Stückzahlreduktion auch die Kürzung des ursprünglichen Leistungsinhaltes im Grunde genommen der Republik in keiner Weise Erhöhungen ... – Sie haben das erwähnt.

Hat sich bei Ihnen, die Sie vertragsverhandelt haben, oder im Finanzressort jemals ein Mitbewerber gemeldet, der ausgeschieden worden ist und der dann Widerspruch eingelegt hätte in Richtung, da wäre etwas nicht korrekt gelaufen?



**Dr. Heinrich Traumüller:** Wir haben gefürchtet, dass es da Schadenersatzforderungen gibt und dergleichen. – Sind mir aber nie zur Kenntnis gelangt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, auch die Mitbewerber haben letztendlich das Ergebnis der Bewertungskommission und der Typenentscheidung zur Kenntnis genommen?

**Dr. Heinrich Traumüller:** So scheint es. (*Abg. Dr. Fekter: Danke!*) – Darf ich an dieser Stelle dem Ausschuss eine Information noch geben, die ich meiner Mappe auch entnehme und die sich eben auf die Stückzahlen bezieht: Das ist vom 3. Juli 2003 und gibt die Finanzierungskosten für ein Stück Eurofighter folgendermaßen an: ohne Finanzierungskosten 62,9 Millionen €, mit Finanzierungskosten 73,89 Millionen €.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich habe noch eine Frage. Hat das Finanzressort Berechnungen angestellt, ob bei den Mitbewerbern durch die Stückzahlreduktion ein Bietersturz eingetreten wäre?

**Dr. Heinrich Traumüller:** Die Reduktion der Stückzahlen hat sich ja, ich glaube, im August 2002 abgespielt. Das war vor meiner Zeit. Darüber habe ich keine Wahrnehmung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Damit ist die Befragung jetzt endgültig geschlossen. Herzlichen Dank fürs Kommen und die Auskünfte! Auf Wiedersehen!

(*Die Auskunftsperson Dr. Traumüller verlässt den Sitzungssaal.*)

14.11

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich gebe nun Folgendes bekannt – ich habe mir in der Zwischenzeit das Protokoll kommen lassen und lese daraus vor. (*Abg. Dr. Fekter: Protokoll von wann?*) – Vom 1. März, von der heutigen Sitzung, wie es ersucht worden ist. Da das Ganze öffentlich besprochen worden ist, werde ich auch den Rest jetzt öffentlich erledigen. Ich zitiere:

Kräuter: „... wir werden dann bei der Bewertung der Aussagen von Herrn Rauen das zu werten wissen, dass eben jetzt Herr Rauen von einem Brief spricht, der an Herrn Hillingrathner ergangen ist, von ihm registriert wurde, jetzt auf einmal auftischt – ich glaube, das kann man an dieser Stelle so nennen –, dass dieser Brief gar nicht abgeschickt worden wäre. Und ich denke mir, dass gerade dann im Vorfeld (*Abg. Dr. Fekter: Haben Sie einen Beweis dafür? Hillingrathner hat alles registriert und veraktet! Wenn er ihn hätte, hätte er das festgehalten! Sogar bei sich zu Hause!*), wenn es um so wichtige Dinge wie Schriftverkehr geht zwischen EADS und dem Ministerium und klar ist, dass dieser Brief im Ministerium eingelangt ist, und Herr Rauen zwei verschiedene Varianten auftischt und in einer weiteren heißt es, überhaupt nicht abgeschickt, dann spricht das wirklich für sich. (*Rufe und Gegenrufe zwischen den Abgeordneten Dr. Fekter und Mag. Stadler.*)“

Ich zitiere weiter aus dem Protokoll der heutigen Sitzung von ca. 9.40 Uhr:

„Darf ich den Herrn Vorsitzenden bitten, dass er mir die Zeit anrechnet, die dieser Disput in Anspruch nimmt? (*Obmann Dr. Pilz: Bitte!*)

Ich würde gerne fortsetzen, allerdings hat sich ein Disput entwickelt. Es geht um die bedeutende Frage, um das eben Nicht-abgeschickt-Sein eines Briefes und um die Tatsache, dass uns Rauen hier gestern die glatte Unwahrheit aufgetischt hat, und da

hat sich ein Disput entwickelt zwischen der Kollegin Fekter und dem Kollegen Stadler, wobei natürlich Kollege Stadler meine Sympathien hat.“ – Zitatende.

Sonst ist mir seitens der Protokollführung eigentlich nichts Einschlägiges vorgelegt worden. Den Satz, dass Kollege Stadler natürlicherweise die Sympathien des Kollegen Kräuter hat, ist eine Frage der politischen Bewertung. Dazu möchte ich jetzt nichts sagen.

Zum Punkt, dass Kollege Kräuter erklärt hat, Herr Rauen habe die glatte Unwahrheit aufgetischt, stelle ich fest, dass nicht der Begriff „Lüge“ verwendet worden ist. Da gibt es eine Praxis in diesem Haus: „Lüge“ wäre, auch wenn das nicht meine persönliche Ansicht ist, zumindest Grund für einen Ordnungsruf gewesen.

Von einem Vorwurf der falschen Zeugenaussage oder der falschen Beweisaussage finde ich in dem mir vorgelegten Teil des Protokoll nichts. (*Abg. Dr. Fekter: Na sicher!*) – Das, was daraus interpretiert wird: Kollege Kräuter stellt fest, seine Meinung ist, dass Herr Rauen die glatte Unwahrheit aufgetischt hat. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist eine Unterstellung der falschen Zeugenaussage! – Abg. Mag. Stadler: Aber wo!*)

Das ist es noch nicht, weil noch keine Absicht unterstellt wird und das Deliktbild da mit Sicherheit **nicht** erfüllt ist. Das ist ein harter Vorwurf, aber dieser Vorwurf bewegt sich durchaus im Rahmen des Üblichen in diesem Hause. (*Abg. Dr. Fekter: Mit Sicherheit ist das schon eine Verleumdung! Herr Kollege Pilz! Ich möchte mich zu Wort melden!*) – Bitte, Frau Kollegin Fekter.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich zitiere aus dem Protokoll vom 21. Dezember 2006. Dort gibt Dr. Steger betreffend den Brief vom 13. Juni bekannt – ich zitiere –:

„Dieser zusätzliche Brief ist, glaube ich, vom 13. Juni, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe den auch nie gesehen. Ich weiß nicht, ob der noch existiert, ob der jemals aufgetaucht ist. Der dürfte – wenn ich das richtig interpretiere, was Kollege Hillingrathner da geschrieben hat – gar nie in die Verwaltung gekommen sein. Ich kenne den nicht.“

Am 25. Jänner, als Steger wieder hier war, ist ihm dies wieder vorgehalten worden. Und er hat es wiederholt. (*Obmann Dr. Pilz: Kollegin Fekter, bitte!*) – Das heißt, es ist dieser Brief nie in die Verwaltung gelangt und keiner hat ihn gekannt. (*Obmann Dr. Pilz: Das ist ein Irrtum!*) Daher kann Kräuter der Auskunftsperson Rauen nicht unterstellen, die **Unwahrheit** gesagt zu haben. Er soll diese Verleumdung zurücknehmen oder einen Beweis vorbringen (*Obmann Dr. Pilz: So, Kollegin Fekter, es reicht jetzt langsam!*), warum er zu der Erkenntnis kommt, Rauen hätte eine Falschaussage gemacht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich stelle jetzt ein paar Sachen in aller Ruhe fest, denn bis jetzt hat es mit der Ruhe ganz gut funktioniert.

Erstens. Wir haben jetzt nicht darüber zu befinden, ob der Vorwurf oder die Wertung des Kollegen Kräuter, es habe jemand die Unwahrheit gesagt oder nicht, den Tatsachen entspricht. Das wird uns später beschäftigen, aber mit Sicherheit **nicht jetzt**. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist doch ungeheuerlich, wenn man Verleumdungen in den Raum stellt in der öffentlichen Sitzung!*)

Ich halte es auch nicht für geschickt und für angebracht, über abwesende Auskunftspersonen jetzt in öffentlicher Sitzung diese Wertungen durchzuführen und würde darum ersuchen, das in Zukunft zu unterlassen! Das hilft uns überhaupt nichts! (*Abg. Dr. Fekter: Der Kräuter ist ein Verleumder!*) Es wäre besser – das gilt nicht nur

für den Kollegen Kräuter –, das in laufender öffentlicher Sitzung, speziell in Abwesenheit dieser Personen, zu unterlassen.

Für die Wiederholung des Ausdrucks „Verleumdung“ erteile ich Kollegin Fekter einen weiteren **Ordnungsruf**, da ich diesen Ausdruck in diesem Ausschuss mit Sicherheit **nicht** dulden werde! (*Abg. Dr. Fekter: Aber es entspricht den Tatsachen!*)

Kollegin Fekter, wir werden das dann ohnehin in der Bewertung zu prüfen haben. (*Abg. Dr. Fekter: Bis dahin darf der Kräuter so vorgehen, Zeugen die Unwahrheit zu unterstellen, ohne dass es ... wird, in der öffentlichen Sitzung?!*)

Bis dahin soll er das möglichst in laufender öffentlicher Sitzung auch nicht sagen. Ich habe mich deutlich genug dazu geäußert – und werde es nicht deutlicher tun. Damit hat sich für mich die Sache erledigt.

Herr Ministerialrat Wall, der die nächste Auskunftsperson ist, hat angekündigt, dass er uns ab 15 Uhr zur Verfügung steht. Ich glaube, der damalige Kabinettschef Winkler ist uns als Zeuge zu wichtig, als dass wir sagen, jetzt schieben wir ihn schnell ein. Deswegen schlage ich mit Ihrem Einverständnis vor, die Sitzung bis 15 Uhr zu unterbrechen, dann mit Herrn Ministerialrat Wall fortzufahren und sodann in der Liste der Auskunftspersonen weiter vorzugehen.

Ich **unterbreche** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 14.18 Uhr **unterbrochen** und um 15.45 Uhr **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

15.45

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 15.45 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Edwin Wall** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Mag. Wall** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Edwin Wall** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Mag. Edwin Wall:** Mein Name: Edwin Wall; geboren am 13.7.1946; Beruf: Beamter; wohnhaft: 3420 Kritzensdorf.

**Obmann Dr. Peter Pilz** weist Mag. Wall als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe, dass seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Landesverteidigung, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und das Ministerium den Ausschuss auf die Wahrung der Vertraulichkeit bei allem, was als „geheim“ oder „NATO restricted“ klassifiziert sei oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis umfasse, aufmerksam gemacht habe. – Das habe der Ausschuss auch bisher immer berücksichtigt.

Der Obmann erinnert Mag. Wall an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Im Falle, dass konkret einer dieser Gründe bei einer Frage schlagend werden sollte, möge sich Herr Mag. Wall an den Verfahrensanwalt oder an den Obmann wenden, und man werde die weitere Vorgangsweise besprechen.

Sollte es notwendig sein oder sollte es der Ausschuss für notwendig befinden, Herrn Mag. Wall zu Themen, die das Verteidigungsministerium in seinem Schreiben dem Ausschuss mitgeteilt habe, befragen zu wollen, dann werde der Ausschuss mit Mehrheit über die Herstellung der Vertraulichkeit befinden.

Der Obmann weist Mag. Wall auf das ihm nach der Verfahrensordnung zukommende Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was Mag. Wall **bejaht**.

**Mag. Edwin Wall (Bundesministerium für Landesverteidigung):** Grüß Gott, Herr Vorsitzender! Grüß Gott, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst einmal sehr höflich für meine Verspätung entschuldigen. Ich bin direkt von Linz gekommen – es war mir nicht früher möglich, ich bin so schnell wie möglich hierher gekommen. – Danke für Ihr Verständnis!

Nun zu meinen Ausführungen.

Die Zuständigkeiten der Einkaufsabteilung respektive kaufmännischen Abteilung in der Phase der Vertragserrichtung bis zum Vertragsabschluss gemäß jeweils geltender Geschäftseinteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung:

Die Typenentscheidung fiel am 02. Juli 2002. Der Vertragsverhandlungsbeginn war der 29. Juli 2002. Am 01. Juli 2003 war die Vertragsunterzeichnung, und am 22. August 2003 ist der Vertrag in Rechtskraft erwachsen.

Im Zuge der Vertragsverhandlungen gab es zwei einschneidende Ereignisse. Eines davon war eine Organisationsänderung im BMLV im Dezember 2002. Hier wurde aus der Einkaufsabteilung, die aus 20 Personen bestand, die kaufmännische Abteilung mit nunmehr 40 Personen. Außerdem gab es einen Regierungswechsel.

Es ergeben sich nach der Diktion der kaufmännischen Abteilung nunmehr drei Teile für die Vertragsverhandlungen: der Teil 1 bis September 2002; der Teil 2 mit Beginn April 2003, genauso die BMF-Verhandlungen mit Eurofighter bis Juni 2003; und der Teil 3: endgültiger Vertrag im Juli 2003.

Im Verfahren stehen wir nunmehr, nachdem es eine freihändige Vergabe im Wettbewerb gemäß ÖNORM A 2050/1957 war und ein zweistufiges Verfahren, in der zweiten Stufe. Das Ziel der zweiten Stufe war es, mit dem ermittelten Bestbieter einen für die Republik Österreich günstigen Vertrag zu verhandeln und abzuschließen.

Ich möchte nun die Darstellung der allgemeinen Vorgangsweise für die Vertragsverhandlungen, wie sie sich abgespielt haben, kurz schildern. Die Vertragsverhandlungen erfolgten durch ein Vertragsverhandlungsteam. Dieses bestand aus der Verhandlungsleitung sowie aus vier Unterteams, die sich gliederten in Operation, Technik, Logistik und Kommerz. Eingebunden waren hiezu von außerhalb noch das Bundesministerium für Finanzen und die Finanzprokurator. Dieser Teamstruktur im Bundesministerium für Landesverteidigung stand spiegelbildlich die gleiche Struktur bei Eurofighter gegenüber.

Es wurden im Rahmen dieser Verhandlungen Vertragsrunden und Vertragsblöcke gebildet. Es gab drei Verhandlungsrunden. Die erste Runde: Erarbeitung der Leistung und der Text des Vertrages. Die zweite Runde: Erarbeitung des Mengengerüsts und des Lieferplans, und die dritte Runde: die Zahlungsbestimmungen und der Preis.

Zum strukturellen Standardverlauf dieser Verhandlungen, wie sie sich abgespielt haben. – Es gab Verhandlungstage. Nach jedem Tag gab es interne Board Meetings, einmal getrennt in ein internes und dann für die Eurofighter ein getrenntes. Nach diesen getrennten Board Meetings gab es jeden Tag ein gemeinsames Board Meeting sowohl vom Verhandlungsteam des Bundesministeriums für Landesverteidigung als auch mit dem Eurofighter-Team. Und es gab für jeden Tag ein Tagesprotokoll jedes Teamleiters.

Weiters gab es im Teil 1 der Vertragsverhandlungen so genannte Managementinformations-Meetings für die höhere Ebene. Diese waren zugänglich für Gruppenleiter, Sektionsleiter, Kabinett, Bundesministerium für Finanzen. Dort standen sowohl der Verhandlungsleiter als auch die einzelnen Teamleiter der höheren Ebene, für Informationen zur Verfügung.

Nun zurück zum 29. Juli 2002, zum Beginn der Verhandlungen.

Teil 1: An sich war ein normaler Verhandlungsablauf programmiert. Jedoch war durch den Ablauf des Angebotes am 30. Oktober das Ziel, bis dorthin diesen Vertrag zu arbeiten und einen unterschriftsreifen Entwurf zu präsentieren. Es bestand also ein gewisser Zeitdruck, und wir versuchten das dadurch zu lösen, dass die Teams parallel arbeiteten. Es hatten daher die Teamleiter sozusagen Gestaltungsfreiheit in den einzelnen Untergruppen, die gebildet wurden, und der Verhandlungsleiter wurde nur gerufen, wenn es Schwierigkeiten gab.

In dieser Verhandlungsphase erfolgte im August 2002 die Senkung von 24 Stück auf 18 Stück.

Dann kam es zu einem Regierungsrücktritt. Es wurde das Ende der Vertragsverhandlungen angeordnet, und das Ergebnis wurde am 20. September 2002, wie wir gesagt haben, „gesichert“, das heißt also: eingefroren. Ein beurteilungsmäßig fast fertiger Vertrag, aber ein Entwurf. Die offenen Punkte waren damals noch Haftung, Finanzierung, Zahlungsbestimmungen sowie Preis.

Es gab dann keine weiteren Verhandlungsaktivitäten, ausgenommen zwei Angebotsverlängerungen bei Eurofighter GmbH. Da das Angebot am 30. Oktober abgelaufen ist, am 12. Oktober die Verhandlungen weisungsgemäß eingestellt wurden, wurden zwei Verlängerungen bis zum 01. Juli 2003 durchgeführt. Das heißt, von Oktober 2001 bis Juli 2003 lief somit die Phase des Angebotes.

Zum Teil 2: Beginn im April 2003. Es erfolgte hier eine Trennung des Vertrages in V 1 und V 2 sowie die Übernahme der Vertragsverhandlungen federführend durch das Bundesministerium für Finanzen für die noch offenen Punkte.

Teil 3 der Vertragsverhandlungen: Übergabe des Ergebnisses des Bundesministeriums für Finanzen im Juni 2003 zur Integration in den Vertrag. Die einzelnen Vertragsverhandlungsteamleiter bestätigen, dass kein Forderungsverzicht eingetreten ist durch die Vertragsverhandlungen in Bezug auf das Angebot, schriftlich, weil sie ja für ihre Verhandlungen gewisse Freiheiten hatten.

Die Vertragsunterschrift erfolgte am 01. Juli 2003. Gleichzeitig wurde auch die Gegengeschäftsvereinbarung unterzeichnet. Der Vertrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung hatte aufschiebende Wirkung, bis das Finanzierungsgesetz in Kraft getreten ist. Das war dann der 22. August 2003.

Dies war ein struktureller Überblick, was sich zugetragen hat in Bezug auf den Themenbereich Vertragerrichtung, Vertragsverhandlung, Vertragsabschluss. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mag. Wall, ich möchte mich gleich den Verhaltensregeln annähern. Sie haben bestimmt in den Medien auch verfolgt, wie wichtig diese Frage in den letzten Tagen oder Wochen geworden ist, und ich möchte da gleich ein paar konkrete Fragen anknüpfen.

Es hat ja zwei Varianten gegeben: einmal **mit** dem bekannten Punkt 4 und einmal **ohne** den Punkt 4. – Sie wissen, was ich meine?

**Mag. Edwin Wall:** Ja, das weiß ich.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Die erste Variante **mit** dem Punkt 4 ist im Jänner 2002 entstanden. Können Sie sagen, wer das eigentlich entwickelt hat?

**Mag. Edwin Wall:** Die so genannte Variante mit dem Punkt 4 ist da im Angebot. Im Angebot von EF stand: ... diese Verhaltensregeln betreffend der Geschäftstätigkeit, mit dem Punkt 4.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wie ist es dann im September 2002 – korrigieren Sie mich, wenn ich das Datum nicht richtig nenne – zu einer Variante **ohne** diesen Punkt 4 gekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Dazu kann man sagen, dass es bis zum Ende der Vertragsverhandlungen eine Vielzahl von Alternativen und Varianten in vielen verschiedenen Punkten es gegeben hat. Gültig ist jedoch die Variante, die am Schluss unterschrieben wurde. Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, wie es zu den einzelnen auch noch in anderen Punkten dieser Varianten kam. Tatsache ist jedoch, dass in den Vertrag, der unterschrieben wurde, der Punkt 4 hineinkam, und zwar nach Rücksprache mit der Finanzprokurator, die festgestellt hat, dass das eine durchaus gängige Klausel ist und Eurofighter glaubhaft gemacht hat, dass man das Risiko in Bezug auf den Punkt 3, Gegengeschäfte, mit den unzähligen Partnern über 15 Jahre nicht tragen kann. (*Abg. Dr. Kräuter: So weit war ich noch gar nicht!*)

Die Finanzprokurator hat das als angemessen betrachtet. Daraufhin habe ich das Bundesministerium für Finanzen informiert, das diese Verhaltensregeln in die Angebotseinholung hinein reklamiert hat, und das Finanzministerium hat Verständnis dafür gezeigt. Und dann ist diese Vertragsklausel in den Vertrag hineingekommen. So war die Geschichte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie sind jetzt davon geeilt. So weit wollte ich überhaupt nicht. (*Mag. Wall: Ich entschuldige mich!*) Ich bin ja jetzt noch immer im September 2002. Und es ist ja nichts Unwesentliches, darum möchte ich bei dem Punkt noch ein bisschen verbleiben.

Diese Variante im September 2002 wäre ja ungleich günstiger gewesen – ich glaube, das ist ja wohl unbestritten aus Sicht der Republik – die Variante ohne den Punkt 4? Ich glaube, das ist klar. – Wäre das Ihrer Meinung nach günstiger gewesen ohne Punkt 4?

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann über diese Variante nicht befinden. Sie sind ja nicht Gegenstand des Vertrages geworden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Na ja, immerhin ist sie ja unterschrieben von Ihrem Vertragspartner vorgelegen, und Herr Rauen hat gemeint – und da wollte ich Sie fragen, wie plausibel das ist –, es mag andere Bereiche gegeben haben in dem Verhandlungsprozess, und man hat das dann halt abgewogen, und dann ist das wieder dazugekommen. Also, ich glaube, Sie können jetzt nicht einfach sagen, es ist dann etwas Endgültiges im Vertrag gestanden, und die Variante ohne den Punkt 4 im September 2002 ist ohne irgendeinen Hintergrund entstanden?

**Mag. Edwin Wall:** Über diese Variante wurde bis gegen Ende des Vertrages nicht verhandelt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich möchte gerne wissen, wie es dazu gekommen ist, und wann ist Ihnen die erstmals vorgelegen? Die müssen Sie ja einmal gesehen haben?

**Mag. Edwin Wall:** Das sind erarbeitete Entwürfe, in die Sachen hineinkommen oder nicht hineinkommen, die zum jeweiligen Stand eingefroren wurden. Und im September wurde der Punkt 4 **nicht** hineingenommen – aus welchen Gründen, das kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie haben ja einmal diese nicht unwesentliche Unterscheidung vor sich gehabt, irgendwann, dieses eine Exemplar und dieses andere? Wann war denn für Sie dieser Zeitpunkt?

**Mag. Edwin Wall:** Bei uns ist in zwei Entwürfen, in dem Entwurf **September** und im Entwurf **April**, der Punkt 4 drinnen gewesen. Dann, habe ich gesagt, hat es von Eurofighter wieder Drängen gegeben, dass der Punkt 4 hineinkommt. Dann wurde mit der Finanzprokuratur das besprochen, und die hat diesen Punkt als angemessen beurteilt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Moment, darf ich da einhaken: Sie haben gesagt, auf Drängen von EADS ist dann der Punkt wieder hineingekommen.

**Mag. Edwin Wall:** Er war von EADS im Angebot. Er wurde dann bei zwei Entwürfen nicht berücksichtigt ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Warum? Das wollte ich eben jetzt fragen?

**Mag. Edwin Wall:** Da habe ich gesagt, da kann ich mich nicht erinnern, warum er nicht berücksichtigt wurde. Es sind Punkte hineingekommen und Punkte nicht. Das war ein **Entwurf**, bitte!

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Es war ja unterschrieben von EADS, eine Variante ohne den Punkt 4?

**Mag. Edwin Wall:** Ja, der Punkt wurde abgesichert von EADS.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und ich frage: Wie ist das entstanden? Warum ist das wieder hineingekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Das jeweilige Ende dieser Vertragsverhandlungen im September und im April wurden gestoppt. Und da kam das hinein, was zu diesem Zeitpunkt drinnen stand. Es wurde auch zum Beispiel nicht verhandelt, wie ich vorher ausgeführt habe, über den Preis, über die Zahlungsbestimmungen, über die Haftung, und dieser Punkt war auch so ein Punkt, über den nicht gesprochen wurde.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Aber Sie haben jetzt ja auf einmal ein „Ass“ vor sich liegen gehabt, nämlich eine für die Republik Österreich viel günstigere Variante, ohne diesen Punkt 4. Und dann muss ja irgendetwas passiert sein.

Haben Sie dann ohne irgendeine Regung das wieder akzeptiert? Wenn man einmal etwas Positives hat in so einem Verhandlungsablauf, und eine immerhin vom Anbieter unterschriebene Variante ohne den Punkt 4, dann wird man doch nicht, ohne sich zur Wehr zu setzen oder etwas anderes auszuverhandeln, einfach das Schlechtere akzeptieren?

**Mag. Edwin Wall:** Natürlich, Sie haben jetzt ganz richtig betont: Das ist dann im Zuge der Verhandlungen, wenn man es so sagt, wieder wegverhandelt worden. Ich habe erklärt, wie das zustande gekommen ist.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Mit welchen Argumenten wegverhandelt? Das wollte ich wissen. Mit welchen Argumenten und mit welchen Gegengewichten in diesem Verhandlungsprozess?

**Mag. Edwin Wall:** Mit den Argumenten, dass Eurofighter der Finanzprokurator und dem Finanzministerium glaubhaft machen konnte, dass sie diese Klausel nicht unterschreiben können, denn sie ist ein unabwägbares Risiko für die Gegengeschäfte mit vielen Firmen über 15 Jahre. Das war das Argument. Diesem Argument hat sich die Finanzprokurator als Anwalt der Republik angeschlossen. Ich als Verhandlungsleiter habe das Bundesministerium für Finanzen als Hüter dieser Vertragsverhaltensregeln – die haben das ja hinein reklamiert – informiert, und das Finanzministerium hat Verständnis dazu geäußert. Und dann ist dieser Punkt 4 hineingekommen. Das ist die Geschichte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Warum hat es eine Phase gegeben, wo gerade der Anbieter auf die für ihn günstige Klausel verzichtet hat?

**Mag. Edwin Wall:** In diesen Phasen der Vertragsverhandlung, habe ich erklärt, wurde über Punkte diskutiert und über Punkte nicht, und dieser Punkt 4 – nicht hinein und doch hinein – ist nicht diskutiert worden. Er wurde in diese Entwürfe hineingenommen und dann erst diskutiert.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Da werden sicher Kollegen noch nachfragen oder ich dann später.

Wenn ich jetzt das Wort **Bieter** oder **Bieterseite** in diesem Bereich hernehme: Wer ist da mit „Bieter“ gemeint? Ich frage das aus ganz bestimmten Gründen.

**Mag. Edwin Wall:** Mit Bieter ist die Eurofighter GmbH gemeint.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Die Eurofighter GmbH. Und das ist, glaube ich, ja allen Beteiligten immer klar gewesen, oder?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist allen Beteiligten klar. Es gab für uns nur die Eurofighter GmbH – und sonst niemanden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das heißt, es ist zum Beispiel Herrn Aloysius Rauen selbstverständlich auch klar, dass da nur die Flugzeuge GmbH gemeint sein kann?

**Mag. Edwin Wall:** Das hoffe ich.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Dann füge ich da schon hinzu: Herr Rauen hat gesagt, das weiß er nicht, er ist kein Jurist und kann das nicht beurteilen. Das ist ja, glaube ich, sehr interessant in diesem Zusammenhang.

Es ist klar – und Herr Traumüller hat das auch wie aus der Pistole geschossen gesagt –, natürlich, es ist allen klar, nur Herr Aloysius Rauen hat hier erklärt, er ist kein Jurist, und darum wisse er das nicht. Das wollte ich da nur einmal festhalten.

Jetzt konstruieren wir einen kleinen Fall im Zusammenhang mit diesem Punkt 4, Herr Mag. Wall. Jetzt nehmen wir uns einmal folgenden Geldfluss vor: Also EADS bezahlt an Herrn Steininger ein Honorar – davon ist auszugehen –, der Herr Steininger an die Firma „100 % Communications“ von Rumpold, die haben wieder eine Subfirma, die heißt „Media Connection“, und die ist dann wieder mit einer Partei in engem Zusammenhang.

Wie würden Sie diesen Fluss beurteilen im Zusammenhang mit dem Punkt 4 der Klausel?



**Mag. Edwin Wall:** Ich kenne das nicht. Ich kenne das nur aus der Presse und werde mich hüten, hier Beurteilungen über Pressemeldungen abzugeben.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das ist ja keine Pressemeldung, sondern ein Vorhalt von mir, eine Konstruktion, wenn Sie so wollen, die der Realität entspricht, denn alles, was ich gesagt habe, sind ja Fakten, die mittlerweile klar und unbestritten sind. Die beruhen ja auf Aussagen von Auskunftspersonen.

Also: EADS, Steininger, „100 % Ccommunications“, „Media Connection“ – würden Sie diesen Vorgang unterordnen unter den Punkt 4, oder wie muss man sich das vorstellen? Sie haben ja den Vertrag letztlich unterschrieben.

**Mag. Edwin Wall:** Ich kenne diese Flüsse nicht, und ich kenne sie nur aus der Presse. Ich kann das wirklich nicht beurteilen. Ich bin auch nicht dazu da, Verträge mit irgendjemand anderem zu beurteilen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie haben ja diesen Vertrag mit dieser Klausel unterschrieben, und es ist ja nicht so weit hergeholt, Sie jetzt in einem konkreten Fall, der ja, wie gesagt, nachgewiesen ist durch Aussagen von Auskunftspersonen im Ausschuss, nach der Bewertung zu befragen, ob da die Klausel jetzt schlagend wird oder nicht?

**Mag. Edwin Wall:** Ich bin zur rechtlichen Beurteilung nicht vorgesehen. Hier hat mir auch der Verfahrensanwalt gesagt ... – Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Ich habe am Anfang gesagt, diese Klausel der Geschäftstätigkeit ist vom Bundesministerium für Finanzen hineingekommen. Wenn es hier Beurteilungen gibt, was da darunterfällt, dann fragen Sie bitte das Bundesministerium für Finanzen. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat diese Klausel **nicht** hineingenommen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, aber Sie als Gesamtunterzeichner – ich frage das jetzt nicht noch einmal nach –, Sie als Gesamtunterzeichner müssen sich schon Fragen zu ganz essentiellen Bestandteilen dieses Vertrages, den Sie unterzeichnen, gefallen lassen.

**Mag. Edwin Wall:** Richtig, und deswegen habe ich auch die Finanzprokurator beigezogen und das Bundesministerium für Finanzen, das der Hüter dieser Klausel ist, informiert – und dann, nach Zustimmung und Verständnis dafür, ist sie hineingekommen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, aber nachdem Sie Ihre Unterschrift darunter setzen, muss es ja möglich sein, Sie nach dieser Klausel und Konsequenzen zu befragen, die noch dazu einen vollkommen realen und insofern ja gar nicht konstruierten, sondern tatsächlich abgelaufenen Vorgang beinhalten?

**Mag. Edwin Wall:** Richtig, und ich habe das unterschrieben, nachdem die Finanzprokurator, der Anwalt des Bundes, gesagt hatte: Jawohl, das ist eine angemessene Klausel!, das Bundesministerium für Finanzen, als Hüter dieser Klausel, Verständnis gezeigt hat: jawohl. (*Abg. Dr. Jarolim: Es gab ja schon die Zustimmung zu der alten! Ich glaube, das ist das, was der Kollege Sie schon dreimal fragte!*) – Sie müssen verstehen, im Zuge der Vertragsverhandlungen taucht einmal dieser Punkt, einmal jener Punkt auf, es ist schon etwas ausverhandelt, dann wird es wieder verhandelt. Ich habe am Anfang gesagt, das waren ganz normale Vertragsverhandlungen, und bei Vertragsverhandlungen können Sie am Schluss vor der Unterschrift nochmals vor einem Punkt stehen, wenn der Vertragspartner sagt, ich unterschreibe das nicht, dass wiederum verhandelt werden muss. Das waren ganz normale Verhandlungen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mag. Wall, die formale Hülle ist klar; die haben Sie uns dargestellt im Eingangsstatement. Jetzt geht es ja nicht mehr um die Hülle, sondern um das, was drinnen ist. Und wenn man einen Vertrag unterschreibt, muss man bei essentiellen Punkten wissen, was das dann bedeutet. Ob das jetzt gelobt wird oder nicht von irgendjemand anderem, Finanzprokurator hin oder her, das ist ja alles nicht der Punkt.

Tatsache ist, dass dieser Punkt 4, der ursprünglich im Angebot drinnen war, dann zwischenzeitlich nicht, dann wieder, durchaus bedeutsam ist. Wenn man jetzt zu einem Vorgang, der tatsächlich stattgefunden hat, den Vertragsunterzeichner fragt, wie er ihn bewertet, hätte ich mir eine Antwort erwartet. (*Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.*)

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann da nur auf den Verfahrensanwalt hinweisen, der sagt, dass ich dazu keine Antwort abzugeben habe.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Zu einer ganz anderen Sache. Herr Spinka hat zur Teilnahme von EADS am Verfahren erklärt – ich zitiere aus einer APA-Meldung vom Ausschuss –, Eurofighter habe sich mit Beginn der Phase der Anbotseinholung ab 10. Oktober 2001 von sich aus schriftlich im Verteidigungsministerium gemeldet. – Können Sie das bestätigen?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das kann ich nicht bestätigen. Ich weiß nichts davon.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Kennen Sie Herrn Dipl.-Ing. Kurt Wiederwohl?

**Mag. Edwin Wall:** Ja, das habe ich schon beim letzten Mal gesagt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie das bestätigen, dass Herr Wiederwohl EADS mitgeteilt hat, dass bei Ihnen Ausschreibungsunterlagen abgeholt werden können?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Wiederwohl hat uns einen Brief geschrieben, dass ein gewisser Herr – den Namen weiß ich jetzt nicht mehr – die Angebotsunterlagen abholen wird.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie haben am 26. Februar 2003 ein Schreiben bekommen von SAAB Aerospace, vom Herrn Krüger und Herrn Ramer (*phonetisch!*). Können Sie sich an das erinnern, oder soll ich Ihnen den kurz zeigen?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Es gab zwei Schreiben von SAAB zu diesem Zeitpunkt, einmal Februar, einmal Mai, und das waren unverlangte Angebote des Unternehmens SAAB. Der Wettbewerb war bereits geschlossen. Im Bundesministerium für Landesverteidigung ist es bei Vergaben im Wettbewerb üblich, dass nachher eingereichte Angebote weggelegt werden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie das mit dem Bundesminister damals besprochen?

**Mag. Edwin Wall:** Dies wurde dem Kabinett mitgeteilt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Hat Sie der Herr Bundesminister informiert, dass er auch ein Schreiben bekommen hat in diesem Zusammenhang? Können Sie sich erinnern, dass der Herr Minister Platter auch ein Schreiben bekommen hat?

**Mag. Edwin Wall:** Es gab noch ein Schreiben am 15. Mai 2003, soviel ich weiß. Diese zwei Schreiben wurden beide weggelegt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das Schreiben an den Minister Platter kennen Sie auch?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn es das vom 15. Mai ist, dann ist es dieses Schreiben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, ich komme zurück auf die Erklärung von der Firma Eurofighter zu diesem **Business Code** vom 12.9.2002. – Wer hat im Wissen, dass bereits eine Erklärung der Firma Eurofighter vorlag, neuerlich eine Erklärung der Firma Eurofighter urgiert? (*Mag. Wall: Das ist richtig!*) – **Wer** hat das gemacht? **Wer** hat eine derartige Erklärung urgiert?

**Mag. Edwin Wall:** Das war im Zuge der Bewertung. Da dürfen Sie mich nicht fragen, wer das urgiert hat. Die KA hat das nicht urgiert. Es gab so ein Schreiben, das wieder gekommen ist, dass sie das unterschrieben haben. Aber das muss im Zuge der Bewertungskommission erfolgt sein, nicht von uns.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist nicht denkbar. Die Bewertungskommission ist zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr in Funktion gewesen. Ich rede vom 12. September 2002. Da gab es keine Bewertungskommission mehr.

**Mag. Edwin Wall:** Ja, das ist richtig. So ein Schreiben haben wir bekommen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wer hat bei Firma Eurofighter die Unterfertigung eines nicht ergänzten Exemplars der Business Code-Bestimmungen urgiert?

**Mag. Edwin Wall:** An das kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jedenfalls muss bei Ihnen ja eitel Wonne geherrscht haben, dass Sie jetzt auf einmal ein unterfertigtes Standardexemplar haben, das Herr Robert oder Bob Haslam und Frau Renate Wolf, diesmal sogar zwei Vertreter der Firma Eurofighter, abgezeichnet haben. Damit hätten Sie ja in Wirklichkeit endlich das geforderte Standardexemplar gehabt. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann durchaus sein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Anders gefragt: Warum haben Sie, bis dieses unterfertigte Exemplar eingelangt ist, nicht die in der Präambel dieser Erklärung angedrohte Konsequenz des Ausscheidens des Angebotes veranlasst?

**Mag. Edwin Wall:** Wieso sollte ich ein Ausscheiden des Angebotes veranlassen? Ich war nicht in der Bewertungskommission.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, da geht es jetzt gar nicht um die Bewertungskommission. Das war nicht von der Bewertungskommission.

**Mag. Edwin Wall:** Ausscheiden können Sie nur Angebote mit der Bewertungskommission, sonst nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, Sie können bis zum Schluss, bis zur Vertragsunterfertigung ein Angebot ausscheiden!

**Mag. Edwin Wall:** Natürlich willkürlich, wenn alles andere stimmt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, nicht willkürlich! Ich lese Ihnen den Text der Präambel vor – vielleicht haben Sie die Güte mitzulesen –:

Wird diese Erklärung nicht ordnungsgemäß unterfertigt gemeinsam mit dem Angebot vorgelegt, so hat der Bieter zu gewärtigen, dass sein Angebot, allenfalls nach fruchtloser Aufforderung zur Verbesserung, ausgeschieden wird. (*Mag. Wall: Allenfalls!*) – Ja, darauf wollte ich Bezug nehmen.

Haben Sie eine Aufforderung zur Verbesserung an die Firma Eurofighter gerichtet?

**Mag. Edwin Wall:** Ich war nicht in der Bewertungskommission! Da müssen Sie die Leute in der Bewertungskommission fragen, ob sie das gemacht haben. Da müssen Sie die fragen, ob das ein behebbarer Mangel war, ein unbehebbarer Mangel, wie sie das bewertet haben. Ich kann das nicht, ich war nicht in der Kommission, bitte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, von wann ist dieses Schreiben?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist die Präambel dieses Business Code. Das ist vom 12.9.2002.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Wall, ich mache Sie darauf aufmerksam, was Herr Stadler schon gemacht hat: Zu dem Zeitpunkt hat es keine Bewertungskommission gegeben. Es hilft uns also wirklich nicht weiter, wenn Sie bereits zum zweiten Mal ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich rede vom Zeitraum Typenentscheidung bis zum Einlangen dieser Erklärung. Denn Sie müssen ja jetzt erst bemerkt haben – vielleicht ist es bis dorthin unbemerkt geblieben –, dass Sie jetzt endlich ein den Vorgaben entsprechendes unterfertigtes Exemplar haben. Mich interessiert nur, wie dieses ordnungsgemäß unterfertigte Exemplar zustande kam.

Nachdem Sie wussten, es wird der Typ Eurofighter, mussten Sie feststellen, hoppla, hier gibt es eine inhaltlich nicht ordnungsgemäß unterfertigte Business Code-Erklärung, jetzt muss die Aufforderung zur Verbesserung geschehen. Ist sie geschehen?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Abgeordneter, Sie sind im Zeitraum zu weit hinten! Was Sie reklamieren, hätte im Zuge der Bewertung geschehen müssen! Wenn dort festgestellt wird, es ist etwas nicht hier, dann muss es dort behandelt werden. Dort kann man nur die Angebote ausscheiden. Herr Vorsitzender, das habe ich gemeint. Dann hätte es schon früher ausgeschieden werden müssen. Wenn es nicht als behebbarer Mangel eingestuft wurde, dann wurde es als behebbarer Mangel eingestuft, dann wird sicher ein Verbesserungsversuch gemacht worden sein, und das wird wahrscheinlich das Ergebnis gewesen sein. Ich kann das nicht beurteilen, ich war nicht in der Bewertungskommission.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir nehmen das jetzt einmal so zur Kenntnis. (*Mag. Wall: Ich bitte darum!*) – Und jetzt stellen Sie fest, es ist doch ein Mangel vorhanden, die Bewertungskommission hat diesen Mangel nicht gerügt, hat das nicht ausgeschieden, jetzt kommt das zum Herrn Mag. Wall, und er stellt fest, dass es auszuschneiden wäre, allenfalls nach fruchtloser Aufforderung zur Verbesserung.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie im fraglichen Zeitraum, bis es dann zu dieser ordnungsgemäß unterfertigten Erklärung kam, einen derartigen Versuch gestartet?

**Mag. Edwin Wall:** Der Herr Mag. Wall hat gar nichts festgestellt – und auch nichts festgestellt zu haben!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut: Herr Mag. Wall hat nichts festgestellt und musste nichts feststellen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*)

Nun hatten Sie ein ordnungsgemäß unterfertigtes Exemplar vorliegen, das jedenfalls mit der Bewertungskommission nichts mehr zu tun hatte, weil es mit 12.9.2002 datiert ist.

Nun kommt die Vertragserrichtungsphase. In dieser Vertragserrichtungsphase wird ...

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Ich glaube, Sie reden aneinander vorbei: Das vom 12.9., das ich hier habe, das auch von Eurofighter unterschrieben ist – da ist ja der Punkt 4 nicht drinnen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Mich hat ja interessiert: Herr Mag. Wall hätte ja die Möglichkeit gehabt, zu erklären, warum dann auf einmal doch dieser Mangel aufgefallen ist und wer das initiiert hat, dass jetzt auf einmal doch ein ordnungsgemäß unterfertigtes Exemplar vorlag. – Verstehen Sie? Um das geht es mir ja! Mir geht es zunächst um die Frage: Wer hat ... (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser: Ich habe den Eindruck gehabt, er hat das nicht so verstanden!*)

Nach Klärung durch den Herrn Verfahrensanwalt frage ich Sie jetzt noch einmal: Haben Sie – Sie haben gesagt, Sie haben nichts zu tun gehabt damit, aber jetzt frage ich Sie zur Sicherheit noch einmal –, oder, wenn Sie nicht, wer hat dafür gesorgt, dass jetzt dieser von der Bewertungskommission entweder nicht entdeckte, aber jedenfalls nicht gerügte Mangel behoben wird?

**Mag. Edwin Wall:** Dazu kann ich nichts sagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also er hat es schon verstanden gehabt, Herr Doktor Strasser!

So, nun haben wir ein ordnungsgemäß unterfertigtes Exemplar, das im Unterschied zum ersten Exemplar sogar noch mit zwei Unterschriften der entsprechenden Firma signiert ist, also in jedem Fall ordnungsgemäß, sowohl formell wie auch inhaltlich – wir haben schon mit dem Herrn Sektionschef Dr. Steger geklärt, dass „ordnungsgemäß“ nicht nur formell, sondern auch inhaltlich zu verstehen ist –, und haben dann aber trotzdem im Vertrag, in der Haupturkunde, die im Juni 2003 fertiggestellt wird, auf einmal nur mehr dieses Exemplar drin, in der ergänzten Form.

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Ich habe Ihnen erklärt, wie es zu dieser gekommen ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Schön. – Nun werden Sie mir sicher den Schriftverkehr zeigen, der zwischen der Finanzprokurator und dem Verteidigungsministerium dazu abgewickelt wurde.

**Mag. Edwin Wall:** Dazu gibt es keinen Schriftverkehr.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es gibt über einen so wesentlichen Mangel, der normalerweise zur Ausscheidung des Angebotes hätte führen müssen, keinen Schriftverkehr? – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist *Ihre* Interpretation, dass das zum Ausscheiden hätte führen müssen. – Das ist ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, das ist nicht meine ...

**Mag. Edwin Wall:** Das ist Gegenstand der Bewertungskommission. Zu dem habe ich nichts zu sagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, es ist nicht meine Interpretation, es steht in der Präambel dieser Erklärung. Es steht in der Präambel dieser Erklärung, dass es, wenn es nicht zu einer ordnungsgemäßen Unterfertigung kommt, auszuschneiden ist.

**Mag. Edwin Wall:** Sie zitieren nicht richtig! Sie haben vorher „allenfalls“ zitiert, und das ist ganz ein anderer Punkt!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich bitte Sie nur, mich ausreden zu lassen: ... allenfalls nach einem entsprechenden Verbesserungsverfahren. – Dieses Verbesserungsverfahren ...

**Mag. Edwin Wall:** Das haben Sie jetzt hinzugefügt!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich bin ja glücklich, dass Sie mir sagen, was ich zu tun habe! – Wir können das Tempo ändern, Herr Mag. Wall, ja?

Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal: Jetzt liegt ein ordnungsgemäß unterfertigtes Exemplar vor. – Dieses Exemplar hat wann welches Schicksal erlitten? Wohin ist dieses Exemplar im Original gekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Es ist nicht in das Original gekommen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie wissen nicht, wohin das ordnungsgemäß unterfertigte Exemplar vom 12.9.2002 gelangt ist?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist hineingelangt in die beiden Fassungen Entwürfe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir haben dieses Exemplar nicht vom Verteidigungsministerium bekommen, sondern vom Finanzministerium. – Wo ist es im Verteidigungsministerium, das Original?

**Mag. Edwin Wall:** Sie haben vom Verteidigungsministerium, soweit ich mich erinnern kann, alles bekommen, was in den Vertragsverhandlungsphasen ist. Das waren, glaube ich, 15 Ordner.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben dieses ordnungsgemäß unterfertigte Exemplar sodann warum der Finanzprokurator vorgelegt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich war der Leiter der Verhandlungen, und von der Firma Eurofighter ist die Forderung gekommen, diesen Punkt 4 in den Vertrag hineinzunehmen. Damit ist ganz normal, wie ich vorher erklärt habe, der Vorgang: Ich habe den Anwalt der Republik, die Finanzprokurator, befragt, ob das ein angemessener Punkt ist, der allenfalls in den Vertrag hineinzunehmen ist. Die Finanzprokurator hat ausgeführt: Jawohl, das ist angemessen! Daraufhin habe ich, da das Bundesministerium für Finanzen der Hüter dieser Klausel ist, das Bundesministerium für Finanzen befragt. Das Bundesministerium für Finanzen hat Verständnis gezeigt hiefür, und somit ist diese Klausel hineingekommen, mit meinen vorher begründeten Dingen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Wall, Sie werden sicher jetzt in der Lage sein, das schriftliche Verlangen der Firma Eurofighter, diesen Punkt 4 mit aufzunehmen, vorzulegen. Sie werden sicher in der Lage sein, Ihren Schriftverkehr mit der Finanzprokurator vorzulegen. Und Sie werden sicher in der Lage sein, Ihren Schriftverkehr mit dem Finanzministerium dazu vorzulegen.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe Ihnen schon einmal erklärt: Es gibt hiezu keinen Schriftverkehr! Auch wenn Sie öfter fragen, Herr Abgeordneter, ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, ja, ich will es klären!

**Mag. Edwin Wall:** Darf ich ersuchen: Es gibt keinen Schriftverkehr darüber (*Abg. Mag. Stadler: Wie hat das stattgefunden?*), wie es über viele Punkte der Vertragsverhandlung keinen Schriftverkehr gibt, jedoch auch über viele Punkte im Protokoll Schriftverkehr gibt. (*Abg. Mag. Stadler: Hat es da ...*) Sie müssen verstehen, dass über dieses eine Jahr Vertragsverhandlungen nicht alles schriftlich niedergelegt wurde. (*Abg. Mag. Stadler: Also: Jetzt haben wir zwei Ministerien ...*) Es gibt auch mündliche Verhandlungen!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Entschuldigung: Das ist ein heikler Punkt. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Heißt das, dass es über dieses Begehren der Firma Eurofighter, den Punkt 4, also die Schmiergeldklausel, einzuführen, weder ein briefliches Ersuchen noch eine schriftliche Aufzeichnung gibt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf es so interpretieren: Das ist keine Schmiergeldklausel, sondern eine **Anti-Schmiergeldklausel**, bitte (*Abg. Mag. Stadler: Nein, es ist genau umgekehrt!*), die vom Finanzministerium hineingekommen ist. – Und wenn Sie jetzt sagen, ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist die **Aufweichung** der Anti-Schmiergeldklausel!

**Mag. Edwin Wall:** Wenn durch den Punkt 4 ein Schmiergeld hineinkommen soll, so kann ich das nicht verstehen. Da müssen Sie auch die Finanzprokurator fragen. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist die Aufweichung der Anti-Schmiergeldklausel!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Entschuldigung für diese kleine Unterbrechung: Wir nennen das nicht erst seit gestern die „Schmiergeldklausel“, weil in ihr auf eine sehr kulante Art und Weise mit dem, was von Aicher und dem Anwalt Lessiak im Auftrag des Finanzministeriums erstellt worden ist, umgegangen wird. Das ist **unsere** Ausdrucksweise. Ich sehe momentan noch keinen Grund, sie zu ändern.

Aber die Frage war ja ganz einfach: Haben wir das richtig verstanden, dass über das Begehren der Firma Eurofighter, den Punkt 4 – wie wir ihn nennen: die „Schmiergeldklausel“ – einzuführen, weder ein Brief als schriftliches Begehren noch irgendein Niederschlag in den Akten im BMLV zu finden ist?

**Mag. Edwin Wall:** Das schriftliche Begehren war quasi immer vorhanden, da es bereits im Angebot enthalten war – und somit war es schriftlich da. Wann es behandelt wurde, ist im Zuge der Vertragsverhandlungen dann festzulegen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, Herr Mag. Wall, da muss ich Sie korrigieren: Ab 12.9. war nicht nur ein Punkt 4 – Schmiergeldklausel – ergänztes Exemplar vorhanden, sondern es war auch ein Exemplar **ohne** diese Punkt 4-Ergänzung vorhanden.

**Mag. Edwin Wall:** Da haben Sie recht. Dann waren zwei vorhanden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** So ist es. – Und jetzt frage ich Sie, in Ergänzung dessen, was der Herr Ausschussvorsitzende vorhin gefragt hat: Haben wir Sie richtig verstanden, dass es über das Begehren der Firma Eurofighter, das ursprüngliche Exemplar plus ergänzte Schmiergeldklausel Punkt 4 in die Haupturkunde des Vertrages aufzunehmen, kein schriftliches Begehren gibt? – Ist das richtig verstanden worden?

**Mag. Edwin Wall:** Das schriftliche Begehren ist, dass es in der Angebotseinholung drinnen stand. Das ist ein schriftliches Begehren. – Es ist **kein wiederholtes** schriftliches Begehren vorhanden – richtig.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Wall, ich weise Sie darauf hin, denn es hat ja keinen Sinn, über Details zu streiten: Wenn wir uns jetzt den Sprachgebrauch angewöhnen, dass jede Zeile des Anbots ein schriftliches Begehren ist, dann bekommen wir langsam Probleme, denn dann hätten Sie auf jede Zeile des Anbots in Form eines schriftlichen Begehrens im Ministerium und mit dem Finanzministerium vorgehen müssen. Man kann sich darauf beziehen, aber dass zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas passiert, nämlich die Schmiergeldklausel hier eingeführt wird, da muss es ein **akutes** Begehren gegeben haben.

Ich verstehe den Kollegen Stadler insofern – und da könnten wir vielleicht ein bisschen weiterkommen –, dass wir jetzt ausschließlich behandeln wollen, wie das akute Begehren zustande gekommen ist, wer von der Eurofighter GmbH dieses Begehren Ihnen gegenüber geäußert hat, in welcher Form es geäußert worden ist und warum Sie diesem Begehren nachgekommen sind. Denn zu dem Zeitpunkt, als Sie das

weitergeleitet haben, haben Sie noch keine Stellungnahme von der Finanzprokuratorin gehabt. Habe ich Kollegen Stadler da jetzt richtig verstanden? – Damit können wir das vielleicht wieder in ganz normale Bahnen bringen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Bitte, Sie können es auch gleich beantworten! Sie können die Fragen jetzt gleich beantworten, damit ersparen wir uns viel Zeit – und Ihnen auch.

**Mag. Edwin Wall:** Ja. Ich habe das Wort „weiterleiten“ nicht verstanden. Wieso soll ich das ...?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann gehe ich schrittweise vor.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bleiben wir einmal beim Ersten: Wer von der Firma Eurofighter hat dieses Begehren Ihnen gegenüber geäußert?

**Mag. Edwin Wall:** Der Verhandlungsleiter der Firma Eurofighter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wer war das?

**Mag. Edwin Wall:** Dipl.-Ing. Faltlhauser. Ist ja bekannt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wann hat er das getan?

**Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** In welcher Form hat er das getan? (*Mag. Wall: Mündlich!*) – Fernmündlich oder nahmündlich? (*Mag. Wall: Mündlich, persönlich!*) – War er bei Ihnen, um das vorzubringen?

**Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich nicht erinnern, ob das in einem Gespräch bei mir war oder ob wir gemeinsam zur Finanzprokuratorin gegangen sind. Das weiß ich jetzt nicht mehr, bitte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie darüber einen Aktenvermerk verfasst? (*Mag. Wall: Nein!*)

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir halten fest: Firma Eurofighter verlangt die Aufnahme der Schmiergeldklausel Punkt 4. Es gibt darüber nicht einmal einen Aktenvermerk. Und damit wird ab diesem Zeitpunkt mit der Finanzprokuratorin verhandelt.

Nun haben wir von der Finanzprokuratorin keinen Akt dazu bekommen. Wie hat sich diese Verhandlung abgespielt? Und mit wem haben Sie dort verhandelt?

**Mag. Edwin Wall:** In der Finanzprokuratorin wurde mit dem zuständigen Herrn verhandelt, der auch seit Beginn immer bei den Vertragsverhandlungen dabei war. Das habe ich am Anfang erwähnt, dass die Finanzprokuratorin immer mit dabei war.

Herangetragen wurde das an mich durch Herrn Dipl.-Ing. Faltlhauser. Ich habe dann die Finanzprokuratorin eingeschaltet. Dort wurden der Finanzprokuratorin die Gründe plausibel dargelegt, warum Eurofighter GmbH den Punkt 4 drinnen haben möchte.

Die Finanzprokuratorin hat das als angemessen beurteilt – ich muss mich noch einmal wiederholen –, dann wurde das dem Finanzministerium vorgelegt. Das Finanzministerium hat dafür Verständnis gezeigt als Hüter der Klausel, und dann ist dieser Punkt 4 in die endgültige Vertragsfassung hineingekommen.

Mehr gibt es dazu nicht zu sagen, bitte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe jetzt nur ein Anliegen, keine Frage mehr.



Ich komme auf diese Situation in der Finanzprokurator zurück. Es nützt jetzt nichts, wenn Sie gebetsmühlenartig den ganzen Vorgang bis zum Finanzministerium herunterbeten. Denn wir werden Schritt für Schritt vorgehen, glauben Sie mir das! So rasch gehen wir nicht über diese essenzielle Sache hinweg.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, ich habe ohnehin die Möglichkeit, gleich nachzufragen, und bleibe genau bei diesem Punkt.

Wir sind jetzt so weit: Zu einem Zeitpunkt, an den Sie sich nicht genau erinnern können, weil Sie keinen Aktenvermerk angelegt haben, weil es keine Korrespondenz darüber gibt, weil es schlicht und einfach nichts schriftlich darüber gibt, ist Herr Faltlhauser zu Ihnen nach Wien gekommen in der Absicht, das, was wir als Schmiergeldklausel bezeichnen, in diesen Text hineinzureklamieren.

Ist Herr Faltlhauser ausschließlich deshalb nach Wien gekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich jetzt im Nachhinein nicht beurteilen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das wissen Sie nicht mehr. – Gab es sonst irgendetwas Wesentliches zu besprechen?

**Mag. Edwin Wall:** Nein. Soviel ich mich erinnere, nichts. Außer, er hat mit dem Finanzministerium etwas besprechen müssen; das weiß ich nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, der Bevollmächtigte der Firma Eurofighter kommt extra nach Wien ...

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das habe ich nicht gesagt. (*Abg. Mag. Stadler: „Extra“ wurde nicht gesagt!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kommt zu Ihnen... (*Abg. Dr. Fekter: Bitte, er war Verhandlungspartner von der Gegenpartei! Ist ja klar, dass er mit ihm redet! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das Einzige, woran ich nichts bemerkenswert finde, ist, dass Herr Faltlhauser mit Herrn Wall spricht. Das sind Gesprächspartner, die von beiden Seiten dazu nominiert worden sind. (*Abg. Dr. Fekter: Aber das hat sich ein bisschen anders angehört!*)

Herr Faltlhauser kommt nach Wien, um mit Herrn Wall die Aufnahme der Schmiergeldklausel zu besprechen!

Der ursprüngliche Text ist – ich habe mit Professor Aicher darüber gesprochen – im Auftrag des Finanzministeriums von Dr. Lessiak und Professor Aicher entworfen worden.

Haben Sie mit den beiden Autoren – die sich ja etwas dabei überlegt haben, und wir werden das mit Professor Aicher mit Sicherheit noch genauer besprechen –, zwei Autoritäten aus diesem Gebiet, Rücksprache darüber gehalten, ob sie es für sinnvoll halten, diesen Punkt 4 in den Text aufzunehmen?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Vorsitzender, darf ich, bevor ich das beantworte, Folgendes festhalten:

Ich kann nicht ins Protokoll schreiben lassen, Herr Dipl.-Ing. Faltlhauser ist zu mir nach Wien gekommen, um eine **Schmiergeldklausel** zu besprechen, die in den Vertrag hineinkommt. Ich möchte bitte noch einmal darauf hinweisen: **Das geht nicht!**

Ich bin Beamter des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Wenn im Protokoll steht: Die Verhandlungsleiter reden über Schmiergeldklauseln, so ist meine Person diffamiert. Ich möchte das – bitte, noch einmal – vermeiden, aber ganz vehement!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay, dann reden wir über die Klausel, die das Zahlen von Schmiergeld erleichtert – wenn Sie das wollen. Also korrigiere ich dahin gehend ...

**Mag. Edwin Wall:** Auch das geht nicht! (*Obmann Dr. Pilz: Herr Wall!*) Sie können nicht einen Ministerialrat des Bundesministeriums für Landesverteidigung, der Verhandlungsleiter der Republik in dem größten Beschaffungsvorgang war, mit **Schmiergeld** in Zusammenhang bringen. Herr Vorsitzender, das geht nicht! Dann muss ich gehen, weil ich mir das nicht bieten lassen kann! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann weise ich Sie auf Folgendes hin: Der gesamte **Code of Business Conduct regelt Schmiergeld**, schlicht und einfach! Niemand unterstellt Ihnen hier, dass Sie irgendwem eine Möglichkeit eröffnen wollten. (*Abg. Dr. Fekter: Die Verhinderung von Schmiergeldzahlungen!*)

Aber es geht darum: Wer die Verhinderung von Schmiergeldzahlungen mildert, eröffnet in diesem Zusammenhang bestimmte Möglichkeiten. Und genau das haben wir zu erörtern, inwiefern Beamte der Republik Österreich daran beteiligt waren, einer Firma durch Aicher und Lessiak **nicht** zugeordnete Möglichkeiten der Schmiergeldzahlungen über Dritte zu eröffnen.

Ob das zivilrechtlich und vertragsrechtlich dann wirklich so funktioniert, wie es sich die Autoren dieser Klausel gedacht haben, das ist ein **anderes** Kapitel. Aber das Entscheidende ist, dass wir jetzt draufkommen: Wer hat hier den Interessen der Firma Eurofighter Rechnung getragen? Und mit welcher sachlichen Begründung?

Also noch einmal: Herr Faltlhauser kommt wegen dieser Klausel zu Ihnen, bespricht das mit Ihnen. Und noch einmal: Haben Sie mit den Autoren der ursprünglichen Fassung, nämlich Rechtsanwalt Lessiak und Universitätsprofessor Aicher, wegen dieser Änderung und dieser Einschränkung durch Punkt 4 beziehungsweise dieser Ermöglichung durch Punkt 4 Rücksprache gehalten?

Ich versuche, das in eine Form zu fassen, in der Sie sich leichter tun, darauf zu antworten.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, kann ich nicht. Denn ich habe zum damaligen Zeitpunkt diese Autoren dieses Verhaltenskodex nicht gekannt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie haben ja vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass der Entwurfsauftrag nicht vom Landesverteidigungsministerium, sondern vom Finanzministerium stammt.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, wir haben diese Verhaltensregeln vom Finanzministerium bekommen, mit dem Wunsch, sie in die Angebotseinholung zu integrieren. Und das haben wir gemacht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Jetzt haben Sie auf die Beamten vom Finanzministerium verwiesen, die nach der Finanzprokurator dazu ihre Zustimmung gegeben hätten. Wir haben gefragt ... (*Mag. Wall: Nein!*) – Dann habe ich Sie vielleicht falsch verstanden?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe nicht „Zustimmung“ gesagt. Sie haben **Verständnis** dafür gezeigt, nicht Zustimmung. Das ist der Unterschied.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Halten wir fest – denn wir müssen da wirklich beide jetzt sehr genau sein –: Welche Beamten des Finanzministeriums haben für diesen Punkt 4 **Verständnis** geäußert?

**Mag. Edwin Wall:** Ich glaube, ich muss jetzt noch etwas hinzufügen, weil Sie das Wort „Zustimmung“ gesagt haben: **Zugestimmt** haben **alle Stellen** dann dem Vergabeamt und dem Vertrag! Und somit hat auch das Finanzministerium vor Vertragsunterzeichnung dieser geänderten, wie Sie sagen ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ja, dazu kommen wir noch. Wir sind jetzt noch bei der Urheberschaft und noch nicht bei der endgültigen Zustimmung.

Welche Beamten des Finanzministeriums haben für diesen Punkt 4 Verständnis geäußert?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe Kontakt mit Dr. Hillingrathner aufgenommen, weil er für mich der Ansprechpartner im Finanzministerium war.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und Hillingrathner hat ausdrücklich Verständnis für diesen Punkt 4 geäußert? – Ist das richtig? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Ist Sektionschef Steger darüber informiert oder befragt worden?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Der Verhandlungspartner von Seiten des Finanzministeriums gegenüber der Eurofighter GmbH war ja damals meines Wissens Herr Dr. Traumüller. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Herr Dr. Traumüller mit Dr. Hillingrathner.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hat auch Herr Dr. Traumüller Verständnis geäußert?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht, ob Dr. Hillingrathner informiert hat. Für mich war der Ansprechpartner Dr. Hillingrathner.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, die Abstimmung der Verhandlung – jetzt nach außen, also gegenüber dem Dritten, Eurofighter – ist nicht zwischen den zwei Verhandlungsleitern erfolgt, sondern von Ihrer Seite mit Herrn Hillingrathner? – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Für mich gab es einen Verhandlungsleiter Dr. Fallthäuser, und für das Finanzministerium den Ansprechpartner Dr. Hillingrathner.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aha. Das ist nur wichtig, damit wir wissen, in welcher Art und Weise das releviert worden ist, und so weiter.

**Mag. Edwin Wall:** Ja, klarer Weg war das so.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay, dann haben wir den Punkt so weit klar. Dann wird uns eine weitere Rückfrage im Finanzministerium nicht erspart bleiben.

Bleiben wir beim Verteidigungsministerium. Haben Sie diesen Punkt 4 mit übergeordneten Dienststellen besprochen?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, mit übergeordneten Dienststellen nicht, denn ich war ja der Verhandlungsleiter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie überprüft, inwiefern nicht nur die Frage der Gegengeschäfte, sondern auch andere Vertragsverhältnisse – wie wir sie jetzt etwa im Zusammenhang mit der Firma der Familie Rumpold vorfinden – durch diese Ziffer 4 beeinflusst werden? (*Mag. Wall: Nein!*) – War es Ihre Interpretation, dass sich diese Ziffer 4 ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Dann ist jetzt, glaube ich, Folgendes recht sinnvoll, vielleicht als Zwischenfrage. (*Abg. Dr. Jarolim: Das steht ja ausdrücklich im Text!*) – Es muss ja nicht alles, was geschieht, mit Absicht geschehen.

Wenn Sie diese Ziffer 4 hernehmen – liegt Sie Ihnen vor, Herr Wall? (*Mag. Wall: Ja!*) – , da steht:

„Die in obiger Ziffer 3 enthaltene Verpflichtung des Bieters gilt nur, wenn und soweit die dort definierten Rechtsgeschäfte vom Bieter selbst abgeschlossen werden.“

Da Sie sich intensiv damit beschäftigt haben und wir inzwischen diesen Text genau studiert haben: Erklären Sie uns bitte, wie Sie zu der Auffassung kommen, dass sich das ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht.

**Mag. Edwin Wall:** Das ist nicht die Klausel des Vertrages, die hier steht. (*Obmann Dr. Pilz überreicht Mag. Wall ein Schriftstück.*) – Nein, ich glaube, das ist auch nicht ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe das aber, ehrlich gesagt, aus dem Vertrag genommen. (*Abg. Dr. Fekter: Muss ja oben draufstehen!*)

**Mag. Edwin Wall:** Haben Sie die Kopie des Originalvertrages, bitte? – Das schaut nämlich alles nicht so aus wie der Originalvertrag, was Sie hier haben. Sonst gehe ich von falschen Voraussetzungen aus.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Hattinger, ich bitte, Herrn Wall den Originalvertrag zu bringen, damit wir mit einem sicheren Vorhalt fragen.

Wir nehmen uns so viel Zeit, Herr Wall. Wir werden jetzt den unterschriebenen Vertrag beschaffen und das dann miteinander noch einmal durchgehen. Sie werden sehen, dass die Formulierung identisch ist.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Jetzt haben wir es beide vor uns liegen.

**Mag. Edwin Wall:** Da ist das! Es hat nur anders ausgeschaut, bitte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber das, was ich Ihnen vorgelegt habe, ist aus dem Vertrag? (*Mag. Wall: Ja, richtig!*) – Ich wollte jetzt nur sichergehen.

Bleiben wir bei diesem Punkt 4, Herr Wall, ich möchte dazu Folgendes wissen. Jetzt haben wir einmal die Chance, die Vorstellung des zuständigen Beamten in der Landesverteidigung kennen zu lernen, der damit zu tun hatte.

Können Sie uns, bitte, aus dem Text der Ziffer 4 begründen, wie Sie zu der von Ihnen geäußerten Ansicht kommen, dass sich das ausschließlich auf die Gegengeschäfte bezieht? Können Sie uns das aus dem Text erklären?

**Mag. Edwin Wall:** Ich muss hier kurz etwas festhalten, weil Sie immer betonen: „der damit zu tun hatte“.

Das ist eine Klausel, die auf **Wunsch des Finanzministeriums** hineingekommen ist! Ich habe nur insofern damit zu tun, als ich den **Gesamtvertrag** unterschrieben habe. Im Zuge der Rechnungshofprüfung wurde auch hier eindeutig die Verantwortlichkeit klargelegt. **Ich** habe für das, was durch das Bundesfinanzministerium hineingekommen ist und von diesem verhandelt wurde, **keine Verantwortung**, obwohl ich den Vertrag im Gesamten unterschrieben habe! Hier teilen sich die zwei Bundesministerien die Verantwortung für die Verhandlung für die Republik.

Das möchte ich hier klar als Statement abgeben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ja, das ist jetzt auch bei Protokoll.

Sie haben uns vorhin auch geschildert, wie das mit Herrn Falthäuser war (*Mag. Wall: Richtig!*) und wie sich das Ganze abgespielt hat. Trotzdem komme ich zurück auf meine Frage; noch einmal: Erklären Sie mir bitte anhand der Ziffer 4, wie Sie zu dem Schluss kommen, dass sich das ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht.

**Mag. Edwin Wall:** Weil hier die Gegengeschäfte in Punkt 3 angezogen sind. Und es kann sich **nur** um Gegengeschäfte handeln.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hier steht: „insbesondere ...“.

**Mag. Edwin Wall:** „... insbesondere im Zuge der Abwicklung von Gegengeschäften“.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Wall, steht hier „insbesondere“ oder „ausschließlich“?

**Mag. Edwin Wall:** Hier steht „insbesondere“.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und was heißt das?

**Mag. Edwin Wall:** Dass es sich insbesondere auf diese Gegengeschäfte bezieht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ja, lesen können wir beide sehr gut. Aber ist es nicht vielmehr richtig, im Gegensatz zu dem, was Sie uns ...

*(Die Auskunftsperson spricht sich mit dem Verfahrensanwalt.)*

Wenn Sie sich mit dem Verfahrensanwalt besprechen wollen, dann warte ich so lange.

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf jetzt wiederum betonen, dass diese Klausel in die Verantwortlichkeit des Finanzministeriums fällt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist hier aus folgendem Grund vollkommen unerheblich. Bei den Fragen, die ich Ihnen jetzt gerade stelle, geht es nur darum: Was wussten die Verhandlungsleiter der beiden Ministerien? Wie sahen sie diese Klausel? Und wie weit waren sie sich überhaupt darüber im Klaren, was sie hier von Seiten der Firma Eurofighter unterstützt haben?

Ich weise Sie jetzt darauf hin, dass sich diese Ziffer 4 alles andere als ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht. Das kann sie gar nicht, weil es im Punkt 3 heißt:

„dass auch durch Rechtsgeschäfte, die aus oder im Zusammenhang mit der gegenständlichen Angebotseinholung abgeschlossen werden, insbesondere im Zuge der Abwicklung von Gegengeschäften“ – also **insbesondere, aber nicht ausschließlich** im Zusammenhang mit der Abwicklung von Gegengeschäften!

Können wir uns darauf einigen: Ist es richtig, dass das heißt, dass auch andere Rechtsgeschäfte davon umfasst sind? *(Mag. Wall: Darf ich noch eine Frage an den Anwalt stellen? – Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit dem Verfahrensanwalt.)*

Herr Wall, wenn Sie der Meinung sind, dass hier Ihre Persönlichkeitsrechte beeinträchtigt werden, ist es jederzeit Ihr Recht, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Wenn Sie aber sachliche Details besprechen wollen, dann sind wir darauf angewiesen, dass Sie uns aus Eigenem Mitteilungen machen. *(Abg. Dr. Fekter: Schränken Sie ihm doch das Recht nicht ein, wenn er mit dem Verfahrensanwalt spricht!)*

Ich habe überhaupt nicht zugehört ist, weil das nicht meine Angelegenheit ist. Ich habe Ihnen auch gesagt, ich werde Ihnen so viel Zeit geben, wie Sie benötigen, wenn es um Besprechungen mit dem Verfahrensanwalt geht. Ich möchte aber von **Ihnen** wissen, warum Sie zu dem Schluss gekommen sind – und ich gehe davon aus, dass sich dieser nicht vom damaligen Schluss unterscheidet, als Eurofighter in Form von Herrn Falthäuser vorstellig wurde –, dass sich diese Ziffer 4 ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht.

Ich sage Ihnen auch, warum: Sollten damals für das Verfahren wichtige Beamte wie Sie der Meinung gewesen sein – nämlich irrtümlich der Meinung gewesen sein –, dass Fälle wie etwa jener der Familienfirma Rumpold, den wir jetzt kennen, ohnehin nach wie vor vom Code of Business Conduct umfasst werden und durch die Ziffer 4 keine Gefahr besteht, dass derartige Firmen nur durch Zwischenschaltung etwa eines Herrn Steininger sofort für EADS beziehungsweise für die Eurofighter GmbH überhaupt kein Problem mehr darstellen – egal, was sie anstellen, und da kann es natürlich auch um Schmiergeld gehen –, dann ist das sehr relevant für den Ausschuss, wenn wir

draufkommen, dass es hier eine offensichtlich **unhaltbare Rechtsansicht maßgeblicher Beamter** gegeben hat.

Soweit ich das beurteilen kann, ist die Feststellung, Ziffer 4 beziehe sich ausschließlich auf Gegengeschäfte, rechtlich nicht haltbar. Aber ich möchte **Sie** dazu fragen, denn Sie haben das ja vor sich liegen, das ist kein so komplizierter und so langer Text: Meinen Sie nach wie vor, nachdem wir das jetzt in aller Ruhe zumindest kurz durchbesprochen haben, dass sich das – wie Sie zuerst gesagt haben – ausschließlich auf Gegengeschäfte bezieht?

**Mag. Edwin Wall:** Diese Erklärung und die gesamten Argumentationen – wie ich erklärt habe – wurden damals der Finanzprokuratur plausibel dargelegt. Hier waren das Hauptargument die **Gegengeschäfte**, und hier wurde erklärt, warum dieser Punkt 4 hineinkommen sollte oder müsste, von Eurofighter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist schon etwas ganz anderes.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe bisher nichts anderes gesagt, bitte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das schauen wir uns dann im Protokoll an, das möchte ich jetzt überhaupt nicht bewerten. Der entscheidende Punkt ist: Welche Vorstellung über diesen Punkt hatten damals die verhandelnden Beamten, und waren sie sich der Tragweite dieser Ziffer 4 bewusst?

War Ihnen klar, dass dann, wenn die Ziffer 4 in dieser Form aufgenommen wird – möglicherweise auch mit Ihrer persönlichen Unterstützung und Befürwortung –, die Zwischenschaltung einer einzigen Person oder einer einzigen Firma genügt, dass, wenn eine Firma letzten Endes mit EADS- oder Eurofighter-Geldern – die aber über einen Mittelsmann gehen – Schmiergelder zahlt, es nicht den Kaufvertrag tangiert, wenn das öffentlich bekannt wird?

Oder anders gefragt: War Ihnen damals klar, dass dann möglicherweise EADS oder Eurofighter – das ist heute eine mögliche Rechtsansicht – davon ausgehen kann: wenn ich nur eine Firma zwischenschalte, dann kann die nächste Firma ohneweiters Schmiergeld auszahlen, aber uns und unserem Kaufvertrag kann nichts passieren!? War Ihnen dieses Problem klar? (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! Es gibt ja auch Punkt 1 und 2! Unterstellen Sie nicht permanent etwas, Herr Pilz!*)

War Ihnen dieses Problem klar?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe nichts befürwortet, und ich habe nichts unterstützt. Ich habe mich, wie es bei so einem Vorgang üblich ist, des Anwalts der Republik, der Finanzprokuratur, bedient. Ich kann das in diesem Zusammenhang nur wiederholen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe Sie gefragt, ob Ihnen damals ein Problem ... Durch die Ziffer 4 hat sich ja dieser Text geändert.

**Mag. Edwin Wall:** Diese Ziffer 4 war nicht mein Problem, bitte. Das ist das Problem der Verhandlungskompetenz des Bundesministeriums für Finanzen für diese Sache!

Ich habe, nachdem der Verhandlungsleiter, mein Partner bei Eurofighter das an mich herangetragen hat, es an die Finanzprokuratur und dann an das zuständige Bundesministerium für Finanzen herangetragen. So ist der Weg. Denn auch das Bundesministerium für Finanzen wendet sich in solchen Sachen an die Finanzprokuratur, wie auch die Finanzprokuratur den Vertrag, bevor er unterschrieben wurde, als Ganzes geprüft hat, bevor er in die Hierarchien des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesministeriums für Finanzen gegangen ist.

Das war die größte Beschaffung der Republik. Das haben hier alle gehabt, und **alle** Instanzen und Prüfinstanzen der Republik waren hier eingeschaltet.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wer hat Herrn Faltlhauser mitgeteilt, dass die zuständigen Stellen der Republik Österreich mit der Aufnahme dieser Ziffer 4 einverstanden sind?

**Mag. Edwin Wall:** Das hat er dann gesehen, als es in dem Vertrag, den er unterschreiben sollte, drinnen war.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wer hat es ihm *mitgeteilt*?

**Mag. Edwin Wall:** Ja ich! (*Obmann Dr. Pilz: Eben!*) Ich habe den Vertrag mit ihm gemeinsam unterschrieben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wann haben Sie ihm mitgeteilt, dass das in dieser Form von den zuständigen Stellen akzeptiert wird?

**Mag. Edwin Wall:** Nachdem das Bundesministerium für Landesverteidigung und das Bundesministerium für Finanzen dem Vertrag zugestimmt haben, habe ich das endgültig mitgeteilt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Vorher hat er das nicht gewusst?

**Mag. Edwin Wall:** Vorher habe ich ihm natürlich mitgeteilt, es kann sein, wir nehmen das hinein; ob die beiden Ministerien zustimmen, das wird man dann sehen. Von mir aus ist es dann hineingenommen worden, nachdem das Bundesministerium für Finanzen Verständnis dafür gezeigt hat.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sehen Sie, Sie haben jetzt zu Recht gesagt: „die beiden Ministerien zustimmen“!

Wer hat im Bundesministerium für Landesverteidigung der Aufnahme dieses Punkts 4 zugestimmt?

**Mag. Edwin Wall:** Alle Stellen, die nach mir im Vergabekreislauf vorgesehen waren und den Akt abgezeichnet haben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist wer?

**Mag. Edwin Wall:** Na, alle zuständigen Stellen! Angefangen von der Revision, Budget, Kabinett, alle Vorgesetzten und so weiter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und wer im Bundesministerium für Finanzen hat entschieden, dass diese Ziffer 4 aufgenommen wird?

**Mag. Edwin Wall:** Die Zustimmung des Bundesministeriums am **Akt** war von der zuständigen Abteilung II/14.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, Herr Hillingrathner hat ...

**Mag. Edwin Wall:** ... hat den Akt abgezeichnet, wie immer. Aber auch dort ist er über das Kabinett gegangen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das heißt, das Kabinett ist mit diesem Punkt 4 befasst worden.

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht, wer im Bundesministerium für Finanzen damit befasst wurde.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Meine Fragezeit ist jetzt um. – Frau Kollegin Fekter, bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Ministerialrat Wall, Sie haben uns gerade ausführlich erläutert, dass immer dann, wenn in der Beamtenschaft Rechtsfragen zu klären sind, man sich an die Generalprokuratur wendet, dass das ein normaler ... (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser: An die Finanzprokuratur!*)

An die **Finanzprokurator!** Entschuldigung, das war unpassend. Richtig, danke, Herr Verfahrensanwalt! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das war knapp an einem Ordnungsruf. (*Heiterkeit.*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Der wäre vielleicht gerechtfertigt gewesen, ja.

... dass man sich also an die **Finanzprokurator** wendet, und Sie haben das als normalen Vorgang bezeichnet.

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hatten Sie irgendwelche Zweifel an der Expertise oder Bewertung der Finanzprokurator, dass diese Klausel angemessen ist?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, zu keinem Zeitpunkt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hat Hillingrathner, der ja dann auch damit befasst war, Zweifel angemeldet, dass die Expertise der Finanzprokurator in irgendeiner Art und Weise kritisch für die Republik wäre?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, er hat dafür Verständnis gezeigt. Für die Argumentation.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hat es anlässlich der **Anbotslegung**, als ja bereits diese unterfertigte Klausel von Eurofighter vorgelegt wurde, Diskussionen im Verteidigungsressort darüber gegeben?

**Mag. Edwin Wall:** Ich weiß von keinen Diskussionen im Haus. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, die Abänderung des Textes bei der Anbotslegung ist nicht breiter diskutiert worden?

**Mag. Edwin Wall:** Nein. Soviel ich weiß, nicht. In meiner Abteilung nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben vorhin in Ihrer Einführung sehr deutlich ausgeführt, wie intensiv und umfassend die Sitzungstätigkeit über den Sommer bis September war. Das heißt, es gab Board-Meetings, Managementinformations-Meetings, gemeinsame Board-Meetings mit Eurofighter oder nur von der österreichischen Seite her mit dem Finanzressort, mit der Finanzprokurator. Wie oft war da Faltlhauser dabei?

**Mag. Edwin Wall:** Faltlhauser war bei diesen gemeinsamen Board Meetings fast immer dabei.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Er war fast immer dabei, das heißt, es hat viele Gelegenheiten gegeben, mit ihm Details, Einzelpunkte des Vertrages zu besprechen? (*Mag. Wall: Richtig!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, Faltlhauser ist nicht extra nach Wien gekommen, um diese Klausel mit Ihnen zu verhandeln?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht; aber ich habe „extra“ schon beeinsprucht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, man muss sich das einfach als Team vorstellen: Zwei Vertragspartner gehen Stück für Stück mit den Experten das ganze Vertragswerk durch – und Experte für diese Klausel war in dem konkreten Fall die Finanzprokurator. (*Mag. Wall: Richtig!*)

Was immer wieder vergessen wird, ist, dass diese Klausel ja auch einen Punkt 1 und einen Punkt 2 hat:



In Punkt 1 sind jene verpflichtet, die mittelbar oder unmittelbar an der Auftragsvergabe mitwirken oder auf die Auftragsvergabe Einfluss nehmen können. – Also ich persönlich kann mir vorstellen, dass das Verhältnis der Lobbyisten unter Punkt 1 fällt.

Es ist auch unter Punkt 2 – Bieterseite – ausdrücklich zugesagt, dass sonstige Dritte mittelbar und unmittelbar verpflichtet sind – also wieder direkte und indirekte Beherrschungs-Verhältnisse. – Das sind also sozusagen die Auftragnehmer von EADS und Eurofighter, weil es ja hier um eine Kette geht. Auch die sind verpflichtet.

Sind bei der Diskussion dieser Punkte 1, 2, 3 und dann 4 Fallbeispiele durchgedacht worden?

**Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich nur insoweit erinnern, dass es hier um die Gegengeschäfte gegangen ist.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, die Gegengeschäfte sind ausdrücklich erwähnt worden, und das Wort „insbesondere“ sollte zum Ausdruck bringen, dass die Vertragsparteien auch die Gegengeschäfte insbesondere gemeint haben.

**Mag. Edwin Wall:** Soweit ich das in den Diskussionen verstanden habe, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, der Text, der in den Vertrag aufgenommen wurde, lag bereits bei der Anbotslegung vor und ist bereits bei der Anbotslegung von Eurofighter in dieser Art und Weise als Bieteranbot dem Ressort bekannt gegeben worden? (*Mag. Wall: Ja!*) – Der Text, der dann im September von Eurofighter unterfertigt wurde, wurde der im Finanzministerium unterfertigt oder im Verteidigungsressort?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es hat sich nämlich dieser Text nur in den Akten des Finanzministeriums befunden. Wir haben einen ähnlichen Text nicht in den Verteidigungsressort-Akten gefunden.

Kann es – rein theoretisch – sein, dass im Verteidigungsressort diese andere Variante gar nicht bekannt war?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Darf ich das nur einwerfen – das weiß ich schon seit vorgestern, weil wir darüber gesprochen haben: Das, was ich hier habe – mit Datum 12. 9. 2002, auch unterschrieben –, hat eine Zahl des Bundesministeriums für Landesverteidigung.

**Mag. Edwin Wall:** Das war ein Entwurf.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Also, da muss es einen Akt darüber geben.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, nein, das ist ein Entwurf.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das, was ich habe, ist ein loses Blatt ohne Geschäftszahl.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Das war im September-Entwurf drinnen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben ein Exemplar ohne die Ziffer 4?

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Ohne.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und da ist eine Zahl vom Verteidigungsressort drauf?

**Mag. Edwin Wall:** Ich muss nur darauf hinweisen, dass verschiedene Entwürfe kursieren, weil es eben im Entwurfstadium war.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die September-Variante ist ja, wie Sie angemerkt haben – unter Anführungszeichen – „gesichert“; manche haben gesagt „paraphiert“. – Wie muss man sich das vorstellen?

**Mag. Edwin Wall:** Wir haben den Auftrag gehabt, das bis zum damaligen Zeitpunkt vorliegende Ergebnis – ausverhandelt oder nicht ausverhandelt – zu dokumentieren, und dazu wurden zwei Exemplare festgeschrieben.

Das Exemplar wurde von der Eurofighter GmbH sozusagen paraphiert, wie man das nennt, oder unterzeichnet; von uns nicht, weil es noch nicht ein ausverhandelter Vertrag war.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, wenn jetzt der Herr Verfahrensanwalt sagt, er hätte ein Exemplar vom September mit einer Geschäftszahl des Verteidigungsressorts, dann bin ich insofern verwundert, als ich hier ein unterfertigtes Exemplar ohne jegliche Geschäftszahl habe, nämlich ein unterfertigtes Exemplar aus dem Finanzressort. – Das heißt, es ist dann schon der vierte Entwurf?

**Mag. Edwin Wall:** Nein. – Dieser gesicherte Entwurf hatte eine Geschäftszahl. Das war die Geschäftszahl des Vertrages. Für einen Vertrag wird bei Beginn eine Geschäftszahl reserviert, und die ist auch auf allen Entwürfen draufgestanden.

Das war keine Aktenzahl, nichts Besonderes, sondern das war die Zahl, zu der dann im Juli der Vertrag abgeschlossen wurde.

Wenn bei uns die Angebotseinholung beginnt, gibt es eine Zahl, und die wird fortgeführt bis zum Schluss.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Ministerialrat Wall und Herr Verfahrensanwalt Dr. Strasser! Ich bin jetzt ein bisschen überrascht: Ich habe hier ein Exemplar vom 12. 9. 2002, unterfertigt von der Eurofighter GmbH, **ohne** Geschäftszahl. – Darf ich Ihnen das zeigen? (*Abg. Dr. Fekter begibt sich zu Verfahrensanwalt Dr. Strasser und zeigt ihm den genannten Akt. – Abg. Dr. Jarolim: Welche Geschäftszahl? – Mag. Wall: Die künftige Vertragszahl!*)

Das ist insofern sehr spannend, weil ich hier ein anderes Entwurfsexemplar habe, als es der Herr Verfahrensanwalt in der Hand hat, wobei die letzte Seite wieder gleich ist. – Das dürfte eine Kopie des Ganzen sein, aber nur vorne: Es fehlt auch die Ziffer 4, es ist auch vom September, aber es ist ein anderes Entwurfsexemplar. Das untermauert aber die Aussage des Herrn Ministerialrat Wall, dass es während dieser Verhandlungszeit eben mehrere und viele Entwürfe gegeben hat.

Ich habe diesen Text aus den Akten, die uns das Finanzressort übermittelt hat, und das beweist, dass es mehrere Entwürfe gegeben hat. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner: Und jeder Entwurf war unterschrieben!*) – Nein, da ist nicht jeder Entwurf unterschrieben – danke, Herr Bürgermeister, für diesen Zwischenruf –, sondern die unterschriebene Seite ist jedem Entwurf hinten drangehängt worden. Die unterschriebene Variante beim Exemplar von Dr. Strasser ist gleich wie bei meiner Variante. – Das heißt, man hat die Entwürfe gemacht, hat gesagt, da haben wir ohnehin die Unterschrift, und damit geben wir das so her.

Das heißt, das ist eben im Verhandlungsstadium ein Teilentwurfsexemplar unterschiedlicher Art – einmal mit BMLV-Geschäftszahl, einmal ohne; einmal im Finanzministerium, einmal im Verteidigungsressort –, und daher untermauert das die Aussage von Ministerialrat Wall, dass es diesbezüglich verschiedenste

Entwurfsvarianten gegeben hat, die bei der Vertragsunterfertigung in jene Variante gemündet haben, die bereits bei der Anbotslegung vorgelegt worden ist.

**Mag. Edwin Wall:** So ist das richtig.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich möchte jetzt noch zu anderen Fragen kommen, nämlich im Hinblick auf die Stückzahlreduktion:

Wir haben heute Vormittag bereits intensiv diskutiert, ob es durch die Stückzahlreduktion im Hinblick auf den Preis oder die Relation zum Anbotspreis eine Veränderung gegeben hat – ob es zu einer Verteuerung oder zu einer Verbilligung gekommen ist und ob nicht unter Umständen, wenn man auch bei SAAB die Stückzahlen reduziert hätte, womöglich SAAB günstiger gewesen wäre. – Können Sie uns dazu etwas sagen?

**Mag. Edwin Wall:** Diese Sache wurde untersucht, auch vom Rechnungshof, und es ist durch diese Stückzahlverminderung zu **keinem Bietersturz** gekommen. Die Stückzahlverminderung hat das Verfahren insofern aufrechterhalten, als der Preis hiezu gleichgeblieben ist. Dazu hat es ein Gutachten von Professor Aicher gegeben, der das untermauert.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Der Rechnungshof hat sich die Mühe gemacht, das SAAB-Anbot in Hinblick auf die Reduktion zu simulieren und hat diesbezüglich eben ermittelt, dass es zu keinem Bietersturz gekommen ist, und kritisiert, dass das Verteidigungsressort so etwas nicht dokumentiert hat. – Hat das Verteidigungsressort solche Rechnungen angestellt?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das Verteidigungsressort hat solche Rechnungen nicht angestellt, sondern diese 43 Simulationen hat nur der Rechnungshof angestellt. Soviel ich mich erinnere, wäre es zu einem Bietersturz gekommen, wenn 18 Gripen bestellt worden wären.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Also ich habe hier eine andere Aussage des Rechnungshofes, die besagt, der Rechnungshof hat die Angebote – obwohl sie nicht vergleichbar waren, weil ungültig – verglichen. Er stellte fest, dass der Preis des einsitzigen Flugzeugs Gripen um 2,85 Prozent **über** jenem der Bestbieterermittlung zugrunde gelegten Anbotspreis lag – also 2,85 Prozent teurer als Eurofighter. Auch bei den von der Firma SAAB genannten Preisen kam es bei der Zahlungsvariante von 18 Halbjahresraten zu keinem Bietersturz.

**Mag. Edwin Wall:** Da haben Sie mich missverstanden. Wenn wir bei SAAB bestellt hätten, dann wäre es bei 18 Fliegern zu einem Bietersturz gekommen. Dann wäre nämlich Eurofighter besser gewesen. – Umgekehrt!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, dann wäre Eurofighter nicht nur in der 18-Halbjahres-Variante besser gewesen, sondern auch in anderen Varianten? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Das heißt, absolut war Eurofighter besser, weil wir haben ja 18 bestellt.

**Mag. Edwin Wall:** Bei 18 wäre es zum Bietersturz gekommen, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich habe jetzt noch eine Frage zum Einredeverzicht. Es ist ja der Einredeverzicht vom Finanzministerium aus Zinsersparnisgründen gemacht worden. Dieser Einredeverzicht besteht gegenüber der BAWAG. Es bleiben aber alle Gewährleistungsansprüche gegenüber Eurofighter aufrecht. Welche zusätzlichen Garantien hat Eurofighter beigebracht, um diesen Einredeverzicht zu kompensieren?

**Mag. Edwin Wall:** Der Einredeverzicht war Teil der Finanzierungsstruktur und ist somit vom Bundesministerium für Finanzen zu verantworten. Im Vertrag gibt es eine Klausel, die man sozusagen als Abfederung bezeichnen könnte, denn wir haben den Grundsatz, wenn etwas ohne Leistung vorausgezahlt wird, dann hat der Auftragnehmer hiezu eine Bankgarantie zu legen.

Und für jede bisher gegebene Rate wurde eine solche Bankgarantie gelegt. Diese Bankgarantie ist sozusagen eine abstrakte absolute Haftung. Sie kann von uns jederzeit zurückgeholt werden. Wenn also – als Beispiel nur – Eurofighter den ersten Flieger nicht richtig liefert, dann könnten wir den gesamten Betrag, der auf der Bankgarantie steht, ohne Angabe des Grundes, wie das dort auch steht, zurückholen. Das ist eine gewisse Abfederung zum Einredeverzicht, wenn man das so sehen will.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, wir müssen zwar an die BAWAG bezahlen, aber wenn etwas mit der Lieferung nicht stimmt, können wir über die Bankgarantie das Geld sofort wieder zurückholen?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Obmannstellvertreter Mag. Kurt Gaßner:** Darf ich eine Frage stellen, die mit den Fragen der Frau Kollegin Fekter zu tun hat: Bei dem Vergleich dieser beiden Exemplare hinsichtlich A-8, Punkt 4 war jetzt Ihre Aussage, es gebe mehrere Varianten. Diese beiden vorliegenden Varianten, die zugegebenermaßen von ihrem Erscheinungsbild nicht gleich sind, sind aber **inhaltlich** völlig gleich. (*Abg. Dr. Fekter: Inhaltlich gleich, ja!*) Was hat das für einen Sinn, Varianten mit gleichem Inhalt zu machen?

**Mag. Edwin Wall:** Da haben Sie mich missverstanden. Ich habe vorher gesagt, es gab verschiedene Varianten in den Vertragsverhandlungen und **-entwürfen-** nicht bezogen auf diesen. (*Abg. Dr. Fekter: Er hat auch nicht von Varianten gesprochen, sondern er hat „Entwürfe“ gesagt!*)

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich habe nur eine ganz kurze Frage. Der Herr Verfahrensanwalt hat vielleicht die Kopie von diesen Verhaltensregeln. Wenn Sie das vielleicht ganz kurz dem Herrn Mag. Wall überreichen. Ich habe nämlich jetzt irgendwie aus der Fragestellung der Frau Fekter entnommen, dass es sein könnte, dass die Verhaltensregeln eine letzte unterschriebene Seite haben, wobei der Inhalt allerdings austauschbar wäre. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, das ist derselbe Text, nur das Formular war anders!* – *Abg. Dr. Kräuter: Könnten Sie bitte einmal Ruhe geben?*)

Nun ist es ja so, wenn Sie sich das bitte anschauen, dass die unterfertigte Kopie jedenfalls definitiv **keinen Punkt 4** hatte, sondern nur drei Punkte. Können Sie das bestätigen? (*Abg. Dr. Fekter: Auch mein Exemplar hat ...!*)

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Jetzt lassen Sie mich doch einmal in Frieden, Kollegin! Das ist doch jetzt wirklich schon unangenehm – bei aller Zurückhaltung!

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig, ja. Die vom 12. 9. hat keinen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Danke schön. Herr Mag. Wall, das ist ja auch das, wofür Sie, glaube ich, Verständnis haben: Wir sind bemüht, eine Entwicklung im Rahmen dieser Verhandlungen herauszuarbeiten, die aus meiner Sicht – und wahrscheinlich aus Sicht der Mehrheit in diesem Ausschuss – der Republik doch erheblichen Schaden zugefügt hat, die Position wesentlich verschlechtert hat, und wir möchten auch klären, ob das durch eine gewisse Art von Leichtfertigkeit oder Unvermögen oder wie auch immer zustande gekommen ist.

Daher hinterfragen wir das jetzt besonders, ohne dass das jetzt ein Angriff gegen Sie ist, weil Sie irgendwie den Eindruck erwecken, dass Sie das so sehen. Tatsache ist jedenfalls, dass der Vorgang ein extrem unerfreulicher war. – Ich frage Sie jetzt: Verhandeln Sie oft Verträge? (*Mag. Wall: Richtig: oft!*) – Wie lange schon verhandeln Sie solche Verträge? (*Mag. Wall: Seit 30 Jahren!*)

Kommt es im Rahmen der Verträge öfter vor, dass – wie Sie gesagt haben oder wie uns erschienen ist – Koordinationen zwischen zwei Ministerien nicht optimal laufen? – Wir haben ja heute hier gesehen, es gibt beim Finanzministerium diesen besagten Akt, es gibt in Ihrem Ministerium dieses besagten Aktenstücke, nämlich Verhaltensregeln, und letztlich stellt sich hier irgendwie zur Überraschung heraus, dass es gar nicht möglich ist zu sehen, was es vielleicht noch alles gibt. Ist das eine typische Vorgangsweise bei jenen Vertragsverhandlungen, an denen Sie teilnehmen?

**Mag. Edwin Wall:** Es ist keine typische Vorgangsweise, aber es kann durchaus sein, dass verschiedene Entwürfe in den Ministerien kursieren, und es hat bei der Beschaffung – weil es die bisher größte der Republik war – zum ersten Mal diesen Verhaltenskodex vom Finanzministerium gegeben. Zum ersten Mal ist er in einen Vertrag hineinreklamiert worden. Bisher hat es diesen Kodex in keinem Vertrag vom Bundesminister für Landesverteidigung gegeben.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Haben Sie sich mit der Rechtfertigung oder mit dem, was mit diesen Verhaltensregeln erreicht werden soll, eigentlich für sich im Sinne eines Verstehens auseinander gesetzt, nämlich insofern, dass Sie auch gesagt haben, das ist gut und richtig, oder haben Sie das eher – weil Sie ja schon mehrmals sagen, das ist Sache des Finanzministeriums – als Ärgernis empfunden und das Schicksal dieses Dokuments dem Finanzministerium zugeordnet?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, ganz im Gegenteil. Das war das größte Beschaffungsvorhaben der Republik und auch der größte Vertrag des Bundesministers für Landesverteidigung. Ich kann nur wiederum als Zeichen dafür, welcher Wert dem gegeben wurde, die Tatsache nennen, dass die Finanzprokurator immer bei allen Verhandlungen dabei war und **jeder strittige Punkt** mit der Finanzprokurator abgehandelt wurde. – Mehr kann ich als Verhandlungsleiter und mehr kann man als Beamter der Republik nicht machen, als den Anwalt immer beizuziehen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das heißt aber, dass Sie sich über die zentrale Bedeutsamkeit dieses Dokuments von Beginn an im Klaren waren?

**Mag. Edwin Wall:** Uns war natürlich klar, wozu dieses Dokument dient, deswegen wurde es auch vom Bundesminister für Landesverteidigung aufgenommen. Was wir wollten, war, bei diesem Beschaffungsvorgang Transparenz und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Passiert es oft im Rahmen Ihrer Verhandlungen, dass Sie von der Gegenseite Dokumente – einzelne oder mehrere – unterschrieben bekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Natürlich. Das ist immer wieder gang und gäbe, dass jemand etwas einbringt, und wenn man etwas in die Verhandlungen einbringt, ist es unterschrieben oder abgezeichnet.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich glaube, es ist ein Unterschied, ob jemand etwas anbietet – im Sinn von „mitteilen“ – oder ob jemand etwas ... – Wer hat dieses Dokument erstellt? Ich glaube, man kann das abkürzen. Das kam ja aus dem Finanzministerium und wurde dort getextet.

**Mag. Edwin Wall:** Richtig. Das wurde getextet.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das heißt, Sie haben nicht ein **Anbot** bekommen, sondern Sie haben eine von Ihnen verlangte Formulierung rechtswirksam unterfertigt erhalten. (*Mag. Wall: Richtig!*) – Haben Sie das als völlig unverbindliche Unterlage empfunden oder haben Sie dieser Unterschrift eine Bedeutung beigemessen?

**Mag. Edwin Wall:** Alles, was unterschrieben ist, ist verbindlich, und wenn es im Zuge von Vertragsverhandlungen kommt, wird es dort behandelt.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sind Sie nicht der Meinung, dass dann durch die weiteren Schritte von einer für die Republik Österreich optimalen Vorgangsweise abgegangen wurde? Sind Sie dieser Meinung?

**Mag. Edwin Wall:** Ich sehe keinen Abgang von einer Vorgangsweise. Es wurde alles eingehalten, es wurden alle Stellen damit befasst. Es wurde von einer Vorgangsweise nicht abgegangen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich habe mich missverständlich ausgedrückt. Sie haben eine rechtsverbindliche Erklärung, mit der Eurofighter eine Erklärung abgibt, mit der man relativ weitgehend Schmiergeldzahlungen verhindert. Das haben Sie im Akt rechtsgültig gehabt. Jetzt wird an Sie der Wunsch herangetragen – das sind Sie ohnehin schon mehrfach gefragt worden –, von dieser Ihnen vorliegenden rechtsverbindlich getätigten Zusage Abstand zu nehmen.

Sie hatten bereits etwas in Händen, und das, was Sie in Händen hatten, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, dass sichergestellt ist, dass keine Schmiergeldzahlungen fließen, und wenn sie fließen, dass Sie von dem Vertrag zurücktreten können.

Das ist ja nicht nur im Lichte der jetzigen Vorkommnisse, sondern auch im Lichte des Beginns dieser Verhandlungen – gerade bei Militärbeschaffungen – **die** Zentralklausel, und die haben Sie in einer unterschriebenen Form – in einer für die Gegenseite verpflichtenden Form – bekommen.

Und jetzt kommt es dazu, dass plötzlich von diesem Dokument und damit von diesem Recht, das Sie haben, Abstand genommen wird. Jetzt erklären Sie uns, dass es dazu keinerlei schriftliche Erklärung gibt, sondern dass Sie mit der Finanzprokurator gesprochen, man Ihnen irgendwann etwas gesagt hätte, Sie allerdings keine Aktenvermerke angefertigt oder sonst etwas getan hätten.

Bitte erklären Sie mir, wie Sie – und das haben Sie ja während der Befragung gesagt – in Bezug auf dieses von Beginn an zentrale Dokument eine wesentliche Verschlechterung entgegengenommen haben – nämlich durch einen Verzicht im Punkt 3 – und sich **nicht einen einzigen Aktenvermerk** und nicht eine einzige Notiz dazu gemacht haben, um dokumentieren zu können, dass das notwendig war!

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wie gibt es so etwas, dass ein erfahrener Verhandler – Sie sagen, 30 Jahre verhandeln Sie – ein derartiger Vorgang passieren kann?

**Mag. Edwin Wall:** Richtig, weil es, wie ich ausgeführt habe, schon in der ersten Verhandlungsphase eine totale Dokumentation gegeben hat; in den weiteren Verhandlungsphasen nicht mehr.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ist das eine Vorgangsweise, die für Sie vertretbar ist, dass es in weiteren Verhandlungsphasen keine Dokumentation gibt und insbesondere bei der Auflassung eines zentralen Anspruches – und das ist ein zentraler Anspruch! – keinerlei Dokumentation gibt? – Ich halte das für eine extreme

Form der Fahrlässigkeit. (*Abg. Dr. Fekter: Das Finanzministerium war federführend! Unterstellen Sie nichts!*)

**Mag. Edwin Wall:** Entschuldigung ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nein, ich finde das wirklich erschütternd.

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf hier ausführen, dass es in der Vergangenheit solche Dokumentationen wie hier *nicht* gegeben hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber umso mehr müssen Sie ja ...

**Mag. Edwin Wall:** Vertragsverhandlungen wurden nicht dokumentiert. Wir hatten eine lückenlose Vertragsverhandlungs-Dokumentation in der ersten Verhandlungsphase, wo das Bundesministerium für Landesverteidigung federführend war. In der zweiten Phase war das Bundesministerium für **Finanzen** federführend, und wir waren nur mehr teilweise eingeschaltet. Das habe ich ganz klar dokumentiert, in den drei Verhandlungsphasen, wie es sich für uns dargestellt hat. Und da wurde nur sporadisch dokumentiert, das ist richtig.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Kann es sein, dass durch diese Aufteilung der Kompetenz die Gesamtkoordination der Vertragsverhandlungen massiv gelitten hat?

**Mag. Edwin Wall:** Die hat massiv gelitten. Das haben wir auch bei dieser Besprechung von Dr. Traumüller, Herrn General Spinka und mir zum Ausdruck gebracht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Was hat der Herr Traumüller gemacht? Hat er gelächelt?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Dr. Traumüller hat gesagt, darum kümmert sich das Finanzministerium.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Haben Sie darauf hingewiesen, welche Probleme diese neue Vorgangsweise mit sich bringen kann?

**Mag. Edwin Wall:** Auf die Probleme haben wir nicht hingewiesen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nicht oder schon?

**Mag. Edwin Wall:** *Nicht* hingewiesen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Was war dann Gegenstand der Besprechung? Warum sind Sie dann zu ihm hingegangen?

**Mag. Edwin Wall:** Gegenstand der Besprechung war, dass das Bundesministerium für Finanzen die Federführung in den Vertragsverhandlungen übernommen hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ja, aber haben Sie nicht darauf hingewiesen, dass das in jenen Bereichen zu Problemen führen könnte, wo das Sachverständnis bei Ihnen liegt?

**Mag. Edwin Wall:** Das war, glaube ich, zu dem Zeitpunkt klar.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wem war das klar?

**Mag. Edwin Wall:** Uns und dem Finanzministerium.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Und das ist überhaupt nicht thematisiert worden?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist nicht thematisiert worden, weil das Bundesministerium für Finanzen die Federführung übernommen hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Verstehe ich Sie richtig, dass das Bundesministerium für Finanzen die Federführung in Kenntnis dessen, dass es auf Ihr Know-how verzichtet, übernommen hat?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig, ja.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mag. Wall, Sie haben vorher gesagt, dass die Verhandlungsführung praktisch zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Bundesministerium für Finanzen getrennt war, aber dass es zwischendurch natürlich immer wieder Kontakt gegeben hat.

Ich gehe einmal davon aus, das Bundesministerium für Landesverteidigung war hauptsächlich von der technischen Seite her verantwortlich, und das Bundesministerium für Finanzen hat sich hauptsächlich um den Finanzierungspart gekümmert, wobei heute Herr Dr. Traumüller ausgesagt hat, dass er von April bis zirka Juli 2003 in diesem Bereich tätig war und seinerseits einen Preisnachlass von 300 Millionen € erwirken konnte, wobei er auch versucht hat, eine Preisreduzierung insofern zu schaffen, als er zum Beispiel einen Handling-Simulator statt einen Full-Mission-Simulator genommen hat und dergleichen.

Hat es bei dieser Verhandlungsführung Rücksprachen beim Bundesministerium für Landesverteidigung gegeben?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn ich darauf antworten darf, was Sie zum Schluss gefragt haben: Der Simulator war ein Punkt, wo das Bundesministerium für Landesverteidigung gesagt hat, ohne den gibt es keinen Vertrag. Dann hat das Bundesministerium für Finanzen zugestimmt. Das war die letzte Schwelle, die gefallen wäre. Da hat das Bundesministerium für Landesverteidigung nicht mehr zugestimmt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Also so gesehen, kann man sehr wohl davon ausgehen, dass es immer wieder einen Gedankenaustausch – möchte ich einmal so sagen – zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Landesverteidigung gegeben hat. Wenn es wirklich um technische Fragen gegangen ist, ist natürlich rückgefragt worden, ob das vom Bundesministerium für Landesverteidigung akzeptiert wird.

Es hat diese Kontakte gegeben, als das Bundesministerium für Landesverteidigung immer wieder einsparen musste und Positionen streichen musste. – Dann hat es diesen Kontakt gegeben. Ich möchte auch auf Folgendes hinweisen: Das Bundesministerium für Finanzen war, wie ich gesagt habe, zuständig für Haftung, Zahlungsbestimmungen und Preis – Finanzierungsstruktur im Zusammenhang mit Zahlungsbestimmungen.

Hat es dann eine bewusste Streichung von Ausstattungsvarianten gegeben, um den Preis künstlich zu drücken?

**Mag. Edwin Wall:** Ich war bei diesen Verhandlungen nicht dabei.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Gut, das muss ich so akzeptieren. Ich habe keine weiteren Fragen; danke.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, ich lasse Ihnen ein Schreiben des Finanzministeriums vom 24. September 2001 vorbringen. In diesem Schreiben heißt es wörtlich:

Im Nachhang zur Erledigung des BMF vom 14. 9. 2001 – Zahl soundso – beehrt sich das BMF mitzuteilen, dass der kaufmännisch rechtliche Teil der Angebotseinholung im Punkt eins um nachstehenden Satz zu ergänzen ist:



– Anführungszeichen –: Weiters verpflichtet sich der Bieter, die beiliegende und einen integrierenden Bestandteil der Angebotseinholung bildende Erklärung zum Code of Business Conduct rechtsgültig unterfertigt zwingend dem Angebot vorzulegen. – Zitatende. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Das heißt, nicht eine andere, sondern die beiliegende. Eine andere wurde vom Finanzministerium nicht genehmigt. – Ist das so?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Dieses Schriftstück wurde von uns in die Angebotseinholung hineingegeben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun reicht im ersten Gang mit 22. Jänner 2002 – fälschlich mit 2001 datiert – die Firma Eurofighter ein eigenmächtig ergänztes Exemplar ein, das so mit dem Finanzministerium nicht akkordiert ist und vom Finanzministerium so auch nie genehmigt wurde.

Später reicht die Firma Eurofighter ein – diesmal mit Unterschriften von zwei Zuständigen unterfertigtes – Exemplar mit 12. 9. ein, das jedenfalls in Ihrem Ministerium vorhanden war, wir von Ihrem Ministerium nicht bekommen haben, sondern nur vom Finanzministerium bekommen haben – das habe ich jetzt überprüfen lassen –, mit der Geschäftszahl des Verteidigungsministeriums, mit dem Briefkopf und dem Bundesadler des Verteidigungsministeriums. – Es war jedenfalls vorhanden.

Da taucht Herr Faltlhauser bei Ihnen auf, nach Ihren eigenen Darstellungen, und will, dass dieses Exemplar, das schon unterfertigt ist, auf einmal nicht mehr in die Vertragsurkunde kommt, sondern nur mehr jenes ursprüngliche, eigenmächtig ergänzte Exemplar. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dieses Gespräch wird von niemandem protokolliert. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie gehen mit Herrn Faltlhauser daraufhin zur Finanzprokurator. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe die Sache der Finanzprokurator vorgetragen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Langsam! – Sind Sie mit Herrn Faltlhauser – das haben Sie in einer früheren Aussage gesagt, ich bitte Sie jetzt um Präzisierung – zur Finanzprokurator gegangen?

**Mag. Edwin Wall:** Ob ich mit Herrn Dipl.-Ing. Faltlhauser zur Finanzprokurator gegangen bin oder nicht, oder ob wir uns dort getroffen haben, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber jedenfalls waren Sie gemeinsam mit Herrn Faltlhauser in der Finanzprokurator?

**Mag. Edwin Wall:** Soweit ich mich erinnere, wurde dieser Punkt gemeinsam mit Faltlhauser diskutiert. (*Abg. Mag. Stadler: In der Finanzprokurator?*) In der Finanzprokurator.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun habe ich hier eine Darstellung, wo Sie eindeutig der Verhandlungsleiter sind. Das ist eine Darstellung Ihrer eigenen Abteilung; wenn Sie sie sehen wollen, können Sie sie gerne sehen. (*Mag. Wall: Ich kenne sie!*) Da ist nicht davon die Rede, dass es einen anderen Verhandlungsleiter gibt, sondern da ist nur davon die Rede, dass unter „ferner liefern“ im Finanzministerium Herr Tomasch der Ansprechpartner und Verantwortliche ist, weil Herr Hillingrathner zu dem

Zeitpunkt bereits in Pension war und nur einen Konsultantenvertrag hatte. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Diese Struktur bezieht sich, wie ich ausgeführt habe, auf den ersten Teil der Vertragsverhandlungen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** An dieser Struktur hat sich aber auch bis zum Schluss nichts geändert?

**Mag. Edwin Wall:** Natürlich hat sich an dieser Struktur etwas geändert! Das Bundesministerium für Finanzen hat die Federführung der Verhandlungen übernommen; da war ich nicht mehr Verhandlungsleiter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind nach unseren Akten, die wir haben, bis zum Schluss, nämlich bis zur Unterfertigung, der entsprechende Verhandlungsleiter geblieben.

Hat die Besprechung in der Finanzprokuratur mit Herrn Dr. Reidinger stattgefunden?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Soweit ich mich erinnere, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** War Herr Präsident Sawerthal mit in die Verhandlungen eingebunden?

**Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, es ist ausschließlich zwischen einem zuständigen Sachbearbeiter und Ihnen und Herrn Faltlhauser eine Frage von elementarer Bedeutung über die Besser- oder Schlechterstellung der Rechtsstellung der Republik Österreich erörtert worden. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Wie im gesamten Verlauf der Vertragsverhandlungen haben sich die Vertragsverhandlungsleiter immer besprochen unter Einschaltung der Finanzprokuratur und, wenn es das Finanzministerium betroffen hat, unter Einschaltung des Finanzministeriums. Immer! Die Verhandlungen haben auf Beamtenebene stattgefunden, und das Ergebnis wurde dann präsentiert.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Auch Herr Sawerthal ist Beamter. Das heißt, ich halte fest: Herr Präsident Sawerthal als zuständiger Behördenleiter wurde mit dieser Frage nicht befasst! Von Ihnen nicht.

**Mag. Edwin Wall:** Ich bin im Bundesministerium für Landesverteidigung, und ich habe meine Ansprechpartner in den einzelnen Stellen, und das war nicht der Herr Präsident, sondern Herr Dr. Reidinger, seit Jahren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist kein Vorhalt! Es geht mir nur darum, dass wir das geklärt haben, damit wir wissen, wen wir unter Umständen noch laden müssen.

Wir halten also fest: Sie haben diese Frage der elementaren Besser- oder Schlechterstellung in einer Vertragssituation zwischen der Republik Österreich und Eurofighter mit dem zuständigen Beamten der Finanzprokuratur, mit dem Sachbearbeiter, aber nicht mit dem Herrn Präsidenten erörtert. – Hat es darüber einen Aktenvorgang gegeben? Haben Sie über diesen Vorgang einen Aktenvermerk angefertigt, den Sie sonst sogar handschriftlich über ganz nachrangige Gespräche sehr detailliert gemacht haben? – Ich habe eine ganze Sammlung von Ihnen, ich kenne mittlerweile Ihre Handschrift sehr gut. – Haben Sie darüber einen Aktenvermerk gemacht?

**Mag. Edwin Wall:** Die Frage habe ich schon beantwortet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich würde es gerne noch einmal von Ihnen hören. (*Mag. Wall: Nein!*) – Sie haben **keinen** Aktenvermerk gemacht.

Ich darf noch einmal zurückkommen: Herr Reidinger hat bei diesem Gespräch nur Verständnis für das Anliegen von Herrn Falthäuser gehabt, oder hat er Ihnen gesagt: Jawohl, ich als zuständiger Beamter der Finanzprokurator stimme der Aufnahme des Punktes 4 zu!? – Wie war das?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das Verständnis hat das Finanzministerium gezeigt, **nicht** die Finanzprokurator. – Das habe ich schon alles erklärt. Wenn Sie mich verwirren wollen (*Abg. Mag. Stadler: Ich will Sie nicht verwirren!*), dass ich mich vielleicht bei der fünften Antwort einmal verheddere – ich sage es trotzdem immer wieder!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, deswegen will ich es ja ganz genau klären. Welche Position hat Herr Reidinger dazu gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Das habe ich auch schon erklärt: Er hat das als **angemessen** beurteilt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, er hat eine Beurteilung abgegeben und hat gesagt: Jawohl, das ist angemessen, das kann man aufnehmen!? Ich frage nur, weil ich Herrn Reidinger damit konfrontieren werde. (*Mag. Wall: Richtig!*) – So sind Sie also mit dieser Auskunft der Finanzprokurator, dass es angemessen sei, eine Schmiergeldklausel aufzunehmen, ins Finanzministerium gegangen. (*Mag. Wall: Das stimmt nicht! Es war hier nicht die Rede von einer „Schmiergeldklausel“!*) – Das ist meine Wertung gewesen; ich nenne es jetzt einfach neutral nur „Punkt 4“.

Mit der Auskunft, dass dieser Punkt 4 in die Haupturkunde des Vertrages aufgenommen werden soll, sind Sie also ins Finanzministerium gegangen? Oder haben Sie nur telefoniert?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe nur telefoniert.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben nur mit Herrn Dr. Hillingrathner telefoniert. – Ist das richtig? (*Mag. Wall: Das ist richtig!*) – Herr Hillingrathner hat Ihnen am Telefon gegenüber auch nicht gesagt: Ich genehmige in Abänderung der Weisung von Frau Dr. Schwarzendorfer beziehungsweise der entsprechenden Sektion ...!, sondern hat nur gesagt: Ich habe Verständnis dafür! – Ist das richtig? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Sie haben aber gewusst, dass das vom Finanzministerium zu genehmigen gewesen wäre. – Haben Sie diese Genehmigung eingeholt?

**Mag. Edwin Wall:** Diese Genehmigung erfolgt am **Schluss** mit dem Vergabeakt unter Vorlage des Vertrages. Ich habe den Auftrag gehabt, einen unterschriftsreifen Vertrag auszuhandeln. – Den habe ich verhandelt, und dieser wurde dann allen Stellen vorgelegt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Wall, ich halte Ihnen vor, dass nach der vom Finanzministerium versandten und zu verwendenden Textierung – ich rede nicht einmal von Exemplar –, Textierung des Business Code mit guten Gründen, die der Gutachter Professor Aicher im Akt des Finanzministeriums hinterlassen hat ... – Das Finanzministerium hat mit guten Gründen auf diese Textierung bestanden und hat in der Präambel festgehalten, dass das Angebot auszuschneiden ist, wenn diese Textierung nicht eingehalten wird. Das wussten Sie, weil Sie die Präambel ja kannten.

Warum haben Sie keine Genehmigung der geänderten Textierung eingeholt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich brauche keine Genehmigung einer geänderten Textierung einholen, ich bin der **Verhandlungsleiter**. Ich habe einen unterschriftsreifen Vertrag

vorzulegen, und ich habe mich aller Stellen zu bedienen, die wir einzuschalten haben. – Und das habe ich gemacht, diesen Instanzenzug habe ich verfolgt, und habe dann gesagt: Jawohl, kommt hinein!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben also gesagt: Jawohl, kommt hinein! Obwohl Sie wussten, dass Sie nach dem Vorgang des Finanzministeriums und nach der Mitteilung des Finanzministeriums dieses Angebot auszuschneiden hätten, haben Sie als Verhandlungsleiter die Entscheidung getroffen: Jawohl, kommt hinein!?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe als Verhandlungsleiter kein Angebot auszuschneiden, das habe ich heute schon betont! Da sind Sie in der falschen Phase, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie hätten als Verhandlungsleiter, anstatt zu sagen: Jawohl, kommt hinein! – diese Kompetenz hätten Sie dann nämlich auch nicht gehabt –, die Aufgabe gehabt, darauf hinzuweisen, dass die Textierung des Herrn Fallthauer mit Punkt 4 nicht mit den Vorgaben des Finanzministeriums in Einklang steht.

Warum haben Sie es unterlassen, das Finanzministerium darauf aufmerksam zu machen, dass Punkt 4 nicht in Einklang mit den Vorgaben des Finanzministeriums steht?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe gar *nichts unterlassen!* (Abg. Mag. Stadler: Oja, Sie haben ...!) – Nein! Ich bin der Verhandlungsleiter, ich habe den Auftrag gehabt, mit der Eurofighter GmbH einen für die Republik günstigen Vertrag auszuhandeln – und nicht, Angebote auszuschneiden, Angebote zu beurteilen oder sonst etwas. Ich habe mich aller Stellen der Republik bedient, die es gibt, habe Kontakt aufgenommen. Und wenn derjenige, der diese Verhaltensregeln zu vertreten hat, einen Akt, den das Verteidigungsministerium zur Genehmigung schickt, genehmigt, dann können Sie mir nicht vorhalten, dass ich irgendetwas unterlassen hätte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das Verteidigungsministerium hat keinen Akt mit Punkt 4 zur Genehmigung an das Finanzministerium geschickt, sondern Sie haben ...

**Mag. Edwin Wall:** Das Verteidigungsministerium hat dem Finanzministerium einen ausverhandelten Vertrag vorgelegt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben, und zwar als zuständiger Verhandlungsleiter, ein Angebot, das ein Exemplar eines Business Code beinhaltet hat, das eigenmächtig um einen Punkt 4 ergänzt wurde, das im Widerspruch stand zur genehmigten Fassung dieses Business Code des Finanzministeriums, ohne Genehmigung der Änderung durch das Finanzministerium – und dazu war nur das Finanzministerium zuständig – in die Haupturkunde, in den letzten in die Endfassung mündenden Entwurf aufgenommen.

Warum haben Sie keine Genehmigung des Finanzministeriums eingeholt?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie, Sie verrennen sich da in etwas! Mit mir sitzt der *falsche* Mann hier! Ich habe etwas anderes zu machen, als *Sie* hier vortragen. Ich habe den zuständigen Stellen einen *unterschriftsreifen Entwurf* vorzulegen, die den Entwurf genehmigen! Für den Entwurf zeichne ich verantwortlich. Wenn jemand glaubt, in diesem Entwurf stimmt etwas nicht oder muss etwas geändert werden, dann gibt es 20 Stellen im Vergabeverfahren, die das sagen. Wenn alle 20 zustimmen, dann wird der Vertrag von mir *unterschrieben* – vorher nicht. Wenn das Finanzministerium seine Verhaltensregeln geändert vorfindet, dann hätte es sagen können: Machen wir nicht – neu verhandeln! – Das ist normales Verhandlungsverhalten, das können Sie nicht immer anzweifeln.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Als zuständiger Verhandlungsleiter mussten Sie von den Vorgaben der anderen Ministerien, insbesondere des Finanzministeriums, ausgehen. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Ausgegangen wird von den Grundlagen, die verhandelt werden, und den Unterlagen, die vorliegen. Und das Ergebnis wird dann um Zustimmung an alle Stellen der beiden Ministerien ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, Ihnen lag ein mit den Vorgaben des Finanzministeriums vollkommen identisches und absolut korrespondierendes Exemplar des Business Code vor, das Sie dann als verantwortlicher Verhandlungsleiter auf Wunsch von Herrn Faltthauer **ohne** Genehmigung des ausschließlich dafür zuständigen Finanzministeriums **nicht** in die Haupturkunde übernommen haben. (Abg. Dr. **Fekter:** *Er hat eh mit Herrn Hillingrathner geredet und mit der Finanzprokurator! Haben Sie nicht zugehört?*)

Warum haben Sie die Zustimmung des Finanzministeriums zu dieser eigenmächtigen Änderung nicht eingeholt?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Vorsitzender, ich beantworte die gleiche Frage schon fünfmal gleich. Soll ich jetzt etwas anderes antworten, damit ich nicht mehr gefragt werde? – Bitte, dann antworte ich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, Sie antworten eben nicht. (Abg. Dr. **Fekter:** *Nein, antworten Sie zehnmal das Gleiche! Das ist „Trick 17“!*)

**Mag. Edwin Wall:** Ich verweise auf meine früheren Aussagen, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Frau Fekter macht Sie nur verdächtig, wenn sie versucht, das zu decken.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, Frau Kollegin Fekter „deckt“ hier überhaupt nichts, sie macht sich auch nicht „verdächtig“, sondern sie hat nur auf den üblen „Trick 17“ der Freiheitlichen Partei hingewiesen. (Abg. Dr. **Fekter:** *Zehnmal dasselbe fragen – vielleicht begibt sich der Zeuge in einen Widerspruch!*) – Bitte – mit „Trick 17“ – fortzusetzen!

**Mag. Edwin Wall:** Ich ersuche darum, Trick 17 bei mir **nicht anzuwenden**.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann bitte Trick 17 nicht mehr zu verwenden!

Herr Wall hat jetzt wirklich einmal das Recht auf eine Pause, denn das ist eine sehr intensive Befragung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte nur fest: Keine Antwort ist auch eine Antwort, Herr Wall! Sie haben sich jetzt beharrlich geweigert, diese Frage zu beantworten; das ist auch eine Antwort.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe die Frage sehr oft beantwortet ... Der Verfahrensanwalt hat gesagt, ich darf mich wehren, und ich wehre mich daher.

**Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht** die Sitzung.

17.44

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 17.44 Uhr **unterbrochen** und um 18.01 Uhr – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit **wieder aufgenommen**; Fortsetzung 18.01 Uhr bis 18.09 Uhr s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)

\*\*\*\*\*

18.10

**Obmann Dr. Peter Pilz** leitet – um 18.10 Uhr – wieder zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, die **Auskunftsperson Mag. Wall** neuerlich in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson Mag. Wall wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Ministerialrat, wir wechseln jetzt das Thema und sind im Frühjahr 2003. Jetzt stellt sich die Frage, wie das Bundesministerium für Finanzen und das Kabinett dort zu folgendem Schluss kommen – ich lese Ihnen das Zitat vor –:

... dass aus produktionstechnischen Gründen nicht, wie ursprünglich geplant, beim Jänner 2006, sondern eine Lieferung Mai 2007 festzuhalten sei. – Zitatende.

So wird das notiert im Bundesminister für Finanzen als Information an den Herrn Bundesminister. Wie erklären Sie sich das?

**Mag. Edwin Wall:** Das kenne ich nicht. Für mich waren immer die Maastricht-Kriterien ausschlaggebend, dass der Liefertermin verschoben wurde auf den 1. – nicht 1. Juni, Entschuldigung, 31. Mai, ist der richtige Liefertermin.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Na ja, das sind verschiedene Dinge. Es war ja auch so, glaube ich, dass tatsächlich einmal der Jänner 2007 geplant wurde, den Sie offensichtlich im Kopf hatten. Nur der Reihe nach ...

**Mag. Edwin Wall:** Ab 1. Jänner 2007 durften erst Zahlungen gemacht werden, und ab diesem Datum gilt die Umsatzsteuer- und Erwerbssteuerbefreiung. Deswegen ist das ein wichtiges Datum.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja. Sie sagen, Ihnen ist immer nur bekannt gewesen, dass offensichtlich mit der Lieferung ab dem Jahr 2007 begonnen werden soll. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Mag. Edwin Wall:** Richtig. Ich habe gesagt, für mich war nicht, was Sie vorher gesagt haben, sondern für mich waren nur die Maastricht-Kriterien maßgebend. Das andere habe ich nicht gekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer welche ökonomische und budgettechnische Interpretation noch hineingießt, wird dann die nächste Frage sein. Ich frage Sie: Was war Ihr Verhandlungsauftrag? Sie waren Verhandlungsleiter.

**Mag. Edwin Wall:** Sie haben begonnen mit dem Schreiben des Finanzministeriums mit den produktionstechnischen Gründen. Darauf habe ich geantwortet, dieses Schreiben kenne ich nicht. Ich kenne nur Maastricht-Kriterien an Gründen für die Lieferterminverschiebung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Okay, Sie meinen, dass das Ganze erst ab 2007 budgetdefizitrelevant nach Maastricht wird, und deshalb die Lieferung später. Jedenfalls bleibt dann die Frage, wie diese Verhandlungskonstellation an Sie herangetragen wurde. – Im Herbst 2002 war von welchem Lieferzeitraum die Rede?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn ich Ihnen einmal die Liefertermine erklären darf, wie sie sich mir als Verhandlungsleiter dargestellt haben, und nur auf das kann ich bauen. *(Abg. Mag. Kogler: Bitte!)*

Die Lieferfähigkeit wurde auf Grund von verbindlichen Angeboten unter Produktionsplaninformation von Eurofighter an die KA festgelegt. Wenn man

zurückgeht auf das Angebot: Dort war der Beginn der Lieferung im November 2004 zwölf Stück Tranche 1 und zwölf Stück Tranche 2. Im September, wo der Abbruch der Verhandlungen angeordnet wurde und dieser Verhandlungsentwurf festgeschrieben wurde, war der April 2005 als Beginn sechs Stück Tranche 1 und zwölf Stück Tranche 2.

Zu meiner vorigen Anmerkung Produktionsplaninformation von Eurofighter: Es war vorgesehen die österreichische Maschine mit der Produktionsnummer 83. Dann im Vertrag wurde festgeschrieben: Beginn der Lieferung Juni oder 31. Mai, nicht 1. Juni, 18 Stück Tranche 2 mit der Möglichkeit der Lieferung sechs Stück Tranche 1 und zwölf Stück Tranche 2. Produktinformation für Österreich: erste österreichische Maschine Nr. 143.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, war im September 2002 ...

**Mag. Edwin Wall:** Richtig. April 2005 Beginn.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber ist das dadurch entstanden, dass die anbietende Firma das in Aussicht gestellt hat beziehungsweise – umgekehrt gefragt –: Wie war Ihr Verhandlungsauftrag, was die Lieferfristen betrifft?

**Mag. Edwin Wall:** Das hat nichts mit dem Verhandlungsauftrag zu tun, das war Stand der Verhandlungen zum damaligen Zeitpunkt: der Entwurf.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber der kommt ja nicht von allein auf die Welt. Wenn wir das richtig rekonstruiert haben, waren Sie ja in allen Phasen Verhandlungsleiter.

**Mag. Edwin Wall:** Das haben Sie falsch rekonstruiert, denn als das Finanzministerium die Federführung ab April 2003 übernommen hat, war ich nicht mehr Verhandlungsleiter.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das hat Ihnen gerade Kollege Stadler klarzumachen versucht. Abgesehen davon befinden wir uns im Jahr 2002.

**Mag. Edwin Wall:** Das hat auch der Rechnungshof festgestellt, dass ich da nicht Verhandlungsleiter war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Im Jahr 2002 haben Sie mit der Typenentscheidung, glaube ich, dann im August die Verhandlungen spätestens aufgenommen. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das habe ich ganz deutlich in meiner Rede erklärt, und ich sage jetzt nur mehr, dass ich das schon einmal beantwortet habe. Ich werde hier dauernd auf falsche Pfade gelegt. Ich habe gesagt, die Verhandlungen haben am **29. Juli** begonnen. Sie unterstellen, ich habe im August angefangen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Ministerialrat Wall, jetzt unterbreche ich Sie. Der Abgeordnete Kogler unterstellt Ihnen nichts, er stellt Ihnen **Fragen**. Sollten Sie der Meinung sein, dass in seinem Vorhalt etwas nicht richtig ist, dann können Sie in aller Ruhe darauf hinweisen. Ich hoffe, dass das Wort „unterstellen“ in diesem Zusammenhang nicht mehr vorkommt.

**Mag. Edwin Wall:** Ich entschuldige mich, aber ich habe deutlich genug in meiner Rede die Daten genannt. Ich muss jetzt für mich in Anspruch nehmen, dass ich nicht dauernd verwirrt werde, bitte. (*Abg. Mag. Kogler: Das war nicht einmal beabsichtigt!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist sicherlich nicht Absicht der Abgeordneten, sondern Kollege Kogler, soweit ich das beurteilen kann, fragt in aller Ruhe und hat auch das Recht auf ruhige Antworten. Und wir sind bis jetzt damit ganz gut gefahren.

**Mag. Edwin Wall:** Gut. Ich entschuldige mich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das wäre nicht notwendig. Schauen wir, dass wir das Ganze ganz ruhig abhandeln!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das werden Sie sicher mit 29. Juli so gesagt haben. Bei Durchsicht der Akten habe ich nur hauptsächlich August- und Septembereintragungen in Erinnerung beziehungsweise vor mir liegen. Daher wird das wohl kommen.

Die Frage, die allerdings dazu gehört, ist: Wie war der Stand der Lieferfirma, bezogen auf einen allfälligen Vertragsabschlusszeitpunkt? Ab Vertragsabschluss, wie viele Monate braucht es dann, bis die erste Maschine geliefert werden kann? Hat es eine derartige Fristigkeit überhaupt gegeben?

**Mag. Edwin Wall:** Es hat eine derartige Fristigkeit gegeben, nur in dem Vertrag wird dann ein Datum festgelegt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber wir rekonstruieren ja die Entwicklungsschritte in den Verhandlungen. Dass es am Schluss so etwas gegeben hat, ist ja unstrittig und hilfreich und nützlich.

**Mag. Edwin Wall:** Die Entwicklungsschritte habe ich eindeutig dargestellt vom Angebot September 2002 und Juli 2003 Vertrag. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, es konfligiert nur wieder mit anderen Aussagen hier, auch mit schriftlichen Aufzeichnungen, die jedenfalls im Finanzministerium vorliegen. Hillingrathner hat notiert, dass die Lieferfirma ab Verhandlungsende und Vertragsunterzeichnung 31 Monate benötigen würde, um das erste Flugzeug auszuliefern.

**Mag. Edwin Wall:** Dann sind sie wahrscheinlich am 31. Mai 2007.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, das haben wir alles nachgerechnet. Ich frage Sie ja nur, ob diese 31 Monate eine Ihrer Meinung nach erinnerliche Frist war seitens des Anbieters.

**Mag. Edwin Wall:** Für mich ist das durchaus eine erinnerliche Frist, nur sage ich noch einmal: Im Zuge der Vertragsverhandlungen wurde verhandelt. Und das, was ich hier dargestellt habe, war das Ergebnis zu den einzelnen Stadien, beginnend mit der Angebotseinholung September 2002, Vertrag Juli 2003.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. Diese 31 Monate hätten ja ergeben, wenn sie auch so weit erinnerlich waren, dass wir von der Perspektive – immer noch 1. Juli 2003 – nachrechnen, dann der Jänner 2006 der Anlieferungstermin gewesen wäre. Und genau darauf verweisen jetzt einige Schriftstücke im Finanzministerium.

Können Sie uns da irgendetwas dazu sagen? Haben Sie mit Ihrem Gegenüber im Finanzministerium darüber gesprochen, Kontakt gehabt? – Die behaupten nämlich, das war eine Vorgabe anderswo her; Sie behaupten, das war eine Maastricht-Vorgabe. Das habe ich schon mitbekommen.

Wie erklären Sie sich, dass Ihre Gegenüber vom Finanzministerium hier herinnen das aussagen, was ich Ihnen vorhalte?



**Mag. Edwin Wall:** Da müssen Sie die fragen, wie sie das erklären. Ich kann nur sagen: Für uns – also, für mich – hat sich die Liefersituation so dargestellt. Und ich habe gesagt, die Liefertermine mussten verschoben werden. Soweit ich informiert war, waren das die Maastricht-Kriterien. Mehr kann ich dazu nicht sagen, habe ich gesagt.

Ich habe hier die Liefertermine vom Vertrag – also, Angebot September 2002 und Vertrag.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist schon okay. – Das war dann der Verhandlungsfortschritt und das Verhandlungsergebnis. Wir haben jetzt – das ist ja keine große Kunst – natürlich auch herausgerechnet, dass der Jänner 2006 mit den anderen Zahlen, die hier kursiert sind, einen gewissen Sinn ergibt, und plötzlich ist es später geworden.

Ihre Auskunft ist: Die Lieferfristigkeiten sind weniger oder gar nicht durch den Lieferanten bestimmt worden, sondern auf Grund der Vorgaben der Republik und, jetzt sagen Sie, Maastricht-Kriterien. – Wer hat diese Maastricht-Relevanz vorgegeben?

**Mag. Edwin Wall:** Das Finanzministerium hat, soweit ich informiert war, für uns die Maastricht-Kriterien angeführt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also, das Finanzministerium ...

**Mag. Edwin Wall:** Gibt es, glaube ich, auch in Protokollen ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber wer vom Finanzministerium hat Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass auf Grund der Maastricht-Relevanz erst ab 2007 geliefert werden soll?

**Mag. Edwin Wall:** Soviel ich mich erinnere, Dr. Hillingrathner oder Frau Schwarzendorfer oder das ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Okay, und das war eine klare Vorgabe, so wie Sie das vernommen haben?

**Mag. Edwin Wall:** Das war eine klare Vorgabe für uns, und Sie sehen auch, dass es in den unterschriftsreifen Vertragsentwurf hineingekommen ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. – Dann möchte ich Sie noch damit konfrontieren, dass mit 1. 4. 2003 – also ziemlich am Anfang, als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden – Hillingrathner in einer Tabelle, die er mit „Nettopreise Eurofighter auf 18 Halbjahresraten-Basis“ überschreibt, Summen bildet. – Das ist aber nicht der Punkt.

Hillingrathner schreibt vier Anmerkungen, und die Anmerkung 3 lautet:

Herr Bundesminister für Landesverteidigung – also Ihre Abteilung – hat beauftragt, die EADS-Netto-Bestellsumme nominell unter 2 000 Millionen € zu drücken. – Und so weiter.

Ist also die gesamte Vorgabe für diese kommerziellen Verhandlungsteile vom Finanzministerium gekommen?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. Ich habe heute schon eingangs festgestellt, dass für Haftung, für die Zahlungsbestimmungen, für den Preis und für die Finanzierungsstruktur das Bundesministerium für Finanzen federführend die Verhandlungen geführt hat. Dieses Schriftstück war eine Information für das Verteidigungsministerium.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist klar. Aber wie erklären Sie sich, dass Hillingrathner „Herr Bundesminister für Landesverteidigung“ schreibt? – Das ist ja der Punkt.

**Mag. Edwin Wall:** Das wurde zwischen den Kabinetten immer abgestimmt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie ihm mitgeteilt, dass der Herr Bundesminister für Landesverteidigung eine Netto-Bestellsumme **unter** 2 000 Millionen € – also umgerechnet 2 Milliarden € – drücken will?

**Mag. Edwin Wall:** Nein. Ich war nur dabei, wie der Preis immer wieder gesenkt wurde, wie ich heute schon erklärt habe (*Abg. Mag. Kogler: Okay!*), bis der Simulator am Tapet war und das Bundesministerium für Landesverteidigung gesagt hat: nicht weiter!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich habe hier den Einvernehmensakt vom 14. Mai 2003 vor mir liegen, das heißt, wo das Einvernehmen – sprich: die Zustimmung – zu den Vertragsteilen vom Finanzressort eingeholt worden ist.

Hier ist der Einvernehmensakt des Bundesministeriums für Finanzen, Vertrag 1 und dann Vertrag 2. Dann steht dabei:

Die Abteilung verfügt über die vollständigen Vertragstexte, mehr als 600 Seiten, die wegen des großen Umfangs derzeit nicht in diesem Akt liegen, und führt dann an, welche Schwerpunkteile hier beinhaltet sind.

Und unter anderem steht hier: Als Anhang A8 finden sich in beiden Verträgen Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit Code of Business Conduct.

Dann hat das Finanzministerium diesen Einvernehmensakt durch Tomasch und Hillingrathner unterschrieben.

Jetzt frage ich Sie, Herr Ministerialrat: Kann man diese Einvernehmenszustimmung als jene Zustimmung betrachten, auf die vorhin Kollege Stadler so, sage ich jetzt einmal, intensiv insistiert hat?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn in diesen der Punkt 4 drinnen war, dann ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das kann ich, weil ich den Text, nachdem es um den vollständigen Vertrag (*Abg. Mag. Stadler: Der war nicht drinnen!*), nachdem es um den vollständigen Vertragstext geht vom 14. Mai 2003 – dann sind das doch diese Vertragstexte, die unterfertigt worden sind.

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht sagen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bei einem Einvernehmensakt weiß man das nicht im Vorhinein?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, es kann sich nachher etwas ... – Sicher. Der Status des Einvernehmensaktes ist das Datum. Es kann nachher bis zur Vertragsunterzeichnung durchaus etwas geändert werden. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe die Exemplare da! Frau Kollegin Fekter! Ich habe sie da!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und ist diese besagte Klausel nach dem Einvernehmen verändert, worden?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das wissen Sie nicht. (*Abg. Mag. Stadler: April nicht drinnen! Mai nicht drinnen!*) – Im Einvernehmensakt? (*Abg. Mag. Stadler: Nicht drinnen!*)

Aber im Einvernehmensakt sind ja die Vertragstexte nicht verfügbar gewesen?! (*Abg. Mag. Stadler: Ohne Punkt 4!*) – Wir werden uns das genau anschauen.

Das heißt aber, wenn man normalerweise das Einvernehmen bezüglich eines Vertragstextes herstellt, müsste der fertig sein? (*Abg. Mag. Stadler: Aber ohne Punkt 4!*)

**Mag. Edwin Wall:** Nein, bei den Entwürfen nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Welchen Sinn hat dann ein Einvernehmensakt, wenn das dann alles noch ...

**Mag. Edwin Wall:** Das war zum Zeitpunkt dieses Status. Es war zum 20. September eine Zäsur und es war am 14. – wie Sie gesagt haben, am 14. Mai – eine Zäsur. Und da ist der Stand, der damalige Stand, festgeschrieben worden. (*Abg. Mag. Stadler: Ohne Punkt 4! Am 30. 6. taucht zum ersten Mal Punkt 4 auf! So schaut es aus!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, vom 14. Mai bis Juli zur Vertragsunterfertigung hat es noch weitere Verhandlungen gegeben? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Das heißt, der Endakt war dann am 30. Juni, unmittelbar vor der Unterfertigung? (*Mag. Wall: Richtig!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und im Endakt war dann wieder diese Klausel mit dabei, und zwar in der Form, in der sie bereits bei der Anbotslegung vorgelegen ist? (*Mag. Wall: Richtig! – Abg. Mag. Stadler: Auf einmal taucht es wieder auf!*) – Jetzt noch einmal zurück zum **Einreदेverzicht**.

Sie haben erwähnt, dass man sozusagen das Risiko des Einreदेverzichts durch die Bankgarantie minimiert hat, und dann gab es aber auch noch eine Haftungserklärung der Betreiberfirmen, die alle Betreiberfirmen unterfertigt haben. – Ist Ihnen das bekannt?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wie hoch würden Sie persönlich das Risiko für die Republik durch den Einreदेverzicht einschätzen?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht einschätzen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es hat aber Bemühungen gegeben, wenn es ein Risiko geben würde, dass das dann durch Haftung, durch Bankgarantie und durch die allgemeinen Gewährleistungsbestimmungen abgesichert ist.

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Eine ganz andere Frage, Herr Mag. Wall:

Können Sie mir erklären – Sie kommen ja aus dem Landesverteidigungsministerium –, wieso es durch die Hochwasserkatastrophe notwendig wurde, weniger Flieger zu kaufen, beziehungsweise – umgekehrt gefragt –, was hat diese Reduktion der Flieger von 24 auf 18 für die Hochwasseropfer gebracht?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich Ihnen nicht erklären. Ich war selbst überrascht von dieser Verringerung. Ich habe sie durch die Presse erfahren.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Sie haben das durch die Presse erfahren, und es ist Ihnen nicht bekannt, warum das gemacht wurde?

**Mag. Edwin Wall:** Mir ist nicht bekannt, warum.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Was ist Ihre Einschätzung?

**Mag. Edwin Wall:** Dass auf Grund der Hochwasserkatastrophe, wie gesagt wurde, von 24 auf 18 Stück reduziert wurde.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Und hat das den Hochwasseropfern Geld gebracht?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht beurteilen. Aber es hat natürlich den Vertrag verringert, weil nicht 24 Maschinen gekauft wurden, sondern nur 18.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Könnte man sagen, die Hochwasserschädigten sind eigentlich missbraucht worden?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe diese Verringerung nicht gemacht. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich bin gerade von der ÖVP darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Befragungsperson Westenthaler glaubt, wir sind hier in der „politischen Gummizelle“. – Ich entschuldige mich dafür, dass ich nicht gleich aufmerksam war.

Herr Mag. Wall, ich habe hier die Exemplare, die im Finanzministerium zugeleitet wurden – jeweils mit Einsichtsbemerkungen. Ich habe hier das Exemplar Vertragsentwurf April 2003. Hier wird zur Täuschung des Finanzministeriums das unterfertigte Exemplar vom 12.9.2002 angeschlossen. Hillingrathner zeichnet das ab.

Ich habe hier das Exemplar vom 14. Mai 2003, das dann versiegelt wurde, unter Verschluss kam – gar keine Unterschrift drauf, aber wiederum **ohne Punkt 4**.

Und ich habe hier das Exemplar, und am Tag vor der Unterfertigung, nachdem das sozusagen versiegelte Exemplar wieder geöffnet wurde, taucht auf einmal **Punkt 4 wieder auf**. – Haben Sie mir dafür eine Erklärung?

Ich sage Ihnen gleich den Eindruck, den ich habe. Der Eindruck, den ich habe, ist, dass dieses Exemplar vom 12.9.2002 benötigt wurde, um das Finanzministerium zu täuschen. Das Finanzministerium ist mit zwei Einsichtsbemerkungen – April 2003 und Mai 2003 – davon ausgegangen, dass das der Business Code ist, den man ihnen zweimal vorgelegt hat. Und es gab überhaupt keinen Grund, am Schluss daran zu zweifeln, dass die bereits zweimal vorgelegten Exemplare sich auch in der Haupturkunde finden. Niemand konnte damit rechnen, dass man am Tag vor der Unterfertigung des Vertrages diesen Teil austauscht. Niemand! Ich hätte auch nicht damit gerechnet. – Haben Sie dafür eine Erklärung?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Abgeordneter, wie Sie das hier darstellen, **ist unrichtig!** (Abg. Mag. Stadler: *Ich halte es Ihnen gerne vor!*) Das Bundesministerium für Finanzen wurde **nicht getäuscht**.

Ich habe heute schon einmal ausgeführt – und ich wiederhole mich nicht mehr, gebe ich zu Protokoll, zu dieser Sache vollkommen und endgültig. Und Ihr zitiertes Datum, der 30.6., das ist die Akt-Erstellung. Dieser Akt beinhaltet den unterschiftsreifen Entwurf, der dann an alle Stellen geht. Dieser Entwurf ist nicht, bitte, am letzten Tag entstanden, sondern während der ganzen Zeit. Und alles das, was Sie hier zeigen, spiegelt Entwürfe, wo zum Beispiel im September, am 20., einmal einer eingefroren wurde, dann gab es diesen eingefrorenen Entwurf, und nachher wurde wieder weiterverhandelt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich rede von jenen Entwürfen, die unmittelbar vor der Unterfertigung, vor der Fertigstellung der Hauptvertragsurkunde dem Finanzministerium zugeleitet wurden. Da gibt es ein Exemplar April 2003, ohne

Punkt 4, in der Fassung 12.9.2002. Es gibt ein Exemplar, das dann versiegelt wurde, von Mitte Mai 2003 – ohne Unterfertigung, ohne Punkt 4.

**Mag. Edwin Wall:** Hierbei handelt es sich um Vertragsentwürfe. (Abg. Mag. Stadler: Ja, natürlich!) Gesiegelt wurde der **unterschriftsreife** Vertrag (Abg. Mag. Stadler: Der wurde unter Verschluss genommen?), der gemäß Auftrag an das Bundesministerium für Landesverteidigung ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das Exemplar von Mitte Mai wurde dann unter Verschluss genommen. Und dann kommt einen Tag, und hier gibt es (Mag. Wall: Es ...), Herr Ministerialrat Wall, hier gibt es auf dem gesamten Aktenvorgang – aber ich leite es Ihnen gerne zu –, auf dem gesamten Aktenvorgang kein älteres Datum als den 30.6. – kein älteres Datum! Es haben keinerlei Handhabungen in diesem Akt vor dem 30.6. stattgefunden, die aus dem Aktenvorgang erschließbar sind.

Das heißt, am Tag vor der Unterfertigung taucht auf einmal das Exemplar des Business Code mit dem Punkt 4 in der ursprünglichen, von EADS selbst verfassten Variante wieder auf.

**Mag. Edwin Wall:** Ich muss Sie **noch einmal**, immer wieder auf den Vorgang hinweisen, der nicht so war, wie Sie ihn darstellen. Ich habe Ihnen erklärt, dass im Zuge der Verhandlungsverfahren die Finanzprokurator eingeschaltet wurde, das Finanzministerium. Daher ist Ihr Vorwurf der Täuschung des Finanzministeriums – ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen – **absolut unrichtig!** Das Finanzministerium war informiert, dass dieser **Punkt geändert wird**.

Und der 30.6. widerspiegelt (Abg. Mag. Stadler: Gut, gehen wir es noch einmal ...) den unterschiftsreifen Vertrag, der auf den Vergabe-Kreislauf geschickt wurde und von allen Stellen – zum letzten Mal jetzt! –, des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesministeriums für Finanzen **zugestimmt** wurde – im Wissen, dass dieser Punkt geändert wurde, denn das Finanzministerium wurde **vor** Änderung davon informiert und hätte – auch zum letzten Mal! – im Zuge einer Einsichtsbemerkung die Möglichkeit gehabt, diesen Punkt wieder herauszuverhandeln, denn das Finanzministerium war zu diesem Zeitpunkt Verhandlungsleiter und das Finanzministerium war Hüter dieses Verhaltenskodex und **nicht** das Bundesministerium für Landesverteidigung! – Zum letzten Mal! – Danke.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Außer dem Telefonat mit Herrn Hillingrathner gab es keinerlei Äußerung des Finanzministeriums dazu. Die beiden Exemplare, die vorgelegt wurden, sind jeweils ohne Punkt 4 vorhanden vor der Übersendung der Haupturkunde vom 30.6.

Wissen Sie, Herr Ministerialrat, ich habe hier Ihre Veranlassungskopie. Das ist Ihr Begleitschreiben. Das hat kein älteres Datum als 30.6.2003. Mit diesem Schreiben übersenden **Sie** nun das endgültige Exemplar zur Gegenzeichnung ans Finanzministerium – das geht aus dem Schreiben hervor. Ich nehme an, Sie kennen das Schreiben, sonst halte ich es Ihnen gerne vor.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe meinen klaren Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe noch gar nicht gefragt.

Dieses Exemplar, das Sie hier dem Finanzministerium als Veranlassungskopie beilegen, geht im Original bereits am 30.6. an die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, und zwar in der Fassung mit dem Punkt 4. Ich kann Ihnen das beweisen. Ich kann Ihnen die Urkunde vorlegen, wenn Sie wollen.

**Mag. Edwin Wall:** Herr Abgeordneter, ich bitte: Sie verstehen die Vorgänge (*Abg. Mag. Stadler: Darum erklären Sie es uns!*) im Verteidigungsministerium nicht. Sie kennen keine Aktenläufe!

Wenn ich im Verteidigungsministerium einen Akt genehmige, dann trägt er das Genehmigungsdatum eines Aktes – und der geht auf die Reise, denn ohne Genehmigung kann ich nichts an das Finanzministerium schicken. Das muss ein genehmigter Akt sein, und das war der 30. – und der geht **nicht an die Firma!** (*Abg. Mag. Stadler: Ich sage ...*)

Sie haben schon einmal verwechselt, dass etwas an die Firma geht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte Ihnen das Schreiben vor. Das ist das, was jetzt ...

**Mag. Edwin Wall:** Es gibt Verfahren im Verteidigungsministerium. Und es geht am 30. nichts an die Firma. – Punkt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Schauen Sie, das ist hier bereits aus dem Akt ersichtlich. Ich zeige Ihnen dieses Schreiben. Bevor Sie sich weiterhin in falschen Darstellungen verfangen, halte ich es Ihnen vor. (*Mag. Wall: Nein, Sie verfangen sich in falschen Darstellungen, nicht ich!*) – Ja, gut.

**Mag. Edwin Wall:** Und ich möchte Ihnen erklären, dass es ein Verwaltungshandeln gibt (*Abg. Mag. Stadler: Bitte, wenn Sie die Güte haben ...*), das Sie nicht zur Kenntnis nehmen! (*Abg. Mag. Stadler: Herr Wall!*) Ich muss mich daran halten!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, wenn Sie die Güte haben, den Akt zu betrachten, dann werden Sie vielleicht zu einer anderen Aussage kommen. Ich kann es Ihnen nicht anders erklären.

**Mag. Edwin Wall:** Ich komme zu keiner anderen Aussage. Das sind Verfahren, die gibt es bei uns, die sind genau festgeschrieben, die können Sie nicht ändern, Herr Abgeordneter! (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Bitte, was soll ich aus diesem Schriftstück lesen? Das Datum?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte Ihnen nur vor, dass – bitte, wenn Sie jetzt die Aktenabfertigung und Einsichtsbemerkungen ...

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf Ihnen noch einmal erklären (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*), wie das Verfahren im Bundesministerium für Landesverteidigung auf Grund der Verwaltungsvorschriften geht. (*Abg. Mag. Stadler: Ich rede jetzt nur ...*)

Es wird ein Akt von mir genehmigt. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Dieser Akt trägt das Datum der Genehmigung. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte, wenn Sie sich ...*) Dann geht dieser Akt auf die Reise. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Wall, wenn Sie Ihren Redeschwall einmal kurz unterbrechen ...*) – Wollen Sie, dass ich Ihnen das erkläre oder nicht? – Dann schweige ich!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein. Bitte, schauen Sie sich die Einsichtsbemerkungen an ...

**Mag. Edwin Wall:** Hören Sie mir zu! Ich brauche mir nichts anzuschauen (*Abg. Mag. Stadler: Okay!*), ich weiß, wie es geht – und das seit 30 Jahren!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann bitte das Schriftstück wieder zurück, wenn der Herr Ministerialrat eh nichts anzuschauen braucht.

**Mag. Edwin Wall:** Dieser Akt, der von mir unterschrieben ist, geht in den Vergabekreislauf. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Ministerialrat! Ich habe es ja ...*) Dieser

Vergabekreislauf kann einen Tag oder kann sechs Wochen oder acht Wochen dauern, und dann, wenn der Vergabeakt zu mir ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte für den Ausschuss fest, ...

**Mag. Edwin Wall:** Ich bin am Wort! – Und wenn der Vergabeakt zu mir zurückkommt, **dann** geht er an die Firma, das dürfen Sie nicht verwechseln. Das kann ein Zeitraum von einem Tag bis zu acht Wochen sein, denn eine Revision hat 14 Tage Einspruchsfrist, das Bundesministerium für Finanzen hat sechs Wochen Einspruchsfrist, sie können also den Akt sechs Wochen bei sich behalten, ohne eine Antwort zu geben. (*Abg. Mag. Stadler: Ich halte...*) Und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das in das Datum eingerechnet wurde, und vorher geht **nichts an die Firma!**

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte für den Ausschuss fest, dass die Einsichtsbemerkungen des Aktes des Bundesministeriums für Finanzen kein einziges älteres Einsichtsdatum zeigen als den 30.6.2003 – kein einziges! Das heißt, das Finanzministerium hat diesen Akt mit dem Begleitschreiben, das Herr Ministerialrat Wall an die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, ebenfalls datiert mit 30.6.2003, abgefertigt hat, ...

**Mag. Edwin Wall:** Das ist **unrichtig!** Ich habe am 30.6. nichts abgefertigt! **Sie** sagen hier unrichtige Sachen, und wenn das im Protokoll steht, kann man mir dann Vorwürfe machen. Da muss ich, Entschuldigung, gleich unterbrechen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Mit einem Begleitschreiben, das mit 30.6.2003 datiert ist, wurde dieser fertige Vertrag ...

**Mag. Edwin Wall:** Es geht mit keinem Begleitschreiben an das Finanzministerium, der **ganze Akt** geht an das Finanzministerium!

Ich ersuche Sie bitte, sich an die Verwaltungsvorgänge zu halten oder diese zumindest zu respektieren!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich ersuche Sie einfach ...

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Herr Wall, ich habe jetzt eine Zeitlang zugehört. Herr Abgeordneter Stadler stellt Ihnen Fragen, wenn er Sie bei Ihren Antworten unterbricht, dann habe ich ihn schon ab und zu darauf hingewiesen, dass er das nicht tun soll, es wäre aber auch hilfreich, wenn Sie ihn bei seinen Fragen auch nicht unterbrechen, auch wenn Sie nicht seiner Meinung sind bei den Fragen. (*Abg. Dr. Fekter: Aber wenn ihm etwas unterstellt wird, muss er sich wehren!* – *Abg. Mag. Stadler: Ich unterstelle ja gar nichts!*) – Dann hat er bei seiner Antwort in aller Ruhe die Möglichkeit, das, so ausführlich er will, darzustellen.

Es wäre mir nur wichtig, dass wir das Verfahren in dieser Art und Weise einhalten (*Abg. Dr. Fekter: Sekkiererische Befragung ist das vom Großinquisitor!*), weil es dadurch wesentlich ruhiger durchgeführt werden kann. – Kollege Stadler, bitte fortzusetzen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte noch einmal fest für den Ausschuss, dass dieser Akt des Finanzministeriums auf den Einsichtsbemerkungen und Abfertigungsbemerkungen kein einziges älteres Datum trägt als den 30.6.2003. Diesem Akt ist ein Schreiben beigegeben, das ausdrücklich die Kennzeichnung „Veranlassungskopie“ trägt, das mit 30.6.2003 datiert ist, von Herrn Ministerialrat Wall gezeichnet ist und an die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH gerichtet ist mit dem Hinweis, dass die bereits unterfertigte Originalurkunde übersandt werde mit dem Ersuchen um Gegenzeichnung.

Das heißt, als dieses Schreiben am 30.6.2003 abgefertigt wurde, ausgedruckt wurde, war der Vertrag bereits unterfertigt – er trägt auch das Datum 30.6.2003, die Unterfertigung seitens des Verteidigungsministeriums.

Diese Veranlassungskopie ging an das Finanzministerium – und jetzt taucht zum ersten Mal, entgegen den vorher vorgelegten Exemplaren, April und Mai 2003, auf einmal die ursprüngliche Fassung des Business Code **mit Punkt 4** auf – vorher nicht!

Ich habe hier übrigens die Unterfertigung, die Haupturkunde trägt das Datum 30.6.2003, identisch mit dem Begleitschreiben, das Herr Ministerialrat Wall ebenfalls mit 30.6.2003 an die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH gerichtet hat.

Das Finanzministerium hat daher vor dieser Unterfertigung nur Exemplare bekommen, die **ohne** diesen Punkt 4 dem Finanzministerium vorgelegt wurden. Es gibt keinen einzigen Aktenvorgang, der dem Ausschuss vorgelegt wurde, wo früher das Exemplar Eurofighter Business Code mit Punkt 4 im Finanzministerium aufgelegt hat. Der einzige Hinweis, dass das Finanzministerium vielleicht früher von einer Existenz eines Punktes 4 gewusst haben könnte, hat uns die Auskunftsperson Mag. Wall geliefert, indem er in einem Telefonat dies Herrn Ministerialrat Hillingrathner gegenüber erwähnt habe, der dafür Verständnis gezeigt habe, mehr nicht.

Nun möchte ich Sie mit etwas anderem konfrontieren. Sie haben gesagt ...

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Erstens ist die Redezeit vorbei, zweitens soll Herr Wall noch die Möglichkeit einer Antwort darauf bekommen.

**Mag. Edwin Wall:** Hier waren eine **Menge unrichtiger Statements** drinnen, die ich für das Protokoll **ausdrücklich berichtigt** haben möchte.

Ich wiederhole, glaube ich, schon zum zehnten Mal hier als Auskunftsperson das Gleiche, und Sie fragen mich beim elften Mal wieder dasselbe. (Abg. Mag. **Stadler:** *Ich habe Sie gar nichts gefragt! Ich habe den Akt erklärt!*)

Ich ersuche Sie bitte noch einmal: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es im Bundesministerium für Landesverteidigung Verwaltungsabläufe gibt, und behaupten Sie hier nicht immer wieder unrichtige Angaben mit diesen Daten!

Ich erkläre Ihnen **noch einmal** – ich habe zwar schon einmal gesagt: zum letzten Mal; aber für das Protokoll muss das **eindeutig** jetzt hervorgehen –, wie es im Bundesministerium für Landesverteidigung zugeht, und da geht es ordnungsgemäß zu. Ich lasse mir hier **nicht unterstellen**, dass ich etwas unterschrieben hätte an die Firma.

Erstens einmal: Dieses Papier, mit dem Sie hier dauernd winken, das ist eine **Veranlassungskopie**, und eine Veranlassungskopie geht nur an interne BMLV-Stellen. An das Bundesministerium für Finanzen geht kein Anschreiben, sondern der **gesamte Akt**. (Abg. Mag. **Stadler:** *Das Original ist an Eurofighter gegangen!*) – Herr Abgeordneter Stadler, ich habe Ihnen heute schon so oft erklärt, dass das Datum des Genehmigungsaktes von mir genehmigt werden muss, damit es erst in das Bundesministerium für Finanzen gehen kann! Das Bundesministerium für Finanzen nimmt vom Bundesministerium für Landesverteidigung **keinen Akt**, der **nicht genehmigt ist**. Und der Akt an die Unternehmung Eurofighter geht hinaus, wenn alle Stellen das genehmigt haben – und nicht mit meiner Datumsgenehmigung. Das ist auch für Unternehmen schwierig, dass es da zwei verschiedene Daten gibt. Und der Vertrag wird rechtskräftig, wenn er **gegengezeichnet** wird. (Abg. Mag. **Stadler** *spricht mit Mitarbeitern.*) – Sie hören gar nicht zu, ich „danke“!

Ich beantworte Ihnen aber weitere Fragen zu diesem **nicht**, Herr Abgeordneter! Aber dann möchte ich auch in das Protokoll nehmen: Ich versuche hier kämpfend zu



erklären, wie es ordnungsgemäß im Verteidigungsministerium zugeht – und Sie, Herr Abgeordneter Stadler, hören nicht einmal zu! Das gehört ins Protokoll! (*Abg. Mag. Stadler: Ich höre schon zu, nur keine Sorge! Napoleon konnte auch zwei, drei Dinge gleichzeitig machen!*) – Herr Abgeordneter, vergleichen Sie sich nicht mit Napoleon! (*Abg. Dr. Fekter: Ein „Westentaschen-Napoleon“!*) Ich bin eine Auskunftsperson – und Sie nicht Napoleon! (*Abg. Mag. Stadler: Sie sind Auskunftsperson und haben keine ... zu stellen!*) – Ich kämpfe für mein Ressort, und in diesem geht es ordnungsgemäß zu, und ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, dass es im Bundesministerium für Landesverteidigung **nicht ordnungsgemäß zugeht!** Es gibt Verwaltungsvorschriften ...

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Herr Wall! Herr Wall! Erstens haben wir jetzt wieder dieses unschöne Wort ...

**Mag. Edwin Wall:** Entschuldigung, ich bin ein bisschen emotionell, aber wenn es um mein Ressort geht, lasse ich mir das nicht bieten!

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Wir haben das unschöne Wort „unterstellen“, zweitens sind Sie da – ich ersuche Sie, das zu berücksichtigen –, Fragen zu beantworten und nicht in erster Linie für Ihr Ressort zu kämpfen. Wir kämpfen gegen Sie jetzt auch nicht. (*Mag. Wall: Ich kämpfe für die Republik!*) Na, dann kämpfen wir gemeinsam für die Republik, indem wir in Ruhe Fragen stellen und beantworten. (*Mag. Wall: Ich mache das schon seit 30 Jahren!*) Ich mache das im Nationalrat und kurz im Wiener Gemeinderat seit 20 Jahren. (*Mag. Wall: Wir kennen uns seit dem Draken-Unterausschuss!*) Na schauen Sie, und uns geht es heute noch gut. (*Mag. Wall: So ist es, auch mir!*) – Sehen Sie.

Jetzt kommen wir wieder ein bisschen runter. Herr Kollege Stadler darf jetzt ohnehin nichts mehr fragen, zumindest in dieser Runde nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann setzen wir dort fort, wo wir beide, Herr Magister, aufgehört haben.

Mai 2007 – letztvereinbarter Liefertermin. Wenn Sie das aber ständig sozusagen mit begründet haben mit der Maastricht-Relevanz (*Mag. Wall: Richtig!*), gemeint ist auch, das haben andere Auskunftspersonen hier schon gesagt, politischer Hintergrund, soll ja auch nichts Schlechtes sein jetzt in unserer Befragungssituation, dass eine neue Legislaturperiode klar war, weil einfach die Bundesverfassung vorsieht, wann Wahlen sind. Und deshalb war klar ... Es hätte aber, so betrachtet, auch der Jänner 2007 getan, und es hat auch Hinweise gegeben, dass es der Jänner 2007 hätte sein sollen. Was war dafür ausschlaggebend, dass dann der Mai letztendlich in die Schlussbestimmungen gekommen ist?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht beurteilen, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zu einem anderen Punkt. – Die Fragestellung des Einredeverzichts und verschiedener anderer kaufmännischer Verhandlungsteile ist ja auch schon erörtert worden. Ich schicke voraus, was unseren Stand betrifft, dass der Einredeverzicht mit dazu gemacht wurde, um die Kreditkonditionen zu verbessern, die letztendlich – offizielle Rede – wieder der Republik zugute kommen sollten. – So weit, so gut.

Jetzt aber: Wo erkennen Sie den Unterschied – weil Sie auch die Maastricht-Relevanz angesprochen haben – zwischen dieser Konstruktion mit der Zession und dem hier jetzt bekannten Dreiecksverhältnis, das es letztlich ja, ökonomisch jedenfalls, geworden ist – und einem normalen Kredit, den die Republik aufgenommen hat, nachdem ja Triple-A-Konditionen herausverhandelt werden konnten?

**Mag. Edwin Wall:** Ich bitte, mich zu diesen Themen nicht zu befragen. Ich habe heute schon einmal festgestellt, dass die Finanzierungsstruktur, die Zahlungsbestimmungen, der Preis und die Haftung federführend vom **Bundesministerium für Finanzen** gekommen sind und ich die vier Seiten – bestätigt; werden Sie in den Unterlagen finden – in den Vertrag integriert habe und ich das bitte **nicht** zu vertreten habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Na ja, das werden wir dann schon machen. Die Frage ist nur – da darf ich dann aber noch einmal auf das vorige Thema zurückkommen, wenn Sie das so ansprechen –: Als Gesamtverhandlungsleiter muss ja irgendjemand auch das Interesse des Verteidigungsministeriums im Besonderen im Auge haben. Und etwa bei diesen Lieferterminen hat es ja längere Diskussionen gegeben, ob nicht dann eine so genannte Zwischenlösung notwendig wird, wenn es denn dann auch so kommt. Wer hat also die Interessen des Verteidigungsministeriums im Besonderen vertreten?

**Mag. Edwin Wall:** Wie Sie wissen, wurde durch das Bundesministerium für Finanzen die Federführung der Verhandlungen übernommen. Und das Bundesministerium für Finanzen ist hier verantwortlich und schreibt dem Bundesministerium für Landesverteidigung vor, was es hier zu machen hat. Das sehen Sie daran, dass die vier Seiten in den Vertrag integriert wurden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie hat sich denn das dann zugetragen, als mit dieser Vorgabe erkennbar war, dass das Bundesministerium für Landesverteidigung möglicherweise nach letztnotwendiger Einstellung des Draken-Betriebes plötzlich eine Zeit lang ohne Luftraumüberwachungsflugzeuge vergleichbaren Typs dasteht?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht beurteilen, das ist nicht mein Kompetenzbereich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zur Fragestellung der Haftungsreduktion: Ist das ein Teil, wo Sie wieder sagen werden – ich will den nämlich exemplarisch herausgreifen –, dass nur das Bundesministerium für Finanzen federführend war? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Dann werde ich Sie noch konfrontieren, wo Sie ja offensichtlich unmittelbar angesprochen waren, mit dieser Situation, dass ja zwei Vertragsbestandteile verhandelt werden sollten. Wann ist denn diese Idee als Erstes einmal aufgetaucht, in V1 und V2 zu spalten?

**Mag. Edwin Wall:** Da gibt es ein Protokoll, das in den übersendeten Unterlagen sein müsste. Soviel ich mich erinnere, habe ich am 15.4.2003 von der zuständigen Fachabteilung das Mengengerüst für die Aufteilung V1 und V2 bekommen. – So viel kann ich dazu sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das haben wir auch einsehen können, den 15.4. – Und unserem Eindruck nach war die Idee nur deshalb vorher schon vorhanden, weil auch am 11.4. sich ein Hinweis darauf ergibt. Und ich wollte Sie fragen, ob Sie aus eigener Wahrnehmung von diesem Anliegen schon früher gehört haben. Es hätte ja auch aus dem Finanzministerium kommen können?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, ich habe das nicht früher gehört. Ich habe das nur vollzogen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also, Sie waren das erste Mal damit am 15.4. konfrontiert, dürfen wir festhalten?

**Mag. Edwin Wall:** Auch, glaube ich, am 11.4., wenn Sie eine Besprechung zitieren – das muss in den Protokollen sein. Darum habe ich gesagt, ich kann mich nicht erinnern. Da müssen wir aufpassen, es hat hier viele Besprechungen gegeben. Aber alles ist in Protokollen festgehalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das war die erste, wo wir das finden. Das wird dann auch Ihr Kenntnisstand gewesen sein. Da wollen wir nicht darauf herumreiten. – Gut.

Wissen Sie, der Hintergrund der Frage ist klar: Wir wollten nur auch herausarbeiten, wo das herkommt. Sie haben aber keine weiteren Wahrnehmungen dazu. Ich sage nur, wir haben auch Spuren im Finanzministerium schon in der Sommergehandlungsphase dazu entdeckt, dass dort diese Idee kreiert wurde. Dort ist man auch mächtig stolz darauf. – Also, Sie müssen sich da in keiner Weise weiter tangiert fühlen, wenn Sie meinen, dass Sie das erst am 11.4. das erste Mal gehört haben.

Jetzt schreibt aber interessanterweise am 10.4., also einen Tag vor dieser Besprechung, der Herr Hillingrathner an Sie, und zwar: „Herrn MinR Mag. Wall – sofort“, mit einem Fax offensichtlich. Und da geht es darum, die durchaus komplexe Situation aufzudröseln, dass wir einmal starten müssen mit einem Ministerratsvortrag vom 2. Juli mit den 1,79 Milliarden für 24 Flugzeuge.

Starten wir einmal dort: Ist Ihnen die Problematik bekannt gewesen, dass der Preis, der im Ministerratsvortrag 2. Juli drinnen war, ein unzutreffender war für das, was dort beschrieben war?

**Mag. Edwin Wall:** Da kann es sich nur um den Themenkreis Finanzierungsgesetz für diese Abfangjäger handeln. Damit war ich **nicht befasst**.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist ein anderer Themenkreis, der ist mir auch vertraut. Aber Sie wissen auch nichts darüber, wie die 1,79 in den Ministerratsvortrag gekommen sind.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, den Ministerratsvortrag kenne ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Hillingrathner schreibt an Sie:

Wenn Preis gemäß Ministerratsvortrag ... 24 Stück und Mengengerüst Position 1 bis 33 ...

Da bezieht er sich auf diese Angebotseinholungspositionen, die Ihnen sehr gut vertraut sind, wie wir vom letzten Mal wissen, und auf die Barpreisvariante. Und da erklärt er sich weiter, und dass das ganz schön schwierig ist, das alles herzurechnen. Und dann geht es weiter mit Barpreisvarianten, 24 Stück noch einmal – und jetzt muss man irgendwie auf 18 Stück vergleichbar herunterrechnen.

Haben Sie dazu einen Beitrag geleistet, diese Vergleichbarkeit herzustellen?

**Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Wir haben dauernd Berechnungen durchgeführt, wenn das Finanzministerium Kürzungen an diesem Vertrag verlangt hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja, aber das war dann in der Folge. – Ich frage Sie ja jetzt: Am 10.4., also einen Tag bevor das Ganze wirklich wieder ernst wird im Frühjahr, schreibt eben an Sie Hillingrathner dieses Mail. Und in der letzten Zeile schreibt er: Wie schaffen wir den Trapezakt der Vergleichbarkeit? – Es ging also nicht darum, nur Kosten zu reduzieren und zu sparen – das wäre ja löblich –, es ging auch um den „Trapezakt der Vergleichbarkeit“.

Wie haben Sie das interpretiert, als diese Mitteilung bei Ihnen eingetroffen ist?

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann nur denken, dass das die Herunterrechnung von 24 Stück auf 18 Stück war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber wenn ich Sie noch einmal frage: Die Problematik der Vergleichbarkeit der Stückkosten zum Beispiel – Sie kennen ja die dahinter liegende vergaberechtliche Problematik, nehme ich an, mit Ihren Vorkenntnissen –, da haben Sie keine Erinnerungen oder Wahrnehmungen daran?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, für mich war nur klar, dass durch diese Stückzahlverringerung keine Preiserhöhung im Eurofighter-Angebot eingetreten ist. Und das ist Tatsache.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Erklären Sie uns bitte diese Tatsachen. (*Abg. Dr. Fekter: Das hat der Rechnungshof eh geprüft!*) – Nein, nein, Moment, langsam!

**Mag. Edwin Wall:** Das habe ich auch heute schon einmal festgehalten, dass im Gutachten von Professor Aicher festgestellt wurde: Wenn von 24 auf 18 reduziert wird, dann ist es nur im Vergabeverfahren zu halten, wenn keine Preissteigerung eintritt. – Und es ist keine eingetreten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie helfen uns, Sie bringen uns ja auf immer neue Fragen. – Das Gutachten Aicher, ist das ein Gutachten gewesen, das diesen Vorgang genau betrachtet und bewertet und also begutachtet hat? – Wann ist denn das Gutachten Aicher erstellt und vorgelegt worden?

**Mag. Edwin Wall:** Dazu kann ich nichts sagen, denn alle diese Gutachten hat bei uns die Revisionsabteilung eingeholt, also die Gruppe Revision, und wir haben dann das Go bekommen: Jawohl, geht in Ordnung! Verringerung von 24 Stück auf 18 vergabekonform! Es kann mit dem Verfahren weitergearbeitet werden! – Das kam von der Gruppe Revision.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, das ist eine Auskunft, da sind wir sehr zufrieden: Das kam von der Gruppe Revision. – Ich darf Sie nämlich aufmerksam machen, dass Aicher ...

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich fordere eine Sitzungsunterbrechung, denn wir sind vorsitzlos!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Bitte diese „Gesangsübungen“ woanders fortzusetzen! Der Vorsitzende steht **da**, für alle sichtbar! (*Obmann Dr. Pilz spricht, zwischen Zuhörerplätzen und Saaleingang, mit Abg. Mag. Stadler.*) Das ist kein Grund, jetzt ...

Ich glaube, wir verstehen uns ohnehin nicht so schlecht, Herr Ministerialrat. Die Fragestellung ist ja schon beantwortet worden: Sie haben das von der Revision bekommen. (*Mag. Wall: Das „Go“!*) – Das war dann sozusagen: Startklar, weiter!

Das Gutachten Aicher kann dafür aber nicht herangezogen werden, weil es diesen Vorgang gar nicht bewertet hat. Das Gutachten Aicher hat allgemeine Axiome aufgestellt, wann und unter welchen Voraussetzungen so etwas denkbar ist, und ist zehn Monate, bevor dieser Vorgang abgeschlossen zu beobachten war, erstellt worden.

Ich komme jetzt, da Sie ja damit vertraut sein müssen, zurück auf diese V1/V2-Geschichte.

In den Berechnungen, die hier vorzunehmen sind, was war der Preis, Ihrer Erinnerung nach, für die Einsitzer noch mit dem Angebot 24 Stück?

**Mag. Edwin Wall:** Ich bitte, mich zu verstehen: Ich kann mich bei diesen vielen Preispositionen nicht an einzelne Preise erinnern. Da müssen Sie zurückgehen in die einzelnen Stadien, wann welcher Preis angesetzt wurde.

Ich kann nur sagen: Ich habe ein Mengengerüst bekommen am 15.4.2003. Dieses Mengengerüst wurde mit gültigen Preisen versehen, und mit dem ging es dann weiter.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie sagen, Sie haben ein Mengengerüst bekommen am 15.4.?

**Mag. Edwin Wall:** Aufteilung in V1, V2.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und dann hat es keine Verschiebungen mehr zwischen V1 und V2 gegeben?

**Mag. Edwin Wall:** Natürlich. Dann hat ja das Bundesministerium für Finanzen hier auch die Verhandlungen geführt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann ist es losgegangen mit den Verschiebungen, da haben Sie völlig recht!

**Mag. Edwin Wall:** Dann ist es losgegangen mit den Verhandlungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich darf Ihnen nur sagen, dass hier im Dutzend, dutzendweise, Positionen noch von V1 in V2 – unter Gänsefüßchen – „verschoben“ wurden. Aber vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück. (*Abg. Dr. Fekter: Aber beides ist Vertragsinhalt geworden – gleichwertig!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wünscht jemand von der ÖVP das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Kollege Kräuter, bitte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich habe nur eine kurze Frage: Sie sind ja in der Task Force?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, ich bin nicht in der Task Force.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** So schnell kann es manchmal gehen mit Frage und Antwort!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Ministerialrat, ich habe hier eine genaue Chronologie des Finanzministeriums über die Vorgänge der Vertragsentwurfsübermittlung zwischen Verteidigungsministerium und Finanzministerium. Ich lese Ihnen vor, was am 30.4.2003 eingetragen ist in diesem Tagebuch:

Am Vormittag: Gespräch HBMF Mag. Grasser und HBMLV Platter.

Und am Abend: Versiegelung der beiden zwischen BMLV und Eurofighter GmbH ausverhandelten Verträge V1 und V2 im BMLV.

Das ist der zugehörige Akt dazu. Dieser Akt weist das Exemplar „Business Code“ ohne Punkt 4 in der Fassung 12.9.2002 auf.

Nächster Eintrag zum Vertrag: 14.5.2003 ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kann man da immer an dem Punkt fragen, ob das bekannt ist so?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja. – Er hat genickt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nicken ist *nicht* im Protokoll.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich weiß, ja.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe *nicht genickt!*

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist es Ihnen bekannt?

**Mag. Edwin Wall:** Dieses Schriftstück ist mir *nicht bekannt*.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Die Chronologie kann Ihnen nicht bekannt sein. Ob Ihnen der Vorgang bekannt ist, dass diesem am 30.4. abends im Finanzministerium versiegelten Exemplar diese Erklärung vom 12.9. beilag?

**Mag. Edwin Wall:** Ich war nicht dabei, aber der Vorgang ist mir bekannt, dass hier wiederum einmal ein Vertragsentwurf festgehalten wurde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und zwar, der wurde dann versiegelt mit der Business-Code-Ausfertigung 12.9.2002. – Ist Ihnen das bekannt?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn Sie sagen, dass er so versiegelt wurde, muss das stimmen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. – Nächster Eintrag:

14.5.2003: Einvernehmensherstellung mit dem Bundesministerium für Finanzen gemäß § 45 Bundeshaushaltsgesetz. Zustimmung zu Vertrag 1 – 1 337 000 000 €, Flugzeuge – und Vertrag 2 – 632 000 000 €–, und die Aktenzahl dazu.

Hier ist angeschlossen: das Exemplar „Business Code“ ohne jede Unterschrift, aber in der vom Finanzministerium autorisierten Fassung ohne Punkt 4. – Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich weise auf meine früheren Aussagen hin.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. – Dann kommen viele Eintragungen, die mit dem Vertrag unmittelbar nichts zu tun haben. Der nächste Eintrag, der mit dem Vertrag zu tun hat, ist am 30.6.2003. Da heißt es:

Zustimmung des BMF zum Abschluss der beiden Kaufverträge V1 und V2 mit der Eurofighter GmbH.

Ein Vertragsentwurf wurde hier *nicht* mehr übermittelt. Übermittelt wurde lediglich die sogenannte Veranlassungskopie, die vom Verteidigungsministerium, das heißt von Ihnen – gezeichnet: Mag. Wall e.h. –, im Original dann an Eurofighter ging: dieser Brief, an Eurofighter adressiert und mit Datum 30.6.2003.

Erklären Sie mir, bitte, was daran falsch ist.

**Mag. Edwin Wall:** Ich weise auf meine früheren Aussagen hin. Aber Veranlassungskopien werden *nicht an Firmen versandt* – noch einmal ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich habe ja gesagt ...

**Mag. Edwin Wall:** Sie haben gesagt: Das ist an Eurofighter *versandt* worden. (*Abg. Mag. Stadler: Nein! ...*) – Ich kann auch hören! – Veranlassungskopien werden an interne Stellen versandt, die etwas tun müssen, nicht an die Firma.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut, ich löfle mich. Ich habe mich vielleicht unscharf ausgedrückt.

Diesem Akt des Finanzministeriums liegt das mit „Veranlassungskopie“ übertitelte Exemplar jenes Schreibens bei, das datiert ist mit 30.6.2003, das von Ihnen gezeichnet ist und an Eurofighter GmbH adressiert ist. – Ist das richtig so?

**Mag. Edwin Wall:** Ich weise auf meine früheren Aussagen hin.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. – Der Vertrag, die Originalvertragsurkunde, die Haupturkunde, die in den Ausschussunterlagen vorliegt, weist als Unterfertigungstag, als Tag Ihrer Unterfertigung, den 30.6.2003 aus. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Ich stelle richtig: Es gibt **keine Haupturkunden** und **keine Nebenurkunden**; es gibt nur **einen Vertrag**. – Ansonsten verweise ich auf meine vorigen Aussagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nehmen wir das als Arbeitstitel von mir – wenn Sie einen besseren haben, machen Sie einen Vorschlag. Ich nenne das „Haupturkunde“, weil es sich unterscheiden soll von den bisher in Rede stehenden Entwürfen. Das ist das gültige, unterfertigte Exemplar, und das trägt das Datum 30.6.2003. – Ist das am 30.6.2003 von Ihnen gezeichnet worden?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wann ist nun dieses Exemplar des Vertrages von Ihnen dem Vertreter der Firma Eurofighter, dem Herrn Faltlhauser, mit diesem Original-Begleitschreiben, das an Eurofighter adressiert ist und mit 30.6.2003 datiert ist, ausgehändigt worden?

**Mag. Edwin Wall:** Am 1. Juli 2003, am Tag der Gegenzeichnung und normalerweise In-Rechtskraft-Erwachung des Vertrages. Aber, wie ich schon ausgeführt habe, gab es hier eine Vorbehaltsklausel, damit es erst am 22. in Rechtskraft erwachsen ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Völlig klar. – Nein, ich wollte nur die Übergabe haben. Die Übergabe ist also laut Übernahmebestätigung am 1. Juli 2003 erfolgt.

**Mag. Edwin Wall:** Es ist **keine Übergabe erfolgt**. Es wurde der Vertrag – wie ich schon ausgeführt habe – **gegengezeichnet**. Gleichzeitig wurde auch der Gegengeschäftsvertrag **gegengezeichnet**. Das war in den ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hier ist eine Übernahmebestätigung!

**Mag. Edwin Wall:** Ja! – Das war in den Räumen des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Die Übergabebestätigung hat das Datum 1. Juli 2003. – Ist das richtig?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hier wird die Übernahme bestätigt, nicht die Übergabe. (*Mag. Wall: Ja!*) – Der Herr Faltlhauser ...

**Mag. Edwin Wall:** Wir haben solche Bestätigungen, wenn eine Firma einen Vertrag nach Gegenzeichnung übernimmt, dann unterschreibt er gleichzeitig diese Bestätigung. – Ist das richtig?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Völlig korrekt. – Mir geht es nur um das Datum: Am 1. Juli 2003 wird das übergeben.

In der Zwischenzeit hat es keine andere Übermittlung mehr eines Vertrages oder eines Vertragsentwurfes an das Finanzressort gegeben. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das **ist nicht richtig** (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*), weil der ganze Vergabeakt – wie ich schon gesagt habe – durch die gesamte Hierarchie gegangen ist. Und ich habe heute schon einmal erklärt, das kann eine Dauer von einem Tag bis zu einer Dauer von acht Wochen oder zehn Wochen haben. Hier ist es richtig, wie Sie aus dem Datum ersehen, dass das in einem Tag – Vormittag und Nachmittag – am 30. erledigt wurde, weil alle Kabinette schon vorinformiert waren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Halten wir das fest, dass am 1.7. die Vertragsunterzeichnung durch Eurofighter bei der Übergabe stattgefunden hat.

Ich halte Ihnen nun neuerlich vor, dass auf Grund der Einsichtsbemerkungen auf dem Aktendeckel des Bundesministeriums für Finanzen kein neuerliches Exemplar übermittelt wurde – es geht nichts daraus hervor. Das Bundesministerium für Finanzen

hatte daher bis zum 30.6. ausschließlich Exemplare, in denen der Business Code in der Fassung, die vom Finanzministerium autorisiert wurde, nämlich ohne Punkt 4, enthalten war, aufliegend. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann durchaus sein, dass es diese Exemplare aufliegend hatte. Jedoch, wie ich schon vorher erklärt habe, geht mit dem Vergabeakt das ganze Geschäftsstück – der hat über 1 000 Seiten gehabt – in die Hierarchie. Und jeder muss zustimmen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, das erste Mal, dass das Finanzministerium von einem Exemplar mit Punkt 4 sozusagen im Kanzleiweg – wenn wir das Telefonat mit dem Herrn Hillingrathner einmal beiseite lassen (*Abg. Dr. Fekter: Und die Finanzprokurator!*) – erfahren hat, war also frühestens am 30.6., dem Tag der Unterfertigung des Exemplares durch Sie, am 30.6.2003?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist **nicht richtig!** (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) – Ich verweise auf meine bisherigen Aussagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Noch einmal: Sie haben nie gesagt, dass Sie dem Finanzministerium ein Exemplar des Business Code mit dem ergänzten Punkt 4 vorgelegt haben. Sie haben nur gesagt (*Abg. Dr. Fekter: ... dem Hillingrathner ...!*), dass Sie mit dem Herrn Hillingrathner (*Abg. Dr. Fekter: Der war vom Finanzministerium!*) telefoniert haben. Dem Finanzministerium wurden bis zum 30.6. nur Exemplare ohne den Punkt 4 vorgelegt.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe am Beginn erklärt, wie die Verhandlungen ablaufen, und weise auf meine bisherigen Ausführungen hin.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Noch einmal: Ist es richtig, dass frühestens am 30.6.2003 (*Abg. Dr. Fekter: Das 28. Mal!*) dem Finanzministerium ein Exemplar mit dem Punkt 4 auf dem Exemplar des Business Code vorgelegt wurde? – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das kann ich nicht bestätigen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sondern? Wann wurde es dann vorgelegt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich verweise auf meine Aussagen, die ich bisher getätigt habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wann wurde dem Finanzministerium frühestens ein Exemplar des Business Code mit dem ergänzten Punkt 4 vorgelegt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich verweise auf meine bisherigen Aussagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist eine glatte Aussageverweigerung!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich kann den bisherigen Aussagen, zumindest was ich mir notiert habe, keine Antwort auf diese konkrete Frage entnehmen und ersuche Sie daher – es würde uns ja auch das Verfahren wesentlich einfacher machen –, diese Frage, auch wenn Sie der Meinung sind, Sie haben das schon einmal beantwortet, jetzt konkret zu beantworten.

**Mag. Edwin Wall:** Dann beantworte ich es noch einmal: Dem Bundesministerium für Finanzen wurden nach dieser einmaligen Einvernehmensherstellung **keine weiteren Kopien zur Einvernehmensherstellung übermittelt**, sondern es wurde von mir, da damals das Bundesministerium für Finanzen die Federführung der Vertragsverhandlungen hatte, mit der **Finanzprokurator** und dann mit Herrn **Dr. Hillingrathner**, der der Ansprechpartner des Verteidigungsministeriums für diese Ebene war, **dargelegt**, dass dieser Punkt hineinkommt. – Das habe ich auch vorher schon erklärt.



**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut, damit ist meine Annahme, dass das Bundesministerium für Finanzen vor dem 30.6. kein Exemplar zu Gesicht bekommen hat, das den Punkt 4 beinhaltet hat, richtig gewesen. (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! Der Hillingrathner hat es ja ...!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, wir müssen dazu allerdings einen Punkt noch klären, nämlich: Warum gibt es darüber keine Aufzeichnungen der Finanzprokurator, und was haben uns die Beamten der Finanzprokurator eventuell dazu zu sagen?, weil man ja von Herrn Wall nicht verlangen kann, dass er für die Finanzprokurator da Aktenvermerke oder Ähnliches anlegt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Völlig klar.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist der Punkt, der noch zu klären ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Der ist mit der Finanzprokurator zu klären. Da hat er völlig richtig drauf hingewiesen: Da soll ich die Finanzprokurator fragen. – Das werden wir noch tun, ja.

Jetzt frage ich Sie, Herr Ministerialrat: Haben Sie bei diesem Gespräch, das Sie uns geschildert haben, zwischen Ihnen und Herrn Faltlhauser einerseits und Herrn Reidinger von der Finanzprokurator andererseits, dem Herrn Reidinger ein Exemplar des Business Code mit dem ergänzten Punkt 4 in der Finanzprokurator zurückgelassen?

**Mag. Edwin Wall:** An das kann ich mich nicht erinnern, ob ich dieses Schreiben zurückgelassen habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir haben von der Finanzprokurator die Akten übermittelt bekommen. Es taucht darin nichts davon auf. – Ist es daher anzunehmen, dass Sie dort kein Exemplar dabei hatten?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist nicht anzunehmen, dass ich kein Exemplar dabei hatte, wenn darüber diskutiert wurde. Aber es wurde offensichtlich keines zurückgelassen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es wurde keines zurückgelassen. – Sie haben im Zusammenhang mit diesem Vorbringen des Herrn Faltlhauser, warum er unbedingt auf diesem Punkt 4 bestanden hat – obwohl sie im September noch bereit waren, ohne Punkt 4 zu unterfertigen, für das Finanzministerium –, gesagt, dass das Risiko ein unabwägbares für EADS beziehungsweise für Eurofighter gewesen wäre, und das für 15 Jahre. – Gebe ich Sie hier richtig wieder?

**Mag. Edwin Wall:** Das habe *nicht ich gesagt*. (*Abg. Mag. Stadler: Sondern?*) So hat Eurofighter begründet, warum sie diesen Punkt hineinhaben möchten. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Ich habe sie nur zur Finanzprokurator geführt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber Sie haben gesagt, die Begründung war, es sei ein unabwägbares Risiko für EADS beziehungsweise Eurofighter, bezogen auf 15 Jahre.

**Mag. Edwin Wall:** An das kann ich mich noch erinnern. Es hat sicher auch andere Argumente gegeben, die dazu geführt haben, dass man gesagt hat: Jawohl, das kommt hinein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. – Sie haben Verständnis für diese Argumentation gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe in Bezug auf die Gegengeschäfte für diese Argumentation Verständnis gehabt, denn ich habe andauernd mit Risikotragungen von Firmen zu tun und es gibt bei jedem Vertrag Schwierigkeiten mit der Haftung – ist sie begrenzt?, ist

sie nicht begrenzt?, ist das Risiko hoch? –, damit haben wir dauernd zu tun. Und daher haben wir auch, wie das Finanzministerium, Verständnis für diese Ausführungen. Ich bin ja da nicht allein und möchte noch einmal betonen: Zum damaligen Zeitpunkt war die Verhandlungsführung im Finanzministerium.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie ein Exemplar des Business Code ohne Punkt 4 aufliegen, Herr Ministerialrat? Ich würde nämlich gerne mit Ihnen den Text des Punktes 3 durchgehen, womit Sie mir vielleicht erklären können, was hier ...

**Mag. Edwin Wall:** Bitte, ich kann hier nichts erklären, das ist **nicht mein „Revier“!** Das kommt vom ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Na, Sie haben ja gesagt, Sie haben Verständnis dafür, ...

**Mag. Edwin Wall:** Das kommt vom Bundesministerium für Finanzen und wird von denen federführend vertreten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann hätten Sie auch vom Finanzministerium eine Bewilligung einholen müssen! – Sie haben gesagt, Sie haben Verständnis gehabt, als Verhandlungsleiter, für die Argumentation des Herrn Faltlhauser, sind damit sogar mit ihm gemeinsam zur Finanzprokurator gegangen, haben auch dafür gesorgt, dass auch das Verständnis des Herrn Hillingrathner von Ihnen zur Kenntnis genommen werden konnte in einem Telefonat.

Nun erklären Sie bitte dem Hohen Ausschuss, was im Punkt 3 so unzumutbar ist, dass es zwar die Schweden unterschreiben konnten, EADS im September auch noch unterschreiben konnte, aber dann auf einmal Verständnis dafür geweckt wurde, dass man das doch mit einem Punkt 4 wieder aushebelt!

Was ist an dieser Formulierung, die von einem Universitätsprofessor erarbeitet wurde, gemeinsam mit einem Rechtsanwalt, der dafür spezialisiert ist, vom Bundesministerium für Finanzen so abgezeichnet wurde, zur Angebotseinholung ausdrücklich zur Voraussetzung gemacht wurde, dass das ordnungsgemäß unterfertigt wurde, was ist an diesem Punkt 3 so unzumutbar, dass es zu unwägbar Risiken führt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich halte noch einmal fest, dass das Bundesministerium für Finanzen in der Person des Dr. Hillingrathner, der dort mein Ansprechpartner war, informiert wurde. Punkt. – Ich habe dieses Schriftstück weder zu vertreten noch zu kommentieren. Das ist meine Sache **nicht!**

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben es kommentiert! Sie haben gesagt, Sie haben Verständnis dafür gehabt, und deswegen sind Sie mit dem Herrn Faltlhauser zur Finanzprokurator gegangen. (*Abg. Dr. Fekter: Weil er ...!*)

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das **ist unrichtig!** – Herr Faltlhauser hat mir das vorgetragen, ich habe ihn zur Finanzprokurator gebracht, und ich habe dann mit dem Bundesministerium für Finanzen das abgeklärt. (*Abg. Mag. Stadler: Das heißt, ...*) Und im Zuge der Gründe, die der Finanzprokurator vorgebracht wurden, habe ich gesagt, habe ich in Bezug auf die Gegengeschäfte Verständnis dafür, weil ich andauernd mit der Haftung (*Abg. Mag. Stadler: Eben!*) und dem Risiko von Firmen zu tun habe!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Da bin ich jetzt dankbar für diese Klarstellung, denn ich habe schon geglaubt, ich habe Sie vor fünf Minuten nicht richtig verstanden. Jetzt haben Sie es Gott sei Dank wiederholt.

Das heißt, Sie haben jetzt gesagt, Sie haben Verständnis dafür. (*Mag. Wall: Nach ...*) – Bitte erklären Sie mir als Verständiger (*Mag. Wall: Bitte das noch nicht ...*), als

Verständiger ... – Ich muss später noch einmal darauf zurückkommen, denn ich möchte diese ...

**Mag. Edwin Wall:** Das darf nicht allein im Raume stehen, der ganze Satz muss hier zitiert werden: Nach Darlegung der Gründe bei der Finanzprokurator! – Und Sie können nicht diesen einen Punkt herausgreifen, der so ausschaut, ich hätte dafür Verständnis, so salopp gesagt!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben ja gesagt, Sie haben Verständnis dafür.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Aber er hat gesagt (*Mag. Wall: Im Zusammenhang!*), er hat Verständnis nach den Erläuterungen in der Finanzprokurator! – Herr Kollege Stadler, Sie sind so etwas von **widerlich** zu der Auskunftsperson, dass es ein richtiger Skandal ist!

Ich würde den Verfahrensanwalt bitten, klarzustellen, dass diese Art der Befragung **unzumutbar ist!**

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Frau Kollegin Fekter, jetzt ist es halt wieder passiert mit „widerlich“ und allem. – Sparen wir uns den dritten Ordnungsruf, hören wir halt ausnahmsweise einmal alle gemeinsam weg. Aber es kann auf Dauer wirklich nicht so weitergehen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass der Herr Wall eine Pflichtverteidigerin braucht. (*Abg. Dr. Fekter: Oja!*) Er erklärt das sehr gut. Er hat auch alles, was er wollte, zu Protokoll gebracht. (*Abg. Dr. Fekter: Widerlich, 27mal dasselbe fragen!*) Und er wird sich, wenn er es für notwendig hält, an den Verfahrensanwalt wenden, was er ohnehin zwischendurch immer tut und was auch sein gutes Recht ist. Und jetzt frage ich, nachdem Sie ja so laut geschrien haben, dass wir uns alle da heraußen fürchterlich geschreckt haben und uns jetzt möglicherweise erholen müssen, ob Sie nicht eine kleine Pause wollen, Herr Wall. – Wir machen jetzt eine kleine Pause.

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 19.21 Uhr **unterbrochen** und um 19.35 Uhr **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

19.35

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erlaube mir, zu zwei Komplexen Fragen zu stellen.

Herr Wall, Sie haben sich auf das Angebot der Firma Eurofighter aus dem Jahr 2002 bezogen. Ich habe den Flugzeug-Lieferplan aus diesem Angebot vor mir. – Mir geht es da um die ganze Sache Lieferfähigkeit und was überhaupt geliefert werden konnte.

Können Sie sich noch erinnern – und ich frage jetzt nach Tranchen –: Flugzeuge welcher Tranche hat Eurofighter im Frühjahr 2002 angeboten?

**Mag. Edwin Wall:** Beginn November 2002: 12 Stück Tranche 1, 12 Stück Tranche 2.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, nicht November 2002. Vor der Typenentscheidung das Angebot auf ...

**Mag. Edwin Wall:** Das war das Angebot. Im Angebot sind diese Liefertermine drinnen. Beginn mit der Lieferung November 2004: 12 Stück Tranche 1, 12 Stück Tranche 2, nachher Umrüstung auf alle Tranche 2 – 24 Stück.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe den Flugzeug-Lieferplan der 24 Flugzeuge:

Flugzeug-Lieferung Tranche 2-Flugzeuge – da steht nur „Tranche 2-Flugzeuge“ –, beginnend im November 2004.

**Mag. Edwin Wall:** Habe ich gesagt, ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber **Tranche 2**-Flugzeuge!

**Mag. Edwin Wall:** Nein, im Angebot waren 12 Stück Tranche 1 und 12 Stück Tranche 2; nachher Umrüstung auf 24 Stück Tranche 2 – dann!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Die Umrüstungs-Geschichte kennen wir bereits.

**Mag. Edwin Wall:** So hat sich für mich die Lieferfähigkeit dargestellt, wie ich sie ausgeführt habe: Angebot September 2002 und dann Vertrag. Ich habe, glaube ich, vorher sogar die Produktionsnummer der Flugzeuge ausgeführt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage es Ihnen ganz offen: Da gibt es ein Eurofighter-Angebot vom 22. Jänner 2002, das dann noch modifiziert worden ist. Aber der wesentliche Punkt ist – darauf hat uns Generalleutnant Spinka aufmerksam gemacht –: Um die Frage beurteilen zu können, ob die Typenentscheidung **erschlichen** worden ist – das ist eine Formulierung von Spinka –, müssen wir klären, ob vor der Typenentscheidung – ich komme in der Folge dann ohnehin auf die Zeit Vertragsverhandlung zu sprechen – Tranche 1- oder Tranche 2-Flugzeuge angeboten worden sind. – Ich lege Ihnen das gerne vor.

Vor der Typenentscheidung, in dem Liefer- und Nachrüstplan, haben wir hier: Lieferplan der 24 Flugzeuge, Kalenderjahr, und da steht: Flugzeuglieferung Tranche 2-Flugzeuge – ausschließlich Tranche 2! –, und dann kommen alle die von Ihnen genannten Liefertermine.

Können Sie sich daran erinnern, dass vor der Typenentscheidung die Firma Eurofighter Tranche 2-Flugzeuge angeboten hat?

**Mag. Edwin Wall:** Es ist hier immer um eine **Leistung** der Flugzeuge gegangen, und wie die Leistung erfüllt wird, das steht dann im Vertrag. Und daher sind eigentlich diese Tranchen irrelevant, denn es wurde eine **Leistung** angeboten, und das Verteidigungsministerium hat einen Vertrag mit einer **Leistung** abgeschlossen. – Ich bitte, mich nicht weiter zu befragen, denn mit Tranche 2 und so weiter kenne ich mich wirklich nicht aus, das ist **nicht mein „Revier“**.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber Sie haben es ja verhandelt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe das auch nicht verhandelt, denn ich habe **keine Leistungsbeschreibung** verhandelt. – Wie ich heute schon eingangs erklärt habe, haben diese vier Verhandlungsteamleiter selbständig gearbeitet, haben ihren Vertragstext erarbeitet, haben dann die Bestätigung unterschrieben, dass hier kein Forderungsverzicht gegenüber dem Angebot besteht, haben dieses dem Leiter der Verhandlungen abgegeben, und dann habe ich den Vertrag unterschrieben. Ohne diese Bestätigungen hätte ich den Vertrag **nicht unterschrieben**.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Diese Qualitätsbeschreibung der Tranche 2-Flugzeuge: Wer war der Leiter der Kommission, die das für Sie zu prüfen hatte?

**Mag. Edwin Wall:** Das war der Leiter der Technik.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das war Brigadier Knoll. – Ist das richtig?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. – Aber noch einmal: Es geht hier nicht um Tranche 1 und 2, sondern eine **Leistung** wurde beschrieben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das nehme ich schon alles zur Kenntnis. Wir werden das aber trotzdem den Brigadier Knoll, dessen Ladung wir heute beschlossen haben, im Detail noch fragen müssen.

Die zweite Geschichte ist für mich folgende: Sie haben erklärt, Eurofighter hätte früher liefern können, aber das Finanzministerium, wenn ich das jetzt richtig wiedergebe, wollte aus, wie es formuliert worden ist, Maastricht-Gründen eine Lieferung erst ab 2007?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig. So hat es sich für mich als Leiter der Verhandlungen dargestellt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Diese Maastricht-Gründe wären ja schon mit einer Lieferung **Jänner 2007** erfüllt gewesen. – Warum dann **Mai 2007**?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht. Für mich sind die Liefertermine klar im Vertrag drinnen. Ich weiß nicht, warum könnte das Jänner sein.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage Ihnen, was der Hintergrund meiner Frage ist: Ich gehe davon aus, dass es vom Finanzministerium sehr wohl das Interesse gab, das Entstehen einer Maastricht-Schuld, das heißt einer durchaus öffentlich relevanten Schuld in das Jahr 2007 hinter Nationalratswahlen, also hinter die Legislaturperiode zu verschieben. Das ist ja auch sehr offen eingestanden worden. Das wäre mit Jänner 2007 bereits der Fall gewesen. Mai 2007 ist aber möglicherweise – ich formuliere jetzt vorsichtig – aus dem erklärbar, was wir immer wieder in Unterlagen des Finanzministeriums finden, nämlich aus **produktionstechnischen Gründen**.

Ist Ihnen irgendetwas darüber bekannt geworden, dass produktionstechnische Gründe von der Firma Eurofighter namhaft gemacht worden sind, warum man ab Mai 2007 liefern will?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, darüber ist mir nichts bekannt. Ich könnte höchstens etwas **vermuten**, aber Vermutungen darf ich hier nicht anstellen. – Vielleicht ist das durch die späte Vertragsunterzeichnung verschoben worden?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das haben wir nachgerechnet: Diese acht Monate erklären nicht mehr als zwei Jahre.

**Mag. Edwin Wall:** Dann kann ich Ihnen da nicht weiterhelfen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Waren Sie der einzige Ansprechpartner von Herrn Falthäuser?

**Mag. Edwin Wall:** Der einzige Ansprechpartner war ich nicht. Er ist Verhandlungsleiter; er kann mit allen sprechen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Hat er mit allen anderen auch gesprochen?

**Mag. Edwin Wall:** Mit wem er gesprochen hat, das kann ich jetzt nicht mehr sagen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bis jetzt ist es uns nämlich so dargestellt worden, dass der Verhandlungsleiter praktisch die Schnittstelle zur Eurofighter GmbH war und die anderen Beamten dem Verhandlungsleiter zugearbeitet haben.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das ist nicht so. Das habe ich von Anfang an erklärt, dass es hier **nicht** so war, sondern dass die Teamleiter – die Leiter ihres Teams – alles ausverhandelt haben und nicht mir zugearbeitet haben. „Zugearbeitet“ nur in dem

Sinne, dass sie die fertigen, unterschrittsreifen Teile des Vertrages mir übergeben haben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Jetzt interessiert mich nur noch eines, denn das brauchen wir auch zum Vergleich: eine Liste der Personen von EADS und Eurofighter GmbH, mit denen Sie in diesem Zusammenhang zu tun hatten. Ein paar haben Sie uns schon genannt, aber ich weiß derzeit nicht, ob das bereits eine vollständige Liste ist.

Können Sie aus Ihrem Gedächtnis diese Namen, die Sie uns gesagt haben – das waren drei Namen –, um mögliche andere Namen ergänzen?

**Mag. Edwin Wall:** All diese Namen stehen in den Unterlagen, in den Protokollen. Da ist die Struktur der Verhandlungen, da sind die Verhandlungsteams bis zu dem letzten Teilnehmer aufgezeigt. Bei Eurofighter, habe ich ausgeführt, sind genau die gleichen „Strukturen“ gegenüber gesessen. Und diese Personen haben die Vertragstexte unterschrittsreif ausverhandelt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist eine Antwort auf eine andere Frage. Meine Frage hat gelautet: Mit welchen Personen – und ich habe Sie ersucht, diese namentlich aufzuzählen – hatten Sie von den beiden Firmen zu tun?

**Mag. Edwin Wall:** Mit all diesen Personen, die auf diesen Listen draufstehen. Das Verhandlungsteam des Bundesministeriums für Landesverteidigung steht drauf, alle Namen, alle Leiter – und dem gegenüber steht das Team der Eurofighter, die deckungsgleich mit unserem Team waren. Und mit all diesen Leuten, die dort drinnen stehen, haben die Verhandlungsleiter vice versa zu tun gehabt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich wiederhole meine Frage, denn das muss doch möglich sein, das zu beantworten: Nennen Sie mir den Namen der Personen von diesen beiden Firmen, mit denen **Sie** zu tun hatten!

**Mag. Edwin Wall:** Mit welchen beiden Firmen bitte?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** EADS und Eurofighter GmbH.

**Mag. Edwin Wall:** Wir haben in den Vertragsverhandlungen nur mit Eurofighter zu tun gehabt. EADS ist hier nicht formell aufgetreten. Wenn Sie meinen, dass verschiedene Teilnehmer des Eurofighter-Verhandlungsteams auch Angehörige der Firma EADS waren, so war das für uns unerheblich. Wir sind nur Teilnehmern der Eurofighter GmbH gegenüber gesessen – oder deren Organen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gut. Dann nennen Sie uns bitte die Namen dieser Personen, mit denen Sie zu tun hatten.

**Mag. Edwin Wall:** Die Namen kann ich Ihnen **nicht** nennen. Die sind alle in meinen Unterlagen, die ich übergeben habe, aufgeschrieben. So viele Namen – das sind über 20, 30 Personen! – kann ich bitte nach fünf Jahren nicht mehr im Kopf haben. Und ich werde mich hüten, hier etwas Falsches zu sagen oder einen zu vergessen, denn man könnte mir das dann zum Vorwurf machen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, das ist nicht der Punkt.

**Mag. Edwin Wall:** Sie haben eine komplette Liste drinnen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie können uns die Namen nennen, an die Sie sich erinnern können. Wir fragen Auskunftspersonen nach dem, was sie wahrgenommen haben und woran sie sich erinnern können. Selbstverständlich kann Ihnen niemand einen Vorwurf daraus machen, wenn Sie eine Person vergessen, weil Sie sich nicht an sie erinnern können.

Trotzdem frage ich Sie, an welche Personen Sie sich persönlich erinnern können. Und das ist eine durchaus zulässige Frage.

**Mag. Edwin Wall:** Gut. – An alle, die da draufstehen. Anders kann ich nicht antworten.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, das ist **keine akzeptable Antwort!** Ich habe Sie nach konkreten Ihnen erinnerlichen Namen gefragt.

**Mag. Edwin Wall:** Was soll ich bitte hier nennen? Soll ich Ihnen jetzt die Teamleiter nennen? Oder ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Einfach die Namen, die Ihnen einfallen.

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann Ihnen hier nur sagen, das war Dipl.-Ing. Faltlhauser und alle anderen, die auf den Listen stehen, der Maute und wie sie alle noch heißen. Herr Vorsitzender! Ich weiß nicht, was Sie ... Nennen Sie mir die Namen der Listen, und dann ... – Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es geht nicht darum, worauf ich hinaus will. Ich möchte momentan nur darauf hinaus, dass ich eine Reihe von Namen bekomme und mir damit ein besseres Bild machen kann – und sonst gar nichts.

**Mag. Edwin Wall:** Bitte, dann sagen Sie mir die Namen! Dann kann ich Ihnen sagen, ob ich mich erinnere, dass ich mit diesen Herren zu tun gehabt habe.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, ich möchte mir ja ein Bild machen, mit wem Sie zu tun gehabt haben, und Sie müssen schon **mir überlassen**, wie ich diese Frage stelle. Und ich erwarte ...

**Mag. Edwin Wall:** Gut, dann beantworte ich diese Frage: Ich habe mit allen diesen Herren, da ich der Verhandlungsleiter war, zu tun gehabt im Zuge der Vertragshandlungen, einmal mehr, einmal weniger. Es hat Board Meetings gegeben, wie ich erklärt habe, da waren nur die Subteamleiter. – Bitte, mehr kann ich dazu wirklich nicht sagen!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das bezweifle ich. Wir haben den Herrn Faltlhauser und den Herrn Maute. – Können Sie uns weitere Namen nennen?

**Mag. Edwin Wall:** Ich verweise auf meine bisherigen Ausführungen hiezu. (Abg. Mag. Darmann: Wenn er sich an die Namen nicht erinnern kann ...!)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es geht nicht darum. Er hat gesagt, er kann sich durchaus an Namen erinnern. Und mir ist der Grund völlig unverständlich, weil das zumindest von mir aus eine völlig harmlose Frage ist, die nur der Orientierung dient. (Abg. Dr. Fekter: Sie stellen **keine harmlosen Fragen**, Herr Kollege Pilz!)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Schauen Sie, Herr Wall, ich ... (Abg. Dr. Fekter: Wenn er sich nicht mehr erinnert, erinnert er sich nicht mehr!)

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf noch einmal sagen: Es ist alles dokumentiert, wer mit wem zusammenarbeitet, wer mit wem wie gesprochen hat. Ich kann jetzt bitte nicht noch einmal diese 40 oder 50 Leute hier aufzuzählen, an wen ich mich erinnere. Ich kann sagen, dass von den Deutschen ein Jurist dabei war, zwei Kaufleute, acht Techniker und so weiter, aber mir doch bitte zu glauben, dass ich nach fünf Jahren nicht mehr die Namen jedes Einzelnen hier weiß! Nennen Sie mir Namen, dann kann ich mich vielleicht erinnern, wer es war.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich bin schon zufrieden, wenn Sie mir die **wichtigsten** Personen nennen. Wir versuchen uns einen Überblick zu verschaffen: Wer waren die wichtigsten Verhandlungspartner von Seiten der Firma Eurofighter, welche Funktion hatten sie und was haben sie konkret in den Verhandlungen getan?

**Mag. Edwin Wall:** Für mich waren die wichtigsten Verhandlungspartner Dipl.-Ing. Faltlhauser und für den Kommerz Herr Maute. Das waren für mich die wichtigsten Ansprechpartner.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Und haben Sie mit dem Herrn Plattner gesprochen?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, der hat bei Verhandlungen nichts zu tun gehabt. Der war nie anwesend bei Verhandlungen.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Schauen Sie, Sie können sich eh gut erinnern. Und wer war anwesend bei Verhandlungen?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe gesagt, wenn Sie mir einzelne Namen nennen, kann ich mich vielleicht daran erinnern – ich bitte, mir das Wort nicht umzudrehen –, und jetzt haben Sie einen Namen genannt – Plattner –, und da habe ich Ihnen gesagt, dass der nie bei Vertragsverhandlungen dabei war. – Punkt.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Fallen Ihnen noch andere Namen ein?

**Mag. Edwin Wall:** Ich verweise auf meine vorigen Ausführungen.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Ich sage Ihnen Folgendes, Herr Wall: Ich habe versucht, zu gewährleisten, dass nicht nur ich, sondern auch alle anderen Mitglieder des Ausschusses in aller Ruhe Fragen stellen und auch Antworten bekommen. Das sind nicht einmal die wichtigsten Fragen, aber wir haben das Recht, auf so einfache und in aller Höflichkeit vorgetragene Fragen auch Antworten zu bekommen. (*Abg. Dr. Fekter: Er hat auch Antworten gegeben!*)

**Mag. Edwin Wall:** Bitte, ich habe angeboten, dass Sie mir diese Listen geben, die ja alle Namen aufweisen. Wenn Sie mir die Liste vorlegen, dann kann ich sagen, jawohl. Und ich habe schon gesagt, mit allen werde ich wahrscheinlich Kontakt gehabt haben, da ich ja der Verhandlungsleiter bin und mit dem ganzen Verhandlungsteam – sowohl mit dem BMLV-Verhandlungsteam als auch mit den anderen – gesprochen, sie gesehen habe, aber im Zuge der Verhandlungen. Das waren 40, 50 Leute, bitte.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Meine Zeit ist jetzt um, Herr Wall. Ich tue das nicht gerne, aber ...

**Mag. Edwin Wall:** Bitte geben Sie mir die Listen her. Ich lese sie vor und sage, mit dem habe ich zu tun gehabt, mit dem und mit dem. Die Listen sind in Ihren Ordnern; das ist alles transparent aufgezeichnet, aber ich kann jetzt hier nicht 40, 50 Namen aufzählen. Ich bitte, mich zu verstehen.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Nein, ich verstehe Sie in diesem Punkt **nicht**. Meine Fragezeit ist ohnehin um. Gibt es von Seiten der ÖVP Fragewünsche? – Kollegin Fekter, bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich habe eine Frage primär an den Verfahrensanwalt. Wenn die Auskunftsperson eine Antwort gibt, so gilt die Antwort als Antwort, auch wenn der Herr Obmann damit **nicht zufrieden ist**. Vielleicht kann man nachfragen, ein zweites Mal nachfragen, ein drittes Mal nachfragen, aber sieben Mal zu insistieren, ist ungerechtfertigt. Das ist eine Befragungstechnik, die **unseriös** ist, und der Herr Verfahrensanwalt soll uns erläutern, dass man so nicht vorgeht.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Ich bin jetzt wieder einmal in dieser Lage, zu Dingen Stellung zu nehmen, die gewissermaßen einen Kern des Untersuchungsausschuss-Verfahrens betreffen. Ich habe in diesem Zusammenhang bereits mehrmals ausgeführt, dass die inhaltliche Gestaltung und sprachliche Formulierung einer Antwort einer Auskunftsperson in den geschützten Persönlichkeitsbereich fällt.



Darum handelt es sich in der zuletzt hier von uns allen erlebten Konstellation eigentlich nicht, sondern der Herr Ministerialrat hat ausgeführt, er erinnert sich kaum an Namen. – Das habe ich so aufgefasst. Wenn man ihm hingegen sagt, welche Namen in den Listen aufgeführt sind, dann kann er dazu Stellung nehmen. Ich meine, dass dies Anlass wäre, ihm wirklich diese Liste vorzulegen.

Er hat zwei Namen genannt, bei einer dritten Person – dem Herrn Platter – ausgeschlossen, dass er dabei war. (*Mag. Wall: Richtig!*) Ich glaube, es wäre für die zügige Verfahrensführung von Vorteil, diese **Liste vorzulegen**. Ich kann die Tendenz, die hinter dieser Fragestellung sicherlich vorhanden ist, derzeit nicht durchschauen.

Der Obmann wird meiner Überzeugung nach Grund gehabt haben, so zu fragen, aber für die weitere Verfahrensführung, die zügig vorstattengehen sollte, wäre es zweckmäßig, wenn man ihm diese Namen jetzt wirklich nennt. So, glaube ich, kommen wir nicht weiter, denn es gibt kein Zwangsmittel gegenüber der Auskunftsperson, sie dazu zu bringen, von dem, was sie bisher gesagt hat, abzuweichen.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Ich stelle dazu nur Folgendes fest: Es hat keinen Hinweis darauf gegeben, dass in Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson eingegriffen wird. – Es ist mir wichtig, das festzustellen. Ist das richtig, Dr. Strasser? (*Abg. Dr. Fekter: Oja! Wenn eine Antwort nicht akzeptiert wird, greifen Sie in seine Persönlichkeitsrechte ein!*) – Nein. Ich habe auch das Recht, Fragen zu **wiederholen**. Das ist ein selbstverständliches Recht.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Das ist richtig. Deswegen habe ich auch diesen einen Grundsatz, den ich hier bereits mehrmals geprägt habe, von der gegenständlichen Konstellation abgegrenzt.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Ja, und ergänzend stelle ich fest: Über Fragen der Verfahrensökonomie entscheidet ausschließlich der Vorsitz, und daran wird sich mit Sicherheit nichts ändern. Das ist natürlich dann problematisch, wenn der Vorsitz über seine eigenen Fragen entscheiden muss, aber mit diesem Problem werden wir leben müssen. (*Abg. Dr. Fekter: Darüber entscheidet die Verfahrensordnung und nicht der Vorsitz! – Abg. Mag. Stadler: Über die Verfahrensökonomie entscheidet der Vorsitz!*) – Selbstverständlich nur der Vorsitz, und das wird auch so bleiben.

Die Fortsetzung der Fragen erübrigt sich **nur** dadurch, dass jetzt meine Fragezeit bereits zu Ende ist. Wünscht jemand von der Österreichischen Volkspartei das Wort? (*Abg. Dr. Fekter: Der Kollege Kräuter hat sich dazu gemeldet, und ich würde meinen, dass man ihm auch das Wort gibt!*) – Im Hinblick auf die Verfahrensökonomie brauche ich nicht die Frau Kollegin Fekter, um als Nächstem dem Herrn Kollegen Kräuter das Wort zu erteilen. – Bitte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich möchte nur eine Anmerkung machen und es dann vielleicht von meiner Seite versuchen. Ich glaube, dass es in einem Untersuchungsausschuss, der ein Geschäft – wie Sie ja selbst betont haben, Herr Mag. Wall, das größte Rüstungsgeschäft überhaupt – betrifft, bei dem **Sie** ja den **Vertrag unterschrieben** haben, zulässig sein muss zu fragen, wer die **wichtigsten Personen** seitens des Vertragspartners waren, mit denen Sie verhandelt haben.

Da kann man nicht einfach auf eine Liste verweisen und sagen, lest mir das vor. Das geht einfach nicht. Das ist ganz entscheidend. (*Abg. Dr. Fekter: Das geht sehr wohl! Das hat ja der Verfahrensanwalt gerade ausgeführt, dass das geht und dass es sogar sinnvoll gewesen wäre!*) – Frau Kollegin Fekter, ich habe überhaupt nicht darum ersucht, dass Sie sich da keppelnd einmischen! Ich wollte das nur noch einmal klären.

Das ist ein ganz entscheidender Punkt des Untersuchungsausschusses: Der Herr Mag. Wall hat diesen Vertrag unterzeichnet, und ich finde die Frage, wer waren die

wichtigsten Vertragspartner – sagen wir einmal eine Hand voll –, muss doch möglich sein und kann nicht mit einem Hinweis auf irgendeine Liste abgewehrt werden. Das ist essentiell wichtig, und das möchte ich auch wissen:

Wer waren Ihre fünf, sechs wichtigsten Verhandlungspartner von Bieterseite?

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Darf ich nur kurz etwas sagen? – Ich bin jetzt wirklich verärgert über die Vorgangsweise heute hier im Ausschuss. Ich habe gedacht, dass die einzelnen Ausschussmitglieder in letzter Zeit wirklich sehr viel dazugelernt haben und wir zügig vorankommen, um das zu tun, was der Ausschuss zu tun hat, nämlich zu untersuchen, zu berichten – allenfalls mit Beweiswürdigung – und dann äußerstenfalls Empfehlungen zu erteilen.

Aber wenn es hier so zugeht, dass sinnloser Weise während – ich kann jetzt schon sagen – in Summe fast zweier Stunden das Verfahren fortwährend inhibiert wird und eigentlich nichts insoweit dazu beigetragen wird, dass die Wahrheit herauskommt, ist das nicht zielführend. Daher habe ich gesagt, nach der Verfahrensökonomie empfiehlt es sich, dass man die Auskunftsperson, wenn es so scheint, dass sie sich nicht daran erinnert – jedenfalls habe ich den Eindruck –, fragt, war dieser oder jener dabei. Da wären wir schon längst fertig mit dieser Geschichte.

Man kann nicht ausschließen, dass sich jemand nach einigen Jahren an einzelne Leute, mit denen er ja nicht dauernd verhandelt hat, nicht mehr erinnert. Ich bin jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt über diese Situation **sehr verärgert**. Ich kann dem Ausschuss in dieser Hinsicht – jetzt global gesehen – **kein gutes Zeugnis ausstellen**. Das tut mir sehr Leid, weil Sie alle wissen, dass ich die ganze Zeit – die vielen Stunden, die ich hier herinnen sitze – bemüht war, dazu beizutragen, dass die Ausschussarbeit so vor sich geht, dass man sagen kann, das war Marke, was der Ausschuss getan hat.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Kollege Kräuter ist nach wie vor am Wort.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich würde die Auskunftsperson ersuchen, diese Frage zu beantworten. Das ist nicht irgendeine Frage und Sie sind nicht irgendwer. Sie haben diesen Vertrag unterzeichnet, und ich halte es für durchaus zumutbar, wenige Jahre danach die wichtigsten Personen, mit denen Sie verhandelt haben, aufzuzählen.

**Obmann Mag. Dr. Peter Pilz:** Kollege Kräuter, ich gehe davon aus, dass es eine Wiederholung der Antwort geben wird. Ich zeige persönlich meine Verärgerung nicht so offen, werde es in Zukunft auch nicht tun, behalte mir aber vor, in der endgültigen Bewertung im Bezug auf diese – es ist keine Aussageverweigerung, aber – Art der Erinnerung noch Rücksicht zu nehmen. Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe.

Es ist auch nicht die Aufgabe des Obmannes, verärgert zu sein, sondern nur, zu schauen, dass Fragen beantwortet werden, wenn sie in aller Höflichkeit und aller Form gestellt werden.

Kollege Darmann, haben Sie Fragen? Wenn nicht, dann Kollege Stadler, bitte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Ministerialrat, wir haben jetzt also geklärt, welche Exemplare dem Finanzministerium übermittelt wurden und welches Exemplar dieser Business-Code-Erklärung dem Herrn Falthäuser mitgegeben wurde. Wann erfolgte jetzt das Anschließen dieses Exemplars mit dem Punkt 4? Wann erfolgte dieser Austausch?

**Mag. Edwin Wall:** Es wurde dieser Punkt 4 im Vergabeakt beigeschlossen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich rede jetzt vom Vertrag. Ich rede von den **Vertragsentwürfen**.

**Mag. Edwin Wall:** Bei uns ist das der **Akt**. Da gibt es einen **Vergabeakt**, da kommt der Vertrag hinein. Daher ist es der **Vergabeakt**, der dann auf die Reise geht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich rede jetzt von dem Vertrag: Da gab es ursprünglich laufend die Fassung 12. September. Wann wurde die ursprüngliche Fassung 22. Jänner 2002 mit Punkt 4 dem Vertrag angeschlossen? – Nicht dem Vergabeakt. Dass es im Verteidigungsministerium im Gegensatz zum Finanzministerium im Vergabeakt war, ist mittlerweile klar. Das haben wir herausgearbeitet. Aber wann wurde dieses von EADS 22. Jänner 2002 eigenmächtig um den Punkt 4 ergänzte Exemplar dem Vertragsentwurf beziehungsweise dem Vertrag, der dann unterfertigt wurde, angeschlossen?

**Mag. Edwin Wall:** Das unterschrittsreife Exemplar, wie der Auftrag gelautet hat, wurde am 30. dem Vergabeakt beigeschlossen und ging dann in die geschäftseinteilungsmäßigen Stellen zur Zustimmung – im Bundesministerium für Landesverteidigung, auch im Bundesministerium für Finanzen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, erst am 30. 6. wurde dieses Exemplar eingeschichtet?

**Mag. Edwin Wall:** Am 30. 6. wurde der **gesamte Vergabeakt** – und ein Teil dieses Vergabeaktes ist der fertige, unterschrittsreife Vertrag – zusammengefasst und auf die Reise geschickt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jawohl, gut. Wer hat diese Zusammenstellung letztlich – sozusagen in der endgültigen Fassung – gemacht?

**Mag. Edwin Wall:** Da ich den Akt genehmigt habe, unterschrieben habe, bin ich verantwortlich für die ganze Zusammenstellung dieses Vergabeaktes. Den habe ich unterschrieben. Der ist dann auf die Reise gegangen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir brauchen es nur für das Protokoll. Das heißt, am 30. 6. haben Sie dieses Exemplar in der Fassung des Business Code mit dem ergänzten Punkt 4 zur Vertragsurkunde dazugegeben.

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf hier ausführen: nicht **dieses** Exemplar, sondern das **ausverhandelte, unterschrittsreife Exemplar**.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir reden von diesem Exemplar! Von etwas anderem reden wir nicht. – Oder gibt es noch ein drittes?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, glaube ich nicht. Es gibt nur **ein Exemplar**, das ich unterschrieben habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. Ich will das nur für das Protokoll festhalten, damit es keinen Widerspruch gibt. Das heißt, um es für das Protokoll festzuhalten: Am 30. 6. hat der Herr Ministerialrat Mag. Wall dieses Exemplar in der Fassung 22. Jänner 2002 mit dem ergänzten Punkt 4 dem Vertrag, der dann unterschrieben wurde und unterschrittsreif war, eingereicht.

**Mag. Edwin Wall:** Eingereicht?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Eingereicht oder eingeschichtet oder angeschlossen.

**Mag. Edwin Wall:** Diese Aussage ist **nicht richtig** (Abg. Mag. Stadler: Sondern?), denn zusammengestellt wurde der Vertrag drei, vier Wochen vorher. Das ist ein

dauerndes Arbeiten, so einen Tausend-Seiten-Akt zusammenzustellen. Am Schluss ist er fertig, und am Schluss wird er dann unterschrieben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn das so ist, wie Sie das jetzt gesagt haben, dann hat es also ein drei, vier Wochen vorher im Verteidigungsministerium aufliegendes ...

**Mag. Edwin Wall:** Entschuldigung, das war eine Annahme. Ich bitte, sich nicht auf zwei, drei Wochen zu kaprizieren. Es können auch zwei, drei Tage oder vier Tage gewesen sein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also wenige Tage vorher. (*Mag. Wall: Richtig!*) – Im Finanzministerium hat es aber **keinen Austausch** des Exemplars gegeben – wenige Tage vorher.

**Mag. Edwin Wall:** Es war auch kein Grund, irgendein Exemplar auszutauschen, denn der fertig ausverhandelte, unterschriftsreife Vertrag ging an das Finanzministerium. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*). Es ging in keine Entwürfe, und es werden keine Entwürfe ausgetauscht, sondern im Zuge der Verhandlungen wächst das ganze Elaborat, und am Schluss dieser Verhandlungen wird es zusammengefasst, kommt in einen Vergabeakt und wird allen Stellen, die dafür zuständig sind, zur Zustimmung übermittelt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber wir halten fest, dass sich vor dem 30. 6. jedenfalls jene Exemplare, die im Finanzministerium waren, bisher als Entwürfe dadurch von Ihrem Exemplar unterscheiden haben, dass in Ihrem Exemplar wenige Tage vorher die Business Code Erklärung in der Fassung 22. Jänner 2002 mit dem ergänzten Punkt 4 aufgelegt hat.

**Mag. Edwin Wall:** Entwürfe wurden nicht ausgetauscht, denn mit dem nächsten vorliegenden waren sie automatisch außer Kraft.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist nicht ganz richtig – deckt sich jedenfalls nicht mit der Chronologie des Vorgangs laut Finanzministerium.

**Mag. Edwin Wall:** Zur Chronologie des Finanzministeriums kann ich Ihnen nichts sagen. Ich kann nur die verwaltungsmäßige Chronologie im **Verteidigungsministerium** darstellen, und die ist so, dass der ausgehandelte Entwurf – also ausgehandelte Vertrag, das ist dann kein Entwurf mehr –, wenn er letztgültig in den Vergabeakt hineinkommt, an alle Stellen, die gemäß Verfahrensvorschriften zur Zustimmung notwendig sind, gegangen ist.

All diese Stellen **einschließlich des Bundesministeriums für Finanzen** haben die Zustimmung zu diesem unterschriftsreifen Entwurf – nicht nur Entwurf, sondern nunmehr Original im Vergabeakt – gegeben. Der wurde dann am 1. Juli, ohne dass etwas geändert wurde, gegengezeichnet und ist dann gemäß diesem Finanzierungsgesetz am 22. August in Kraft getreten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, das haben wir schon verstanden. Ich will nur festhalten, dass am 30. April 2003 bei dem Treffen Grasser-Platter am Abend der Vertragsentwurf versiegelt wurde. – Das geht aus diesem Papier hervor. – Ich kann es Ihnen auch gerne vorhalten. Ich habe keinen Grund, an der Chronologie des Finanzministeriums zu zweifeln.

**Mag. Edwin Wall:** Ich weiß über diese Sache Bescheid.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, ich erwähne es nur. Es zweifelt niemand daran. – Der Vertragsentwurf wurde versiegelt, und dort lag nur das Exemplar

vom 12. 9. 2002. Ein anderes wurde dem Finanzministerium bis zum 30. 6. nicht zugeleitet.

Nun habe ich ein paar Fragen. Ich frage auf Grund der Anregung des Herrn Verfahrensanzwaltes tatsächlich anders:

Sie haben gesagt, Sie haben mit Herrn **Fred Plattner** bei den Vertragsverhandlungen nichts zu tun gehabt. – Haben Sie mit Herrn Fred Plattner sonst im Zusammenhang mit diesem Geschäft Kontakte gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn Sie meinen, dass für Organisation auch der Eurofighter-Leiter zuständig war – natürlich! Er war als Vertreter der Eurofighter öfter zugegen, aber in Verhandlungen war er nie dabei.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich habe jetzt die Frage gestellt, ob Sie mit ihm abseits der Verhandlungen Kontakte hatten.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, abseits der Verhandlungen waren keine Kontakte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie mit dem Herrn **Erhard P. Steininger** abseits der Verhandlungen oder in den Verhandlungen Kontakte gehabt.

**Mag. Edwin Wall:** In den Verhandlungen. Abseits auch **nicht** während dieser Zeit.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Erinnern Sie sich noch an die Kontakte, die Sie mit dem Herrn Steininger bei dieser so genannten Gipfelfeier gehabt haben?

**Mag. Edwin Wall:** Also, ich kann mich jetzt nicht erinnern, ob der bei der „Gipfelfeier“ dabei war. Da waren so viele Leute – über hundert. (*Abg. Mag. Stadler: Der Herr Plattner war dort!*) Es hätte mir, wie Sie richtig sagen, auffallen müssen, aber ich glaube nicht, dass ich Steininger dort gesehen habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Fred Plattner war aber dort. Erinnern Sie sich?

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann mich nicht erinnern, aber wenn Sie sagen, dass er dort war, muss ich Ihnen das glauben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das geht aus den Dokumenten des Herrn Wolf hervor.

**Mag. Edwin Wall:** Haben Sie eine Anwesenheitsliste, wer aller dort war?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja. – Haben Sie Kontakte mit Herrn **Bergner** gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Während der Vertragsverhandlungen nicht. Ich kenne – um gleich Ihre nächste Frage vorwegzunehmen – den Herrn Bergner jetzt im Nachhinein, bei den Gegengeschäften. Einerseits ist er in der Plattform, andererseits wird er auch von uns gehört, wenn wir im Wirtschaftsministerium Sitzungen haben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wann haben Sie Ihrer Erinnerung nach mit Herrn Bergner zum ersten Mal zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Da kann ich mich nicht erinnern. Nur eines weiß ich sicher: Während der Vertragsverhandlungen ist mir der Mann nie aufgefallen. Er ist erst im Zuge der Gegengeschäfte aufgetreten, glaube ich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte jetzt nur fest, dass Sie mit Plattner, Bergner, Steininger keinerlei Kontakt hatten.

**Mag. Edwin Wall:** Im Zuge der Vertragsverhandlungen nicht. – Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und davor?

**Mag. Edwin Wall:** Davor natürlich, denn Herr Steininger ist ein Vertreter wie jede andere Firma, der im Hause aus- und eingeht, und auch der Plattner hat viele andere Vertretungsfirmen. Mit denen hat der Einkaufsleiter dauernd zu tun.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Könnten Sie die Kontakte schildern, die Sie mit Steininger zunächst hatten?

**Mag. Edwin Wall:** Die Kontakte spielen sich so ab, dass er ins Büro kommt, wir Fragen behandeln – und dann geht er wieder. Diese Fragen sind **zu Geschäften**.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Welche Fragen hat denn Herr Steininger bei Ihnen releviert?

**Mag. Edwin Wall:** Da müsste ich jetzt nachschauen, bei welchen Geschäften er die BOFORS-Vertretung hat. Das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht beantworten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich meine jetzt bezogen auf dieses Geschäft.

**Mag. Edwin Wall:** Auf dieses Geschäft – nichts.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gar nichts?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe gesagt, in **anderen** Verträgen. Er ist normal Vertreter von vielen Firmen, wie auch Herr Plattner.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Mit dem Herrn Plattner haben Sie auch in diesem Geschäft keinerlei Kontakte gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Habe ich schon beantwortet. Richtig, keine Kontakte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich möchte noch auf die letzte Frage zurückkommen, die ich noch mit Ihnen behandeln möchte:

Ich habe Ihnen das Exemplar dieses **Business Code** vorgehalten, diesen Punkt 3. Sie haben darauf verwiesen, dass Sie eine langjährige Erfahrung mit Haftungsproblemen und der Haftungsproblematik haben.

Erklären Sie jetzt bitte dem Ausschuss, worin die unabwägbaren Risiken liegen, die Ihr Verständnis für das Vorbringen des Herrn Falthäuser ausgelöst haben?

**Mag. Edwin Wall:** Soweit es mir erinnerlich ist, waren das die Ausführungen in Bezug auf die Gegengeschäfte – dass es viele hunderte Firmen gibt und dass die Dauer der Gegengeschäfte 15 Jahre beträgt. Das wurde ins Treffen geführt, und da habe ich gemeint, da kann man sich anschließen, wenn man diese ganzen Haftungsdiskussionen bei Firmen und Risikoübernahmen dauernd hat.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun regelt aber dieser Punkt, dass dieser Klausel dann Genüge getan wird, wenn der Bieter – gemeint ist in dem Fall Eurofighter – dieser Unterlassungspflicht genügt, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung durch zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der im Zuge dieser Angebotseinholung anzubietenden Gegengeschäfte, bestmöglich sicherstellt.

Das heißt, er braucht nur darzulegen, dass er durch **zumutbare** Prüf- und Überwachungsmaßnahmen die Einhaltung dieser Klausel sicherstellt. – Was ist daran jetzt unzumutbar?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe Ihnen bereits erklärt, was meine Wahrnehmung zu dieser Sache war. Die habe ich ja dargelegt – und dem habe ich nichts weiter hinzuzufügen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das haben Sie uns noch nicht erklärt, was daran unzumutbar ist, dass man zumutbare Überwachungsmaßnahmen sicherstellt. Verstehen Sie? Es heißt sogar, **zumutbare** Überwachungsmaßnahmen.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe Ihnen erklärt, dass meine Wahrnehmung bei dem damaligen Gespräch war, dass von Seiten Eurofighter plausibel erklärt wurde, warum sie diesen Punkt hineinnehmen. Das habe ich Ihnen erklärt. Das habe ich, wie ich gesagt habe, persönlich für durchaus verständlich gefunden, wie es auch die Finanzprokurator als angemessen bezeichnet hat und das Bundesministerium für Finanzen als verständlich betrachtet hat. Nichts weiter habe ich hier auch geäußert, wie die anderen für die Republik maßgebenden Stellen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben gesagt, Sie haben das für verständlich erachtet. Jetzt bitte ich Sie, uns im Ausschuss zu erläutern, warum Sie zu dem Ergebnis kommen, dass das verständlich sei – was daran unzumutbar ist.

**Mag. Edwin Wall:** Ich bin, genauso wie die anderen beiden Stellen der Republik, zum selben Ergebnis gekommen – wie die Finanzprokurator und das Finanzministerium. Ich war da nicht alleine.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Wall, wir werden die betreffenden Vertreter des Finanzministeriums und der Finanzprokurator dazu noch eigens befragen. Jetzt frage ich **Sie**. Sie haben Verständlichkeit geäußert, Sie haben gesagt, Sie haben das für verständlich erachtet.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe gesagt, was ich für verständlich erachtet habe. Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jetzt bitte ich Sie, zu erklären, was Sie an Hand dieser Textierung des Punktes 3 für **unzumutbar** halten.

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe Ihnen erklärt, dass ich im Zusammenhang mit den Ausführungen der Eurofighter GmbH, dass es sich da um unbegrenzte Risiken, um einen Zeitraum bis 15 Jahre handelt, Verständnis gezeigt habe – wie das Bundesministerium für Finanzen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Helfen Sie mir. – Es kann ja sein, dass ich die intellektuelle Erfassungsgabe nicht habe. Ich kann hier kein unvertretbar hohes Risiko erkennen, wenn man sich verpflichtet, zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen vorzunehmen. – Was ist jetzt daran unzumutbar?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn Sie einen Vertrag schließen, wodurch Sie Dritte in eine Situation bringen können, die Sie bei Vertragsabschluss nicht wollten – ich sage hier nur ein Beispiel –, könnte man das für unzumutbar halten. (*Abg. Mag. Stadler: Bei Firmen, mit denen man keinen Vertrag hat!*) **Sie** werden auch keinen Vertrag unterschreiben, in denen Sie durch Verträge Dritter in die Nähe von strafbaren Handlungen gerückt werden können. – Das tun Sie auch nicht. Und das habe ich darunter verstanden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist aber auch hier nicht erfasst. Da sind nicht Dritte, die mit EADS oder Eurofighter nichts zu tun haben, gemeint. Es geht ja hier um ...

**Mag. Edwin Wall:** Es war damals die Sprache vom **Risiko**, das die Firma Eurofighter übernimmt, wenn viele Gegengeschäftsfirmen untereinander Verträge abschließen, wenn der Zeitraum von 15 Jahren in den Vertrag hineinkommt. – Das war die Risikodarstellung der Eurofighter GmbH. Dieser Darstellung haben sich die Finanzprokurator und das Bundesministerium für Finanzen angeschlossen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, das werden wir alles erfragen. Ich rede jetzt mit **Ihnen**. Sie haben gesagt, Sie halten es ...

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe dann noch ein Beispiel für Sie gebracht, dass Sie ja wahrscheinlich auch nicht solche Verträge unterschreiben, wo Sie ein unkalkulierbares Risiko durch Dritte auf sich nehmen. Das war nur ein persönliches Beispiel.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es geht hier um **verbundene** Dritte; es geht hier um Vertragspartner-Dritte, wo Sie ja – **culpa in eligendo** – sowieso durch die Auswahlhaftung haften. Das heißt, hier geht es ja nicht um Dritte, die EADS aufgenötigt oder aufgezwungen werden, auf die sie keinen Einfluss haben, sondern es geht ja um Dritte, die ja selber durch EADS respektive Eurofighter als Vertragspartner ausgewählt werden. Dafür gibt es die so genannte **Culpa-in-eligendo-Haftung** – die ist Ihnen sicher geläufig. (*Abg. Dr. Fekter: Erfüllungsgelhilfe, für die, die es nicht wissen!*)

**Mag. Edwin Wall:** Meinen Sie den § 1313a ABGB? – Der ist ja nicht ausgeschlossen. Der Vertrag unterliegt ja österreichischem Recht, das bleibt ja aufrecht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich rede davon, dass das nicht Dritte betrifft, die mit den Bietern nichts zu tun haben.

**Mag. Edwin Wall:** Unter Dritten sind gemeint Verträge im Laufe von Gegengeschäften, und da gibt es Dritte, bitte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und zwar? Bitte, zeigen Sie mir, woraus das hier ersichtlich ist! Ich will nur haben, dass mir jetzt Herr Mag. Wall erklärt, worin sich Herr Professor Aicher und Herr Dr. Lessiak geirrt haben.

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann nicht sagen, dass die Herren geirrt haben. Ich kenne das Gutachten nicht, und ich kenne den einen Herrn nicht. Ich kenne Herrn Doktor Aicher nur aus Seminaren; er ist eine Koryphäe im Vergabewesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Die haben einen Text entwickelt, wo Sie sagen, das umfasst Dritte, auf die EADS keinen Einfluss hat, 15 Jahre lang, das ist unzumutbar. – Wo steht das bitte?

**Mag. Edwin Wall:** Das steht im Gegengeschäftsvertrag, dass die Gegengeschäfte in 15 Jahren abzuwickeln sind, soweit ich mich erinnere.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es geht um diesen Text hier. Welche Dritten erfasst das, auf die EADS und Eurofighter keinen Einfluss haben?

**Mag. Edwin Wall:** Der bezieht sich auf die Gegengeschäfte, und die Gegengeschäfte schließt das Wirtschaftsministerium ab. Ich kann mich erinnern, dass es hier um 15 Jahre gegangen ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kräuter.*) – Um 10 Jahre?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Lassen wir einmal den Zeitraum, ob 10 oder 15 Jahre spielt jetzt keine Rolle. Hier geht es darum, dass der Punkt 3 auf die Dritten gemäß Punkt 1 und 2 Bezug nimmt.

Zeigen Sie mir jetzt bitte an Punkt 1, wo da Dritte sind, die EADS von dritter Seite aufgenötigt werden könnten, auf die EADS keinen Einfluss hätte. (*Abg. Dr. Fekter: Sub-Sub-Sub-Lieferanten!*) Deswegen ist ja auch unten von **zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen** die Rede, nicht von unzumutbaren – von zumutbaren Prüf- und Überwachungsmaßnahmen.

Bitte, wo ist hier diese Klausel vorhanden, die EADS oder Eurofighter nicht zumutbar wäre? Wo? – Darf ich für den Ausschuss festhalten: Der Zeuge kann es nicht nennen.

**Mag. Edwin Wall:** Ich kann es nicht nennen, ich habe es Ihnen **erklärt**.



**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, Sie haben gar nichts erklärt.

**Mag. Edwin Wall:** Wenn Sie die Erklärung nicht annehmen, es ist ... – Ich habe es im Gegenteil jetzt immer wieder erklärt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, das wiederholt sich jetzt. Es ist nicht mit über das bereits Erklärte hinausgehenden Erklärungen zu rechnen. Das ist jetzt bereits eine Sache der Bewertung, die wir – wie bisher – nicht jetzt vornehmen werden. (*Abg. Mag. Stadler: Eine Frage noch!*) – Okay, eine Frage noch.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Eine Frage habe ich noch zu den Personen. Haben Sie mit **Frau Rumpold** zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Frau Rumpold kenne ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie mit **Herrn Rumpold** zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Herrn Rumpold kenne ich auch nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie mit anderen Mitarbeitern der Agentur „100 % Communications“ zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich kenne die Agentur überhaupt nicht. Ich habe zum ersten Mal davon erfahren, als Sie hier behandelt wurde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben also mit niemandem aus dieser Agentur zu tun gehabt? (*Mag. Wall: Nein!*) – Sie hätten ja mit jemandem zu tun gehabt haben können, wo Sie erst nachher draufgekommen sind, dass der der Agentur angehört.

**Mag. Edwin Wall:** Ich bin auch nachher nicht draufgekommen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich frage Sie jetzt – Ihrem Wunsch entsprechend – nach einigen konkreten Personen. Haben Sie im genannten Zusammenhang mit Herrn **Wolfgang Aldag** zu tun gehabt? (*Mag. Wall: Ja!*) – Welche Rolle hatte Herr Aldag?

**Mag. Edwin Wall:** Er war ab und zu bei den Verhandlungen dabei, soweit ich mich erinnern kann – auch im Büro Eurofighter Wien, glaube ich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** War er auch kurz, ja. – Hat er irgendeine besondere Rolle in dem Zusammenhang gespielt?

**Mag. Edwin Wall:** In den Vertragsverhandlungen hat er keine besondere Rolle gespielt, soweit ich mich erinnere.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Zu Herrn Bergner haben wir bereits Fragen gestellt. – Hat mit den Verhandlungen Herr **Jürgen Hänisch** zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Ist mir nicht in Erinnerung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Frau **Karin Keglevich**? – Die haben wir heute noch nicht erwähnt.

**Mag. Edwin Wall:** Frau Keglevich habe ich, wie schon vorher gesagt, im Zuge dieser Plattform und im Wirtschaftsministerium kennengelernt, wo sie Berichte abgeliefert hat.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ja, später dann in der Plattform, aber in der Zeit der Vertragsverhandlung, -errichtung nicht.

**Mag. Edwin Wall:** Nein, ich habe sie erst dort kennengelernt; lange nachher.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Frau **Verena Kundinger** von EADS?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn das eine Sekretärin ist, habe ich sicher ab und zu mit ihr im Eurofighter-Büro telefoniert; aber so ist mir der Name nicht in Erinnerung bei den Vertragsverhandlungen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Ludwig Löbbert**?

**Mag. Edwin Wall:** An Herrn Ludwig Löbbert kann ich mich erinnern, der war bei den Verhandlungen im Finanzministerium; dabei habe ich den Namen gehört.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herrn **Maute** haben Sie bereits genannt. – Herrn **Stefan Moser**?

**Mag. Edwin Wall:** Moser? Der hat auch irgendwie mit den Gegengeschäften zu tun. Im Nachhinein müsste er mir in der Wirtschaftskammer oder im Wirtschaftsministerium untergekommen sein; bei den Vertragsverhandlungen nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Ioannis Papachristo**?

**Mag. Edwin Wall:** Der war bei den kommerziellen Sachen dabei; da kann ich mich erinnern, ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bei den kommerziellen Sachen, also bei den Verhandlungen ...?

**Mag. Edwin Wall:** Ein Kommerzmann, mit dem wir auch jetzt verhandeln.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Joachim Philips**? (*Abg. Dr. Fekter: Das ist die Präsenzliste vom „Gipfelsieg“, was Sie da durchgehen!*)

**Mag. Edwin Wall:** An Philips kann ich mich nicht erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Dieter Rode**?

**Mag. Edwin Wall:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Alexander Rumpf**?

**Mag. Edwin Wall:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Ronald Schmidt**?

**Mag. Edwin Wall:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Robert Schweinfurt**?

**Mag. Edwin Wall:** Kann ich mich erinnern, der war, glaube ich, in der Technik-Gruppe Eurofighter. Der Name kommt mir bekannt vor.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr **Elmar Sirch**?

**Mag. Edwin Wall:** Der war der Leiter der Logistik-Gruppe bei den Vertragsverhandlungen. Da kann ich mich erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und Herr **Günther Werner**?

**Mag. Edwin Wall:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das sind jetzt einmal einige Personen im Zusammenhang mit dem Brigadier Knoll und anderen. Wir werden ja auf die Rolle einiger dieser Personen noch zurückkommen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Ministerialrat!, wir haben hier aus dem Finanzministerium so eine Chronologie bekommen, und Herr Kollege Stadler hat so insistiert auf diesen 30., da wäre am 30. in den Akt etwas hineingekommen. Er hat aber verschwiegen, dass in der Woche vor dem 30. auch intensiv gearbeitet worden ist. Es gab zum Beispiel am 25.6.2003 eine Besprechung im

Bundesministerium für Finanzen mit Vertretern der Eurofighter GesmbH und des BMLV; das Thema war die Fertigstellung der beiden Verträge. – Waren Sie da dabei?

**Mag. Edwin Wall:** Soweit ich mich erinnere, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, bis in die Woche vor der Vertragsunterfertigung ist an den Verträgen noch gefeilt worden und kam es noch zu, sage ich jetzt einmal, Änderungen.

**Mag. Edwin Wall:** Ja, das ist richtig.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wer hat die Änderungen dann in den Vertrag eingebaut, das Finanzministerium oder Sie als Vertragsverantwortlicher?

**Mag. Edwin Wall:** Die Vertragsänderungen habe ich dann eingebaut, die noch gekommen sind. Die kamen vom Finanzministerium und wurden eingebaut.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das wollte ich noch klarstellen. (Abg. Mag. **Stadler:** Danke!) Ja, weil Sie haben da etwas im Raum stehen lassen, was den Eindruck erweckt hat, als wäre das irgendwie außergewöhnlich.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Diese Antwort hat durchaus, nehme ich an, zur Klärung beigetragen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Zwei Bereiche in aller Kürze. Frau Keglevich hat Bericht im Wirtschaftsministerium erstattet; so haben Sie das formuliert.

**Mag. Edwin Wall:** Auch, ja, richtig.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wo noch?

**Mag. Edwin Wall:** Und auch noch, ich glaube, im Wirtschaftsministerium und in der Wirtschaftskammer. Es gibt ja zwei Gruppen, die sich mit Gegengeschäften beschäftigen: eine Gruppe in der WKÖ und eine Gruppe im Wirtschaftsministerium.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ab wann hat sie denn da Berichte erstattet?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht mehr, da müsste man in die Protokolle schauen. Diese Gruppen wurden einige Zeit nach Vertragsabschluss gebildet.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Hat sie irgendwas sonst im Finanz- oder Landesverteidigungsministerium zu tun gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe sie vorher nie gesehen und nicht gekannt, nicht einmal den Namen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Dann aber haben Sie sie schon öfter getroffen?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, wir haben uns überhaupt nie öfter getroffen. Sie war bei einer oder zwei dieser Besprechungen dabei und hat dort vorgetragen, in der WKÖ, was Eurofighter jetzt plant, aber ich habe sie so nie getroffen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Bei welcher Besprechung war das, das interessiert mich, wo sie das vorgetragen hat?

**Mag. Edwin Wall:** In der WKÖ gibt es zum Gegengeschäft eine solche Plattform, und da trägt die Eurofighter GesmbH vor, was sie im Zuge der Gegengeschäfte macht, und da war auch einmal Frau Keglevich und hat das dort vorgetragen. Sonst kommt auch Herr Bergner hin. Das ist es.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Kräuter, wir sind in gefährlicher Nähe eines anderen Beweisthemas.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, ich weiß schon. – Nur zu den 15 Jahren wollte ich noch zu Ihrer Information sagen, weil Sie so überzeugt sind, dass für 15 Jahre die Gegengeschäfte terminisiert werden: Das stimmt überhaupt nicht, sondern einseitig kann das Wirtschaftsministerium verlängern, wann immer es will.

**Mag. Edwin Wall:** Nach meiner Information waren es für mich 15 Jahre.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist aber mit Sicherheit kein Streitpunkt, und es war auch nicht die Zuständigkeit von Herrn Wall.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Zwei Fragen noch, zunächst nach drei Namen. Sagt Ihnen der Name **Robert** oder **Bob Haslam** etwas?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, sagt mir nichts.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Renate Wolf?**

**Mag. Edwin Wall:** Nein, sagt mir nichts.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Peter Ott.**

**Mag. Edwin Wall:** Nein, sagt mir nichts. – Der Name steht in der Zeitung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber Sie haben mit ihm keinen Kontakt im Zusammenhang mit dem Geschäft gehabt?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, mit keiner dieser Personen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Wall, wurde Ihnen persönlich von irgendjemandem irgendein Vorteil angeboten für dieses Geschäft?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, das kann ich ausschließen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Ministerialrat, nachdem es ja vorhin so intensiv juristisch zugegangen ist mit Erfüllungsgehilfen, Besorgungsgehilfen und, jetzt sage ich, Subsubunternehmerketten und Haftungen: Sind Sie Jurist?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, ich bin WU-Absolvent: Handelswissenschaften. Ich habe in meiner Abteilung vier Juristen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und wenn Sie juristische Fragen geklärt haben wollen, die auf Grund Ihrer Erfahrung nicht von vornherein beantwortet werden können, an wen wenden Sie sich?

**Mag. Edwin Wall:** Dafür gibt es bei uns die Rechtsabteilung und, wie ich schon hier ausgeführt habe, die Finanzprokuratur, die diese Fragen klären, wenn es welche gibt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, die Finanzprokuratur, die man gemeinhin als Anwalt des Staates bezeichnet? (**Mag. Wall: Richtig!**) – Das heißt, das war eine korrekte Vorgangsweise, dass Sie sich in der Frage der Verhaltensregeln bei einer Abänderung, juristisch heikel, an die Finanzprokuratur gewandt haben?

**Mag. Edwin Wall:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe angenommen, dass Sie Jurist seien, weil Sie gesagt haben, Sie haben so viel Erfahrung mit haftungsrechtlichen Problemen.

**Mag. Edwin Wall:** Das habe ich nicht gesagt, dass ich mit haftungsrechtlichen Problemen Erfahrung habe. Ich habe gesagt, dass es mit Haftung und Risiko viele Probleme mit Firmen gibt. Wenn ich ein Problem habe, dann wende ich mich an meine Juristen oder an die Rechtsabteilung oder an die Finanzprokurator über die Rechtsabteilung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe das so aufgefasst, dass Sie damit Ihre Kompetenz unterstreichen wollten. Ich bin Ihnen für diese Klarstellung dankbar. Daher bin ich überzeugt, dass Sie dann mit diesem Haftungsproblem, das der Herr Falthäuser releviert hat, mit seinen Wünschen, den Herrn Ott von der Rechtsabteilung befasst haben? (*Mag. Wall: Richtig!*) – Haben Sie ihn befasst?

**Mag. Edwin Wall:** Herr Ott war auch bei den Vertragsverhandlungen dabei, denn immer, verwaltungsmäßig jetzt wieder gesprochen, wenn ich an die Finanzprokurator herantrete, habe ich gleichzeitig bei uns die Rechtsabteilung zu informieren, und diese beiden treten nur im Double auf: Rechtsabteilung und Finanzprokurator. Der Herr Ott ist in der Rechtsabteilung, das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, das weiß ich. Ist Herr Ott mitgegangen zu diesem Gespräch bei der Finanzprokurator mit Herrn Falthäuser?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht, ob Herr Ott mitgegangen ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist Herr Ott bei dem Gespräch dabeigewesen, als Herr Falthäuser diesen Wunsch geäußert hat?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht. Ich glaube, eher nein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und Sie haben daraufhin Herrn Ott von der Rechtsabteilung mit dem Wunsch des Herrn Falthäuser, dass die Fassung mit Punkt 4 in den Vertrag aufgenommen wird, konfrontiert?

**Mag. Edwin Wall:** Nein, den Herrn Ott nicht. Nur die Finanzprokurator.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Warum haben Sie aber den Herrn Ott nicht damit befasst, da das doch ein schwieriges rechtliches Problem war?

**Mag. Edwin Wall:** Ich habe direkt die Finanzprokurator damit befasst, nicht den Herrn Ott.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist ein Faktum, das kann man nur zur Kenntnis nehmen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen, Herr Ministerialrat, bekannt, dass SAAB mit 22. Jänner 2002 den **Code of Business Conduct** unterschrieben retourniert hat, ohne diesen Punkt 4 dabei zu haben?

**Mag. Edwin Wall:** Ja, das ist bekannt. Ich kenne das Angebot.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Da heute die Finanzprokurator schon öfters bemüht worden ist und die lateinischen Begriffe für bestimmte Fallen im rechtlichen Bereich, diesfalls im Vergabebereich: Ist Ihnen bekannt, dass das durchaus einen Verletzungstatbestand nach der **culpa in contrahendo** darstellen kann, Ungleichbehandlung der Bieter?

**Mag. Edwin Wall:** Wenn Bieter ungleich behandelt werden, dann haben Sie Recht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ihre Abteilung war ja damals noch mit befasst damit, als die Angebote einzuholen und abzunehmen waren. Haben Sie das nicht bemerkt, dass da zwei verschiedene Versionen, wenn Sie so wollen, vorliegen?

**Mag. Edwin Wall:** Die Angebote wurden der Bewertungskommission übergeben, und ich habe mit den Angeboten dann nichts mehr zu tun gehabt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben gesagt, dass Sie dreißigjährige Erfahrung bei diesen Dingen mitbringen. Bei der Drakenbeschaffung, gibt es da eine vergleichbare Konstruktion? Ich beziehe mich auf das Dreieck finanzierende Bank, diesfalls BAWAG, Rüstungsproduzent und Republik?

**Mag. Edwin Wall:** Es gibt hier eine Refinanzierung über österreichische Banken. Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Hat es dort auch gegeben die Konstruktion mit dem Forderungsankauf, also Zession?

**Mag. Edwin Wall:** Da kann ich mich nicht mehr erinnern, aber ich weiß nur, dass die Refinanzierung mit Banken gemacht wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und wer war der Vertragspartner dann bei diesem Kredit, den es auch gegeben hat für die Finanzierung? War das die Republik oder der Rüstungskonzern?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht. Wir haben nur an die Banken bezahlt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Hubschrauberbeschaffung ist ja noch nicht so lange her. Waren Sie damit auch befasst?

**Mag. Edwin Wall:** Ja, war ich auch befasst.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie ist da die Konstruktion?

**Mag. Edwin Wall:** Da gab es keine Refinanzierung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wissen Sie, ob bei der Angebotseinholung rekuriert wurde auf Zahlung bei Lieferung und fünf oder neun Jahre?

**Mag. Edwin Wall:** Das weiß ich nicht, da müsste ich nachschauen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn es keine Refinanzierung gegeben hat, wie ist dann die Zahlungsabwicklung für den Hubschrauberkauf?

**Mag. Edwin Wall:** Das müsste dann bei Lieferung bezahlt worden sein. Da müsste ich nachschauen. Mit dem bin ich jetzt nicht so vertraut.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Letzter Punkt: Ist Ihnen bekannt, warum bei der Konkretisierung – wir sind jetzt im März 2002 – der Angebotseinholung die Barpreisvariante, die Sie in Ihrer ersten Aussage hier vor wenigen Wochen derart betont haben, gar nicht mehr vorgekommen ist und nicht eingeholt wurde?

**Mag. Edwin Wall:** Es war die Barpreisvariante schon beim ersten Mal dabei.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber Sie haben ja ein **Last Best Offer** ausgesendet. Das muss ja dann noch eine Rolle gespielt haben.

**Mag. Edwin Wall:** Ein Last Best Offer in Bezug auf Preise dient nur dazu, den Firmen zu ermöglichen, nochmals ihre Preise zu senken. Das ist eine ganz einfache Aufforderung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, aber es ist ja bei der Konkretisierung sehr viel anders gemacht worden. Beispielsweise ist die Zwischenlösung verabschiedet worden. Das heißt, es handelte sich dem Kern nach um ganz andere Angebote. Da können Sie ja nicht die Preise vom ersten nehmen.

**Mag. Edwin Wall:** Bei der Konkretisierung handelt es sich um eine Aufgabe der Bewertungskommission. Dazu kann ich nichts sagen. Die haben das beantragt. Ich

habe das nur über meine Stelle vollzogen. Wie Sie wissen, läuft ja alles über eine Stelle hinein und eine Stelle heraus, damit da nichts passiert.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, also Sie wollen oder können keine Auskunft dazu geben, warum dort die Barpreis-Variante hinausgeflogen ist.

**Mag. Edwin Wall:** War die Barpreis-Variante beim ersten Mal drinnen?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die war drinnen, aber bei der Konkretisierung war sie nicht mehr drinnen.

**Mag. Edwin Wall:** Dann ist sie nicht hinausgeflogen, sondern dann hat es sie schon gegeben, und man musste nicht extra noch einmal nachfragen, wenn sie schon vorhanden war. So kann mir ich das erklären.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie sind doch Profi in diesen Dingen. Wenn Sie weiß ich wie viele Leistungspositionen verändern, Herr Ministerialrat, da kann ich doch nicht mit den ersten Preisen weiter verfahren! Die Angebotskonkretisierung hat ja durchaus viel verändert.

**Mag. Edwin Wall:** Es ist mit den Preisen des **Final Last Best Price Offer** weiter gefahren worden. Das waren die Preise, soweit ich mich erinnere. Aber ich war nicht in der Bewertungskommission.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da es keine weiteren Fragewünsche mehr gibt, ist die Befragung beendet.

Danke für Ihre Geduld und Ihre Auskünfte! Ich wünsche gute Heimreise.

**Mag. Edwin Wall:** Ich darf noch einmal Grüß Gott sagen und mich nochmals entschuldigen, dass ich zu spät gekommen bin!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie haben das letzte Mal viel länger gewartet. (*Abg. Dr. Fekter: Und wir entschuldigen uns für die Art und Weise der Befragung!*) – Die Entschuldigung für die Befragung der Kollegin Fekter ist zur Kenntnis genommen.

**Mag. Edwin Wall:** Die Bilanz schaut natürlich jetzt besser aus, denn vorher habe ich **14 Stunden** gewartet und konnte eine Stunde antworten. Das hat sich heute ein bisschen gewendet. – Danke vielmals.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gut, dann haben wir jetzt eine ausgeglichene Bilanz, und dann passt es wieder. Danke schön fürs Kommen.

(*Die Auskunftsperson Mag. Edwin Wall verlässt den Sitzungssaal.*)

20.38

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Pilz** ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Matthias Winkler** in den Saal bitten.

(*Die Auskunftsperson Mag. Winkler wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

20.39

Der Obmann begrüßt die Herrn **Mag. Mathias Winkler** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Mag. Matthias Winkler:** Mein Name: Mag. Matthias Winkler; geboren am 20.8.1969; wohnhaft in 1010 Wien; von Beruf bin ich Privatier.

**Obmann Dr. Peter Pilz** weist Herrn Mag. Winkler als ehemaligen öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe und seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei.

Der Obmann erinnert Mag. Winkler an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Sollte einer dieser Gründe schlagend werden, möge sich Mag. Winkler sich an den Verfahrensanwalt oder an den Obmann wenden, und dann werde man die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Mag. Winkler auf sein ihm nach der Verfahrensordnung zukommendes Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Stellungnahme zum Beweisthema abzugeben, und fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was dieser **verneint**. – Sodann erteilt der Obmann Abg. Darmann als erstem Fragesteller das Wort.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mag. Winkler, gleich in medias res: Ab welchem Zeitpunkt waren Sie persönlich in den Beschaffungsvorgang eingebunden?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich war zu keinem Zeitpunkt persönlich in den Beschaffungsvorgang eingebunden.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** War Ihnen bekannt, dass der damalige Bundesminister Grasser bei EADS in Manching war? (*Mag. Winkler: Ja!*) – Ich kann aus der vorigen Antwort schließen, dass Sie nicht mit dabei waren?

**Mag. Matthias Winkler:** Das ist korrekt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ist eine Einladung ausgegangen von EADS, oder hat sich mehr oder weniger der Herr Bundesminister „aufgedrängt“?

**Mag. Matthias Winkler:** Diese Frage kann ich Ihnen insofern nicht beantworten, als ich nicht dabei war, wer wen eingeladen hat. – Da kann ich nur eine persönliche Vermutung aussprechen, und ich gehe davon aus, dass der Minister eingeladen wurde und sich **nicht aufgedrängt** hat.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Da Sie gerade festgehalten haben, dass Sie zu keinem Zeitpunkt in diesen Beschaffungsvorgang eingebunden waren, kann ich jetzt nur versuchen, ein paar Fragen zu stellen:

Warum ist das Ressort vom Standpunkt, kein Flugzeug anschaffen zu wollen, über gebrauchte F-16 bis letztlich zum Eurofighter eingeschwenkt?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich betone noch einmal: Ich war zu keinem der genannten Zeitpunkte in den Beschaffungsvorgang eingebunden. Ich kann Ihnen also hier nur eine persönliche Wahrnehmung als Mitarbeiter im Kabinett mitteilen:

Kurz gefasst würde ich das so zusammenfassen, dass Bundesminister a.D. Grasser – ja auch nachvollziehbar in der gesamten Berichterstattung über den entsprechenden Zeitraum – versucht hat, die Beschaffung von Abfangjägern zu verhindern; er hat also mehrmals und, glaube ich, über ein Jahr lang dies des Öfteren kundgetan. Diese Position ließ sich innerhalb der Bundesregierung **nicht** durchsetzen. Bundesminister Grasser hat in Folge versucht, eine Variante durchzusetzen, in der **gebrauchte Flugzeuge** angekauft werden – immer im Blickpunkt auf das Budget. Und schließlich



gab es offensichtlich eine Diskussion, dass das Bundesheer **keine gebrauchten** Flugzeuge wollte, und dann dürfte die Entscheidung gewesen sein zwischen SAAB und Eurofighter, und da hat sich die gesamte Bundesregierung bekannterweise für den **Eurofighter** entschieden.

Details werde ich nicht beantworten können, weil ich in den Beschaffungsvorgang – und auch nicht in die Vorbereitung und auch nicht in die Ausschreibung – **nicht** mit eingebunden war.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Winkler, so ganz außer der Reihe waren Sie nicht: Es liegt uns ein bereits auch in der Öffentlichkeit diskutierter Aktenvermerk vor, den Herr Dr. Hillingrathner am 1. Juli 2002 angefertigt hat, wo dann über einen Vermerk des Sektionschefs Steger vom 2. Juli 2002 eine Passage gestrichen wurde, und zwar die Worte „sofern Geld keine Rolle spielt“ – und Herr Sektionschef Steger bezieht sich da auf eine Intervention Ihrerseits.

Haben Sie eine Erinnerung daran?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich halte nochmals fest, dass ich weder in die Vorbereitung der Ausschreibung noch in die Ausschreibung noch in den Beschaffungsvorgang eingebunden war.

Zweitens: Dieses Papier, wo Sektionschef Steger vermerkt hat, auf Wunsch Winklers wurde diese Passage gestrichen, ist mir bekannt. – Ich glaube, die Frage ist damit beantwortet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie sich daran erinnern. – Sie erinnern sich daran?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe gesagt, es ist mir bekannt. An das Gespräch selbst erinnere ich ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wer hat Sie darauf aufmerksam gemacht, dass ein Aktenvermerk bei Ministerialrat Hillingrathner existiert mit diesem Zusatz „sofern Geld keine Rolle spielt“?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe das einfach gelesen. Da musste ich nicht besonders oder gesondert darauf aufmerksam gemacht werden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also Sie haben ihn gelesen, diesen Aktenvermerk? Der wurde Ihnen vorgelegt?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe, soweit ich mich daran erinnern kann, diesen Dienstzettel einmal zu Gesicht bekommen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das war ein Einlageblatt zu einem Akt – zu einem Akt, der mit der Typenentscheidung zu tun hat. Das war kein Dienstzettel!

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann Ihnen, wie zuerst erwähnt, nicht sagen, ob das jetzt ein Akt oder ein Dienstzettel oder ein anderes Stück Papier gewesen ist. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich diese ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben gesagt, ein Dienstzettel war es. Und ich sage Ihnen – Vorhalt –: Es war kein Dienstzettel, es war ein **Einlageblatt** zu einem Geschäftsstück, das offiziell veraktet wurde.

**Mag. Matthias Winkler:** Dann soll es so gewesen sein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist eine etwas unbefriedigende Antwort.

Haben Sie diesen Akt nach Ihren eigenen Schilderungen offiziell zu Gesicht bekommen? Der wurde Ihnen vorgelegt? – Was hatten Sie mit diesem Akt zu tun?

**Mag. Matthias Winkler:** Wie Sie aus dem Aktendeckel ersehen, wurde er mir nicht zur Unterschrift vorgelegt, sondern in meiner damaligen Funktion als Pressesprecher habe ich zu Dingen, die in der Medienöffentlichkeit diskutiert wurden – beziehungsweise in diesem Fall: werden –, natürlich Informationen bekommen. Ich kann Ihnen aus heutiger Sicht nicht sagen, ob ich einen Akt oder einen Dienstzettel oder ein Stück Papier bekommen habe, auf dem das draufstand.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. – Also Sie haben diesen Akt in Ihrer Funktion als Pressesprecher gesehen und haben dann gesehen, dass da ein Vermerk steht: „sofern Geld keine Rolle spielt“.

Was haben Sie dann daraufhin gemacht mit dieser Kenntnis, dass hier eine Formulierung ist, die Ihnen offensichtlich nicht gefallen hat?

**Mag. Matthias Winkler:** Der Vollständigkeit halber nochmals: Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass ich diesen Akt als Akt gesehen habe, sondern das kann auch ein Dienstzettel oder auch einfach nur ein Stück Papier gewesen sein, auf dem wortidentisch dasselbe draufstand – das nur der Vollständigkeit halber.

Als ich das gesehen habe, habe ich meiner Erinnerung nach den zuständigen Sektionschef Steger angerufen und habe mit ihm über dieses Thema diskutiert, ob denn dieser Satz nicht ausschließlich unsachlich und polemisch sei, und soweit ich mich erinnere, hat Sektionschef Steger das auch genau so zur Kenntnis genommen und mit keinem Halbsatz widersprochen oder mir eine andere Meinung signalisiert.

Ich möchte an dieser Stelle außerdem anmerken, dass das ein Klammerausdruck war, ein Nebensatz, und der Rest des Aktes, das Kernstück des Aktes, soweit ich mich erinnern kann, ja ein Zahlenwerk war, aus dem Anschaffungskosten zwischen den verschiedenen Flugzeug-Varianten ersichtlich sind, die natürlich völlig unverändert oder unbeeinflusst von diesem polemischen Nebensatz waren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hatten Sie Weisungskompetenz gegenüber den Sektionsleitern?

**Mag. Matthias Winkler:** Natürlich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wie konnten Sie dann ohne Rücksprache mit einem Vorgesetzten oder mit dem Bundesminister dem Herrn Sektionschef sagen, dass Sie wünschen, dass das herausgestrichen wird?

**Mag. Matthias Winkler:** Was hätte mich daran gehindert, oder wo ist ...? – Ich sehe das Problem dabei nicht.

Ich habe Sektionschef Steger ja nichts angeordnet, nichts angewiesen, ihn nicht gezwungen, sondern ich habe mit ihm über dieses Thema geredet, und wir sind beide zum Schluss gekommen, dass dieser Beisatz unsachlich und polemisch ist und in einem Akt des Finanzministeriums in dieser Form nichts verloren hat.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also so hat er es uns hier nicht berichtet – das will ich Ihnen gleich dazu sagen –, dass er auch der Meinung war, dass das herausgehört, sondern Herr Dr. Steger hat es so geschildert, wie er es vermerkt hat, nämlich dass auf Wunsch Winkler am 1.7.2002 – persönlich um soundso viel Uhr angerufen – das abgeändert wurde.

Wissen Sie, und das Bemerkenswerte ist das, dass ihm das offensichtlich so wichtig war, dass er ausgerechnet dieses Aktenstück dann dem Ausschussvorsitzenden

zugeleitet hat – in der Befürchtung, dass dieses Aktenstück dem Ausschuss **nicht** vorgelegt würde.

**Mag. Matthias Winkler:** Die Motivation des Gerhard Steger, sich Dinge aufzuschreiben, kann und will ich nicht interpretieren – das wäre pure Spekulation. Im Übrigen ist Gerhard Steger vom Bundesminister selbst beauftragt worden, sämtliche Aktenstücke dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Es lag also meines Wissens in seiner Hand, diese – wie auch alle anderen – Akten dem Ausschussvorsitzenden und in Folge dem Ausschuss gesamthaft zur Verfügung zu stellen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es widerspricht das nur Ihrer Darstellung, dass auch Herr Sektionschef Steger der Meinung gewesen sei, dass das zu streichen sei. – Das hat er hier im Ausschuss so nicht dargestellt.

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe Ihnen gesagt, dass der Herr Sektionschef in keinsten Weise mir zu verstehen gegeben hat, dass er damit nicht einverstanden gewesen wäre, oder ein anderes Anzeichen dafür gegeben hat (*Abg. Mag. Stadler: Das ist erheblich etwas anderes!*), dass er damit nicht inhaltlich konform ging. – Und wie Sie mich selbst gefragt haben, hatte ich weder eine Weisungskompetenz noch Ähnliches.

Wäre Gerhard Steger der Meinung gewesen, dass das unbedingt drinnen bleiben hätte müssen, hätte er mir das gesagt, und dann wäre es wahrscheinlich auch drinnen geblieben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Bleiben wir bei der von Ihnen behaupteten Kongruenz der Einschätzung oder Meinung. Das war **nicht** der Fall. Das hat Herr Sektionschef Steger weder hier im Ausschuss dargelegt, noch geht das aus dem Aktenvermerk hervor. Halten wir fest, dass Herr Sektionschef Steger diese Kongruenz hier **nicht** dargestellt hat.

Es ist erheblich etwas anderes, ob Sie, wie Sie vorhin behauptet haben, eine Kongruenz der Meinung des Sektionsleiters Steger festgestellt hätten oder nur, dass er nicht widersprochen hätte. Das Nicht-Widersprechen heißt noch nicht, dass er deswegen Ihrer Meinung war, dass das zu streichen sei.

**Mag. Matthias Winkler:** Herr Abgeordneter, Sie haben mich nach einem Eindruck gefragt. Diesen Eindruck habe ich Ihnen geschildert. Die Aussage des Gerhard Steger kenne ich nicht. Ich habe das so in Erinnerung, und genauso habe ich es Ihnen gesagt. Und nochmals: Ich hatte und habe keinerlei Weisungskompetenz gegenüber einem Sektionschef. Sie kennen den Gerhard Steger auch lange genug, seine Auftritte hier und in der Öffentlichkeit. Ich glaube nicht, dass er der Typ ist, der sich etwas sagen lässt, was ihm nicht passt – und dem dann blind folgt.

Also wäre Gerhard Steger mit etwas intensiv nicht einverstanden gewesen, gehe ich davon aus, dass er das gesagt hätte. Er hat es nicht getan, und das habe ich Ihnen gesagt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und daraus schließen Sie, dass er Ihrer Meinung ist. Das heißt, jeder, der Ihnen nicht aktiv widerspricht, ist damit ihrer Meinung

**Mag. Matthias Winkler:** Das habe ich nicht behauptet. Ich sage es gerne noch einmal: Ich habe Ihnen geschildert, dass Sektionschef Steger **keinerlei Anzeichen** dafür gezeigt hat, dass ihm das inhaltlich nicht passen würde oder er inhaltlich anderer Meinung wäre.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber meine Einschätzung – und es ist offensichtlich notwendig, wirklich die Einschätzung auf den Punkt zu bringen, sonst glauben Sie, ich bin auch noch Ihrer Meinung –, dass Herr Sektionschef Steger bloß

nicht widersprochen hat, aber nicht kundgetan hat, dass er Ihrer Meinung sei, diese Einschätzung ist richtig?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe Ihnen meine Antwort dazu gegeben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. Ich möchte Sie nun zu etwas anderem befragen: Es gab von diesem Besuch des damaligen Ministers Grasser in Manching im Anschluss daran einen Schriftverkehr der Firma EADS an das Bundesministerium beziehungsweise an den Herrn Minister persönlich. – Erinnern Sie sich daran?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann mich an diesen Brief nicht erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie eine Erinnerung daran, dass es ein Paket gab – ein Angebotspaket –, das dem Herrn Bundesminister zugeleitet wurde?

**Mag. Matthias Winkler:** Nochmals, wie eingangs erwähnt: Ich war zur damaligen Zeit **Pressesprecher**. Ich habe den Briefverkehr des Ministers nicht verfolgt. Ich habe das im Übrigen auch in meiner Zeit als Kabinettschef nicht getan, kenne daher weder diesen Brief vom damaligen Zeitpunkt noch das von Ihnen soeben skizzierte Paket.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das wäre aber die Aufgabe eines Kabinettsleiters, den Briefverkehr ...

**Mag. Matthias Winkler:** Also, was ein Kabinettsleiter zu tun hat, ist immer noch interne Abstimmung zwischen dem Minister und seinem Kabinett.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, schon. Nur, verstehen Sie, Sie brauchen mir jetzt nicht mit irgendwelchen Schnoddrigkeiten daherzukommen. (*Abg. Dr. Fekter: Werten Sie das nicht einfach!*) Wenn ich Ihnen sage, dass der Kabinettsleiter üblicherweise den Schriftverkehr seines Ministers bearbeitet, dann sage ich Ihnen nichts aus der Welt. Das ist das Üblichste der Welt.

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe darauf schon geantwortet: Was ein Kabinettsleiter tut, stimmt er mit seinem Minister ab, und dafür gibt es keine allgemeinen Verhaltensregeln. Soweit ich weiß, waren Sie nicht in meinem Kabinett tätig. Ich weiß also nicht, worüber wir hier diskutieren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also Sie waren ein Kabinettsleiter, der nur eine Homepage betrieben, aber keinen Schriftverkehr bearbeitet hat. – Ist das richtig?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich werde jetzt den Verfahrensanwalt fragen, ob ich diese (*Abg. Dr. Fekter: Polemische!*) ausschließlich polemische Frage überhaupt beantworten muss. Ich verstehe Ihre ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Fragen Sie ruhig! Ich frage Sie nur, weil es mir darum geht, ob Sie den Schriftverkehr beantwortet haben. (*Abg. Dr. Fekter: Die Unsachlichkeit des Stadler!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Kollege Stadler! Es wäre durchaus möglich, Herrn Winkler in aller Ruhe zu befragen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es ist eine Frage, wie man in den Wald hineinruft.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es ist überhaupt nicht notwendig, ihm etwas wie „Schnoddrigkeit“ oder Ähnliches zu – jetzt hätte ich fast gesagt – unterstellen. Dieses Wort wollten wir heute vermeiden. Es ihm **zuzuordnen**.

Ich bitte, diese Befragung in Ruhe fortzusetzen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dieses Aktenstück wurde dann später vom Kabinett von Herrn Hillingrathner zurückgefordert, und Herr Hillingrathner hat dieses Aktenstück dem Minister persönlich auf den Schreibtisch gelegt. – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung gehabt?

**Mag. Matthias Winkler:** Keine Wahrnehmung darüber.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dieses Aktenstück ist dann verschwunden. Es wurde im Kabinett angeblich gesucht. – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung gehabt?

**Mag. Matthias Winkler:** Keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie eine Wahrnehmung darüber gehabt, dass Herr Bundesminister Grasser in einer Besprechung am 25. Juni 2002 seine Einschätzung geäußert hat, dass er politisch zurücktreten müsste, wenn er die Variante, die das Finanzministerium bei der Typenentscheidung präferiert hat ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Stadler, das war am 1. Juli 2002.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Pardon, ja, die Besprechung hat am 1. Juli stattgefunden. Ich habe das falsche Datum in der falschen Zeit erwischt. – Danke, Herr Obmann, 1. Juli 2002.

**Mag. Matthias Winkler:** Ich habe keinerlei solche Wahrnehmung gehabt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Er hat Ihnen gegenüber auch nie gesagt, dass er eine derartige Befürchtung hätte, zurücktreten zu müssen?

**Mag. Matthias Winkler:** An eine solche kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das erscheint mir plausibel. – Danke.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich möchte zu diesem Punkt selbst ein paar ganz kurze Fragen stellen. Können Sie sich erinnern: Der 1. Juli 2002 war ja der Tag vor der Typenentscheidung. Folgende Situation – das bestätigen auch alle anderen Teilnehmer bis jetzt –: Um 16 Uhr am 1. Juli ruft der Finanzminister seine Beamten und Mitarbeiter zu sich. Da war Herr Christl dabei, Herr Steger, und da waren auch Sie dabei. – Können Sie sich an diese Besprechung erinnern?

**Mag. Matthias Winkler:** Da das schon einige Zeit zurückliegt, kann ich mich ein bisschen, also dumpf daran erinnern, ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Können Sie uns das Dumpfe schildern?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass das um 16 Uhr war, und ich kann Ihnen auch nicht minutiös auflisten, was wer wann wo gesagt hat.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber ich frage Sie einfach jetzt so allgemein: Woran können Sie sich von dieser Sitzung noch erinnern – natürlich nur, soweit es sich auf die Typenentscheidung, die ja kurz bevorstand, bezieht?

**Mag. Matthias Winkler:** Dass es eine Diskussion gegeben hat, was es am nächsten Tag – sprich dem 2. Juli, dem Tag des Ministerratsbeschlusses – seitens des BMF noch zu tun gebe.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und welche Vorschläge hat es da gegeben?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich weiß jetzt nicht, welche Vorschläge es dazu gegeben hat, sondern ich kann mich – wie gesagt, es liegt einige Jahre zurück – nur daran erinnern, dass diskutiert wurde, was am nächsten Tag – sprich beim Ministerrat – beschlossen werden soll.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage Ihnen den Hintergrund, soweit wir ihn nachvollziehen konnten: Sektionschef Steger übergibt am Beginn dieser Sitzung den Abfangjägerakt – also mit Einlageblatt Hillingrathner mit der Empfehlung F 16 und Zweitempfehlung Eurofighter – an Herrn Christl zur weiteren Behandlung. Dann beginnt eine Diskussion über F-16 und über die Frage, wenn im Ministerrat F-16 keine Zustimmung findet, was soll der Finanzminister dann machen. – Können Sie sich daran erinnern?

**Mag. Matthias Winkler:** Also an diese Detail-Diskussion – nein.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es hat ja immer so die öffentliche Erklärung gegeben, dem Finanzminister wäre es eigentlich am liebsten, wenn es überhaupt keine Abfangjäger gibt. An diesem 1. Juli hatte er die Chance, wenn er sagt, wenn ich mit der F-16 nicht durchkomme, den neuen wesentlich teureren Varianten stimme ich überhaupt nicht zu, dann gibt es eben keine Abfangjägerbeschaffung. Das war eine große Chance, das politische Anliegen durchzusetzen! – Ist das dort besprochen worden?

**Mag. Matthias Winkler:** Wie erwähnt: An die Diskussion im Detail, welcher Vorschlag da wie besprochen wurde, kann ich mich nicht erinnern. Ich kann Ihnen nur eine persönliche Meinung dazu sagen: Hätte der Finanzminister das so diskutiert, wie Sie es gerade vorschlagen, wäre das sozusagen gleichbedeutend mit dem Ende der Regierungszusammenarbeit gewesen. (*Obmann Dr. Pilz: Inwiefern?*) – Von einem Veto im Ministerrat habe ich, soweit ich mich erinnern kann, in der Zweiten Republik, vielleicht mit einer oder zwei Ausnahmen, noch nicht gehört.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es gibt ja Hinweise, dass Sie nicht die gesamte zweite Republik persönlich politisch begleitet haben.

**Mag. Matthias Winkler:** Das ist richtig, aber des Lesens kundig habe ich versucht, mich auch über diesen Bereich zu bilden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Sie schildern – meiner Meinung nach völlig zutreffend – , das wäre eine kritische Situation gewesen. Deswegen erscheint das durchaus plausibel, was Herr Sektionschef Steger auf einen Vorschlag sagt, den er selbst referiert hat – seinen eigenen Vorschlag: Wenn er F-16 nicht durchbringt, keine andere Variante zu akzeptieren. Steger hält fest: HBM – also Herr Bundesminister –: Das geht politisch nicht, da müsste er zurücktreten, das steht in dieser Sache nicht dafür.

Also Sie sagen, ein Veto hätte die Regierungszusammenarbeit schwerst gefährdet, aber Sie können sich – das wiederhole ich jetzt nur – nicht konkret daran erinnern, dass eine Erklärung des Finanzministers in dieser Art erfolgt wäre.

**Mag. Matthias Winkler:** Wie Sie das richtig feststellen, war das meine persönliche Meinung über ein mögliches Veto eines Ressortministers innerhalb einer Regierungszusammenarbeit. Ich kann mir, wenn ich das zweitens persönlich anmerken darf, auch nicht vorstellen, selbst wenn ein Minister an Rücktritt denken würde, das in diesem Gremium so zu besprechen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Warum eigentlich? (*Abg. Dr. Fekter: Na geh!*)

**Mag. Matthias Winkler:** Das ist, glaube ich, eine Frage, die jetzt wirklich das Beweisthema 1, 2 und 3 sprengt. (*Abg. Dr. Fekter: Herr Pilz, da müssen Sie Minister werden, dann können Sie es sich vorstellen!*)

Das hat, glaube ich, weder mit der Beschaffung ... – Das ist eine allgemeine politische Diskussion, die wir gerne im Anschluss in der Cafeteria führen können, aber ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Da sind wir möglicherweise unterschiedlicher Meinung, aber das ist nicht so wichtig, weil es ja da nicht mehr um tatsächliche Wahrnehmungen geht und uns im Wesentlichen ja tatsächliche Wahrnehmungen weiterhelfen.

Haben Sie noch eine Erinnerung daran, dass der Minister gesagt haben könnte, naja, wäre es nicht gescheit, wenn ich überhaupt darauf verzichte, hinzugehen – auch das geht ja aus der Mitschrift Stegers hervor.

**Mag. Matthias Winkler:** An das kann ich mich auch nicht erinnern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Damit ist, glaube ich, alles gesagt, was Sie zu diesem Punkt beitragen können. Ich habe dazu keine weiteren Fragen. – Frau Kollegin Fekter, bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Mag. Winkler, wenn man ein Schriftstück in einem Akt oder auch Dienstzettel verändert, was passiert dann? Wird dann das ursprüngliche vernichtet oder wird das noch eingelegt, damit man weiß, dass da etwas verändert ist, oder wie geht man damit normalerweise um?

**Mag. Matthias Winkler:** Wenn Akteninhalte in Richtung – sage ich einmal – stilistischer, orthographischer oder sonstiger Fehler korrigiert werden – ich weiß es nicht. Die Akten produziert – zumindest im Finanzministerium – stets die Sektion. Das Kabinett hat nie – also meines Wissens nie – Akten selbst produziert.

Was die Sektion dann damit tut, damit kann ich Ihnen leider nicht weiter helfen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist es üblich und ist es vorgekommen, dass Beamte einzelne Schriftstücke persönlich an sich genommen haben?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann das nicht ausschließen, weiß es aber nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Und dass die dann in den Medien aufgetaucht sind?

**Mag. Matthias Winkler:** Wie gesagt, ich habe es selbst nie beobachtet, aber ausschließen kann ich es nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bei dieser Korrektur, die Sie mit Steger besprochen haben, haben Sie erwähnt, dass Steger sozusagen keinerlei Widerstand oder Kritik an Ihren Wünschen geäußert hat oder Gegenvorschläge unterbreitet hat.

**Mag. Matthias Winkler:** Das ist richtig, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War er immer so, dass er das alles so schweigend akzeptiert hat, oder war der Steger einer, der sich sehr wohl ganz intensiv artikuliert hat und auch sofort am Akt etwas vermerkt hat, wenn er nicht einverstanden war?

**Mag. Matthias Winkler:** Wenn dem Gerhard Steger etwas nicht gepasst hat, dann hat er das immer auch in entsprechender Form kommuniziert – sei es schriftlich, sei es mündlich.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Kennen Sie die vielen Handzettel, die Steger selber angefertigt hat, wo er während Sitzungen alles und jedes protokolliert hat, auch seine persönliche Meinung?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kenne das nicht, nein.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Herr Mag. Winkler, ich möchte Sie zu den Stückzahlen fragen: Wann haben Sie davon Kenntnis bekommen, dass eine Stückzahlreduktion von 24 auf 18 Stück erfolgt?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich wiederhole auch dazu eingangs, dass ich in den Beschaffungsvorgang selbst nicht eingebunden war, auch nicht in die Ausschreibung, auch nicht in die Vorbereitung derselben.

Soweit ich mich erinnern kann, hat diese Diskussion nach der Hochwasserkatastrophe in Österreich begonnen.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Das wurde schon mehrmals in diesem Ausschuss so berichtet. Wie können Sie uns erklären – vielleicht haben Sie dazu eine Wahrnehmung gemacht –, dass EADS im Juni 2001 schon in einem Schriftstück an den damaligen Finanzminister 18 Stück zu einem Preis, der nahezu identisch mit dem war, der dann letztendlich angeboten wurde, geschrieben hat?

**Mag. Matthias Winkler:** Das wäre reine Spekulation, und ich verweise nochmals auf meine einleitenden Worte, in der Beschaffung selbst nicht eingebunden gewesen zu sein. – Ich weiß nicht, ob der Ausschuss **Spekulationen** von mir hören will.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Wie wurde das argumentiert, dass die Reduktion von 24 auf 18 Stück mit dem Hochwasser zusammenhängt, wenn man sich die Zahlungsströme der Republik an Eurofighter anschaut?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann Ihnen auch hierzu nur sagen, dass ich in die Beschaffung nicht eingebunden war und Ihnen deshalb maximal **persönliche Spekulationen** nennen kann, beziehungsweise lassen meine Erinnerungen an die damalige Zeit das kurz im Sinne davon zusammenfassen, dass man halt versucht hat – oder die Politik versucht hat – darzustellen, dass man nicht zeitgleich mit einer Hochwasserkatastrophe auch noch 24 Stück Abfangjäger bestellen wollte, und man hat halt mit einer Stückzahlreduktion politisch versucht, auf die Katastrophe entsprechend zu reagieren.

Aber ich wiederhole: Ich war damit nicht befasst.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Es liegt in den Akten ein Schriftstück von Eurofighter vor, datiert vom 28. 5. 2003, gezeichnet Reinhold Falthhauser. – Kennen Sie den Herrn Falthhauser? (*Mag. Winkler: Nein!*) – Vielleicht kennen Sie das Schriftstück, adressiert an Herrn Dr. Hillingrathner und Herrn General Bauer. Er schreibt da:

Die von Ihnen gewünschte Verschiebung der ersten zwei Zahlungen der Republik Österreich vom März 2006 und September 2006 auf 15. Jänner 2007 wird von Eurofighter GmbH unter der Voraussetzung akzeptiert, dass der sonstige Inhalt der am 14. 5. 2003 paraphierten Verträge sich dadurch nicht ändert, insbesondere die Zahlung an Eurofighter GmbH davon nicht berührt wird. In der Neuberechnung des Preises mit Finanzierungskosten werden die oben genannten Aspekte berücksichtigt. – Zitatende.

**Mag. Matthias Winkler:** Ich kann Ihnen dazu nichts schildern. Meiner Erinnerung nach kenne ich dieses Schreiben nicht.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Sie kennen es nicht, und Sie können sich auch nicht vorstellen, warum die Republik Österreich die Verschiebung der Zahlung von März und September 2006 auf Jänner 2007 wollte?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage dazu nur Folgendes: Das ist mit Sicherheit ein Vorgang, mit dem Herr Winkler persönlich nichts zu tun hatte.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Gut. Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, warum es gerade zu dieser Zahlungsvariante gekommen ist? In der Kosten-/Nutzenanalyse des Bundesministeriums für Landesverteidigung gibt es drei Varianten: Barzahlung: fünf Jahre und neun Jahre.

**Mag. Matthias Winkler:** Verzeihen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Ich war in den Beschaffungsvorgang – auch in die Budgetierung danach – nicht eingebunden. Ich kann Ihnen zu diesen Fragen keine Antwort geben.



**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich sage jetzt auch: Im Sinne der Verfahrensökonomie ...

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Keine weiteren Fragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist eine wunderbare Antwort auf das, was ich jetzt sagen wollte. – Danke schön.

Kollege Stadler, gibt es noch Wünsche? – Wenn nicht, Kollege Kogler, bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Mag. Winkler, haben Sie mit Ihrem damaligen Kabinettskollegen Traumüller irgendwann einmal über die Vertragsverhandlungen gesprochen?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich schließe nicht aus, ein, zwei, drei Sätze mit ihm darüber gesprochen zu haben, aber nicht im Sinne von echtem Informationsfluss oder Ähnlichem.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Er produziert einmal eine längere Unterlage, aber da waren Sie eben noch Pressesprecher, an den Herrn Bundesminister. Haben Sie jemals über die Lieferfristen, Anlieferungen der damals schon beschlossenen Eurofighterflugzeuge gesprochen oder irgendeine Erinnerung an so ein Gesprächsthema?

**Mag. Matthias Winkler:** Ist mir nicht erinnerlich, nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Über einige wenige Personen möchte ich Sie noch fragen: Haben Sie in der fraglichen Zeit Kontakte zum Beispiel zu Frau Keglevich gehabt?

**Mag. Matthias Winkler:** Ich schließe nicht aus, sie einmal auf einen Kaffee getroffen zu haben in der Zeit zwischen 2000 und 2002, aber im Sinne von ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie schildern, welche Rolle Frau Keglevich eigentlich in dem ganzen Vorgang die Eurofighter oder Gegengeschäfte betreffend gespielt hat?

**Mag. Matthias Winkler:** Bedauere, nein, weil ich mit Frau Keglevich meiner Erinnerung nach nicht über das Thema Eurofighter gesprochen habe.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Aber Ihnen war bekannt, dass sie damit im weitesten Sinne zu tun hat oder beauftragt ist. (*Mag. Winkler: Nein!*) – Haben Sie mit Frau **Erika Rumpold** in dieser Zeit einmal Kontakt gehabt?

**Mag. Matthias Winkler:** Nein, mir nicht erinnerlich. Vielleicht habe ich sie irgendwann einmal durch Zufall irgendwo getroffen und Guten Tag“ gesagt, aber zum Thema Eurofighter garantiert nicht, nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie zu Herrn **Mensdorff-Pouilly** Kontakt gehabt? (*Mag. Winkler: Nein!*) – Zum Herrn Steininger?

**Mag. Matthias Winkler:** Den habe ich überhaupt noch nie gesehen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Die Befragung ist beendet. Danke für das Kommen und die Auskünfte! Schönen Abend noch!

**Mag. Matthias Winkler:** Danke, ebenfalls.

21.09

(Die **Auskunftsperson Mag. Mathias Winkler** verlässt den Sitzungssaal.)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Pilz** ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Paul Kocher** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson Mag. Paul Kocher wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

21.10

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Paul Kocher** als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen falscher Aussagen hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Mag. Paul Kocher (Hypo-Alpe-Adria Bank Int. AG):** Mein Name: Paul Kocher; geboren am 5. Mai 1964; wohnhaft in 1060 Wien; Beruf: Bankangestellter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie sind öffentlich Bediensteter? (*Mag. Kocher: Nein!*) – Sie sind offensichtlich nicht öffentlich Bediensteter. (*Mag. Kocher: Das ist richtig!*) – Die Bundesfinanzierungsagentur hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass Sie der Amtsverschwiegenheitspflicht unterliegen.

Sind Sie vom Bundesministerium für Finanzen von der Amtsverschwiegenheit entbunden worden?

**Mag. Paul Kocher:** Meines Wissens nicht, wobei ich anmerken muss, dass ich nicht mehr in der Bundesfinanzierungsagentur tätig bin und daher auch wenig Kommunikation dorthin habe.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme, soweit sie sich auf Bereiche der Amtsverschwiegenheitspflicht bezieht, **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Insofern ist dieses Schreiben der Bundesfinanzierungsagentur etwas irreführend.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Wenn Sie bei konkreten Fragen der Meinung sind, dass einer dieser Gründe geltend werden könnte, dann werden Sie den Verfahrensanwalt oder mich darauf aufmerksam machen, und wir werden die konkrete Vorgangsweise gemeinsam besprechen. – Herr Dr. Strasser ist der Verfahrensanwalt.

Sie haben nach der Verfahrensordnung auch das Recht, zum Beweisthema vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Mag. Kocher verneint dies.*) – Dann steigen wir gleich in die Befragung ein.

Erster Fragesteller ist Herr Kollege Stadler. – Bitte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Kocher, ich möchte Sie zur Finanzierungsstruktur dieses Beschaffungsaktes befragen.

Ich habe schon in anderen Befragungen darauf hingewiesen, dass ich einen derart weitreichenden Einredevorzicht noch nie gesehen habe, und es hat auch der Herr Sektionschef Steger, der hier schon im Ausschuss zu Gast war, ausgesagt, dass er sich in seiner Dienstzeit an einen vergleichbaren Fall auch nicht erinnern kann.

Nun habe ich aus dem Akt erschlossen, dass der Vorschlag zu diesem Einredevorzicht aus der Bundesfinanzagentur kam. Haben Sie noch eine Erinnerung daran?

**Mag. Paul Kocher:** Mit Sicherheit habe ich keine Erinnerung daran, dass der Vorschlag aus der Bundesfinanzierungsagentur gekommen ist, weil er nicht aus der Bundesfinanzierungsagentur gekommen ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Von wem kam er dann?

**Mag. Paul Kocher:** Das kann ich natürlich nicht nachvollziehen, aber im ersten Gespräch, wo es um die Finanzierungsstruktur gegangen ist, war das bereits das fertige Modell, und es war auch ein Modell, das bisher schon angewandt worden ist – wenn auch nicht in Österreich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben mit dem, was Sie soeben gesagt haben, was den Vorschlag anlangt, Recht. Ich habe diese handschriftlichen Anmerkungen falsch gedeutet. Das heißt also, dieser Vorschlag kam in Wirklichkeit nicht von der BF – Bundesfinanzagentur – sondern von EF – Eurofighter. – Ist das richtig?

**Mag. Paul Kocher:** Das ist durchaus möglich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das würde mehr Sinn ergeben, denn ich hätte das nämlich nicht verstanden, wieso das von Ihnen kommen sollte.

Sie haben an einer Besprechung am 28. Mai 2003 teilgenommen, das heißt also, wenige Wochen vor Unterfertigung des Vertrages, wo es also schon ums Eingemachte ging, und in dieser Besprechung, die von einer Dame der Finanzprokuratur protokolliert wurde, wurde Folgendes beraten. – Ich lese Ihnen einmal die entscheidenden Sätze vor:

Eingangs werden den Vertretern der P.S.K./BAWAG, Dr. Maresch und Mag. Machat, die Problematik im Hinblick auf Finanzschuld und Maastricht-Kriterien dargetan. Es wird erläutert, dass zwischen der Bank und der Republik Österreich keinerlei Rechtsbeziehung entstehen darf. Für den Fall einer allfälligen Zession wird diese von Seiten der Republik Österreich ausschließlich zur Kenntnis genommen. – Zitatende.

Und dann geht es weiter, und es wird dann am Schluss als Lösungsvorschlag eine Patronanzerklärung vorgeschlagen. Erinnern Sie sich an diese Besprechung?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, ich erinnere mich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Soll ich Ihnen den ganzen Vorhalt zum Lesen geben, ob Sie sich vielleicht dann leichter daran erinnern?

**Mag. Paul Kocher:** Das ist mittlerweile vier Jahre her. Ich werde mich sicher nicht daran erinnern.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind ja ein junger Mensch.

**Mag. Paul Kocher:** Danke schön. Sie können es mir gerne zum Lesen geben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir haben hier schon ältere Herrschaften gehabt, die sich detailliert an Vorgänge erinnern konnten, die weiter zurücklagen.

**Mag. Paul Kocher:** Das mag sein, aber trotzdem kann ich mich an den 28. Mai 2003 nicht wirklich erinnern. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich gebe Ihnen gerne den Akt zum Lesen (*Mag. Kocher: Ja, bitte!*), dann können Sie sich das anschauen, und dann erinnern Sie sich vielleicht leichter daran. (*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*) – Abgesehen davon, dass man „Maastricht“ dort falsch geschrieben hat, dürfte das ansonsten authentisch sein.

**Mag. Paul Kocher:** Und dass ich „promoviert“ worden bin, aber gut, das passiert öfters. (*Die Auskunftsperson liest in den ihr vorgelegten Unterlagen.*) – Wir sind jetzt im ersten Teil des ersten Absatzes, wo die Zession zur Kenntnis gekommen wird, was glaube ich der ... – Ich habe jetzt keine Beilage A-3, um das nachzuvollziehen. – Ich kann mich tatsächlich nicht erinnern – es mag schon sein, sonst wäre es ja nicht protokolliert worden hier –, dass es über Patronanzklärungen etwas gegeben hat. Das Einzige, was tatsächlich passiert ist, sind Garantieerklärungen von EADS für die, glaube ich, Güte der Flieger als Kompensation ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich bin ein paar Jahre älter als Sie; ich werde offensichtlich schon schwerhöriger: Ich verstehe Sie akustisch nicht.

**Mag. Paul Kocher:** Ach so, Entschuldigung, dann stelle ich das Mikrofon näher zu mir.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn Sie bitte die Erklärung meinem Mitarbeiter wieder mitgeben. – Ich habe ein paar Fragen im Zusammenhang mit dem, was Sie jetzt gelesen haben, mit dem Vorgang.

Als Vertreter der Bundesfinanzagentur damals mussten Sie ja wissen, dass diese Form der Finanzierungsvariante mit der Frage Maastricht-Kriterium ja oder nein gar nichts zu tun hat. – Ist das richtig?

**Mag. Paul Kocher:** Wir sind nicht die Statistiker der Republik, daher haben wir auch nicht die Kenntnis über Details von Maastricht-Verbuchungsregeln. Und der Einredeverzicht ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir sind noch gar nicht beim Einredeverzicht, wir sind jetzt bei der Formulierung, dass es notwendig sei, dass es keinerlei Rechtsbeziehung zwischen der Bank, gemeint ist die BAWAG/P.S.K., und der Republik Österreich gebe. – In welchem Zusammenhang? Es ist ja nichts Unanständiges, zur BAWAG eine Rechtsbeziehung zu haben.

**Mag. Paul Kocher:** Glaube ich nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Eben!*) Es fand auch tatsächlich keine Rechtsbeziehung statt, weil ja die BAWAG/P.S.K. Eurofighter finanziert hat und damit ein Darlehensvertrag zwischen Eurofighter und der BAWAG entstanden ist. Und da war natürlich die Republik nicht in einer Rechtsbeziehung drinnen, wo sie irgendetwas kontersigniert hätte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, das ist anders gelaufen, aber auf das kommen wir gleich noch zu sprechen. – Mir geht nur nicht ein, wieso man so apodiktisch festlegen konnte, dass es keine Rechtsbeziehung zwischen der Republik Österreich und der BAWAG geben darf. Wir hätten ja auch dort ganz einfach ein Darlehen aufnehmen können.

**Mag. Paul Kocher:** Da müssen Sie jetzt wirklich Experten aus dem Finanzministerium befragen, weil da geht es wahrscheinlich um die Finanzschuldenproblematik und nicht so sehr um die Maastricht-Thematik.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Der Chef der Budgetsektion, Sektionschef Steger, hat uns glaubhaft dargetan, dass das mit der Frage, ob es ein Darlehen ist oder wie das sonst wirtschaftlich zu betrachten ist, **gar nichts** zu tun hat, sondern **ausschließlich** mit der Frage, wann die Eurofighter geliefert werden – und sonst gar nichts; was auch stimmt.

**Mag. Paul Kocher:** Wie gesagt, ich bin nicht der Experte, aber soweit ich in die Gespräche involviert war, habe ich ein bisschen gelernt. Es muss differenziert werden, zum einen zwischen dem Ausweis im **Net Lending**, was allgemein dem Nettodefizit

gleichgesetzt wird, und da wird die Lieferung der Flieger angerechnet, die ja, glaube ich, irgendwann 2007 beginnen soll. Das ist die eine Sache; das ist das Net Lending.

Das Zweite ist dann die Maastricht-**Schuld**, was ja ein anderer Begriff ist, der auch eine andere Konzeption in sich birgt, nämlich ein Brutto-Prinzip. Und da zählt dann natürlich schon die Vorfinanzierungstätigkeit der Bank an Eurofighter, weil damit nämlich implizit eine Verbindlichkeit der Republik entsteht, und da werden natürlich die einzelnen Tranchen, die die Bank an Eurofighter als Vorfinanzierung leistet, in die Maastricht-Schuld eingerechnet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber das ist doch bitte egal, ob ich diese Schulden jetzt gegenüber Eurofighter oder gegenüber der Bank habe! Ob diese Schuld jetzt gegenüber einer Bank oder gegenüber einem Privaten existiert, hat ja keinerlei Einfluss darauf, ob ich das irgendwo statistisch zu erfassen habe oder nicht und Maastricht-Kriterien damit berühre oder nicht.

Mir geht es um die Frage, warum man zu einem Privaten eine Schuld haben soll, aber zu einer Bank **keine** Schuld haben darf, weil das Maastricht-relevant sein soll. Das hat mir noch keiner erklären können. Der Herr Sektionschef Steger hat auch ...

**Mag. Paul Kocher:** Na ja, es gibt schon einen Unterschied, soweit ich das verstehe, wobei ich nicht Statistik-Experte bin: Eine Finanzschuld entsteht, wenn die Republik selbst Mittel aufnimmt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, das hat mit der Finanzschuld jetzt einmal gar nichts zu tun, sondern da geht es um die Frage, ob sie von längerer Dauer ist als neun Jahre. Deswegen hat man ja diese 18-Halbjahres-Variante gerechnet. (*Mag. Kocher: Ja!*) Aber dieser Zusammenhang – Maastricht-Kriterium, aber keine Rechtsbeziehung zur BAWAG –, dieser Zusammenhang existiert nicht. Und wenn er existiert, dann erläutern Sie uns bitte diesen Zusammenhang.

**Mag. Paul Kocher:** Einen Zusammenhang zwischen der Republik und der BAWAG? Ich verstehe Ihre Frage nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, einen Zusammenhang zwischen Maastricht-Kriteriumsrelevanz und einer Rechtsbeziehung zur BAWAG.

**Mag. Paul Kocher:** Na ja, das hat natürlich schon mit diesem Einredeverzicht zu tun, weil ja damit ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist ja wieder was anderes. Auf den Einredeverzicht kommen wir noch und wie das zustande kommt. Aber hier geht es um die Frage, dass **keine Rechtsbeziehung** zwischen der Republik Österreich und der BAWAG entstehen darf – apodiktisch! –, da heißt es: Es wird erläutert, dass zwischen der Bank und der Republik Österreich **keinerlei** Rechtsbeziehung entstehen darf. – Wieso nicht?

**Mag. Paul Kocher:** Das müssen Sie dann wirklich Herrn Dr. Hillingrathner fragen, weil der der Experte für Finanzschulden-Problematik ist. Wir sind nur die Finanzierungsagentur.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber alle haben gesagt: Das müssen Sie den Mag. Kocher fragen, das ist der Fachmann dafür!

**Mag. Paul Kocher:** Ich bin der Fachmann für Finanzierungsfragen, aber nicht ein Fachmann für Finanzschuldendefinitionen. Das ist eine BMF-Kompetenz.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt also, Sie können auch keinen Zusammenhang zwischen einer Maastricht-Relevanz und dem apodiktischen Verbot,

zu einer Bank eine Rechtsbeziehung aufzunehmen, erläutern? – Es ist nicht erforderlich. Wenn Sie es nicht können – es ist nicht notwendig.

**Mag. Paul Kocher:** Wie ich schon ausgeführt habe: Die Maastricht-Schuld entsteht durch die Vorfinanzierung der Bank an Eurofighter. Das wird ja auch im Finanzschuldenbericht ausgewiesen, und darum ist es ja auch da drinnen (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) – doch, es wird ausgewiesen! –, weil es damit ja implizit eine Verbindlichkeit der Republik nach sich zieht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** In den Finanzschuldenbericht kommt es erst hinein, wenn es mehr als neun Jahre ...

**Mag. Paul Kocher:** Nein, das stimmt nicht! 2004 sehen Sie bereits 500 Millionen € in der Überleitung von der Finanzschuld, mit allen Unterpunkten, die es da so gibt, hin zur Maastricht-Schuld. Und 2005 kommt dann die nächste Tranche.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber diese Schuld haben Sie ja ohnehin gegenüber einem Privaten, nämlich gegenüber der Eurofighter GmbH!

**Mag. Paul Kocher:** Nein. Eurofighter hat eine Schuld gegenüber der BAWAG.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, *jetzt*, aber das war zu dem Zeitpunkt noch nicht klar, ob Eurofighter überhaupt zediert oder nicht. Das steht ja nicht da drinnen, dass Eurofighter zedieren *muss*, sondern es steht nur drinnen, dass Eurofighter zedieren *darf*.

**Mag. Paul Kocher:** Ja, aber wenn Eurofighter nicht zediert, dann macht es ja keinen Sinn.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es nützt nichts! Bis jetzt hat mir noch keiner erklären können, warum diese apodiktische Festlegung: Es darf keine Rechtsbeziehung zwischen der Republik Österreich und der BAWAG geben! – Aber lassen wir das, es bringt uns nicht wirklich viel weiter.

Gehen wir auf Ihr Kerngebiet ein. Sie sagen, Sie sind Fachmann für Finanzierungsfragen. Können Sie dem Ausschuss erklären, was insbesondere die Kollegen der Sozialdemokratie und meine Fraktion wie auch die Fraktion der Grünen wirklich schon seit Tagen beschäftigt: Wieso wurde eine Finanzierungsvariante gewählt, die im Ergebnis nichts anderes als eine Kreditaufnahme der Republik Österreich bei der BAWAG ist – das hat auch der Vertreter der Bank hier dargelegt –, konstruiert über eine Zession, über einen Forderungsverkauf an die BAWAG, wenn wir nicht gleichzeitig oder als Alternative dazu – mit der Bonität der Republik Österreich, Triple A, den im Budget vorhandenen Einnahmen und daher der Möglichkeit, auch eine Kreditschuld zu bedienen – die Möglichkeit haben, bei dem damals niedrigen Zinsniveau entsprechend niedrige Zinskonditionen zu bekommen? – Worin bestand die Notwendigkeit, *diese* Konstruktion zu wählen?

**Mag. Paul Kocher:** Herr Abgeordneter Stadler, ich putze mich ja ungern ab, aber wir müssen schon differenzieren zwischen **budgetpolitischen Entscheidungen** – Wie wähle ich eine Konstruktion? – und **Finanzierungstätigkeiten**. Die Bundesfinanzierungsagentur nimmt am Kapitalmarkt Gelder auf und macht, sage ich einmal, Derivatengeschäfte im weitesten Sinn; sie ist für Finanzmarktaktivitäten zuständig. Die Bundesfinanzierungsagentur ist *nicht* für budgetpolitische Entscheidungen zuständig, und es wäre natürlich eine budgetpolitische Entscheidung gewesen, zu sagen: Ich mache jetzt, wie Sie es vorgeschlagen haben, Kauf mit Barpreis, und ich zahle dann immer alle Vorfinanzierungen an den Lieferanten Eurofighter. Das hätte – das ist zwar jetzt nicht mein Gebiet – dann natürlich eine unmittelbare budgetpolitische Konsequenz gehabt, weil ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn Sie bitte etwas lauter sprechen – ich höre Sie nicht! Allein, wenn mein Kollege neben mir mit seinem Mitarbeiter spricht, höre ich Sie akustisch hier hinten nicht mehr. Ich kann es nicht ändern.

**Mag. Paul Kocher:** Die ganze Geschichte also noch einmal. – Die Bundesfinanzierungsagentur ist **nicht** für budgetpolitische Entscheidungen zuständig, sondern sie ist dafür zuständig, dass sie Finanzierungstätigkeiten durchführt, das heißt am Kapitalmarkt Mittel besorgt und Derivatengeschäfte durchführt. Die Entscheidung, **wie** zu finanzieren ist, ob ich mich jetzt entscheide, dem Lieferanten, in dem Fall Eurofighter, seine Vorfinanzierungen direkt zu geben und das über eine Bundesschuld zu machen, oder ob ich eine Konstruktion wähle, wo der sich vorfinanziert, und ich stottere das dann in der Nachzeit ab, ist natürlich eine politische Entscheidung, weil es eben eine unmittelbare Konsequenz für das Budget hat – logischerweise –, weil ich dann im Jahr 2004 sofort einmal 500 Millionen als Ausgabe verbuchen muss. Das ist eine budgetpolitische Entscheidung, die zu treffen uns nicht gegeben ist. Wir sind einfacher Agent für Finanzmarktaktivitäten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es war klar und ist auch klar geregelt worden, wann die ersten Raten zu zahlen sind. Das ergibt sich aus dem Vertrag. (*Mag. Kocher: Ja!*) Das wäre mit einer Bank aber genauso vereinbar gewesen, dass die Geldmittel nicht früher zur Verfügung stehen müssen als zum festgesetzten Zeitpunkt. Ist das richtig?

**Mag. Paul Kocher:** Ja sicher, freilich. Wie gesagt, das ist eine budgetpolitische Entscheidung, aber man hätte natürlich im Jahr 2003 sofort Forward-Geschäfte machen können, die Positionen ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich rede gar nicht von 2003. Es wäre doch denkbar gewesen zu sagen, dass ich zu dem Fälligkeitszeitpunkt, der hier aufgelistet ist in dieser Fälligkeitsübersicht – die ersten zwei Raten sind zum 10.1.2007 fällig –, beginne, mir sozusagen die Kreditmittel zur Verfügung stellen zu lassen.

**Mag. Paul Kocher:** Das hätte wenig Sinn gemacht, weil Eurofighter brauchte bereits im November 2004 die ersten 500 Millionen. Die müssen Sie ja irgendwo hernehmen, um sie an Eurofighter zu liefern. Der Bund nimmt ja tatsächlich ab dem Jahr 2007 zusätzliche Mittel auf, um die Raten zu tilgen. Das ist ja das Ergebnis dieser Konstruktion. Etwas anderes wäre es natürlich gewesen, wenn der Bund entschieden hätte: Wir finanzieren es komplett selbst – bei Bedarf, wenn Eurofighter die Mittel braucht. Nur haben Sie dann als Konsequenz, dass halt dann die großen Beträge ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sehen Sie: Das war mein Verdacht, den ich schon die ganze Zeit habe, den Sie in aller Harmlosigkeit hier erläutert haben. (*Abg. Dr. Fekter: Lassen Sie ihn ausreden, Kollege Stadler! Der ist interessanter als Sie!*) Ja, ja, das weiß ich schon. Jetzt ist er nämlich für mich besonders interessant.

Das heißt, Eurofighter hat verlangt, dass eine Variante gewählt wird, die es ihnen ermöglicht, **sofort** das Geld zu haben, um erst mit diesem Geld die Flugzeuge bauen zu können?

**Mag. Paul Kocher:** Ob sie es verlangt haben, weiß ich nicht, weil ich in den Verhandlungen natürlich nicht ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aus den Akten ergibt sich das nicht. Aber so, wie Sie es darstellen, ergibt es nämlich Sinn.

**Mag. Paul Kocher:** Das ist eine normale Konstruktion, dass Eurofighter natürlich – wobei ich jetzt den Produktionsbetrieb von Eurofighter nicht kenne – die Flieger eine Zeit vorher zusammenschrauben beginnt, bevor sie sie liefert. Und dafür brauchen

die natürlich Finanzmittel. Und das ist meistens ein Teil des Vertrages, dass diese Finanzmittel **vor** der Lieferung geliefert werden, weil dann eben diese Flieger, sage ich jetzt einmal, zusammengeschraubt werden müssen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich bin leider mit meiner Redezeit schon zu Ende. Ich komme in der nächsten Runde darauf zurück, weil das meiner Ansicht nach **der** zentrale Aspekt überhaupt ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Mag. Kocher, nur zur Begriffsklärung, weil wir das manchmal hier im Ausschuss verwechseln oder durcheinanderbringen: Wir haben in der Nicht-Maastricht-Sphäre die Begriffe **Finanzschuld** und **Verwaltungsschuld** abzugrenzen. Fassen wir es zusammen: Alles, was über die neun Jahre geht, wäre dann eine Finanzschuld, wie immer dargestellt, und eben die davon abgegrenzte Verwaltungsschuld.

Das hat aber nichts – das geht ja aus allen Ihren Unterlagen dann auch hervor, weil da hat es ja eine Zeit lang Unsicherheiten gegeben – mit den Maastricht-Abgrenzungen zu tun. Haken wir das einmal ab! Ist das so?

**Mag. Paul Kocher:** Ich glaube es. Ich bin kein Experte in Finanzschuldverbuchungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber dann wenigstens die zweite Sphäre: Sie haben ja vorhin darauf hingewiesen, was hier begrifflich immer wieder von uns Abgeordneten verwechselt wird. Sie haben es auch versucht zu erklären, glaube ich: die Maastricht-**Schuld** von einer Maastricht-relevanten **Saldengröße**, in der Regel ein **Defizit**, abzugrenzen. (*Mag. Kocher: Richtig, ein Net Lending!*) Und das macht uns hier Schwierigkeiten.

Die Maastricht-Schuld entsteht eben bei der Zahlung oder der Auszahlung oder der Abrufung der Kreditrate durch die Produktionsfirma bei der BAWAG. (*Mag. Kocher: Richtig, ja!*) Hingegen: Das Defizit wird dann beansprucht, wenn sozusagen aus dem Budget eine Zahlung hinausgeht ...

**Mag. Paul Kocher:** Nein, glaube ich nicht. – Entschuldigung!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, wenn die Lieferung ... – Das ist ja dann relativ zur Deckung gebracht worden. Das habe ich jetzt verwechselt. Jetzt sind wir wieder beim Punkt: Wenn die Lieferung ... – Das ist dann geklärt worden. Genau. Aber das ist dann, vom Jahr her jedenfalls, in Deckung gebracht worden.

Aber der wirkliche Punkt ist ja ein anderer. Und Sie schreiben ja am 22. Mai, also in Vorbereitung auf diesen 28. Mai, selber an den Herrn Hillingrathner, dass durch den Einredeverzicht gegenüber dem Lieferanten republiknahe Konditionen entstehen sollten. – Das ist für uns so weit nachvollziehbar. Aber nachdem offensichtlich EADS das ja selber ins Spiel gebracht hat, um möglichst gute Konditionen für diesen Produktionskredit, der er ja war ... – Der **Produktionskredit** war doch ausschlaggebend, und deshalb schon 2004 500 Millionen – weil das den Kollegen Stadler gerade so verwundert hat.

Alles klar bis hierher. Nur: Würden Sie nicht – jetzt frage ich Sie als Finanzierungsexperten – der Einschätzung zustimmen, dass am Schluss, wenn man republiknahe noch in republiksidentliche Konditionen überführt – und Sie waren da ja durchaus erfolgreich –, jetzt unabhängig von diesem Dreiecksverhältnis, das hier konstruiert wurde, eigentlich im ökonomischen Kern was zusammengebracht wurde – loben wir es einmal von der Seite her! –, was eigentlich von den Konditionen her einem Republikskredit (Triple A) nahekommt oder gleich kommt. – Ist das so?

**Mag. Paul Kocher:** Das ist richtig. Es kommt nahe. Es ist ein bisschen teurer, aber es kommt nahe. (*Abg. Mag. Stadler: Was ist teurer?*) – Diese Konstruktion ist natürlich



teurer, als wenn Sie direkt Finanzschulden über Bundesanleihen aufnehmen, weil das für die Bank natürlich eine etwas unbequemere Konstruktion ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, es ist dann immer noch um diese Marginale, die vielleicht gar nicht so klein ist, teurer, was nachvollziehbar ist, aber es ist das Maximum an Annäherung erreicht worden. Würden Sie dem zustimmen?

**Mag. Paul Kocher:** Dem würde ich zustimmen, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wissen Sie, warum uns das so beschäftigt – und dann noch einmal für das Protokoll –: weil es nämlich, bezogen auf die Typenentscheidung und die Kosten-Nutzwert-Analyse dort und die Zahlungsvarianten, einen Vorschlag: Zahlung bei Lieferung, fünf Jahre und neun Jahre, gegeben hat. Und das neunjährige Anbietererfordernis war doch ein Erfordernis, das sich der Rüstungskonzern **selber** kreditiert, sonst hätte er ja nicht anbieten müssen.

Hingegen sind Sie in einen Vorgang, äußerst erfolgreich offensichtlich, dann im Nachhinein eingespannt worden, um erstens einmal – das mündet jetzt in die nächste Frage – als Vermittler auch aufzutreten. Kann man diese Dienste so bezeichnen, die Sie hier geleistet haben für EADS? – EADS hat sich ja nicht die BAWAG ausgesucht. Das waren doch **Sie**. Stimmt das?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, EADS hat keine Möglichkeit, mich auszusuchen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, aber **Sie** haben die BAWAG ausgesucht unter vier Banken. Stimmt das?

**Mag. Paul Kocher:** Ja, ja, richtig. Das ist klar, die waren die Billigsten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Eben. Aber EADS hat sich nicht die BAWAG ausgesucht. (*Mag. Kocher: Nein, nein!*) **Sie** haben das eruiert (*Mag. Kocher: Ja, ja!*), um dann noch vom Rechnungshof Schelte zu bekommen, dass Sie das nicht alles genau veraktet haben. Ist es möglicherweise der Grund, dass das nicht veraktet wurde, weil ja am Schluss eigentlich ein Kreditverhältnis unter **Privaten** das Ergebnis war, nämlich zwischen der BAWAG und Eurofighter?

**Mag. Paul Kocher:** Jetzt vermischen sich die Fragen ein bisschen. – Tatsächlich ist – wenn Sie den Rechnungshofbericht lesen, der vor ein, zwei Jahren auch hier diskutiert worden ist, werden Sie das finden – moniert worden, dass die Aktenlage zur Darlehensgestaltung in der Bundesfinanzierungsagentur äußerst dürftig war. – Jetzt zitiere ich einmal in etwa den Rechnungshof. Und der tatsächliche Grund dafür war natürlich, dass die eigentliche **Darlehensverhandlung** zwischen Eurofighter und der Bank BAWAG/P.S.K. stattgefunden hat und die Bundesfinanzierungsagentur aus ihrem Beratungsmandat heraus natürlich keine Handhabe hatte, da Akten anzulegen. Wenn wir selber kontersignieren, tun wir das – oder **taten** das. Ich **tat** es, die Bundesfinanzierungsagentur tut es weiterhin; da tut es die Agentur natürlich relativ üppig. Aber hier war die Aktenlage natürlich in keiner Weise – wie soll man jetzt sagen? – notwendig, weil wir eben nicht Vertragspartner waren. Aber wir haben natürlich EADS die BAWAG nahegelegt als eine wesentlich günstigere Variante als alles andere, was wir uns angeschaut haben – und was sich auch Eurofighter angeschaut hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer vom – nehme ich wohl an – Finanzministerium ist an Sie oder an die ÖBFA herangetreten, sich da nützlich einzuschalten?

**Mag. Paul Kocher:** Das Kabinett und der Herr Bundesminister.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und wer vom Kabinett?

**Mag. Paul Kocher:** Das war damals Dr. Christl.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das war Dr. Christl. – Und der Herr Bundesminister ist **selbst** telefonisch vorstellig geworden? – Weil Sie gesagt haben, der Herr Bundesminister hat **selbst** mit Ihnen Kontakt aufgenommen oder mit der ÖBFA.

**Mag. Paul Kocher:** Ja, das passierte hin und wieder, dass wir telefoniert haben miteinander und dass er gesagt hat, ich soll das machen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also der Herr Bundesminister ruft an und sagt, Sie sollen **was** machen?

**Mag. Paul Kocher:** Ich soll – wie soll man das Mandat beschreiben, das eigentlich nicht schriftlich festgelegt worden ist? –, ich soll als Alternative zur Finanzierung von EADS, die Zinskosten von etwa 400 Millionen produziert hätte, eine günstigere Variante finden, wobei die prinzipielle Finanzierungsarchitektur natürlich mit diesem Einredeverzicht eine gegebene Größe war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich meine, der Hauptpunkt, der ja hier mit einem Ausschlag gibt, ist ja dieser Einredeverzicht: – Hat den der Herr Bundesminister selbst schon ins Spiel gebracht bei diesem Telefonat? (*Mag. Kocher: Nein!*) – Nicht? **Mag. Paul Kocher:** Nein, das war auf Beamtenebene.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, aber er ist dann irgendwann aufgetaucht (*Mag. Kocher: Offensichtlich!*), dieser Einredeverzicht. (*Mag. Kocher: Ja, ja!*) – Wer hat den ins Spiel gebracht? – Sie waren es ja nicht, das haben Sie schon beantwortet.

**Mag. Paul Kocher:** Nein, nein! Es gab ein Gespräch, das ich, glaube ich, mit Dr. Hillingrathner und einem Vertreter von Eurofighter geführt habe, wo wir prinzipiell die Architektur besprochen haben und wo es dann darum ging, alle Arbeitsschritte festzulegen, wie man dann zur günstigsten Bank kommt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer war dieser Vertreter von Eurofighter?

**Mag. Paul Kocher:** Ich rate jetzt – ich weiß es nicht mehr –, aber ich glaube, es war Herr Löbbert. Wobei ich mir unsicher bin, aber der war der wesentliche Ansprechpartner von Eurofighter für mich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und hat er das aktiv vorgeschlagen, oder war es der Vertreter des Finanzministeriums?

**Mag. Paul Kocher:** Das weiß ich nicht, denn in dem Gespräch, wo ich dann teilgenommen habe, am Karfreitag 2003, war das dann schon die Architektur, die wir verfolgen sollten. Also wer das im Gespräch zwischen BMF und Eurofighter dann ventiliert hat, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Ich habe eine Architektur genommen und sie umgesetzt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** War bei diesem Gespräch auch jemand vom Kabinett vom Finanzministerium dabei?

**Mag. Paul Kocher:** Ich glaube nicht, ich weiß es aber nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Könnte es nicht sein, dass Dr. Traumüller dabei war? – Ich frage nämlich, weil er am Karfreitag dieses Jahres, wie er uns heute versichert hat – er konnte sich auch genau erinnern –, eine umfassende

Unterlage über den Stand der Produktion und vor allem der Finanzierungsmöglichkeiten angefertigt hat.

**Mag. Paul Kocher:** Ich weiß es nicht. Es kann sein – aber das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. – Sie können es aber offensichtlich auch nicht ausschließen.

Aber der Einredeverzicht hat Sie ja weiter beschäftigt. Wenn ich in dem gleichen Schreiben fortfahre und zum letzten Absatz hinunter springe, schreiben Sie ja selbst – eben an Hillingrathner; fast muss man schmunzeln –: ... unter der Voraussetzung, dass Sie im Einredeverzicht tatsächlich – nämlich „Sie“: er, Hillingrathner – keine haushaltsrechtlichen Probleme sehen. – Also das hat Sie ja schon beschäftigt irgendwie, nehme ich an.

**Mag. Paul Kocher:** Ja, logisch, sonst hätte ich keinen Brief geschrieben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja – aber Sie schreiben ihm ja auch in einem anderen Zusammenhang.

Und dann geht es weiter: ... die Verhandlungen mit den Banken über „normale“ Darlehensfinanzierungen weiter zu führen. – Interessanterweise ist aber „normale“ zwischen Anführungszeichen gesetzt.

**Mag. Paul Kocher:** Na ja, es ist natürlich keine normale Darlehensfinanzierung, weil es einen Appendix hatte, und die zweite ... – Es gab, sagen wir, noch zwei Diskussionsvarianten in Ergänzung zu diesem Modell mit dem Einredeverzicht: Das eine war ein Derivat-Modell, das relativ komplex war. (*Abg. Dr. Fekter: Ein Swap-Modell!*) Es war ein **Quasi-Swap-Modell**, sagen wir einmal so. Es war ein relativ komplexes Ding, mit dem man die Maastricht-Thematik hätte, sage ich einmal, leicht wegradieren können; das wurde in anderen Ländern bereits angewandt. – Das war ein Thema, das nicht von uns gefordert worden ist, aber das so eine Bank natürlich aus einem Verkaufsinteresse heraus angeboten hat.

Und es gab natürlich auch von EADS Darlehensangebote von deutschen Banken, die quasi eine Rückzugslinie gewesen wären, wenn die Verhandlungen mit unserem Kreis, die wir eingeladen haben, gescheitert wären – denn es galt ja, im Juni dann die Gelder aufzubringen respektive einen Finanzierungsvertrag zu unterzeichnen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben gerade erwähnt, dass Sie die Institute eingeladen haben – das heißt, es war ein beschränkter Wettbewerb. – Wonach haben Sie die Institute, die eingeladen wurden, ausgewählt?

**Mag. Paul Kocher:** Also einmal das eine, „beschränkter Wettbewerb“: Ich möchte festhalten, dass an sich Finanzierungsinstrumente, wie sie auch die ÖBFA macht, nicht Ausschreibungsregeln unterliegen. – Das ist einmal das eine.

Zum Zweiten wäre es auch da irrelevant gewesen, Ausschreibungsregeln zu folgen, weil es ja letztendlich ein Vertrag zwischen Eurofighter und Bank gewesen wäre. – Weil es auch dazu einmal Diskussionen gab.

Die Auswahl der Banken, das ist natürlich – wie soll man sagen? – schon eine Herausforderung, denn einerseits möchte man ganz gerne natürlich möglichst viele einladen – das erhöht den Wettbewerbsgrad, und damit steigert sich die Hoffnung, dass die Finanzierungsbedingungen billiger werden –, auf der anderen Seite wird mit einem zunehmenden Kreis von Banken natürlich auch die Verhandlungslänge bestimmt, und man braucht natürlich wesentlich länger, um sich einmal halbwegs schlüssig ein Bild zu machen, wie eigentlich die Bedingungen stehen.

Darum haben wir in der ÖBFA uns entschieden, einmal mit vier Instituten zu reden, und dann haben wir uns noch weiter entschieden, zwei Ausländer und zwei Inländer anzureden.

Die wesentlichen Kriterien, die wir für die Auswahl herangezogen haben, waren einmal: Haben wir eine funktionierende und gute Geschäftsbeziehung mit diesen Häusern?, denn das ist ja eine notwendige Bedingung, um relativ vertrauliche Sachen wie Verteidigungsfinanzierung zu besprechen. Das ist einmal das eine: Komme ich schnell an die relevanten Personen?, und: Kann ich mit denen vertraulich die erste Runde führen?

Das Zweite war natürlich das Kriterium: Sind diese Institute groß genug, um solche Volumina in einem nicht standardmäßigen Produkt auch finanzieren zu können?

Und das Dritte – wenn ich es so richtig im Kopf habe; ich könnte jetzt nachschauen im Rechnungshofbericht – war natürlich: Haben diese Häuser auch eine hinreichende Kompetenz in Abwicklung von, ja, schon komplexeren derivativen Konstruktionen? – Denn das war eine Bedingung, weil wir natürlich keine Kassengeschäfte gemacht haben. Ich habe ja nicht am 26. Juni 2003 die Gelder erhalten, sondern ich habe diese Zinssätze natürlich absichern müssen, wo es dann die Zuzahlungen ab 2004 und so weiter gegeben hat. – Das ist schon eine Herausforderung, das auch machen zu können.

Das waren im Wesentlichen die Kriterien, warum wir uns für diese vier Häuser entschieden haben.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich der Bonitätsprüfung von EADS – das war ja dann im Grunde genommen zinssatzrelevant beziehungsweise relevant auch für das Risiko in Kombination mit dem Einredeverzicht –: Wie hat sich das dargestellt? Wer hat beispielsweise die Bankgarantie ins Spiel gebracht? War das dann eine Forderung von Hillingrathner oder von euch? Und wer hat beispielsweise die Haftungserklärung gefordert im Hinblick auf die Bonitätsprüfung?

**Mag. Paul Kocher:** Leider kann ich Ihnen nicht auf alle Fragen Antworten geben.

Die Sache mit der Bonität von EADS hat eine Rolle gespielt, weil EADS natürlich diese Haftungserklärungen abgegeben hat im, sage ich einmal, Austausch gegen diesen Einredeverzicht, um hier einen relativ potenten Konzern im Hintergrund zu haben.

Auf den Zins selbst – also diese 4,48, die es dann letztendlich waren – hat eigentlich die Bonität von EADS keinen Einfluss gehabt, weil es ja am Ende des Tages um die Bonität der Republik Österreich gegangen ist. Also für die 4,5 – jetzt bin ich einmal relativ grob in der Rundung (*Abg. Dr. Fekter: 4,48!*); 4,48, sprechen wir es aus –, da war eigentlich die EADS-Bonität nicht das Thema, sondern die Bonität war eigentlich nur ein Thema für die Validität der Haftungserklärung: Ist das ein Konzern, dem ich tatsächlich zutrauen kann, dass er Verpflichtungen auch in der Zukunft erfüllen kann? – Darum war natürlich eine Bonitätsprüfung von EADS eine notwendige Bedingung dafür.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Was kostet uns die Bankgarantie?

**Mag. Paul Kocher:** Jetzt muss ich fragen: welche Bankgarantie?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Für jene Raten, diese 18 Halbjahresraten, die wir im gleichen Ausmaß an die BAWAG abliefern, gibt es eine Bankgarantie. Das heißt, sollte bei Eurofighter etwas passieren, dann nehmen wir sozusagen die Bankgarantie, die zu unseren Gunsten gestellt wird. Normalerweise zahlt das sozusagen der, der das Geld erhält.

Die Frage ist jetzt: Wem wurden die Kosten dieser Bankgarantie angelastet?

**Mag. Paul Kocher:** Ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, muss ich zugeben (*Abg. Mag. Stadler: Wir auch!*), denn ich glaube nicht, dass eine Bankgarantie im Spiel war – und wenn, dann wüsste ich es nicht. Und sie würde auch keinen Sinn machen, denn am Ende des Tages – oder ab 2007 – zahlt die Republik diese Raten, und dafür brauchen wir keine Bankgarantie, weil eben die Republik verpflichtet ist, ab dem Jahr 2007 zu zahlen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Umgekehrt: Wir als Republik sind die Begünstigten dieser Bankgarantie, und zwar auch als Haftungsausgleich für den Einredeverzicht, quasi als zweites Netz neben der Haftungserklärung. (*Abg. Mag. Stadler: Wo steht denn das? – Vergessen Sie es, Herr Magister!*)

**Mag. Paul Kocher:** Das mag sein, das weiß ich nicht, ob die Haftungserklärung von EADS noch unterlegt war durch eine Bankgarantie. Das weiß ich nicht, denn das war nicht mein Verhandlungsbereich. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Da haben Sie (*in Richtung des Abg. Mag. Stadler*) aber heute nicht aufgepasst! Das ist uns im Detail erklärt worden: immer für die zwei Raten, die bezahlt werden. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist ja umgekehrt! Das steht im Vertrag!*)

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mag. Kocher! Herr Dr. Steger hat Sie als **sehr kompetent** beschrieben, und er hat, wie immer, Recht mit seiner Einschätzung.

Ein paar wichtige Dinge sind schon herausgearbeitet: Erstens – was schon klar war –: So eine Konstruktion, wie sie gewählt wurde, hat es in Österreich bisher nicht gegeben. – Sie haben gesagt, internationale Beispiele gibt es. – Und zweitens, dass diese Konstruktion teurer kommt als der einfache Weg – um das so zu beschreiben.

Jetzt ist klar, das war eine politische Entscheidung und Ihre Sache nicht, aber natürlich ist es interessant – weil Sie das so klar und eindeutig als teurer bezeichnen haben können – in welcher Größenordnung man sich das vorstellen müsste.

**Mag. Paul Kocher:** Es ist nicht teurer als die Alternative, die wir mit der Eurofighter Vorfinanzierung gehabt haben, und auch nicht teurer als die Lösung, die die Deutschen gehabt haben. Also es war deutlich günstiger, nur um das auch festzuhalten. (*Abg. Mag. Stadler: Aber ohne Vorfinanzierung!*) – Richtig.

Und die Frage, die wir schon diskutiert haben, ist natürlich: Wenn die Republik selbst es gewollt hätte, im Jahr 2004 500 Millionen € hinzulegen und die erste Vorfinanzierung zu leisten, hätte natürlich die Republik selbst im Jahr 2004 diese Mittel aufgenommen. Diese Finanzierung wäre natürlich etwas billiger gekommen, weil letztendlich haben wir eine Finanzierung gefunden, die bei **EURIBOR** plus 12 Basispunkten gelandet ist. Die Republik selbst ist – in dem Laufzeitenbereich würde ich sagen – etwa bei EURIBOR minus 10. – 10 Basispunkte sind 0,1 Prozent.

Das heißt, ich würde einmal grob über den Daumen gepeilt sagen, wenn man die Derivatkosten nicht groß ansetzt, wäre die Finanzierung über die Republik ein Achtel- bis 0,2 Prozent billiger gekommen – nur, was Finanzierung angeht, natürlich mit allen budgetären Konsequenzen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich möchte Ihnen kurz ein E-Mail referieren. – Ich kann es Ihnen dann auch gerne zeigen, wenn Sie möchten. Es ist vom Freitag, den 22. August 2003 von **Christoph Gamsjäger** von der BAWAG an Sie ergangen, und da heißt es:

Sehr geehrter Herr Mag. Kocher, bei einem Abschluss mit der heutigen Zinskurve kämen wir auf halbjährliche Pauschalraten von soundsoviel Euro beziehungsweise auf Gesamtkosten von 1 982 516 526 € für die Variante 2a – in Klammer – inklusive Kreditgebühr. – Zitatende.

Möchten Sie das kurz einsehen?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, ich habe es auch.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Jetzt stelle ich natürlich die Frage nach der Kreditgebühr.

**Mag. Paul Kocher:** Zwei Fragen, ich gebe Ihnen zuerst eine Antwort auf eine Frage, die Sie nicht gestellt haben, nur um die gesamte Sache mit dem 22. August zu erwähnen: Das Geschäft selbst wurde ja quasi – wir sagen – **geclosed** – also die Sätze festgestellt – am 26. Juni 2003, und danach gab es ja, glaube ich, erst ein Budgetbegleitgesetz dazu, und das ist dann am 22. August spruchreif geworden.

Mein Interesse für die Frage am 22. August war natürlich: Was hätte es mich denn gekostet, wenn ich das erst im August abgeschlossen – also die Zinssätze fixiert – hätte? Das sage ich deshalb, weil es natürlich wesentlich ungünstiger geworden wäre, weil die Zinssätze seit Anfang Juni 2003 doch deutlich gestiegen sind. Und da wollte ich nur für mich einmal wissen, war es gut, es Ende Juni getan zu haben? – Das ist einmal das eine, warum ich mir erlaubt habe, die Bank noch einmal zu belästigen.

Das Zweite mit der Kreditgebühr: Wir haben da eine Darlehenskonstruktion, wo eine österreichische Bank an Eurofighter ein Darlehen vergibt und natürlich – nageln Sie mich nicht fest, aber ich glaube – 0,8 Prozent Kreditgebühr anfallen. Und in diesen zirka 1,9 Milliarden € ist natürlich auch ein Teil Kreditgebühr enthalten.

Das heißt, netto waren die Kosten natürlich noch um diesen Betrag geringer, weil ja die Bank die Kreditgebühr einhebt, sie aber gleich an den Bund verrechnet, aber gleichzeitig der Bund diese Kreditgebühr auch wieder als Ertrag hat, sodass netto eigentlich die Kreditgebühr für den Bund eine neutrale Position ist und netto betrachtet die Kosten dann 1,945 Milliarden € oder irgendetwas in der Größenordnung betragen, weil der Bund eben auch eine Steuereinnahme aus dieser Ausgabe hat.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Jedenfalls sind das natürlich bei diesen Größenordnungen ordentliche Dimensionen. Bei Bankgeschäften aller Art und wahrscheinlich auch bei diesem wird es auch zu Vermittlertätigkeiten gekommen sein. Ist Ihnen da etwas bekannt?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, da ist mir nichts bekannt, weil die Einzigen, die quasi vermittelt haben, waren wir. Das war die Vermittlertätigkeit, wenn Sie das fragen. Also die ist mir natürlich bekannt, weil wir waren ein bisschen involviert in das Geschäft.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie ausschließen, dass zwischen EADS und der BAWAG irgendwelche Vermittler tätig waren?

**Mag. Paul Kocher:** Das würde mich sehr, sehr überraschen, weil das haben wir aufgesetzt, und es wurde dann auch so gemacht. Also ich würde nicht ... Es wäre mir irgendwie nicht einsichtig, warum da noch ein Vermittler etwas tun hätte sollen. Wenn der Bund sagt, tut das bitte mit der BAWAG, was hätte dann ein Vermittler noch vermitteln sollen?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das können Sie nicht definitiv wissen, aber vollkommen auszuschließen ist es wohl auch nicht?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, aber es wäre unsinnig, weil die BAWAG nach dem Verhandlungsprozess gewusst hat, dass sie quasi jetzt die Bank ist, die das finanziert.

EADS und Eurofighter haben gewusst, das ist die Bank. Wem hätten die freiwillig etwas zahlen sollen?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Bei der BAWAG hat es viele Überraschungen gegeben. Mir geht es nur darum herauszuarbeiten, dass es aus Ihrer Sicht nicht vollkommen auszuschließen ist, dass es eben noch zusätzliche Vermittlungen von irgendwelchen Experten oder Personen oder Firmen gegeben hat.

**Mag. Paul Kocher:** Ja, aber es ist völlig unsinnig, weil niemand zahlt freiwillig für etwas Geld, wofür er eigentlich keine Leistung bekommt – also in dem Geschäft.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mag. Kocher, ich möchte bei dieser Finanzierungsgeschichte bleiben und eine Frage stellen: Mir tut es sehr Leid, dass heute der Herr Faul von der SPÖ nicht da ist, gerade wenn ein Finanzierungsexperte im Raum ist, da der Kollege Faul ja regelmäßig in den Raum stellt, dass die BAWAG einen irrsinnigen Zinsvorteil für sich lukriert hat, durch was weiß ich welche Marge, weil zum gleichen Zeitpunkt am Markt ja ein viel günstigerer Zinssatz erzielbar gewesen wäre. – Das sagt Kollege Faul von der SPÖ.

Ich möchte Sie jetzt als Finanzierungsexperten fragen, ob dieser Zinssatz, der bei dieser Finanzierungsvariante zustande gekommen ist – diese 4,48 Prozent –, sich so ergeben hat, weil eine Fixzinsbindung über diese Laufzeit von den 18 Halbjahresraten – also 9 Jahren – gewählt wurde, und ob es – muss ich dazufragen – bei einer kürzeren Fixzinsbindung zu einem niedrigeren Zinssatz gekommen wäre.

**Mag. Paul Kocher:** Eine kürzere Laufzeit bei der Zinsfixierung hätte es natürlich nur geben können, wenn Eurofighter noch früher Gelder hätte abrufen können und wenn man nicht die ersten 500 Millionen 2004 gebraucht hätte, sondern – ich sage einmal – 2003. Dann hätte natürlich die erste Zinsfixierung bereits ein Jahr früher stattgefunden. Aber durch die Konstruktion, dass in einem gewissen Vorlauf Finanzierungen zu leisten waren, war es automatisch gegeben, wann die ersten Zinsfixierungen zu laufen beginnen – laufen müssen – und wann sich das wieder absichert – ab dem Jahr 2007 mit den Tilgungen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Das ist klar, dass es wirklich diese Vorgabe gegeben hat. Aber nehmen wir einmal an, man macht eine Fixzinsbindung für ein Jahr und sagt dann, schauen wir wieder den neuen Refinanzierungssatz an und legen wir dann die Marge drauf, was ja an sich unsinnig ist, wenn man mit steigenden Zinssätzen rechnet, da das Niveau schon sehr niedrig war: Würde man das annehmen, wäre natürlich für dieses eine Jahr der Zinssatz geringer, weil das Risiko für die vorfinanzierende Bank, sich das Geld am Markt zu beschaffen, geringer wäre.

**Mag. Paul Kocher:** Unabhängig von der Refinanzierungsmöglichkeit der Bank gibt es natürlich eine unendliche Zahl von Finanzierungsmöglichkeiten. Nur, bei dieser unendlichen Zahl – in verschiedenen Währungen, mit verschiedenen Zinsbindungen und was weiß ich noch alles – haben Sie immer Zinsrisiken drinnen. Und Sie hätten natürlich kein Gesetz beschließen können, wo Sie sagen, die Flieger kosten uns – zum Beispiel – 1,956 Milliarden, weil da hätten Sie sagen müssen, es gibt einen Barpreis, und da müssen Zinsen bezahlt werden, die wissen wir aber noch nicht sicher, weil da haben wir eine offene Position, und das kann 1,9 sein oder 2,1 oder was auch immer.

Das heißt, Sie hätten sich entscheiden müssen, ein Zinsrisiko einzugehen. Es war die Entscheidung, diese Zinspositionen zu fixen, damit quasi kein Risiko mehr entsteht, dass die Kosten deutlich über 2 Milliarden gehen, wenn die Zinsen stärker steigen, als man es erwartet hat.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Somit eine Entscheidung zum Schutz der Republik Österreich?

**Mag. Paul Kocher:** Würde ich schon so sehen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich komme zurück auf diesen zentralen Punkt der Vorausfinanzierung der Produktion. Es ist deswegen für den Ausschuss von Bedeutung, weil es ein anderes Angebot gibt, wo diese Vorausfinanzierung der Produktion **nicht notwendig** war und deswegen dieses Angebot letztlich auch schlechter dastand.

Ist es richtig – nicht dass Sie jetzt glauben, das ich es nicht weiß, sondern es ist wichtig für das Protokoll, was ich jetzt von Ihnen als Antwort bekomme –, dass neben den von Ihnen genannten in etwa 0,2 Prozent Unterschied in den Kosten dieser Finanzierung, die sie teurer sind als eine – sagen wir – landläufigen Finanzierungsvariante, die Kosten der Finanzierung **noch geringer** gewesen wären, wenn wir erst mit dem Beginn der Ratenzahlungsverpflichtung eine Finanzierung hätten auf die Beine stellen müssen?

**Mag. Paul Kocher:** Das ist zwar ein Finanzierungsthema, das kann ich Ihnen aber nicht beantworten, weil rückblickend aus dem Jahr 2003 hätten Sie nicht wissen können, wo denn im November 2004 die Zinsen sind, und wenn Sie das Geld selbst aufgenommen hätten, was es denn dann gekostet hätte, denn die Zukunft ist leider unsicher, und Sie hätten nie sagen können, ob es billiger oder teurer kommt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wäre es möglich gewesen, im Zuge eines Wettbewerbs von einer Bank eine Zusage für eine Finanzierung zu bekommen, Mittel ausschüttend erst ab erster Kaufpreistraten-Zahlungsverpflichtung 10. 1. 2007?

**Mag. Paul Kocher:** Ich habe Ihre Frage nicht ganz verstanden. Können Sie die bitte wiederholen?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Folgendes stelle ich mir vor. Es hätte doch im Jahre 2003 oder Anfang 2004 möglich sein müssen, im Rahmen eines Wettbewerbs eine Bank zu finden, die sagt, jawohl, wir gewähren Kredit, die erste Auszahlung der Kreditmittel wird aber in Tranchen fällig ab 10. 1. 2007 – und dafür günstige Konditionen zu bekommen.

**Mag. Paul Kocher:** Natürlich gibt es eine Möglichkeit. Sie müssen quasi in die Derivatmärkte gehen. Nur, es hätte ja nichts genützt, weil Eurofighter das Geld 2004 schon gebraucht hat

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Lassen wir das weg. Dass Eurofighter das gebraucht hat, hat man nämlich lange Zeit verschwiegen und damit den anderen Mitbewerber auch noch bei der Finanzierungsvariante ausgestochen. Das ist ja – jetzt hätte ich bald eine Verbalinjurie verwendet – die Crux an der Geschichte. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist Ihre Interpretation!*)

Ich sage, die Finanzierungskosten wären – aber es geht jetzt nur um diese Grosso-modo-Einschätzung – voraussichtlich niedriger gewesen, wenn es dieses Zwischenfinanzierungs-Erfordernis zur Finanzierung der Produktion nicht gegeben hätte, sondern die Finanzierung erst bezogen auf die Fälligkeit der Ratenzahlung des Kaufpreises auf die Beine zu stellen gewesen wäre.

**Mag. Paul Kocher:** Letztendlich **hat** die Republik ja ab dem Jahr 2007 fixe Finanzierungen gemacht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist schon wahr, aber diese Variante mit der Zessionsmöglichkeit und den damit verbundenen juristischen



Schlechterstellungen der Republik wären ja nicht notwendig gewesen, wenn man nicht deren Produktion über diese Zession – über diesen Verkauf der Forderung – hätten vorfinanzieren müssen. Unter die Schlechterstellungen fallen der Einredeverzicht umfassendster Natur plus Garantie der unbedingten Kaufpreiszahlung. Das muss man ja in der Kombination sehen, sonst ist diese Forderung ja für die BAWAG nicht das wert, was sie dann wert war, um sie der Eurofighter GmbH abzukaufen.

**Mag. Paul Kocher:** Ich glaube, da vermischen sich jetzt zwei Dinge. Die eine Sache mit den Vorfinanzierungen kann ich nicht beurteilen, weil ich natürlich nicht in Kaufverhandlungen war. Aber der Einredeverzicht war letztendlich ein Mittel, um Kapitalkosten bei der Bank zu sparen und damit die Finanzierungskosten zu drücken.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Völlig korrekt. Ich sage nur, das wäre nicht notwendig gewesen, wenn wir nicht deren Produktion hätten indirekt vorfinanzieren müssen, nämlich über diese Zessionsmöglichkeit, die wir ihnen ja erst geschaffen haben.

Ich habe das Papier der Eurofighter GmbH hier. Ich habe geglaubt, das sei Ihnen zuzuschreiben. In Wirklichkeit ergibt es natürlich vollen Sinn, das ist natürlich Eurofighter zuzurechnen, das ist völlig klar.

Verstehen Sie, es geht auch um die Voraussetzung, dass Eurofighter von vorneherein wusste – und zwar schon bei der Angebotsabgabe wusste –, dass sie so eine Finanzierungsvariante benötigen, um überhaupt die Produktion finanzieren zu können, was aber im Angebot von SAAB beispielsweise nicht drinnen war. – Die sind – jetzt hätte ich bald gesagt, ganz wie die deutschen Micheln – offen hergekommen und haben gesagt, das kostet es uns leider, das sind unsere Finanzierungskosten, die wir selber tragen müssen, daher ist das im Preis vorhanden.

Dann wurden die Preise verglichen und man hat gesagt, da schaut's her, bei Finanzierung auf neun Jahre, 18 Halbjahresraten steht ja auf einmal – welch Wunder! – der Eurofighter vorne.

Niemand hat gesagt, dass wir in Wahrheit den Eurofighter vorzufinanzieren haben, indem wir denen einen Einredeverzicht umfassendster Natur plus unbedingte Zahlungsgarantie mit Zessionsmöglichkeiten geben. (*Abg. Dr. Fekter: Das hat doch mit der Vorfinanzierung nichts zu tun!*) – Na selbstverständlich, das haben Sie eben noch nicht begriffen, das ist ja der Grund, warum Sie heute nämlich diese Frage nach der Bankgarantie gestellt haben!

Und diese Zessionsmöglichkeit hat nach der Unterfertigung dieses Vertrages bewirkt, dass die die Forderung an die BAWAG verkaufen konnten und damit in Wirklichkeit die Produktion erst finanzieren konnten. – Das ist der Vorgang dahinter, ganz nüchtern.

**Mag. Paul Kocher:** Da bin ich der falsche ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich werfe es Ihnen ja nicht vor. (*Mag. Kocher: Ich sitze da, nicht?*) Ich will damit nur herausarbeiten, wenn es dieses Erfordernis, denen die Produktion zu finanzieren, nicht gegeben hätte, oder anders ausgedrückt, wenn die die Kosten der Produktionsfinanzierung – dieses Erfordernis – gleich ansetzen hätten müssen, dann wäre unter Umständen der Wettbewerb anders ausgegangen.

Anders ausgedrückt: Wenn die Republik kein derartiges Erfordernis gehabt hätte, dann wären die Finanzierungskosten für die Republik noch günstiger gewesen, weil wir dann erst ab 2007 hätten eine Finanzierung auf die Beine stellen müssen. – Ist das richtig?

**Mag. Paul Kocher:** Das kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht in den Verhandlungen um Vorfinanzierung und dergleichen involviert war. Mein Beitrag war es, ein Finanzierungsmodell zu nehmen und das möglichst kostengünstig umzusetzen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber diese Vorgabe hatten Sie bereits. Die Vorgabe war Ihnen bereits vorgegeben. (*Mag. Kocher: Ja!*) – Eben. Das halte ich wirklich für ganz bedeutend: Diese Vorgabe, dass dieses Modell zu wählen sei – unbedingt mit dem Einredeverzicht – kam nicht von Ihnen.

**Mag. Paul Kocher:** Das ist richtig, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist richtig, haben Sie gesagt. Das Modell kam nicht von der Bundesfinanzagentur – das ist ganz entscheidend –, sondern von wem kam diese Vorgabe an die Bundesfinanzagentur?

**Mag. Paul Kocher:** Wir gehen in die Runde eins, und ich wiederhole mich jetzt. Ich habe Ihnen erzählt, ich hatte ein Gespräch zusammen mit – zumindest weiß ich von zwei Personen – dem Herrn Dr. Hillingrathner und wahrscheinlich dem Herrn Löbber, wo dieses Modell diskutiert worden ist. (*Abg. Mag. Stadler: So, und jetzt behaupte ich, dass diese ...!*) – Ich möchte bitte diesen einen Satz noch sagen.

Aber natürlich habe ich nicht nachgefragt: Wer von Ihnen hat das Modell erfunden? Das war für mich eine gegebene Größe, mit der man weitermarschieren musste.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** So, und ich sage Ihnen, das werden wir zwar die Herren noch fragen, wer das Modell erfunden hat, aber bei dem, was ich hier vorliegen habe, weiß ich, dass die das nicht erfunden haben, sondern dass dieses Modell von Eurofighter Ihnen sozusagen exemplifiziert wurde.

**Mag. Paul Kocher:** Wahrscheinlich, um Kosten zu sparen. (*Abg. Dr. Fekter: Die deutsche Bundesregierung ... Schröder und Fischer haben das erfunden!*)

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist einmal wichtig, dass wir das geklärt haben.

Jetzt kommen wir zu dieser Sache mit der Bankgarantie. – Das möchte ich nur geklärt haben. Es ist nämlich bei den Zahlungsbestimmungen geregelt, dass die Bezahlung in 18 gleichbleibenden Halbjahresraten erfolgt, und dann heißt es:

„Für die Halbjahresraten, denen bei Fälligkeit keine bereits erfüllte vertraglich bedungene Leistungen in anteiligem Gegenwert gegenüberstehen, ist eine rechtsgültig unterfertigte Bankgarantie gemäß Anhang A-4 für den nicht gedeckten Gegenwert spätestens 30 Tage vor Fälligkeit der Halbjahresrate beizubringen.“

Sie wissen nicht, ob da direkt irgendwann einmal für den Gegenwert der Halbjahresrate eine Bankgarantie gelegt wurde?

**Mag. Paul Kocher:** Ich vermute, das ist in irgendeinem Vertrag drinnen, den ich nicht kenne.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich kann es abkürzen: Es ist gar nicht erfolgt. Ich habe davon nichts gehört, denn die Bankgarantie müsste in Wirklichkeit seit – wobei, da bitte ich jetzt auch die Sozialdemokraten ... (*Abg. Dr. Fekter: Liegt auch vor! Liegt auch unterfertigt vor!*) – Aha, das ist aber interessant, weil das hätte ich gerne vom Verteidigungsminister gehört, ob – wann ist die erste Rate fällig? – eine Bankgarantie vom 10. Jänner 2007 in Höhe von zumindest 146 Millionen € vorliegt. – Das muss vorliegen. Ich habe nämlich davon bis zur Stunde nichts gehört. Da bin ich aber jetzt gespannt.

Also Ihnen ist jedenfalls nichts bekannt davon? – Damit wir das auch geklärt haben. Das heißt, die haben noch nicht geliefert, müssen aber für das, was wir schon bezahlen müssen – nämlich bezahlen jetzt aber an die Bank –, jetzt eine Bankgarantie legen, und ich habe nirgends gehört, dass eine derartige Bankgarantie gelegt wurde.

Ich höre das zum ersten Mal von der Kollegin Fekter. Woher wissen Sie das übrigens? Darf ich das bei der Gelegenheit fragen? – (*Abg. Dr. Fekter: Ich weiß es!*) Wer hat Ihnen das erzählt, dass es da eine Bankgarantie gibt? (*Abg. Dr. Fekter: Der Kollege Peer, der heute nicht mehr da ist, und der ist relativ firm in den Akten!*) – Entschuldigen Sie, dass **am Akt** die Verpflichtung vorliegt, weil die ja immer noch nicht geliefert haben, weil hier ja ursprünglich andere Lieferfristen bedungen waren, das ist ja etwas anderes, das ergibt sich aus dem Akt. Aber wer hat mitgeteilt, dass es eine Bankgarantie gibt?

Der Bundesminister hat uns noch gesagt, dass wir **zahlen** mussten. Von einer Bankgarantie hat er uns nichts erzählt. (*Abg. Dr. Fekter: Wall hat es heute bei seiner Aussage gesagt!*) – Wall hat da gar nichts gesagt. (*Abg. Dr. Fekter: Den haben wir detailliert gefragt zur Bankgarantie! Habt ihr wieder nicht aufgepasst? Habt ihr wieder Interviews gegeben?*) – Wall hat zur Bankgarantie überhaupt nichts gesagt. (*Abg. Mag. Kogler: Wall hat da überhaupt nichts gesagt! Wenn schon der Traumüller, und der ist geschwommen!*) – Gut, ich habe keine weiteren Fragen. (*Abg. Mag. Kogler: Wall hat nichts gesagt, der hat sich nicht ausgekannt!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wir haben uns bemüht, diese Differenz in absolute Zahlen zu gießen – die minimale Differenz in den Basispunkten; reine Staatsfinanzierung versus diese Lösung, die annähernd kommt.

Können Sie uns mit Ihrem Wissen – einfach Daumen mal Pi – sagen, um wie viele Millionen es sich da handelt? Wir sind uns nicht sicher, ob wir um eine Zehnerpotenz daneben liegen, gestehe ich.

**Mag. Paul Kocher:** Ich habe jetzt das Mobiltelefon ausgeschaltet, sonst würde ich da den Taschenrechner bedienen, aber machen wir es so. Insgesamt haben wir Zinskosten von 290 Millionen € – Das ist die Differenz zwischen dem Barpreis und der letztendlichen Zahlung, wobei da, glaube ich, jetzt noch diese Darlehensgebühr drinnen ist. 4,5 Prozent waren es in Summe. 290 durch 4,5, damit man auf 1 Prozent kommt, sind um die 70. – Jetzt bin ich relativ grob im Rechnen. 70 Millionen sind 1 Prozent. 20 Basispunkte sind ein Fünftel davon. Das wären also ein Fünftel von 70, das sind 14, grob gerechnet. (*Abg. Mag. Kogler: Wir haben 15 gehabt.*) – Das passt schon.

Allerdings nicht der Barwert, sondern das ist natürlich die nominelle Summe bis ins Jahr 2014. Der Barwert ist natürlich wesentlich geringer, weil 1 Million im Jahr 2014 heute deutlich weniger wert ist. Also wir reden von nominellen Beträgen im kameralistischen System, was finanzmathematisch nicht das Gelbe vom Ei ist. Aber in Summe – kameralistisch – würde ich sagen, 10 bis 15 ist eine plausible Größenordnung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Kocher, Sie sind Jurist, nehme ich an?

**Mag. Paul Kocher:** Nein, ich bin ein einfacher Ökonom.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sind Ihnen die unterschiedlichen Fassungen des Einredeverzichts – Einredeverzicht Finanzprokurator, Einredeverzicht, der dann auf einmal aufgetaucht ist – geläufig gewesen?

**Mag. Paul Kocher:** Ich hatte, glaube ich, einmal eine Grundfassung gelesen oder gesehen. – Ich bin ja kein Jurist. Ich habe aber dann den weiteren Entwicklungsfortschritt der Formulierung dieses Einredeverzichts nicht mehr verfolgt, denn das ist, ganz offen gesagt, nicht meine Baustelle.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Halten wir fest: Von Ihnen kam keinerlei Forderung zu sagen, **der** Einredeverzicht muss es sein, der andere genügt nicht. Das war von Ihnen nie ein Thema, weil das für die Finanzierungsvariante im Grunde kein Thema war.

**Mag. Paul Kocher:** Ich bin kein Jurist. Es wäre vermessen, mich auf fremden Baustellen mich zu bewegen, natürlich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, aber verstehen Sie, es hätte ja sein können, dass man sagt, nein, mit dem Einredeverzicht bringen wir die Finanzierung nicht zustande, da wären die Kosten höher, weil die verlangen dann mehr, oder wir können damit überhaupt nicht Angebote einholen, sondern es muss der Einredeverzicht sein, der dann der umfassendste war.

**Mag. Paul Kocher:** Das ist eine gute Frage. Der Einredeverzicht war einfach für das ganze Finanzierungsmodell ein wesentlicher Baustein, und daher mussten natürlich die Bank und die Republik mit diesem Einredeverzicht leben können. Sobald die Bank sagt, das ist okay für mich, ist es natürlich quasi abgehakt für das Finanzierungsmodell.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nur hat uns der Vertreter der Bank gesagt, je umfassender, desto lieber. Das ist ja auch klar.

Es geht mir nur darum, dass es nämlich offensichtlich zumindest zwei Varianten des Einredeverzichts gab. Das geht aus einem Brief hervor, wo ich Ihnen nur einen Absatz vorlesen werde, um Ihnen zu verdeutlichen, worum es geht. Er schreibt hier:

Abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken geht die nunmehr formulierte Formulierung juristisch erheblich über die Fassung hinaus, die mit der Finanzprokurator erarbeitet wurde. – Zitatende.

Haben Sie noch zwei so unterschiedliche Fassungen in Erinnerung? Haben Sie in Erinnerung, dass es eine andere Fassung gab, die nicht so weit reichend ist wie die dann in den Vertrag aufgenommene?

**Mag. Paul Kocher:** Ich weiß natürlich, es gab verschiedene Fassungen. Das ist ein natürlicher Bestandteil einer Verhandlung, dass man mit unterschiedlichen Meinungen aufeinander zugeht und jeder etwas anderes will, und irgendwo einigt man sich. Das ist halt meistens so, dass jeder mit unterschiedlichen Formulierungen kommt. Da ich kein Jurist bin und für mich jetzt – in der Finanzmodellierung – das Wording des Einredeverzichts eigentlich nicht das wesentliche Element war, habe ich das natürlich nicht weiter verfolgt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber von Ihnen kam keine Forderung, das müsse so sein, das müsse noch drinnen stehen oder Ähnliches?

**Mag. Paul Kocher:** Nein. Es wäre vermessen, wenn ich mich auf juristischem Terrain bewegen würde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es ist mir nur wichtig, dass wir das im Protokoll haben, nicht dass andere dann sagen können, das war für die Bundesfinanzagentur so unerlässlich, und das war von denen gefordert. – Das ist mir wichtig, weil ich noch nicht klären konnte, warum am Schluss eine Formulierung gefunden wurde, die praktisch jede Einrede der Republik Österreich ausschließt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich wollte zur Bankgarantie noch etwas fragen: Wann ist die beigebracht worden? Wissen Sie da einen Zeitraum?

**Mag. Paul Kocher:** Die Bankgarantie von der Frau Fekter, meinen Sie jetzt? (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) – Das weiß ich nicht; ich kenne sie ja nicht. (*Heiterkeit.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Die ist von der Kollegin Fekter beigebracht worden und steht mit in Verhandlung. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Gibt es noch weitere Fragewünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Befragung und danke Ihnen für Ihr Kommen, für Ihr Warten und Ihre Auskünfte. Sie sind in Ehren entlassen! (*Abg. Dr. Fekter: Wir entschuldigen uns für die Wartezeit!*) – Wir auch.

(*Die Auskunftsperson Mag. Kocher verlässt den Sitzungssaal. – Der Obmann kündigt die Abhaltung einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte an.*)

22.15

\*\*\*\*\*

(*Fortsetzung: 22.16 Uhr bis 22.17 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung: „nichtöffentlicher Teil“.***)

\*\*\*\*\*